



Landtag von Baden-Württemberg

50. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 1. Oktober 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 17:52 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3451	2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Zusagen der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW – Drucksache 13/2390	3473
Live-Übertragung der Plenarsitzungen im Internet	3451	Abg. Drexler SPD	3473, 3485, 3492
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Elke Brunner	3451	Abg. Kurz CDU	3475
Begrüßung des Ministers für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen, Herrn Hans-Heinrich Ehlen	3499	Abg. Pfister FDP/DVP	3477
Begrüßung einer Delegation des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul	3510	Abg. Kretschmann GRÜNE	3480, 3487
Begrüßung des Generalkonsuls der Französischen Republik für das Land Baden-Württemberg, Herrn Dr. Henri Reynaud	3515	Minister Stratthaus	3481
1. Aktuelle Debatte – Rückenwind für eine neue Energiepolitik in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	3451	Ministerpräsident Teufel	3488
Abg. Kretschmann GRÜNE	3452, 3460	Beschluss	3495
Abg. Fleischer CDU	3453	3. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 13/2282	
Abg. Drexler SPD	3454	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Cross-Border-Leasing – Drucksache 13/1885	
Abg. Hofer FDP/DVP	3456, 3465	c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – US-Cross-Border-Leasing im Lichte der Rechtsprechung des BGH – Drucksache 13/2124	3495
Minister Dr. Döring	3457	Abg. Oelmayer GRÜNE	3495
Abg. Scheuermann CDU	3462	Abg. Heinz CDU	3497
Abg. Knapp SPD	3464	Abg. Junginger SPD	3499
Minister Müller	3468	Abg. Dr. Glück FDP/DVP	3500
		Minister Dr. Schäuble	3501
		Beschluss	3501

4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 13/2283	3502	7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung – Drucksache 13/2430	3512
Staatssekretär Dr. Mehrländer	3502	Ministerin Dr. Annette Schavan	3513
Abg. Dr. Birk CDU	3503	Abg. Röhm CDU	3514
Abg. Gall SPD	3504	Abg. Dr. Caroli SPD	3515
Abg. Hofer FDP/DVP	3505	Abg. Kleinmann FDP/DVP	3516
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	3506	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	3517
Beschluss	3507	Beschluss	3518
5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesseilbahngesetzes – Drucksache 13/2296	3507	8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1260 ..	3518
Beschluss	3507	Abg. Ruth Weckenmann SPD	3518, 3527
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2396	3507	Abg. Schuhmacher CDU	3519
Minister Stratthaus	3507	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3521
Abg. Dr. Scheffold CDU	3508	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	3522
Abg. Stickelberger SPD	3509	Staatssekretär Dr. Mehrländer	3523
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	3511	Staatssekretär Rau	3525
Abg. Oelmayer GRÜNE	3511	Beschluss	3528
Beschluss	3512	Nächste Sitzung	3528

Protokoll

über die 50. Sitzung vom 1. Oktober 2003

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 50. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist heute Herr Abg. Alfred Haas.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle.

Meine Damen und Herren, vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich Sie darauf hinweisen, dass der Landtag ab heute alle seine Sitzungen in voller Länge im Internet live übertragen wird.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wer also Zugang zum Web hat, kann die Debatten des Plenums am Computerbildschirm mitverfolgen. Tagesordnungspunkte und die Namen der Redner werden jeweils eingeblendet. Das Angebot ist abrufbar über die Homepage des Landtags unter www.landtag-bw.de.

Ich freue mich, dass wir damit auch Interessenten, die nicht hier bei uns sein können, Gelegenheit geben, das Plenargeschehen mitzuerleben. Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, sollten also bedenken: Ab sofort sind sowohl Sie als auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes immer im Bild – und das weltweit.

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Elke Brunnemer hat heute Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus – Abg. Drexler SPD:
Wer?)

Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, Frau Kollegin, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vielfältig auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag des Rechnungshofs vom 2. September 2003 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Einzelplan 11) für das Haushaltsjahr 2001 durch den Landtag – Drucksache 13/2384

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Südwestrundfunks vom 2. September 2003 – Dritter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrages über den Südwestrundfunk – Drucksache 13/2387

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 2. September 2003, Az.: 2 BvF 1/03 – Normenkontrollantrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt betreffend Sechstes Gesetz zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Mitteilung des Finanzministeriums vom 8. September 2003 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2003 (Januar bis Juni) – Drucksache 13/2394

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

5. Mitteilung der Landesregierung vom 9. September 2003 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 2002/2003 – Drucksache 13/2400

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit der Ermächtigung, hierzu bei Bedarf Stellungnahmen anderer Fachausschüsse einzuholen

6. Mitteilung der Landesregierung vom 16. September 2003 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Siebten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 13/2409

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Rückenwind für eine neue Energiepolitik in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die Eingangserklärungen und fünf Minuten für die Sprecher in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ist eigentlich die Aufgabe eines Ministerpräsidenten in der Energiepolitik? Eine Zukunftsvision zu entwickeln, klare Zwischenziele anzugeben und dafür zu sorgen, dass die selbst gesteckten Ziele auch umgesetzt werden.

Vollmundig hat Ministerpräsident Teufel in seiner Regierungserklärung gesagt:

Wir schaffen die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020.

Die Energiepolitik ist dabei gewiss nicht ins Visier genommen, und die selbst gesteckten Ziele, den Anteil der regenerativen Energien bis 2010 zu verdoppeln, werden nicht umgesetzt.

Was ist gewiss nicht die Aufgabe des Ministerpräsidenten? Die selbst gesteckten Ziele selber noch aktiv zu bekämpfen, indem er mit an Fanatismus grenzender Inbrunst Windkraft bekämpft.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Damit konterkariert er auch die Ziele seiner eigenen Verwaltungsreform, die dazu führen soll, dass mehr vor Ort entschieden wird, dass man wieder mehr Vertrauen in die kommunalen Gebietskörperschaften und in die Regionalverbände hat. Auch wenn vor Ort klar entschieden wurde, wird bei jeder Windkraftanlage direkt vom Staatsministerium bis in jede örtliche Entscheidung eingegriffen. Das ist das, was Sie unter Bürokratieabbau verstehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Birzele SPD: Sehr gut!)

Völlig unglaublich. Wenn einem etwas nicht passt, entscheidet man von oben herunter. Und Ihre ganze Politik, dass Sie auf einmal den Landschaftsschutz entdeckt haben wollen, ist bei einem täglichen Flächenverbrauch von 12,1 Hektar in Baden-Württemberg noch viel unglaublicher. Das ist der größte Flächenverbrauch nach Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Energiepolitik von Teufel ist völlig orientierungslos. Es wird nicht nach vorne geschaut und gearbeitet, sondern nach rückwärts.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

Energiepolitik der Siebzigerjahre ist angesagt. Merkel, Teufel, Schavan, heute auch Oettinger in der Zeitung: Wiederbelebung der Atomkraft. Eine abenteuerliche und dilettantische Debatte, wenn man weiß, welche Risiken in der Atomkraft stecken und dass die Entsorgungsfrage völlig ungelöst ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das hat aber einen Grund!)

Eine abstruse Debatte, wenn man das Interview des EnBW-Vorstandsvorsitzenden Claassen liest, der überhaupt nichts vom Bau neuer Atomkraftwerke wissen will und der weiß, dass es einen Konsens zum Atomausstieg gibt und dass die Zukunft ganz anders aussieht.

(Abg. Scheuermann CDU: Sagen Sie einmal, wie!
– Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zuhören!)

Trotz des Debakels, das wir im Sommer hatten, als Großkraftwerke, die 70 % ihrer Energie in Flüsse ableiten, nicht mehr klarkamen und der Umweltminister dieses Landes Umweltstandards ruinierte, indem er die Grenzwerte hochsetzte, wollen Sie weiterhin in die Großkrafttechnologie.

(Beifall bei den Grünen)

Was ist der Hauptgrund für das völlige Versagen der Regierung in der Energiepolitik? Der Hauptgrund: Klimaschutz wird von dieser Regierung und den sie tragenden Fraktionen nicht ernst genommen,

(Beifall bei den Grünen)

obwohl Minister Frankenberg auf einer Pressekonferenz gesagt hat: „Klimaschutz ist eine der wichtigsten Herausforderungen dieses Jahrhunderts.“

Die Stürme mähen alle zwei Jahre den Schwarzwald nieder. Mal haben wir Hochwasserkatastrophen, mal eine Dürre wie noch nie, so wie in diesem Jahr. Das interessiert diese Landesregierung nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Überhaupt nicht!)

Sie hat nicht begriffen: Ohne Klimaschutz kein Landschaftsschutz.

(Beifall bei den Grünen)

Nächster Punkt: Es werden völlig falsche Alternativen gegen einen richtigen Energiemix gestellt. Der Energiemix der Zukunft heißt: ein neuer Kraftwerkspark, Kraft-Wärme-Kopplung, Gas- und Dampfkraftwerke, gut regelbare kleinere Kraftwerke. Er heißt zweitens: eine starke Säule bei den regenerativen Energien: Biomasse 40 %, Wasserkraft 28 %, Windkraft 22 %, Photovoltaik 6 % und Geothermie 4 %.

Ein Gutachten Ihrer eigenen Regierung weist diese Zahlen aus. Was machen Sie? Statt auf allen Gebieten vorwärts zu schreiten, spielen Sie eine Energie gegen die andere aus. Das ist völlig daneben.

(Beifall bei den Grünen)

Für die Große Wasserkraft haben Sie keinen Finger gerührt. Wir haben uns Tag und Nacht krumm gelegt, damit sie im Erneuerbare-Energien-Gesetz steht.

(Lachen des Abg. Hauk CDU – Abg. Seimetz CDU: Man sieht es förmlich!)

Unser Energiemix heißt:

(Abg. Hauk CDU: Atomstrom aus Frankreich! Das ist der Energiemix der Grünen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Die können doch gar nicht mehr liefern!)

Wir machen eine Energiepolitik für die Bürgerinnen und Bürger und für den Mittelstand. Wir haben mit dem Erneuer-

(Kretschmann)

erbare-Energien-Gesetz ein ausgezeichnetes Instrument geschaffen, das sehr preiswert ist: Gesamtbelastung für jeden Haushalt 1 € pro Monat, 12 € im Jahr. Die Strompreiserhöhung der EnBW im gleichen Zeitraum betrug für jeden Haushalt 120 € im Jahr. Das sind die Tatsachen.

Was Sie, Herr Ministerpräsident Teufel, machen, ist ein Anschlag auf den Mittelstand.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

Allein 180 mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg beliefern den größten Windkrafthersteller in Deutschland. Sie, Herr Teufel, zerstören das Investitionsklima in einer Zeit, in der wir gerade nachhaltiges Wachstum brauchen. Das ist völlig unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Fischer SPD)

Fazit: Regierung und CDU können keinen realistischen Weg in die energiepolitische Zukunft beschreiten, der mit Umweltschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit vereinbar ist. Diese Regierung nimmt den Klimaschutz nicht ernst. Sie torpediert ein nachhaltiges Wachstum für den Mittelstand durch eine dezentrale Energiepolitik. Insgesamt ist sie unfähig zu handeln. Sie kann nur fanatisch gegen die Windkraft kämpfen. Das Einzige, was Sie zustande bringen, ist eine unsinnige Debatte über neue Atomkraftwerke. Hinzu kommt noch, dass Sie das Debakel bei der EnBW mit verschuldet haben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

Das Fazit zu Ihrer Energiepolitik: schlichtweg vernichtend.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Fleischer.

Abg. Fleischer CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Rundumschlag des Fraktionsvorsitzenden Kretschmann gegen unseren Ministerpräsidenten

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der war Klasse!)

ist vom Stil her zumindest nicht üblich

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Drexler SPD: Der Stil ist ungehörig?)

und vom Inhalt her absolut zurückzuweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Ministerpräsident unseres Landes hat in einer wichtigen umweltschutzpolitischen Frage

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Keine Ahnung!)

unter guter Abwägung ökologischer Gesichtspunkte das einzig Richtige getan: Er hat den Auswüchsen im Bereich der Windkraft entsprechend Einhalt geboten.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Drexler SPD und Abg. Heike Dederer GRÜNE: „Auswüchse“!)

Das ist nicht nur sein Recht, sondern das ist seine Pflicht.

Der Anlass für die heutige Aktuelle Debatte ist offensichtlich das, was sich am Schauinsland mit den Windkraftanlagen getan hat. Deswegen möchte ich hier kurz darauf eingehen und werde nachher auch unsere Alternative in Stichworten aufzeigen. Herr Kollege Scheuermann wird dann zu den grundsätzlichen Fragen noch ausführlicher Stellung nehmen.

Die Fakten am Schauinsland sind bekannt: Die Windräder an der Holzschlägermatte laufen, eine seit dem Beschluss des Petitionsausschusses in Tag- und Nacharbeit, auch an Sonn- und Feiertagen, fertig gestellte Anlage. Legalität und Arglistigkeit reichen sich hier beim Betreiber die Hand.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Zurufe: Was? – Abg. Marianne Wonnay SPD: Starker Tobak!)

Die Stadt Freiburg hat die Baugenehmigung erteilt, obwohl sie es schriftlich hatte, dass das Regierungspräsidium, das zuständige Landratsamt und die benachbarte Gemeinde Horben diese Baugenehmigung für rechtswidrig halten und Einspruch dagegen erhoben haben.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Stimmt nicht! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Belegen!)

– Selbstverständlich! Wenn das bestritten werden sollte, könnte ich – mit Einverständnis des Präsidenten – die drei Schreiben anschließend zu Protokoll geben.

Auf Weisung des Wirtschaftsministeriums über das Regierungspräsidium nimmt die Stadt Freiburg die Baugenehmigung zurück – hoffentlich nicht in der Absicht, demnächst den Prozess als Beklagte bewusst verlieren zu wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen fest, dass die Erstellung und der Betrieb dieser Windräder eine einmalige Verschandelung des Landschaftsbilds am Freiburger Hausberg darstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Du meine Güte!)

Die Antwort auf die Frage, warum die vornehmlich von den Grünen betriebene heutige Debatte mit geradezu messianischem Eifer so geführt wird, wie wir es bei Ihnen gerade auch vernommen haben, gibt der Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“, Herr Christ, in der Ausgabe vom 9. September 2003, wo er schreibt:

Windräder sind zum letzten Symbol für die politische Identität der Grünen geworden, seit sie ihre pazifistischen Wurzeln mit der Zustimmung zum Kosovo-Krieg gekappt haben.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

(Fleischer)

Wenigstens beim Umweltschutz soll sie keine Partei übertreffen.

So der Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Einen anderen Beweis haben Sie auch nicht gefunden!)

Zum Umweltschutzbegriff, verehrte Damen und Herren von den Grünen, gehört aber auch, dass wir die in unserer Heimat noch vorhandenen typischen Landschaften schützen und bewahren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dies gilt insbesondere auch für Landschaftsräume wie den Schauinsland, wo das Landschaftsbild nur eine ganz geringe Vorbelastung aufweist. Deshalb hat die Verwaltungsrechtsprechung unseres Landes in derartigen Fragen in den letzten Jahren zu Recht verstärkt auf den Landschaftsschutz abgehoben.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Die in Freiburg errichteten Windkraftanlagen sprengen in ihrer exponierten Lage die vorhandenen Proportionen und dominieren den Blick. Mit ihrer Größe, ihren Rotorbewegungen und hörbaren Geräuschentwicklungen erzeugen sie eine optische Unruhe und stören das Landschaftsbild und die in der Nähe wohnenden Menschen in erheblichem Maße.

(Zurufe von den Grünen)

Wer – das ist an die Adresse der Grünen gerichtet – schwerwiegende Eingriffe in die Landschaft hinnimmt, nur um einer von ihm favorisierten Form der Gewinnung regenerativer Energie Platz zu machen,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben doch keine Ahnung! Billige Polemik!)

dem fehlt es an der Fähigkeit, die notwendige Interessenabwägung vorzunehmen. Dies ist letztlich ein falsches, geradezu ideologisch pervertiertes Verständnis von Umweltschutz.

(Abg. Döppler CDU: So ist es! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben doch gar nicht zugehört! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Keine Ahnung!)

Ich stelle mit großer Zufriedenheit fest, dass dies eine Reihe von SPD-Abgeordneten bei der entsprechenden Beschlussfassung im Petitionsausschuss genauso gesehen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Dazu sage ich gleich etwas!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf klar sagen, dass wir deswegen gut daran tun, uns vornehmlich auf andere regenerative Energien zu konzentrieren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Welche? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was habt ihr dafür getan? Nichts!)

Die Große Wasserkraft ist schon genannt worden. Es gibt aber auch noch viele andere regenerative Energieträger wie Holz

(Zuruf von der CDU: Biomasse!)

und Biomasse zum Beispiel, die hier zur Diskussion stehen. Der vorhin von Ihnen zitierte Professor Claassen hat am letzten Wochenende in seinem Interview auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass aus seiner Sicht die Windkraft in Baden-Württemberg als einem Land, das nicht als Windenergieland bezeichnet werden kann, bei seinen künftigen Planungen eine vernachlässigbare Größe ist. Dies sollten Sie sich merken.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Zum Abschluss: Was am Schauinsland geschehen ist, ist ein Beispiel dafür, wie mit einem richtigen Grundgedanken durch Übertreibung falsch umgegangen wird.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Im Taubertal genauso!)

Deswegen hat der Ministerpräsident Recht,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Der Ministerpräsident hat immer Recht!)

wenn er alles in seiner rechtlichen Kompetenz Stehende tut, um dies zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen noch einmal darauf eingehen, wie das Verfahren abgelaufen ist, nachdem eben der Sprecher der Gemeinde Horben, Herr Abg. Fleischer,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Fleischer CDU: Ehrt mich sehr!)

noch einmal über „Auswüchse“ gesprochen hat. Wir können uns ja nachher noch einmal darüber unterhalten, was Auswüchse sind.

Nachdem der Bau einer größeren Windkraftanlage beantragt wurde, hat die zuständige Kommune, nämlich die Stadt Freiburg, diese Windkraftanlage genehmigt, und zwar im Laufe des Verfahrens nach zuerst 60 Metern Höhe mit 98 Metern Höhe. Da gab es einen Beschluss des Gemeinderats. Da war nichts undemokratisch; das ist ordnungsgemäß gelaufen.

Das zuständige Regierungspräsidium Freiburg hat diese Genehmigung akzeptiert und hat nichts dagegen unternommen. Das für die Raumordnung zuständige Wirtschaftsministerium hat sie auch akzeptiert und hat die vier – –

(Abg. Schmiedel SPD: Wo ist er?)

(Drexler)

– Herr Döring sitzt hier. Er sitzt in diesem Fall hinter dem Ministerpräsidenten.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Er hat sich versteckt! – Abg. Stickleberger SPD: Er versteckt sich!)

Er hat Angst, dass der Wind von vorne kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Bei Ihnen auch!)

– Meistens.

Auf jeden Fall war klar: Alles ordnungsgemäß! Sogar die vierwöchige Frist zur Widerrufung der Genehmigung verstrich, ohne dass irgendetwas passiert ist. Deswegen sagen wir: Die Windkraftanlage ist ordnungsgemäß erstellt worden, bis der Druck vom Ministerpräsidenten kam.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was hier passiert ist, ist eine riesige Blamage für Baden-Württemberg.

(Widerspruch bei der CDU)

– Natürlich!

(Beifall bei der SPD)

Wo wollen Sie denn die Investoren herbekommen, wenn dem Ministerpräsidenten nach Ablauf eines ordnungsgemäßen Verfahrens einfällt, eine rechtskräftige, richtige Entscheidung nachträglich politisch zu revidieren? Jetzt können Sie den Slogan „Wir können alles außer ordnungsgemäße Genehmigungen erteilen“ in Deutschland verkaufen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf von der CDU)

Oder: „Kommen Sie nach Baden-Württemberg, wir machen ganz schnelle Genehmigungen; und wenn es dem Ministerpräsidenten passt, dann wird das halt rückgängig gemacht.“ Genau so ist es gelaufen.

Schlimm ist, dass jetzt ein Prozess geführt wird, der viele Steuergelder kosten wird. Die Privilegierung der Windkraft im Außenbereich ist im Bundesgesetz schon seit der Regierung Kohl geregelt. Hier ist also überhaupt nichts Abnormes abgelaufen. In der Zwischenzeit hat die Windkraft einen Durchbruch erzielt.

Selbstverständlich, Herr Ministerpräsident, gibt es Gegenenden in Baden-Württemberg, in denen auch wir kein Windrad haben wollen. Natürlich ist das so. Das haben wir auch in der Debatte gesagt. Aber wer soll denn die Genehmigung aussprechen, wenn nicht die Kommune, die zwischen einer zukunftsorientierten Technik der Energiewirtschaft und der Frage des Landschaftsschutzes abwägt? Doch nur die Kommune! Es kann doch nicht sein, dass die Politik, wenn alles normal abgelaufen ist, nun von hinten kommt und sagt: „Da aber nicht!“ Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, werden Sie den Prozess nach allem, was wir wissen, verlieren, und das wird viel Geld kosten.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Mit Pauken und Trompeten!)

Jetzt komme ich zum Petitionsausschuss, Herr Kollege Fleischer. Dazu will ich schon noch etwas sagen. Im Petitionsausschuss hat ein Abgeordneter der CDU – den will ich jetzt nicht nennen, er ist heute auch nicht da –

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Folgendes gesagt. Das muss man sich schon einmal überlegen,

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

und deswegen haben CDU-Abgeordnete erklärt, das Verfahren müsse noch einmal überprüft werden, denn natürlich muss auch eine Windkraftanlage ordnungsgemäß genehmigt werden. Das ist ja wohl klar. Der CDU-Abgeordnete hat gesagt, seiner Meinung nach sei die Nabenhöhe mit arglistiger Täuschung erhöht worden. Das stimmt überhaupt nicht. Der Freiburger Gemeinderat hat im Januar die 98 Meter Nabenhöhe ordnungsgemäß beschlossen. Was heißt denn da „arglistige Täuschung“?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

... um die entsprechenden Erträge zu erreichen. Jahrelang habe der ADAC versucht, die Gaststätte am Schauinsland zu verkaufen. Die Stadt habe diese dann nur wegen der Windräder gekauft.

(Abg. Fleischer CDU: Im Dezember war bereits die Baugenehmigung ausgefertigt!)

Hier sei mit Tricks und nicht demokratischen Mitteln gearbeitet worden.

(Abg. Fischer SPD: Das war der Grund!)

Er appelliere an den Petitionsausschuss, ein Exempel zu statuieren und dafür zu sorgen, dass die Trickserie in dieser Firma unterbrochen werden.

Mit diesen Mitteln ist gearbeitet worden.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– So steht es im Protokoll! Das haben Sie doch unterzeichnet. Das ist ein Zitat aus dem Protokoll. Da brauchen Sie doch nicht den Kopf zu schütteln.

Deswegen haben unsere Mitglieder gesagt: Dieses Verfahren muss noch einmal überprüft werden. Nachdem das Wirtschaftsministerium angekündigt hatte, es werde Widerspruch einlegen, war auch klar: Der Vorgang kommt noch einmal in den Petitionsausschuss.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist ja eine neue Trickserie, was Sie jetzt machen!)

Aber wie Sie, Herr Kollege Fleischer, den Petitionsausschuss jetzt gegen die Windkraft instrumentalisieren, ist nun schon eigenartig.

(Abg. Fleischer CDU: Sie tricksen aufs Neue!)

– Wir tricksen überhaupt nicht. Wir haben ein ordnungsgemäßes Genehmigungsverfahren, das Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, weil Sie in der Gegend wohnen

(Drexler)

und Sie offensichtlich das Geräusch eines Rotors in Ihrer Wohngegend stört. Das trifft aber auch alle Leute, die eine ICE-Trasse oder eine Autobahn vor der Tür haben. Die haben auch ein störendes Geräusch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das ist zu billig!)

Im Übrigen zum Landschaftsschutz: Sie regen sich mit keinem Wort über 190 000 Strommasten, über Atommeiler, über die Frage der Klimakatastrophe auf. Darüber regen Sie sich überhaupt nicht auf, Herr Fleischer.

(Abg. Fleischer CDU: Sie müssen unterscheiden, was existenziell notwendig ist und was nicht!)

Wenn Sie sich über Windräder aufregen, müssten Sie sich darüber auch aufregen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wirtschaftsminister, zu Ihnen will ich schon noch sagen: Sie sind in diesem Fall eine Enttäuschung von vorne bis hinten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Kein Investor kann einen Wirtschaftsminister brauchen, den schon der kleinste Gegenwind seines Ministerpräsidenten umweht. Alle kennen schon den „Fliegenden Robert“ aus dem „Struwelpeter“; bald kennen auch alle den „Umgekehrten Walter“.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ja, das muss ich schon sagen. Denn wir haben uns darauf verlassen, dass Sie zu Ihrem Wort im Petitionsausschuss stehen, dass alles ordnungsgemäß abgelaufen ist und das Wirtschaftsministerium Widerspruch gegen das erheben wird, was der Petitionsausschuss beschließt. Ich sage Ihnen: Wer auch immer von Investitionsentscheidungen spricht, wer auch immer sagt, ein Land müsse freundlich mit Investoren umgehen, muss einräumen: Wenn ein solcher Fall bekannt wird, schadet das nicht nur den alternativen Energien und dem Klimaschutz, sondern hat auch Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Menschen, die sich dort engagieren wollen.

Wir haben eine katastrophale Situation, und das wird unsere Reputation in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa nicht verbessern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen unterteilen und in der ersten Runde etwas zum Geschehen im Zusammenhang mit den Windmühlen auf der Holzschlägermatte bei Freiburg sagen und in der zweiten Runde etwas dazu, wie wir von der Fraktion der FDP/DVP uns einen ordentlichen Energiemix unter voller Einbeziehung der erneuerbaren Energien vorstellen. Aber ich habe auch überhaupt

nichts dagegen und halte es sogar für richtig, wenn in dieser Runde auch über das Thema „Nutzung der Kernkraft“ diskutiert wird.

Zunächst einmal zu dem Geschehen in Freiburg: Ich bin der Meinung, dass das Geschehen und der Verfahrensablauf dort eigentlich niemanden zufrieden stellen können. Dass eine Baugenehmigung erst erteilt wird, sie von der oberen Baubehörde, dem Regierungspräsidium, trotz erheblicher rechtlicher Bedenken, die dort geäußert wurden, ausdrücklich nicht beanstandet wird – dass es das getan hat, halte ich für etwas ungewöhnlich –, sie aber nachher, wenn das Bauvorhaben vollständig realisiert worden ist, wieder einkassiert wird, das kommt bei uns in Baden-Württemberg glücklicherweise nicht allzu häufig vor. Ich kann nur sagen: Das lässt sich aus meiner Sicht auch nur durch das politische Gewicht, welches der Petitionsausschuss diesem Verfahren unterlegt hat, rechtfertigen.

Zweitens: Der missionarische und dazu eben oft auch blinde Eifer, mit dem der Bau von Windkraftanlagen betrieben wird, tut der Nutzung der Windenergie, tut der Nutzung der erneuerbaren Energien insgesamt keinen Gefallen.

Drittens: Unbefriedigend ist für mich auch, dass die Politik wieder einmal ihre Fortsetzung über die Gerichte erfährt.

Als ein in Verwaltungsverfahren nicht ganz Unbeleckter möchte ich noch einige wenige Ausführungen zu diesem anstehenden Klageverfahren machen. Es wird nicht nur, aber in erster Linie darum gehen, den Vertrauensschutz in Relation zum Landschaftsschutz zu stellen und beide gegeneinander abzuwägen. Beim Landschaftsschutz sind übrigens alle Beteiligten – Regierungspräsidium wie beteiligte Ministerien – einhellig der Meinung, dass hier eine erhebliche Beeinträchtigung vorliegt, weil das dort nun einmal ein sehr exponierter Landschaftsteil ist, gelegen in einem der schönsten Teile des Schwarzwalds. Das muss man einfach sehen.

Herr Kretschmann, Sie haben wiederholt gesagt, Landschaftsschutz sei ohne Klimaschutz nicht möglich. Das ist eine sehr griffige Formulierung, aber es ist und bleibt eine Worthülse, die nicht zieht. Ebenso könnten Sie auf dem Freiburger Münster mit der Begründung einen Propeller anbringen, er hätte dort die richtige Nabenhöhe und schließlich sei ja auch der Denkmalschutz vom Klimaschutz abhängig, was die Witterungseinflüsse anbelange.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit und Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ein Quatsch! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Der Vertrauensschutz, meine Damen und Herren, ist meiner Meinung nach hier außerordentlich hoch zu gewichten. Es lag eine Baugenehmigung vor, die ausdrücklich nicht beanstandet worden ist, und daraufhin ist das Vorhaben umgesetzt worden. Es gibt nicht nur eine Planung, nicht nur eine Fertigstellung einer Planung, nicht nur einen Baubeginn, sondern es wurde schon fertig gestellt und in Betrieb genommen. Mehr ist unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes eigentlich nicht möglich. Selbst wenn die Aufhebung der Baugenehmigung nicht beanstandet würde, bedürfte es für eine Beseitigung einer Beseitigungsverfügung.

(Hofer)

Auch diese stünde unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit.

Kurz und gut: Ich sehe die Windmühlen auf der Holzschlägermatte nicht so schnell verschwinden. Vielleicht gibt es einmal eine Parallele zu der berühmten Windmühle in Sanssouci, die Friedrich den Großen sehr störte, die aber aufgrund der preußischen Gerichtsbarkeit bis heute noch steht.

(Heiterkeit)

Ich glaube allerdings nicht, dass die Windmühlen am Schauinsland bei ihrer Verunstaltung der Landschaft auch noch unter Denkmalschutz gestellt werden.

An dem Freiburger Beispiel kann man sehr genau sehen, wie richtig es war, dass wir im Landesplanungsgesetz die Ausweisung von Vorranggebieten für Windmühlen angeordnet haben und das eben nicht der einzelnen Kommune überlassen haben. Jetzt muss in einem öffentlichen Verfahren unter Beteiligung aller Träger öffentlicher Belange und auch der betroffenen Bürger abgewogen werden. Nur so ist Planungssicherheit gewährleistet.

Im Übrigen wird hier munter fortgefahren. In der Region Stuttgart zum Beispiel ist es dazu gekommen, dass auf der Traufseite der Schwäbischen Alb keine Windkraftanlagen mehr zugelassen worden sind. Das ist völlig selbstverständlich, und deshalb ist dieses Verfahren richtig.

Im zweiten Teil möchte ich – das ist mir mindestens genauso wichtig – noch ausführen, wie wir uns die Einbindung der Windkraft in den Energiemix allgemein vorstellen. Ich kann nur hoffen, dass sich solche Dinge, wie wir sie jetzt in Freiburg sehen, nicht mehr wiederholen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Kretschmann, Sie haben vorhin davon gesprochen, im Sommer habe es in Baden-Württemberg ein Debakel gegeben. Wo hat es ein Debakel gegeben? Es hat eben keines gegeben,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Verschiebung der Grenzwerte!)

sondern es hat ein sehr verantwortungsbewusstes Handeln der EnBW gegeben, und es hat ein sehr verantwortungsbewusstes Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium gegeben, wofür ich sehr dankbar bin. Vor allem – deswegen weise ich Ihren Angriff auf den Umweltminister an dieser Stelle zurück – hat es ein sehr verantwortungsbewusstes Handeln des Umweltministers Müller gegeben, damit in Baden-Württemberg eben kein Debakel entsteht, meine Damen und Herren. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Die Veränderungen, von denen Sie gesprochen haben, sind bei weitem nicht genutzt worden. Es hat sich um Vorsorge- und Vorkehrungsmaßnahmen gehandelt, damit

es eben nicht zu Abschaltungen kommen musste. Im gesamten Ablauf ist also nach unserem Kenntnisstand in vollem Umfang verantwortungsbewusst und richtig gehandelt worden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch wenn in einer Landtagsdebatte die Opposition die Regierung vor die Flinte nimmt, sollte sie davon ausgehen, dass es von der EnBW rechtzeitig einen Hinweis darauf gegeben hat, dass es Engpässe geben kann. Wir hatten in diesem Sommer – das werden auch Sie nicht bestreiten können – historisch absolut einmalige klimatische Verhältnisse; so etwas gab es davor nicht.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sie hatten natürlich Auswirkungen auf alle Bereiche, zum Beispiel was die Kühlung etc. angeht. Darauf ist verantwortungsbewusst eingegangen worden, und es ist vorsorgend gehandelt worden. Die Veränderungen sind nicht ausgenutzt worden, auch nicht zum wirtschaftlichen Vorteil, sondern zur Sicherstellung der Stromversorgung in Baden-Württemberg.

Wichtig ist jetzt, dass wir aufgrund der Erfahrungen des Sommers Vorkehrungen für das nächste Jahr und die folgenden Jahre treffen. Das wird dadurch gewährleistet, dass EnBW, Wirtschaftsministerium und Umweltministerium in diesem Herbst Gespräche führen und die Vorgänge des Sommers bilanzieren, um auf diese Weise festzustellen, welche Vorkehrungen für die nächsten Jahre getroffen werden können und müssen, damit es nicht zu Verunsicherungen, sondern zu der Gewissheit kommt, dass die Stromversorgung in Baden-Württemberg gesichert ist.

Ein zweiter Punkt – da wundere ich mich vor allem ein wenig über Herrn Drexler –: Verehrter Herr Drexler, Sie sollten sich einmal anhören, was Bundeswirtschaftsminister Clement, Ministerpräsident Steinbrück von Nordrhein-Westfalen, die Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz und andere über die Windkraft gedacht und gesagt haben, bevor Sie uns hier in Baden-Württemberg vor Ihre kleine Flinte nehmen wollen.

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich gemacht!)

Das können Sie der Reihe nach nehmen. Clement mehrfach: „total übersubventioniert“, „es entstehen Windräder an den falschen Standorten“ – ausdrücklich ausgeführt: „an den falschen Standorten“. Genau dies ist auch die Meinung der Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Aus diesem Grund wendet sich auch der Kollege aus Brandenburg, Umweltminister Birthler SPD, gegen Windkraftanlagen:

Am liebsten würde ich alle Windkraftanlagen wieder umlegen.

– So sagte der Minister.

(Minister Dr. Döring)

Sie verschandeln die Landschaft, fressen Milliarden-subsventionen. Arbeitsplätze entstehen kaum. Der Strom wird teuer.

– So der Umweltminister aus Brandenburg von der SPD. „Donnerwetter!“ kann ich da nur sagen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Hier in Baden-Württemberg – um der Legendenbildung etwas vorzugreifen – will niemand alle Windkraftanlagen umlegen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir haben jetzt die Regionalverbände angewiesen, bestgeeignete Plätze für Windkraftanlagen auszuweisen. Dort, wo bestgeeignete Plätze sind, werden wir Windkraftanlagen genehmigen, und dort, wo sie die Landschaft verschandeln, werden wir sie nicht genehmigen. Das ist eine klare Aussage, ein klarer Kurs und eine klare Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

– Ich komme schon darauf.

Sie werden doch – das wundert mich bei Herrn Kollegen Kretschmann – all die Bürgerinitiativen und all die Umweltorganisationen, die sich zu Wort melden, auch ein bisschen ernst nehmen müssen: Bürgerinitiativen für den Erhalt unserer oberschwäbischen Natur- und Kulturlandschaft, gegen die Verschandelung durch Windkraftwerke – reihenweise. Auch dies sind Bürgerinnen und Bürger, die ernst zu nehmen sind – so wie Ihre Anhänger der beiden Windräder in Freiburg. Wir nehmen sie ernst.

In diesen Tagen, Herr Kollege Kretschmann, haben sich 40 Vogelkundler geäußert. Ich hätte nicht gedacht, dass ich im Landtag von Baden-Württemberg einmal Vogelkundler zitieren würde. 40 Vogelkundler kommen zu dem Ergebnis: Früher sind die Grünen durch die Lande gelaufen, haben jeden Krötenwanderweg gerettet,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

haben Investitionen verhindert, wenn irgendwo ein Maulwurfshügel war;

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

heute droht die Gefahr, dass sie mit ihren Windrädern die Vögel geradezu schreddern. So 40 Vogelkundler dieser Tage in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, weil Sie sich da so amüsieren:

(Abg. Drexler SPD: Ich amüsiere mich nicht!)

Am Ende einer Tagung

– da sind ja extra Leute zusammengekommen –

zogen 40 Vogelkundler aus ganz Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet ein Besorgnis erregendes Fazit:

Windkraftanlagen, die in Vogelzugkorridoren installiert werden, bedeuten eine

– wörtlich dann –

erhebliche Gefährdung, weil sie Vögel regelrecht zerschreddern können.

So weit die Vogelkundler.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns zu einigen Themen kommen, die Kollege Kretschmann angesprochen hat,

(Glocke des Präsidenten)

und lassen Sie mich vor allem auch zu der aktuellen Atomkraftdiskussion einige Ausführungen machen.

Präsident Straub: Herr Wirtschaftsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Am Ende gern.

Präsident Straub: Am Ende gern.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Der erste Punkt zu der Diskussion über die Atomenergie.

Wir brauchen – und das auf Jahre hinaus und mit Sicherheit länger, als die Ausstiegsszenarien von Rot-Grün es vorsehen – die Atomenergie in Baden-Württemberg und in Deutschland.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Deswegen ist es richtig, wenn wir darüber eine möglichst ideologiefreie, eine möglichst sachkompetente Diskussion führen. Deswegen ist klar, dass wir auch der Bundesregierung sagen müssen: Sie haben einerseits den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen, Sie haben andererseits die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beschlossen, und Sie haben – Sie halten uns unsere Gutachten immer vor – Gutachten in Auftrag gegeben, die belegen, dass diese beiden Ziele nicht miteinander vereinbar sind – Gutachten des Bundesumweltministeriums.

Ja, meine Damen und Herren, das muss man genauso zur Kenntnis nehmen wie den Umstand, dass Sie Ihre Bereiche immer nur einseitig darstellen wollen. Wenn es Ziele gibt, die Sie sich gesetzt haben – der Kollege Drexler sagt, die Landesregierung operiere mit Zielen, die sie dann selbst infrage stelle –, müssen Sie doch wenigstens einmal die Gutachten betrachten, die die von Ihnen selbst gestellte Bundesregierung in Auftrag gibt, und fragen, ob diese beiden Ziele überhaupt gemeinsam erreichbar sind. Die Gutachten des Bundesumweltministeriums kommen zu dem Ergebnis: Sie sind nicht beide gleichzeitig erreichbar. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen.

Deswegen ist eine sachgerechte, kompetente und ernsthafte Diskussion über die Nutzung der Kernenergie dringend notwendig, auch in Baden-Württemberg, auch hier im Landtag, meine Damen und Herren.

(Minister Dr. Döring)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das heißt, Herr Kollege Drexler – das hat das Landeskabinett gestern in voller Übereinstimmung festgestellt –: Wir führen keine Standortdebatte über ein neues Kernkraftwerk.

(Abg. Schmiedel SPD: Frau Schavan!)

Die Landesregierung hat gestern in großer Übereinstimmung festgestellt: Wir führen keine Debatte über ein neues Kernkraftwerk in Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir brauchen keine Standortsuche, wir brauchen auch kein neues Kernkraftwerk. Erstens.

Zweitens: Dass wir aber aus dem Ausstiegsbeschluss der Bundesregierung aussteigen wollen, steht für die Landesregierung und die Regierungsfractionen fest. Dies festzuhalten ist wichtig, weil wir dieses Ausstiegsszenario realistischweise gar nicht einhalten können. Deswegen ist es sinnvoll, zu sagen: Lasst uns offen sein – wahrscheinlich hat Herr Kollege Oettinger das deswegen in einem Interview mitgeteilt, weil er heute nicht da sein kann – für eine Diskussion über die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke in Baden-Württemberg, die ständig auf Sicherheit überprüft werden – –

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Unruhe bei der SPD und den Grünen)

– Wissen Sie, Frau Dederer, ich halte es für unglaublich, was Sie da machen!

(Abg. Schmiedel SPD: Die Kultusministerin!)

Das ist eine beharrliche Verunsicherung der Bevölkerung. Sie machen mit Angst Politik. Das ist das Erbärmlichste, was man überhaupt machen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Unruhe)

Mit Angst machen Sie Politik; das halte ich für das Erbärmlichste, was man überhaupt machen kann.

Wenn Sie diese Diskussion offen annehmen und in aller Klarheit sagen: „Wir werden uns über die Laufzeit unterhalten müssen, weil der Energiemix auf Jahre hinweg bestehen muss, auch zusammen mit der Kernenergienutzung“, dann werden wir ganz selbstverständlich diese Diskussion mit Ihnen führen. Und ich sage Ihnen: Wir verabschieden uns doch überhaupt nicht von den Zielen, die wir uns gesetzt haben. Nur, Herr Kollege Drexler: Natürlich haben wir „2010“ hineingeschrieben und haben gesagt: Das machen wir auch. Nun müssen Sie aber sehen: An der Zielvorgabe – das hat auch Herr Kollege Müller gestern im Kabinett bekräftigt – halten wir fest. Wir müssen aber auch die Realität bezüglich der Haushaltssituation berücksichtigen.

Wenn wir ein oder sogar zwei Gutachten haben, die uns beide sagen, wir bräuchten pro Jahr etwa 40 Millionen €, um das Ziel punktgenau zu erreichen, dann kann ich nur sa-

gen: Wir müssen an der Zielvorgabe weitestgehend festhalten; die Punktlandung wird aber aufgrund des hohen Mittelbedarfs, der da angegeben ist, nicht unbedingt möglich sein. Wir geben aber das Ziel, die Verdopplung des Anteils der regenerativen Energien bis 2010 zu erreichen, nicht auf.

Lassen Sie mich zur Wasserkraft auch noch ein paar Takte ausführen, weil Sie das angesprochen haben. Ein Mitarbeiter aus meinem Ministerium sagte mir gerade eben, wir seien seit 1992, also als Sie damals in der Regierung waren – mit nicht ausreichendem Einsatz –, hinter dieser Großen Wasserkraft in Rheinfelden her. Wir haben uns vonseiten des Wirtschaftsministeriums von Baden-Württemberg 1998 wieder sehr rasch darum bemüht, dass die Große Wasserkraft in Rheinfelden berücksichtigt wird. Jetzt haben wir das Jahr 2003, und die Große Wasserkraft ist bei Rot-Grün immer noch nicht durch.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war doch der Rexrodt!)

Deswegen fordere ich Sie dazu auf, dass Sie freundlicherweise – Herr Kollege Walter, was hilft der Blick zurück? –

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

mit Rot-Grün dafür sorgen, dass wir die Große Wasserkraft in das EEG hineinbekommen. Dann wären wir für Baden-Württemberg einen gewaltigen Schritt weiter –

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

nicht nur für Rheinfelden, sondern auch, was die Modernisierung von Anlagen angeht.

(Abg. Drexler SPD: Sie können doch selbst etwas dafür tun!)

Denn weil bei uns in Baden-Württemberg die Wasserkraft mit Abstand mehr bringen wird als die Windkraft, setzen wir hier im Land auf die Wasserkraft. Dabei bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Sie können dies in Berlin auf den Weg bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Große Wasserkraft ist das eine. Das andere, worum es meiner Meinung nach auch geht, ist – das werden Sie einräumen müssen –: Wir müssen immer im Auge behalten, dass wir in allen Forschungsbereichen – das sind die Institute, die sich in Baden-Württemberg mit der Solarenergie befassen – enorm viel tun. Das gilt, wie Sie wissen, gerade für Freiburg. Wir müssen auch im Auge behalten, dass wir im Bereich der Brennstoffzelle enorm viel tun – übrigens auch mithilfe von Mitteln aus der Landesstiftung, die ja immer wieder heftig kritisiert wird –, dass wir in der Forschung auf Zukunftstechnologien und alternative Energien setzen. Wenn wir dies über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg vergleichen, stellen wir fest, dass Baden-Württemberg bezüglich der für diesen Forschungsbereich vergebenden Mittel auf einem guten und ungefährdeten dritten Platz liegt. Diese Förderung der Forschung werden wir auch fortsetzen.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

(Minister Dr. Döring)

Wir haben in der jetzigen Haushaltsdiskussion genau diese Institute weitestgehend ausgeklammert, weil wir wissen, dass in den Bereichen Forschung und Entwicklung, alternative Energien, neue Technologien wie zum Beispiel die Brennstoffzelle für Baden-Württemberg eine Chance liegt. Diese Chance wollen und werden wir nutzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen an einer Stelle – ich habe das schon beim letzten Mal gemacht; bedauerlicherweise müssen wir das erneut einräumen – mit Sicherheit einräumen, dass wir noch nicht all das haben, was hilfreich und wertvoll wäre. Das betrifft die Frage der Umsetzung dessen, was aus den Forschungsergebnissen kommt, in marktfähige Produkte.

(Abg. Drexler SPD: Fast nichts!)

Das ist der Bereich, bei dem ich das – ich nehme das als Kritik vonseiten der Opposition und auch aus den eigenen Reihen – als eine berechtigte Kritik annehme. Es geschieht zu wenig, um das, was in den Forschungsinstituten erforscht wird, in konkrete, marktfähige Produkte umzusetzen. Dort haben wir ein Defizit. Dort gilt es, Nachholbedarf aufzuholen. Dies müssen wir einräumen, und das räumen wir auch ein. Wir werden uns aber nicht auseinander dividieren lassen.

Damit komme ich zu Freiburg. Dort hat eine Übereinstimmung bestanden. Es gab dort keine Genehmigung. Mit dieser Mär, mit dieser Legende muss man einmal aufräumen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Die gab es nicht. Es gab dort keine Genehmigung.

Es gibt den Petitionsausschuss. Dabei gehe ich nicht auf das Regierungspräsidium oder auf Mitarbeiter ein. Vielmehr gehe ich hin und sage: Ich habe da noch nicht gegessen. Sie sagen, ich hätte dort gegessen. Ich saß da nicht – nur als Kleinigkeit zur Korrektur.

Es ist aber völlig klar: Was vom Wirtschaftsministerium gemacht worden ist, hat der Minister zu verantworten. Im Petitionsausschuss haben wir zunächst einmal gesagt: Wir müssen auch die Zumutbarkeit berücksichtigen, wir müssen die Ermessensspielräume berücksichtigen. Das war der Punkt, den wir im Petitionsausschuss berücksichtigt haben. Deswegen hat sich unser Vertreter im Petitionsausschuss so geäußert. Da gibt es überhaupt keinen Abzug. Das ist so geschehen, auch mit Billigung der Amtsführung.

Wir haben uns die gesamte Situation angeschaut. Wir haben den gesamten Ablauf auf einer Landespressekonferenz vorgestellt. Aber Sie brauchen das halt ein drittes Mal, weil Sie jetzt eine Landtagsdebatte haben. Deshalb müssen Sie das noch einmal aufwärmen. Ich habe dem Ministerpräsidenten im Juli dieses Jahres einen Brief geschrieben. Darin habe ich die Situation geschildert und meine Position dargelegt, wonach wir meiner Einschätzung nach von dieser Petitionsausschusshaltung abweichen müssen und uns darüber unterhalten sollen. Wir sind im Konsens gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen, das Sie kennen. Da gab es kein Zurück und kein Hin- und Herpfeifen. Das ist Unfug. Das würde

Ihnen vielleicht so gefallen. Es war nicht so. Es ist eine Konsensabstimmung gewesen, und wir haben dort so gehandelt.

Mir wäre es auch lieber, man hätte die Position von Anfang an – aber nicht im Wirtschaftsministerium, sondern an einer anderen Stelle – gleich so eingenommen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Das war nicht so. Da gibt es jetzt keine Schuldzuweisung. Es gibt ein Dazu-Stehen. Die Position, die wir vonseiten der Landesregierung übereinstimmend vortragen, gilt. An der werden wir auch festhalten.

Strich darunter: Dies ist eine Diskussion, die notwendig ist und die wir auch in aller Offenheit führen, weil wir dazu stehen, dass wir einen Energiemix brauchen und – ich sage es noch einmal – auf Jahre hinaus brauchen werden. Wir brauchen eine verlässliche Energieversorgung in Baden-Württemberg. Wir brauchen sie möglichst umweltschonend, und wir brauchen ihre Wirtschaftlichkeit. Diese drei Ziele verfolgt die Landesregierung mit ihrer Energie- und Umweltpolitik, und diese drei Ziele werden in Baden-Württemberg erreicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu Wort. – Abg. Schmiedel SPD: Er kneift! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Der Herr Minister kommt nachher noch einmal ans Rednerpult und lässt dann die Fragen zu.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie, die Regierung und die Regierungsfractionen, haben in dieser Debatte schlichtweg nichts geboten.

(Abg. Fleischer CDU: Das sagen Sie!)

Außer einem kleinkarierten Fingerhakeln um zwei Windkraftanlagen auf der Holzschlägermatte haben Sie nichts geboten.

(Abg. Fleischer CDU: Wir sind doch noch nicht fertig!)

Im Gegenteil, Sie haben vor einer Woche eine Atomkraftdebatte angezettelt. Heute wird diese Atomkraftdebatte vom Wirtschaftsminister wieder dementiert und gesagt, sie sei gar nicht ernst gemeint und es sei hier gar nicht geplant, neue Atomkraftwerke zu bauen. Das alles ist nur diffuses Zeug. Sie müssen zugeben, dass Sie Ihre selbst gesetzten Ziele der Verdopplung des Anteils der regenerativen Energien nicht einhalten können. Das sagen Sie hier ausdrücklich. Sie haben energiepolitisch einfach nichts geboten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Sie haben nicht zugehört!)

(Kretschmann)

Missionarischen und blinden Eifer gegen die Windkraft, Herr Kollege Hofer, produziert hier nur einer: Das ist der Ministerpräsident.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Minister Döring, wenn im Sommer eine Situation eintritt, in der das Kühlwasser nicht mehr ausreicht, um die Grenzwerte nicht zu überschreiten, und der Umweltminister in einer solchen Situation diese Grenzwerte ändert, dann ist das ein Debakel.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Damit ruiniert man ein wichtiges Umweltinstrument.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Das ist gerade so, als würde man die Brandschutzbedingungen dann außer Kraft setzen, wenn Brandgefahr herrscht. Es ist logisch, dass dies nicht im Winter passiert, wenn es regnet. Natürlich sind die Grenzwerte dafür gedacht, dass sie in solchen Situationen wirksam werden, in denen dies eintritt. Wenn man sie gerade dann außer Kraft setzt, wenn man sie eigentlich bräuchte, ruiniert man ein wichtiges Umweltinstrument. Das ist ein Debakel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie halten an der Zielvorgabe fest und können sie nicht umsetzen. Sie haben gesagt, Sie hätten kein Geld dafür. Aber dort, wo man kein Geld braucht, wo die Bürgerinnen und Bürger das Geld zur Verfügung stellen, nämlich zum Beispiel bei Windkraftanlagen, verhindern Sie dies durch rein bürokratische Willkür. Das ist die Tatsache.

Die meisten Windräder sind Bürgerräder,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was sind das?)

von denen ich nachgewiesen habe, dass der Mittelstand davon profitiert. Das kostet Sie überhaupt keinen Pfennig.

(Abg. Fleischer CDU: Das glauben Sie doch selber nicht, was Sie da erzählen! Das ist eine Geldmaschine! – Unruhe)

Das machen die Bürgerinnen und Bürger selbst.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Das Investitionsklima wird durch Sie ruiniert – und das in einer Phase, in der wir auf eine Arbeitslosenzahl von 5 Millionen zugehen –, in dem einzigen Bereich, in dem wir gute Wachstumsraten hatten wie in keinem anderen Sektor der Volkswirtschaft. In einer solchen Situation erlauben Sie sich, mit Ihrer ganzen Heuchelei von Landschaftsschutz die Errichtung von Windkraftanlagen zu torpedieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Damit haben Sie mehr zu tun! Sie verbieten Landschaftsschutz!)

Sie haben ein Landesplanungsgesetz erarbeitet, das auf 99 % der Fläche in Baden-Württemberg Windräder verhindert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ist auch richtig so! – Abg. Fleischer CDU: Die letzte Bastion, die Windkraft!)

Also kann von einer Verspargelung gar keine Rede sein. Zu den wenigen Vorrangflächen, auf denen Windräder errichtet werden können, wird vom MP nach unten angeordnet, sie auch dort noch zu verhindern, selbst wenn sie schon gebaut sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, das geht ja gar nicht mehr!)

Das ist Ihre Wirtschaftspolitik: die wenigen Bereiche der Volkswirtschaft, die überhaupt noch wachsen, in einer solchen Situation zu ruinieren. Das kann man an den Aktienkursen nachlesen.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Es ist doch auffällig, dass Sie bei der Windkraft zum allerersten Mal den Landschaftsschutz entdecken.

(Abg. Drexler SPD: Ja, das erste Mal! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Wo hat man das von Ihnen jemals zuvor gehört?

(Unruhe)

Als es hier um die Skihalle Sasbachwalden ging, haben Sie „rumsalbadert“, Herr Kollege Fleischer, wie schwierig das doch sei. Da war von Landschaftsschutz überhaupt keine Rede.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Drexler SPD: Genau! Das erste Mal! Bei Vögeln genau das Gleiche! Das erste Mal Vögel, heute!)

Jetzt kommen wir, bitte schön, einmal zum wirtschaftlichen Aspekt der Windkraft.

(Abg. Stickelberger SPD: Das erste Mal haben Sie sich mit Vögeln beschäftigt! – Abg. Drexler SPD: Das erste Mal mit Vögeln! – Heiterkeit)

Sie können Ihre Ziele der Verdopplung des Anteils der regenerativen Energien allein mit Großer Wasserkraft nicht erreichen. Das haben wir Ihnen nachgewiesen. Außerdem haben Sie außer Presseerklärungen nichts für die Große Wasserkraft getan. Das haben wir durchgesetzt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gar nichts! – Abg. Fleischer CDU: Kennen Sie nicht den Beschluss des Wirtschaftsausschusses?)

Aber dies genügt nicht, wir brauchen auch Windkraft.

Was ist jetzt eigentlich die Situation? Durch ein außerordentlich kluges Gesetz, dem Sie, Herr Döring, im Bundesrat nicht zugestimmt haben,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

ist dies überhaupt erst möglich geworden, auch mit der Großen Wasserkraft. Wir haben einen Bereich, in dem 40 000 Arbeitsplätze geschaffen wurden, in dem in zehn Jahren die Kosten für die installierte Leistung Windkraft

(Kretschmann)

halbiert worden sind. Das ist in Zukunft der Exportschlager Nummer 1. Davon profitiert unser Mittelstand. Das hat neue Technologien angestoßen, wie zum Beispiel Gezeitenkraftwerke. Das heißt, davon gehen richtige Innovationen aus. Das ist eine Subvention, die ausläuft und degressiv ist, bei der somit keine Mitnahmeeffekte entstehen.

Das wagen Sie zu torpedieren – in einer Situation hoher Arbeitslosigkeit und absoluter Wachstumsschwäche. Das geht voll gegen den Mittelstand. Renommiertere baden-württembergische Firmen liefern hier zu. Das ist Ihre Politik, die Sie in einer solchen Situation betreiben. Statt die Wachstumskräfte nachhaltig zu stärken – in der Ökologie, wo sie sinnvoll sind –, werden sie von Ihnen torpediert. Und das Schlimme: ohne hier Alternativen zu bringen – außer Ihrem Geschwafel von Atomkraft.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ich finde, dass dies eine Bankrotterklärung der ganzen Energiepolitik dieser Landesregierung ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich außerhalb der Windenergie mit den allgemeinen energiepolitischen Fragen beschäftigen, die vor allem vom Fraktionsvorsitzenden der Grünen angesprochen wurden. Lieber Vornamensvetter Winfried Kretschmann, mein Eindruck ist, dass Sie ab und zu unter der Last des Fraktionsvorsitzenden leiden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt aber!)

– Das ist mein Eindruck. Solange Sie als Abgeordneter noch nicht in Amt und Würden des Fraktionsvorsitzenden waren, haben Sie hier vorne viel differenzierter argumentiert.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Lassen Sie mich mit Ihrer Aussage von den Bürgerrädern beginnen. Wenn das richtig wäre, müsste jeder Bürger wissen, dass und in welcher Höhe er mit seinen Stromgebühren einen Beitrag zu den Windrädern leistet. Ich bin aber ganz sicher, dass mehr als die Hälfte von diesem Sachverhalt überhaupt nichts weiß. Deswegen ist es eine Schimäre, zu sagen, Windräder seien Bürgerräder.

Zweiter Gesichtspunkt: Große Wasserkraft. Herr Kollege Kretschmann, Sie haben selber gesagt, dass das Land Baden-Württemberg im Bundesrat gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz gestimmt habe. Ein Grund unserer ablehnenden Haltung war bei der Wasserkraft der Grenzwert von fünf Megawatt. Das heißt, was unter fünf Megawatt ist, wird gefördert, und was darüber ist, wird nicht gefördert.

(Abg. Drexler SPD: Was? Das ist ja ganz neu! Doch nicht deswegen! Das war nicht Ihr Argument gegen das Gesetz!)

Also können wir uns darauf einigen, dass wir alle hier in diesem Haus für eine Streichung dieser Grenze von fünf Megawatt bei der Wasserkraft sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das steht im Referentenentwurf drin! Jetzt tut etwas dafür, dass es drinbleibt!)

– Dann ist es doch gut. Darüber sollten wir uns alle gemeinsam freuen. Wenn es dann soweit ist, streite ich mit Ihnen gar nicht mehr über das Erstgeburtsrecht, wer hier das Verdienst hat, sondern bin froh, dass wir durchgesetzt haben, dass wir die Große Wasserkraft genauso behandeln, darf ich sagen, wie die Kleine. Allein die geplanten Investitionen in Rheinfelden führen zu einer Erhöhung des Stromdargebots durch dieses Kraftwerk um den Faktor 3.

Jetzt komme ich zum Klimaschutz. An und für sich sind die Verhältnisse ganz einfach. Wir in Baden-Württemberg haben etwa zwei Drittel unseres Stroms durch Kernenergie erzeugt. Dann haben wir einen Anteil von 5 oder 6 oder 7 %, der durch regenerative Energien erzeugt wird, und wir haben den Rest durch fossile Energien. Nun sind Sie für den Atomausstieg, was die friedliche Nutzung der Atomenergie anbetrifft. Dies ist auch in Gesetzesform niedergelegt und von uns zu respektieren. Aber wenn ich in Baden-Württemberg 60 % des Stroms durch Atomenergie erzeuge, dann muss doch die Frage erlaubt sein, was denn anstelle dieser 60 % kommt, wenn in 20 oder 25 Jahren das letzte unserer Kernkraftwerke abgestellt ist. Die Antwort darauf scheuen Sie wie der Satan das Weihwasser.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Überhaupt nicht!)

Sie haben nämlich heute nur eine denkbare Alternative, und das ist die Ausdehnung der fossilen Energie.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht! Hören Sie halt zu!)

– Jetzt komme ich doch zu Ihnen. Sie sagen, die regenerativen Energien seien die Alternative. Hier lassen Sie schon einmal ganz einfache physikalische Grundsätze völlig außer Acht. Stromdargebot bedeutet, dass der Strom Tag und Nacht in derselben Spannung und in derselben Frequenz zur Verfügung gestellt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie vielleicht noch mit Wasser sicherstellen, und das können Sie mit Biomasse machen, aber das können Sie nie und nimmer mit Solarenergie und nie und nimmer mit Windkraft machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das wissen wir ja! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Gleich. Ich will meinen Gedanken zu Ende führen. Dann darf Herr Witzel mich fragen.

Das heißt, wer hier immer „Solar- und Windkraft“ ruft, sollte einmal dazusagen, dass das nur geht, wenn eine Grundlast im Hintergrund steht, die heute durch Atomkraft er-

(Scheuermann)

zeugt wird. Und Sie sagen uns nicht, was an deren Stelle treten soll.

(Abg. Drexler SPD: Doch, natürlich!)

Sie wissen so gut wie ich, dass bei einem heutigen Anteil von 6 % alternativer Energie nie und nimmer 60 % nur durch alternative Energien ersetzt werden können. Wer das Wort Klimaschutz im Mund führt, sollte wenigstens auf die Frage, was nach der Kernenergie kommt, eine ehrliche Antwort geben und sich nicht um diese Antwort herumgeln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Witzel GRÜNE meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage.)

– Sofort, Herr Witzel, am Schluss sehr gern.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Jetzt komme ich zur Entsorgungsfrage. Bei der Atomenergie tragen Sie dieses Argument immer wie eine Monstranz vor sich her und sagen, die Entsorgungsfrage sei ungelöst.

(Abg. Drexler SPD: Ist sie auch!)

– Ist sie auch.

(Abg. Drexler SPD: In der ganzen Welt! Europa-weit!)

Aber jetzt erinnere ich Sie an Folgendes: Zu Zeiten der Regierung Ihres Bundeskanzlers Helmut Schmidt

(Abg. Capezzuto SPD: Guter Mann!)

– guter Mann, in Ordnung –

(Abg. Capezzuto SPD: Der beste!)

gab es eine Vereinbarung der Bundesregierung mit allen Ländern darüber, wie die Entsorgungsfrage gelöst werden sollte. Diese Einigung in der Entsorgungsfrage haben Sie in Ihrem Ideologiewahn „Ausstieg aus der Kernenergie“

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

leichtsinnig aufs Spiel gesetzt.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Deswegen sollten Sie alles tun, nur nicht hier immer sagen: „Wir sind gegen Atomenergie, weil die Entsorgungsfrage nicht gelöst ist“, solange Sie zur Lösung dieser Frage überhaupt nichts beitragen, sondern nur torpedieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das Land trägt ja auch nichts dazu bei! Sie wollen keinen Ausstieg aus der Atomenergie, auch nicht in Baden-Württemberg!)

Zum Schluss zur Atomenergie. Ich kann nur sagen: Seien Sie froh, wenn Ihnen im Laufe der Jahre nicht nachgewiesen wird, dass Sie hier ebenso voreilig gehandelt haben wie bei der Rücknahme unserer bescheidenen Ansätze bei der gesetzlichen Krankenversicherung und bei der Rente. Eine Ihrer ersten Taten, nachdem Sie in Berlin an die Macht gekommen sind, war, unsere Ansätze zurückzunehmen. Sie

wussten nicht, was Sie anstelle dessen setzen sollten. Und heute hecheln Sie hinter der Lösung dieser Probleme her.

(Abg. Junginger SPD: Wer hechelt denn hier?)

Ich kann nur sagen: Seien Sie froh, wenn Ihnen bei der Atomenergie nicht das Gleiche passiert. Die Atomenergie ist eine – jetzt sage ich es einmal so – gefährliche Energie.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Alfred Winkler SPD)

Aber wir sind auf dem Weg, zu erreichen, dass sie ständig beherrschbarer wird.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

Bloß hat der von Ihnen auf Bundesebene beschlossene Ausstieg dazu geführt, dass die Deutschen, die sich für die Lösung des Problems der größeren Beherrschbarkeit der Kernenergie engagieren, nach Frankreich gehen müssen. Dann haben Sie wieder ein Feld auf dem Gebiet der Technologie, wo wir vielleicht in 10 oder 15 Jahren deutsche Technologie aus dem Ausland kaufen müssen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Hat der keine Redezeitbegrenzung? – Abg. Drexler SPD: Wie lange redet der noch? – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Das ist Ihre Politik des Ausstiegs aus der Atomenergie. Die Welt ist nicht so einfach – das ist jetzt mein Schlusssatz –, wie Sie sie gerade in der Energiepolitik immer darstellen, sondern sie ist viel differenzierter. Darauf sollten Sie ab und zu einmal schauen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wissen wir!)

Jetzt bitte, Herr Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Scheuermann, Ihrem letzten Satz, die Welt sei komplizierter, als man sie in fünf Minuten darstellen kann, stimme ich zu.

Trotzdem komme ich zurück auf Ihre Ausführungen. Sie stellten dar, es gebe keine Lösung, Atomausstieg und Klimaschutz zu vereinen. Die Landesregierung hat mehrere Gutachten erstellen lassen. Diese liegen seit Mitte des letzten Jahres vor. Darin sind drei Szenarien für die Zeit bis zum Jahr 2050 dargestellt. Wenn Sie sie gelesen haben, stellen Sie fest: In dem Szenario der Nachhaltigkeit, das mit einer Energiepolitik erreicht wird, wie sie der Kollege Kretschmann eben dargestellt hat, kann man sowohl den Kernenergieausstieg als auch eine Minderung des CO₂-Ausstoßes erreichen. Das heißt: Die Fraktion der Grünen hat sich hier festgelegt. Sie zeigt Wege auf.

Meine Frage an Sie lautet: Welche Position vertritt die Landesregierung zu diesen Szenarien, die in den Gutachten dargestellt werden? Und inwieweit treten Sie dafür ein?

Abg. Scheuermann CDU: Lieber Herr Kollege Dr. Witzel, Sie haben sich mit dieser Frage ja selbst geschlagen. Ihre Gesetze über den Ausstieg aus der Atomenergie bedeuten: Im Jahr 2028 ist Schluss. Jetzt haben Sie selbst gesagt, im

(Scheuermann)

Jahr 2050 können wir den Ausstieg aus der Kernenergie vollziehen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Habe ich nicht gesagt!)

– Das haben Sie gesagt. Sie haben auf ein Gutachten Bezug genommen, das Aussagen für das Jahr 2050 macht. Dann reduziere ich meine Antwort auf die Gegenfrage: Was machen Sie zwischen den Jahren 2028 und 2050? Darauf haben Sie keine Antwort.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie aber auch nicht!)

– Langsam. Darf ich auf den Zwischenruf, wir hätten auch keine Antwort, noch eingehen?

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Ich habe ausdrücklich gesagt: Die Kernenergie ist eine gefährliche Energie, aber sie wird ständig beherrschbarer.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Birzele: Ist sie gegenwärtig nicht beherrschbar?)

– Ich habe nicht gesagt, dass sie nicht beherrschbar ist, sondern ich habe gesagt, sie wird beherrschbarer.

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

Das ist ein Unterschied. Jetzt warne ich Sie nur und sage: Hoffentlich kommen Sie nicht in die Situation, die Frage entscheiden zu müssen, was wir danach tun werden – je nachdem, wie die Forschungsergebnisse aussehen.

Wir halten uns auf jeden Fall – das mögen Sie „Hintertürchen“ nennen – diese nicht illusionäre Lösung offen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Dann müssen Sie jetzt einen Standort suchen! Das wollen Sie doch nicht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Herr Kollege Hofer, zustimmen. Sie haben gesagt, Sie gingen davon aus, dass sich die Windkraftanlagen am Schauinsland noch lange drehen werden. Auch wir gehen davon aus, dass das so sein wird. Ich glaube, nach allem, was wir heute gehört haben, wäre das auch das Richtige.

Wir führen jetzt eine Debatte, die sich nicht nur um die Windkraftanlagen am Schauinsland dreht, sondern um die gesamte Energiepolitik in Baden-Württemberg. Wir führen auch eine Atomkraftdebatte. Wenn Sie, Herr Kollege Scheuermann, sagen, dass wir einen Kernenergieanteil von 60 % haben, dann wissen wir das alle. Wir wissen aber auch, dass es in Baden-Württemberg die größten Anstrengungen geben müsste, um den Kernenergieausstieg auch zu vollziehen und mit einer möglichst nachhaltigen Energiepolitik auszufüllen.

Gemessen an allen anderen Bundesländern – im Bund liegt der Durchschnitt bei etwa 30 % – haben wir in Baden-Württemberg den höchsten Kernenergieanteil. Deswegen

müssen gerade wir die größten Anstrengungen unternehmen, in Baden-Württemberg eine andere Politik zu machen, und mehr auf erneuerbare Energien setzen.

(Abg. Scheuermann CDU: Herr Kollege Knapp, ein Zwischenruf!)

– Machen Sie das nachher, am Schluss; dann können wir das noch beantworten.

Kommen wir nun dazu, wie das eigentlich aussehen soll. Das Fatalste ist, dass wir in Baden-Württemberg unter Ihrer Führung, Herr Ministerpräsident, nicht das Geld haben:

(Heiterkeit des Abg. Hofer FDP/DVP)

35 bis 40 Millionen € jährlich, die wir brauchen, um den Anteil der erneuerbaren Energien auszubauen und um Ihr eigenes Verdopplungsziel in den nächsten zehn Jahren zu erreichen. Weil wir das Geld nicht haben, können wir doch nicht auch noch die Investitionen von außen, die nach Baden-Württemberg fließen, verhindern wollen. Sie wissen genauso wie ich, dass von allen Investitionen, die in erneuerbare Energien fließen, 40 % aus EEG-Mitteln stammen, etwa 30 % aus weiteren Bundesprogrammen und etwa 20 % aus kommunalen Programmen, aber nur 10 % vom Land Baden-Württemberg. Nicht einmal diese 10 % können wir aufbringen, um Ihr eigenes Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Skandal!)

Ich halte es für nicht nachvollziehbar, dass man in dieser Weise gegen Investitionen von außen angeht. Wir können uns das aus wirtschaftlichen Gründen auch gar nicht leisten.

Wir verhindern allein bei der Windkraftenergie in Baden-Württemberg Investitionen in der Größenordnung von 200 bis 300 Millionen € pro Jahr, indem wir in der Windkraftpolitik so restriktiv sind.

(Abg. Teßmer SPD: Nicht wir, sondern die!)

Diese 200 Millionen € pro Jahr bedeuten etwa 1 500 bis 2 000 Arbeitsplätze. Wir können es uns also aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten, und wir sollten es uns eigentlich auch nicht leisten.

Es wurde schon angesprochen, dass viele unserer Zulieferbetriebe im Maschinenbau schon heute für Windkraftanlagen arbeiten und dass das Geld wirtschaftlich schon heute vorhanden ist. Dass wir aber von diesem Geld nichts mehr zurückbekommen, dass wir nichts aus dem EEG zurückbekommen, dessen Mittel unsere Bürgerinnen und Bürger durch die Umlagefinanzierung genauso mitzahlen, muss einfach aufhören.

Das Landesplanungsgesetz ist ein echtes Windkraftverhinderungsgesetz. Entgegen geltendem Bundesrecht haben Sie in Baden-Württemberg durchgesetzt, dass es keine dreistufige Ausprägung der Planungen gibt – also Vorranggebiete, Ausschlussgebiete und die Grauzone dazwischen, wo in Einzelfallregelung entschieden werden kann –, sondern Sie wollen nur noch schwarz-weiß. In voraussetzendem Gehorsam wird in Baden-Württemberg in den Regionalverbänden so viel verhindert und werden so wenige Vorrangflächen

(Knapp)

ausgeschrieben, dass die Windkraft in Baden-Württemberg annähernd auf null gesetzt oder zumindest deutlich blockiert wird.

Wenn wir nun zu den erneuerbaren Energien und den dazugehörigen Einzelpunkten kommen, dann müssen wir fair miteinander umgehen und uns die Zahlen und Fakten anschauen. Minister Döring läuft durch die Lande und sagt: „Nein, Windkraft wollen wir da nicht.“ Ministerpräsident Teufel spricht sich noch sehr viel mehr dagegen aus. Das geflügelte Wort von „Don Erwins Kampf gegen die Windmühlen“ kennen Sie alle. „Windkraft wollen wir nicht, wir setzen auf Wasserkraft und Biomasse.“

Das müssen wir ganz fair betrachten und uns überlegen, was wir noch an Ausbaumöglichkeiten haben. Jetzt unterhalten wir uns hauptsächlich über Stromproduktion und nicht über Wärmeerzeugung. In Baden-Württemberg haben wir einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 8 bis 8,5 %. Mehr als 5 % haben wir aus der Wasserkraft. In der Kleinen Wasserkraft können wir sehr wenig ausbauen. Im Wirtschaftsausschuss habe ich einmal gesagt: „Sie sind zwar willig, aber wenn man nur willig ist, nützt das nichts.“ Teilweise wollen Sie den Ausbau der Wasserkraft; Minister Müller verhindert den Ausbau der Kleinen Wasserkraft, wo immer es geht.

(Abg. Schmiedel SPD: Er blockiert!)

Die Große Wasserkraft hat für alle bekannten Wasserkraftwerke ein Gesamtpotenzial – Rheinfelden ist die größte Maßnahme; über die unterhalten wir uns eigentlich auch – von etwa 1 % des baden-württembergischen Stromverbrauchs. Damit ist die Große Wasserkraft dann, wenn sie denn kommt, ausgereizt. Wie wollen Sie also den Anteil von 8,5 % verdoppeln, wenn Sie mit der Wasserkraft 1 % zusätzlich erreichen? Lassen wir es 1,2 % sein; mehr geht nicht, wenn die Kleine Wasserkraft nicht ausgebaut werden kann. Wenn man Ihnen das vorhält, sagen Sie: Wir gehen zur Biomasse.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da ist am meisten drin!)

Jetzt haben wir mit der Biomasse etwa das Potenzial von vier Kraftwerken, wobei wir mit Altholz versorgen können, um den Ausbau zu erreichen.

(Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Ich sehe die Signale. – Aber der Ministerpräsident redet in Mannheim von acht großen Kraftwerken, die man bräuchte und die man bauen sollte. Dafür gibt es gar nicht genügend Altholz, dafür gibt es gar nicht die Biomasse. Man muss sehr viel differenzierter einsteigen und auch in Biogas und andere Dinge investieren.

(Abg. Hauk CDU: Aber es gibt Restholz! Man braucht nicht nur Altholz! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Mit dem Restholz bekommen Sie es auch nicht hin!)

Kommen wir zum entscheidenden Punkt: Es gibt auch Waldholz. Vielleicht ist seine Nutzung heute wirtschaftlich noch nicht machbar. Wenn man es im Land mit dem Aus-

bau ernst meint, dann muss man wenigstens einsteigen und sagen: Dort, wo der Bund zu wenig macht, muss ich wenigstens meine 10 % bringen. Als Land muss ich dort einsteigen und unterstützen, dass das Holz aus dem Wald finanziell interessant wird, sodass man es als Biomasse nutzen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

Zum Schluss verweise ich nur auf ein Zitat von 1996 von Ministerpräsident Teufel, als ebenfalls über Kernkraft diskutiert worden ist – damals war er noch nicht Ministerpräsident –

(Abg. Drexler SPD: 1986!)

– 1986, wenn ich rechnen kann; da war er noch Fraktionsvorsitzender –:

Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft, weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn es risikoreichere, gefährlichere Arten der Energieerzeugung gibt.

Das war 1986.

(Minister Dr. Christoph Palmer: 17 Jahre!)

Das ist aber nach wie vor gültig.

Zum Schluss frage ich: Was können wir von einer Landesregierung erwarten, die ein riesiges Problem hat, wenn eine Windkraftanlage von 60 Metern über 70 Meter auf 90 Meter Nabenhöhe erhöht wird, die aber gleichzeitig den Ausfall eines Notkühlsystems in einer Kernenergieanlage ohne Schwierigkeiten hinnimmt und das auch noch gutheißt?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kretschmann hatte Recht: Über die Windkraftanlagen in Freiburg hinaus habe ich zum allgemeinen energiepolitischen Thema noch nichts gesagt, und zwar schlicht und einfach deshalb, weil ich in der Rednerreihe nach Ihnen komme. Ich denke, das ist eine Erklärung.

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass die FDP/DVP ganz eindeutig für eine volle Einbeziehung – um das Modewort zu nehmen: „nachhaltige“ Einbeziehung – der Förderung der erneuerbaren Energien ist. Bei unserem Parteitag in Freiburg haben wir das sehr deutlich herausgestellt – das war auch nötig. Was die Verdopplung des Anteils an der Stromerzeugung über erneuerbare Energien anbelangt, freue ich mich, dass der Wirtschaftsminister gesagt hat: „Daran halten wir fest.“

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie?)

– Moment! – Es ist ein Akt der Ehrlichkeit: Wenn man weiß, dass gegenwärtig 12 Millionen € zur Verfügung stehen und nach eigens eingeholtem Gutachten 40 Millionen € gebraucht werden, dann kann man nicht sagen: Das wird eine Punktlandung geben. Das ist ein Akt der Selbstverständlichkeit. Vorhin habe ich von Herrn Knapp die Formulierung gehört, unter der Führung des Ministerpräsidenten

(Hofer)

fehlten die Gelder. Das ist eine wunderbare Formulierung. Ich könnte genauso gut sagen: Unter den derzeitigen Verhältnissen in Berlin fehlen Rot-Grün die Gelder überall und natürlich auch bei uns.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber ich wollte an dieser Stelle sagen: Wir nehmen keine reine Beschwörungshaltung ein, sondern wir hatten, als wir mit der Umsetzung des Verdopplungsziels begonnen hatten, einen Anteil der erneuerbaren Energien von 5,6 % an der Stromerzeugung insgesamt, während dieser Anteil jetzt, im Jahr 2003, 8,5 % beträgt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Es ist schon etwas geschehen!)

Das Ziel, einen Anteil von 12 % zu erreichen, ist realistisch, und deshalb halten wir daran fest. Machen Sie doch einfach mit, und nehmen Sie uns nicht aufgrund der Haushaltssituation jeglichen Mut dazu!

(Lachen der Abg. Dr. Caroli und Schmiedel SPD)

Wir sind dafür – und es sind ja alle dafür –, dass wir einen ausgewogenen Energiemix haben, um preiswert, umweltschonend und sicher versorgen zu können. Dazu gehört neben den fossilen Energieträgern natürlich auch die Kernenergie – ich komme auf die erneuerbaren Energien gleich noch einmal zu sprechen; sie sind das eigentliche Thema –, von der auch dieser Saal zu immerhin über zwei Dritteln die elektrische Energie für sein Licht bezieht und auch dafür, dass man hier über das Mikrofon sprechen kann. Zu sagen, das brauche man alles nicht, ist schon etwas gespenstisch.

Im Übrigen möchte ich an dieser Stelle sagen: Es geht darum, sich nicht in einer Art Vogel-Strauß-Politik aller Optionen zu berauben, indem man einfach den Kopf in den Sand steckt, sondern Sie müssen einfach sehen, dass es nicht stimmt, dass das Thema „Nutzung der Kernkraft“, wie mitunter gesagt wird, weltweit out sei. Das stimmt nicht. Es sind, nicht nur in China, Hunderte von Kernkraftwerken in Planung, in Finnland wird eines gebaut

(Abg. Drexler SPD: Hunderte? Wo?)

– Hunderte; mit denen in China Hunderte –,

(Abg. Drexler SPD: A wa!)

und wir müssen aufpassen, dass dieses Land bei der Energieversorgung einigermaßen autark ist. Stromimporte – schauen Sie sich doch einmal die Gegenden an, aus denen Sie importieren wollen – wären für unseren Wirtschaftsstandort Deutschland und insbesondere für Baden-Württemberg außerordentlich nachteilig, wenn wir darauf angewiesen wären.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU)

Im Übrigen noch ein Wort zur Beherrschbarkeit, die Herr Scheuermann angesprochen hat: Es ist für mich schon wichtig, festzustellen, dass gegenwärtig weltweit daran geforscht wird, über eine neue Generation von Kraftwerken die Halb-

wertszeit des Mülls von 100 000 Jahren auf 300 Jahre zu reduzieren; Transmutation ist das Thema. Dadurch bekäme man eine völlig andere Entsorgungssituation. Da sollte man sich nicht sämtliche Optionen abschneiden.

Nun noch einmal zur Nutzung der erneuerbaren Energien: Es muss einen Energiemix geben, und dazu gehören die erneuerbaren Energien und innerhalb des Mixes der erneuerbaren Energien natürlich auch die Windkraft. Wir sind jedoch dafür, hier zu differenzieren, und diese Differenzierung findet gegenwärtig allerorten statt: „Schwarzwälder Bote“: „Euphorie für Windkraft flaut ab“, „Stuttgarter Nachrichten“: „Der Windkraft weht eine steife Brise entgegen“. Das ist für die Windkraft eigentlich sehr viel besser als Ihr Rückenwind; denn mit dem Rückenwind fängt die Windkraft gar nichts an.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Drexler SPD und Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist doch logisch!)

Die Gründe für die Ernüchterung liegen nicht so sehr nur in den Anliegerinitiativen wegen Beeinträchtigung der Landschaft und des Vogelflugs, sondern schlicht und einfach auch darin, dass, wie wir das übrigens bei der Abfallwirtschaft längst gesehen haben, irgendwann in der Diskussion die Frage auftaucht: Zu welchen Kosten erlauben wir uns erneuerbare Energien?

(Abg. Drexler SPD: Dann schauen Sie doch mal die Atomenergie an!)

Die Zeit des Hätschelns und Tätschelns ist dann immer relativ schnell vorbei. Denn diese Kostenfrage wird gestellt, und zwar gegenwärtig auch bei der Novellierung des EEG in Berlin, indem man festlegt, die gegenwärtig bereitgestellten 2,7 Milliarden € – 0,46 Cent pro Kilowattstunde – sollen sich, wenn man nichts ändert, auf 3,5 Milliarden € im Jahr 2005 und auf 5 Milliarden € im Jahr 2010 steigern. Dass Wirtschaftsminister Clement überlegt, wie man hier Einhalt gebieten kann, ist doch eine ganz klare Sache.

Ich komme deshalb zur Folgerung – und das möchte ich zum Schluss noch sagen –, dass eine Aussetzung der Förderung unwirtschaftlicher, also wenig windstarker Standorte absolut notwendig ist.

(Abg. Drexler SPD: Das bestreitet doch niemand!)

– Moment! – Dies ist in der Novellierung Ihres Gesetzes – – Übrigens plädiere ich auch dort für eine Einschränkung, wo man in einem ganz starken Maße Energie aus Windkraft erzeugt. Da werden von Ihren Bürgerinnen- und Bürgerrädern – mir kommen manchmal die Tränen – bei der derzeitigen Förderung gegenwärtig Renditen zwischen 20 und 30 % erzielt. Selbst in windschwachen Gebieten sind es immer noch 7 %; das ist mehr als bei jeder Kapitalanlage. Da finde ich es sehr richtig, dass unser Ministerpräsident fragt: Wen fördern wir da eigentlich? Fördern wir diejenigen, die Subventionen erhalten, oder fördern wir die Ökologie? Da stehe ich voll und ganz hinter seiner Forderung, dass da eine Differenzierung eintreten muss.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Hofer FDP/DVP: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Hofer, Sie sprechen immer von der Förderung der Windkraft. Stimmen Sie mir zu, dass die Subventionen für die Atomenergie bisher allein in Deutschland 80 Milliarden € betragen haben?

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Stimmen Sie mir weiter darin zu, dass die OECD erst neu-lich in einem Bericht festgestellt hat, dass in den letzten 50 Jahren 80 % der Forschungsmittel aller Länder in die Atomenergie geflossen sind,

(Abg. Hauk CDU: Ist doch gar nicht wahr!)

die weltweit gerade einmal 6 % der Energieversorgung ausmacht?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Drexler, zunächst einmal ge-höre ich zu denen, die beim Erneuerbare-Energien-Gesetz nicht von einer Subvention sprechen. Das ist für mich – da sind wir sicher einig – keine Subvention.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es handelt sich um eine Kostenbelastung des einfachen Stromkunden, der seinen Strom zu bezahlen hat. Ich bin da-gegen – das wird Sie vielleicht wundern –, dass man hier Subventionstatbestände für Großverdiener schafft, die schließlich auf die Stromkunden umgelegt werden.

(Abg. Drexler SPD: Bei der Atomenergie zahlt es der Steuerzahler!)

Dagegen bin ich. Das ist für mich ein Akt der Gerechtig-keit.

Ich sage noch einmal: Verniedlichen Sie das nicht so, als ob es sich hier ausschließlich um Ökologiebewusste handelt. Solche sind viele dabei, aber es sind auch viele schlichte und einfache Anleger darunter, die schauen, wie man das Geld vermehren kann.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja und? – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Diese Differenzierung möchte ich in diesem Haus noch ein-mal deutlich vornehmen. Noch einmal: Es ist ein Gebot der Vernunft, dort zu differenzieren, wo Wind vorhanden ist. Baden-Württemberg ist aber nun einmal kein sehr windhöf-iges Gebiet;

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Völlig falsch! Im Schwarzwald haben wir die gleichen Windver-hältnisse wie am Meer!)

aber wir haben die Wasserkraft.

Lassen Sie mich noch etwas zur Wasserkraft sagen, weil wir möglicherweise kurz davor sind, gemeinsam durchzu-

boxen, dass die Große Wasserkraft mit einbezogen wird. Wir wollen ja nicht nur das große Kraftwerk in Rheinfelden erweitern, sondern es geht auch um die Modernisierung vie-ler anderer großer und kleiner Kraftwerke. Wir wollen sie dabeihaben,

(Abg. Drexler SPD: Aber es wird schwierig!)

und hier haben wir eine Möglichkeit dazu.

Abschließend zurück zum Schwarzwald. Die angekündigte Strategie für einen südbadischen Energiemix – ein „süd-badischer Energiemix“ ist an sich etwas Schönes – bedeutet nichts anderes, als dass man auf die Stärken der Gegend differenziert abstellt.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Wir stellen fest, dass im Schwarzwald sehr viel mehr Holz-abfälle produziert werden, als man verwenden kann. Das ist eine dauernde Energiequelle, und diese ist in erster Linie einzusetzen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Macht das doch! Wer hindert euch denn? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja natürlich, gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Hofer, Sie haben eben, wie auch der Herr Wirtschaftsminister, Rheinfelden erwähnt. Ich bin von dort. Teilen Sie die Auffassung des Herrn Wirtschaftsministers, der vorhin – mit einem Finger-zeig nach Berlin – gesagt hat, Rheinfelden könnte seit 1993 realisiert sein

(Abg. Fleischer CDU: Das hat er nicht gesagt!)

– sinngemäß schon –, oder teilen Sie meine Auffassung, dass Rheinfelden deswegen noch nicht realisierbar ist, weil zum einen die Liberalisierung im europäischen Strommarkt die Preise kaputtmacht und zum anderen die Preise für Kernenergie so niedrig sind, dass Wasserkraft ohne Förde-rung überhaupt nicht konkurrenzfähig ist, und nur das EEG die Chance schafft, Wasserkraft wieder zu holen?

(Abg. Drexler SPD: Weil man die Atomkraft aus Steuermitteln fördert!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Zunächst einmal teile ich nur Äuße-rungen des Wirtschaftsministers, die er auch gemacht hat. Äußerungen, die der Wirtschaftsminister nicht gemacht hat, teile ich nicht. Das ist das Erste.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zum Zweiten stimmt es gar nicht, dass die Große Wasser-kraft nicht konkurrenzfähig ist. Das Problem ist vielmehr, dass bei der Großen Wasserkraft zunächst einmal Investiti-onen in einem solchen Umfang vorfinanziert werden müs-sen, dass man den Einstieg in einen Wettbewerb anschlie-

(Hofer)

ßend überhaupt nicht realisieren kann. Die Wasserkraft als solche kann mit anderen Energieträgern preislich sehr wohl mithalten, auf jeden Fall mit der subventionierten – Entschuldigung: mit der über das Erneuerbare-Energien-Gesetz geförderten – Windenergie.

Ich möchte einfach zum Schluss sagen: Windräder, ja. Übrigens ist es nicht so, dass da keine Kapazitäten in den Regionalplänen ausgewiesen würden. Warten Sie auch das ab. Ich mache jede Wette: Dort werden mehr Windmühlen ausgewiesen werden können, als schließlich tatsächlich gebaut werden – aber bitte nicht an Stellen, wo sie ein Großteil der Bevölkerung im Grunde in erster Linie als eine Provokation empfindet.

Ich denke, diese sachliche Differenzierung sollten wir vornehmen. Wir können dann immer noch unterschiedlicher Meinung sein. Wir sollten aber auf allen Seiten sachlich differenzieren und von der Ideologie wegkommen.

Ich danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zur bisherigen Debatte einiges ergänzen und dabei vor allem versuchen, die richtigen Proportionen herzustellen.

Wir sollten einmal wissen, was die wirklich großen Brocken in der Energiepolitik sind. Das Thema „Ausstieg aus der Kernkraft“ gehört bestimmt dazu. Die Kernkraft erbringt landesweit rund 60 % und bundesweit rund 30 % der Stromproduktion. Die Frage, was nach der Kernkraft kommt, ist eine Frage, die ganz wesentlich etwas mit der Klimaschutzpolitik zu tun hat. Diese Frage muss von derjenigen Seite beantwortet werden, die aus der Kernkraft aussteigt. Eine Antwort darauf gibt es bis zur Stunde nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens: Wir reden hier über alles Mögliche. Aber wir haben zum Beispiel noch kein Wort über die Höhe der Kohlesubventionen

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

und über die Frage verloren, wer sich für diese Kohlesubventionen einsetzt, welche Milliardenbeträge bis zur Stunde dafür ausgegeben werden und dass die Kohlesubventionen nach der Auffassung des Bundeswirtschaftsministers, der zufällig aus Nordrhein-Westfalen kommt, aufrechterhalten werden sollen. Wer Kohle subventioniert, subventioniert CO₂-Ausstoß. Das muss man einmal ganz simpel feststellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Drittens: Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, haben mit der Ökosteuer eine Chance versäumt. Da wird ein Instrument missbraucht, das den Bürger mittlerweile jedes

Jahr 17 Milliarden € kostet und für die Ökologie nichts bringt.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich bringt es etwas!)

Wenn Sie eine CO₂-Abgabe eingeführt hätten und das Geld anschließend für den Klimaschutz verwendet hätten, dann würde ich sagen: Es ist immer noch eine Bürgerbelastung, aber sie hätte sich gelohnt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: CO₂-Abgabe hat Waigel verhindert! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie haben dieses Instrument missbraucht,

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

und Sie haben das mittlerweile erkannt, denn Sie beschreiten diesen Irrweg nicht mehr weiter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das wollte ich Ihnen nur einmal als eines von drei Beispielen für die großen Probleme schildern. Jetzt vergleiche ich das mit den kleinen Lösungen, die Sie anbieten.

Die Diskussionen, die wir hier über das eine oder andere Windrad oder über die Rolle der Windenergie insgesamt führen,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben die rechtliche Lage nicht kapiert!)

betreffen ganz andere Größenordnungen. Die Lösungen, über die Sie hier sprechen, bewegen sich im Promillebereich.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

0,3 % der Stromproduktion in Baden-Württemberg stammen zurzeit aus der Windenergie.

(Zurufe von der SPD und den Grünen – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Weil es die Landschaft kaputtmacht!)

– Ja, ja, das hören Sie nicht gern: 0,3 %.

Jetzt sage ich einmal ganz einfach: Gesetzt den Fall, Sie würden die Zahl der Windräder verdreifachen, wären wir bei 1 %. Dann müssen Sie logischerweise aber schon die Zahl der Standorte zwar nicht ganz verdreifachen – denn die Windräder werden ja ein bisschen größer, ein bisschen leistungsfähiger –, aber jedenfalls erheblich erhöhen. Herr Kretschmann, Sie haben gestern gesagt: „Wir brauchen noch 300 zusätzliche.“

Verstehen Sie doch bitte einmal Folgendes: Es gibt bei der Windkraft, bei der Biomasse und bei der Kleinen Wasserkraft immer auch ökologische Einwände.

(Abg. Drexler SPD: Wie bei der Kernenergie auch!)

– Bei jeder Art von Energieerzeugung,

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

(Minister Müller)

aber auch bei dieser. Deswegen kann man nicht einfach sagen: Ich wische diese Bedenken beiseite

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hat ja auch niemand gemacht!)

und sage: Weil wir ein hehres Ziel verfolgen, spielen all diese Einwände keine Rolle.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das ist ein Abwägungsprozess, und den nehmen wir vor.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Was das Geld anbelangt: Herr Kollege Scheuermann und Herr Kollege Hofer haben ja schon etwas dazu gesagt. Jeder Arbeitsplatz bei der Windkraft wird mittlerweile mit mehr Geld subventioniert als eine Arbeitskraft bei der Kohle.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Das muss man ganz einfach sehen.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

– Bei der Kohle.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Woher haben Sie diese Zahlen? Das ist doch abenteuerlich!)

– Herr Kretschmann, stellen Sie eine Kleine Anfrage. Dann geben wir eine Antwort darauf, kein Problem. Das kann man belegen.

Die Förderung für die regenerativen Energien beträgt zurzeit 2,7 Milliarden €. Nicht die Höhe halte ich für problematisch, sondern die Frage, ob dies effektiv oder ob es unsinnig eingesetzt wird, ob es technologieförderlich ist oder ob es zu einer Mitnahmentalität führt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Diese Frage stellt sich Ihnen doch selbst. Denn was tun Sie? Sie sind dabei, eine Novelle für das EEG zu machen und eine Idiotie dieses Gesetzes zu beseitigen, die heißt: Die Förderung ist desto höher, je ineffektiver etwas ist. Das ist doch ein Schmarren!

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Genau so! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Witzel?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte schön.

Präsident Straub: Herr Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Minister, können Sie mir bestätigen, dass das EEG keinerlei Aussagen über den Wirkungsgrad macht, sondern dass die Vergütung nach dem EEG nur danach erfolgt, wie viele Kilowattstunden in das Netz eingespeist werden? Das bedeutet, dass jemand, der eine ineffektive Anlage ans Netz bringt, selbst den Schaden davon hat, weil er nur wenig Vergütung bekommt.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich sage Ihnen einmal Folgendes: Es fördert schon die ineffektiven Technologien, wenn die Photovoltaik mit 1 DM oder 49 Cent gefördert wird und andere Anlagen mit sehr viel weniger, und wenn beispielsweise die Große Wasserkraft, die effektiv wäre, bislang überhaupt nicht gefördert wird.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Da geht es um die Markteinführung! – Glocke des Präsidenten)

– Ja, Sie mögen es jetzt ja legitimieren. Aber von einer Markteinführung kann man da ja nicht mehr sprechen. Es ist vielmehr schlicht der Mitnahmeeffekt für die Zahnärzte und für die Kapitalanleger; das sei ihnen ja gegönnt.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Lebhaftes Unruhe)

– Ich bitte um Entschuldigung, Herr Dr. Noll.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Anwesende ausgeschlossen!)

– Anwesende sind ausgeschlossen, okay.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Hofer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön.

(Unruhe)

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Minister, können Sie bestätigen, dass bei schwächeren Anlagen, die weniger Strom produzieren, nach dem derzeitigen EEG die Abminderung, die nach einigen Jahren stattfinden soll – also geringere Preise –, dort um eine Zeit verlängert wird und insofern sehr wohl kleinere und schwächere Anlagen bevorzugt werden?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: So ist es.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war eine Suggestivfrage!)

Herr Kollege Hofer weiß es, und deshalb stellt er eine wissende Frage, die ich nur noch bestätigen kann.

Meine Damen und Herren, jetzt will ich Ihnen einmal das Kernproblem beschreiben, vor dem Sie hier stehen. Sie stehen mit Ihrer Energiepolitik – Stichwort „Ausstieg aus der Kernenergie“ – vor dem Einstieg in das fossile Zeitalter. Das ist Ihr eigentliches Problem.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Quatsch! – Abg. Knapp SPD: Was ist denn Kernenergie? Ist das nicht auch fossil? Und Uran?)

– Fossile Energien sind Kohle, Erdgas und Erdöl, logischerweise.

Ich beziehe mich auf Minister Clement, der sagt, dass wir nicht aus zwei großen Energiebausteinen zur gleichen Zeit aussteigen können, nämlich aus der Kernenergie auf der einen und der fossilen Energie auf der anderen Seite. Er ver-

(Minister Müller)

weist damit auf einen schlichten Tatbestand, nämlich darauf, dass die regenerativen Energien, ganz grob gesagt, in der Bundesrepublik Deutschland heute 7 % ausmachen. Das heißt, 93 % kommen woanders her. Wenn wir jetzt eine Verdopplung des Anteils der regenerativen Energien erreichen, dann liegen wir vielleicht zum Schluss in der Bundesrepublik insgesamt –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie es nun oder nicht?)

– Natürlich wollen wir es; das ist doch gar keine Frage.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was soll dann Ihre Rede?)

Das ist ein energiepolitischer Konsens aller Parteien seit Mitte der Neunzigerjahre. Darüber brauchen wir überhaupt nicht zu reden.

Wenn wir eine Verdopplung erreichen, dann liegen wir bei den regenerativen Energien bei etwa 15 %. Das ist schon ein hohes Ziel. Dann müssen 85 % woanders herkommen.

(Zurufe von den Grünen)

Wenn ich jetzt aus der Kernenergie aussteige, muss der Anteil der fossilen Energieträger im gleichen Umfang steigen. Das ist genau die Politik von Clement. Sie stehen vor der Frage: Wie gehen wir mit diesem Tatbestand um? Sie versuchen zu flüchten, indem Sie Alternativen anbieten, die keine Alternativen sind. Da können Sie sagen: Gas. Natürlich, Gas ist eine –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Kraft-Wärme-Koppelung, das ist doch alles möglich!)

– Ja, das ist alles gut; das sind Effektivitätssteigerungen, die man so oder so machen kann und machen sollte. Auf jeden Fall aber ist auch Gas noch immer ein fossiler Energieträger. Es ist übrigens teurer als Kohle. Und deswegen spricht man relativ wenig von Gas. Nehmen Sie einmal die Auseinandersetzungen um die GuD-Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen und schauen Sie, wie Herr Clement dazu steht: Er plädiert für die Kohle und gegen das Gas.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das weiß man doch, warum er das macht!)

Das wissen Sie als Grüne, die Sie sich ja dagegen wenden, sehr wohl. Das ist das eigentliche Problem. Ich sage es Ihnen einmal am Beispiel Baden-Württembergs: Würden wir die Kernkraftwerkskapazität Baden-Württembergs durch Kohlekraftwerke ersetzen, und zwar schon durch effektive Kohlekraftwerke, dann würde sich der CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg durch alle CO₂-Quellen insgesamt, also einschließlich Verkehr und Haushalte, das heißt, nicht nur aus der Stromerzeugung, um 50 % erhöhen. Das ist das Kernproblem. Das lösen Sie nicht mit ein paar Windrädle, sondern das Kernproblem besteht darin, dass Sie keine Alternativen zu dem haben, was Sie ins Werk gesetzt haben, nämlich zum Ausstieg aus der Kernkraft.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zu zwei oder drei anderen Punkten kurz noch etwas sagen. Ich bin hier vor allem wegen des Wasserregimes angesprochen worden, das wir im Sommer praktiziert haben. Da wurde gesagt, das sei ein „Debakel“. Herr Kollege Kretschmann, der Herr Wirtschaftsminister hat schon darauf verwiesen: Ein Debakel wäre es gewesen, wenn wir ein Problem mit der Stromversorgung bekommen hätten.

Was haben wir gemacht? Wir haben uns mit der EnBW zusammengesetzt und haben uns angeschaut, was wir wasserrechtlich und was wir atomrechtlich tun müssen. Atomrechtlich waren wir übrigens, wenn ich das richtig sehe – ich bin mir nicht ganz sicher –, die Einzigen in der Bundesrepublik, die im Interesse einer Klärung der Frage, was unter Berücksichtigung einer entsprechenden Aufwärmspanne möglich ist, eine Lastabfahrunge vorgenommen haben.

Bei den wasserrechtlichen Fragen sind wir sehr differenziert vorgegangen, nämlich fast von Tag zu Tag – immer drei bis vier Tage am Stück –, und haben dann wieder entsprechend verlängert. Wir sind mit den entsprechenden Werten heruntergegangen und mit den Temperaturen sowie mit den Mengen hinaufgegangen. Wir haben aber zur gleichen Zeit gesagt: Wir beobachten permanent die Situation, ob es einen ökologischen Schaden gibt.

Jetzt stelle ich fest: Wir haben unter Aufrechterhaltung einer stabilen Stromversorgung in Baden-Württemberg erreicht, dass es keinen ökologischen Schaden gab. Das kann man mittlerweile nachvollziehen. Wir haben das Ding auch die ganze Zeit beobachtet. Und wir haben in dem Moment, in dem es unter dem Gesichtspunkt einer sicheren und preiswerten Stromversorgung nicht mehr notwendig war, diese Maßnahmen auch wieder aufgehoben.

In der Tat kann man aus dieser Erfahrung sowohl atomrechtlich als auch wasserrechtlich die Konsequenz ziehen, dass für künftige Sommer offensichtlich ein größerer Spielraum vorhanden ist. Deswegen wird man das, was wir da sozusagen als Schnellschuss gemacht haben, im Interesse der Bürger Baden-Württembergs für die kommenden Jahre – wie soll man sagen? – perpetuieren und auf eine neue, dauerhafte rechtliche Grundlage stellen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Heißt das, Sie werden den Grenzwert erhöhen?)

Das war ein sehr differenziertes, ein sehr sinnvolles Vorgehen, das keine ökologischen Schäden zur Folge gehabt hat. Ihre Darstellung, Herr Kollege Kretschmann, das sei wie bei einem Brand, bei dem man die Brandschutzbestimmungen gerade in dem Moment abschaffte, wenn es brenne, trifft nicht zu. Es hat nicht gebrannt. Ich bin froh darüber. Es hat bei uns in Baden-Württemberg keine Versorgungsprobleme gegeben und auch keine ökologischen Schäden, weil wir differenziert und verantwortungsvoll vorgegangen sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war das Verdienst der Wetteränderung, nicht Ihres! – Gegenruf des Ministerpräsidenten Teufel: Da wollten Sie abschalten! – Abg. Scheuermann CDU: Völlig an den Realitäten vorbei!)

(Minister Müller)

– Meinetwegen übernehme ich die Verantwortung dafür, dass ich das Böse wollte, mir dann aber das gute Wetter geholfen hat. – Es war ganz anders. Wir haben das Ding sehr genau verfolgt. Wenn wir ökologische Schäden gehabt hätten, dann hätten wir auch anders entschieden.

Nächste Bemerkung: Große Wasserkraft. Da sollten wir wirklich die richtigen Frontlinien ziehen. Da gibt es eine Frontlinie Nord–Süd. Sie verläuft gar nicht zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb, sondern zwischen Nord und Süd.

(Abg. Drexler SPD: Warum sagen Sie das nicht?)

– Deswegen sage ich es ja.

(Abg. Drexler SPD: Das wäre wichtig!)

Das Problem hatten Sie bei sich. Das Problem haben wir bei uns.

(Abg. Drexler SPD: Wir haben es noch!)

– Sie haben es noch. Ja, einverstanden. – Deswegen sollten wir uns doch nicht gegenseitig aufputschen, sondern sollten sagen: Ziehen wir miteinander an dem Strang. Einverstanden.

(Abg. Drexler SPD: Das ist nicht einfach! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja, genau! Aber nicht nur mit Presseerklärungen, sondern auch einmal krumm legen dafür!)

– Jawohl. – Herr Kollege Kretschmann, jetzt sage ich Ihnen einmal: Wir haben das Thema vor mehreren Jahren angefangen. Da war von einer Novelle des EEG und von einer Bereitschaft von Ihrer Seite, darauf einzusteigen, noch gar keine Rede. Jetzt will ich Ihren Beitrag nicht kleinreden. Wenn Sie das im Bundestag und in der Bundesregierung schaffen, dann kann ich nur sagen: Danke schön! Das ist eine gute Leistung, und es ist eine notwendige Korrektur.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Bravo!)

Aber tun Sie nicht so, als hätten wir dazu sowohl europäisch als auch auf Bundesebene nicht zusammen mit „Natur-energie“ unsere Beiträge geleistet. Ich könnte Ihnen die Dankesbriefe und die Anerkennungsschreiben, die wir zusammen – der Wirtschaftsminister und ich – für unsere jahrelangen Bemühungen bekommen haben, gern zur Verfügung stellen. Ich würde sagen: In dieser Frage sollten wir nicht sagen: „Das war der eine“ oder „Das war der andere“. Versuchen wir es miteinander. Das Ding ist noch nicht in trockenen Tüchern.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben doch das EEG torpediert! Jetzt möchten Sie es ausweiten! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen der Abg. Kretschmann und Drexler?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Minister, ist es Ihnen gelungen, wenigstens einen Ministerpräsidenten oder Um-

weltminister anderer Bundesländer, die CDU-regiert sind, für die Große Wasserkraft zu gewinnen? Haben Sie einen einzigen vorzuweisen, den Sie überzeugt haben?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Die Frage könnte ich zurückgeben: Wie ist es mit den rot-grün regierten Bundesländern? Wir wissen es noch nicht. Es war noch nicht im Bundesrat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jedenfalls steht es im Referentenentwurf!)

Es wird nicht einfach sein. Und man muss in diesem Fall sagen: Glücklicherweise muss der Bundesrat dem nicht zustimmen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es liegt in Ihrer Hand. Ich kann Sie nur darin bestärken. Wir ziehen da am selben Strang. Wo ist hier, bitte, das Problem?

Präsident Straub: Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Der Bundesrat muss zustimmen. Ich will jetzt auch gar keine Schuldzuweisungen machen.

Aber, Herr Minister, das große Problem in Berlin ist natürlich, dass Baden-Württemberg für die Förderung der Wasserkraft insgesamt seit 2001 keine müde Mark mehr ausgibt – im Übrigen auch nicht für die Solarförderung. Unser Problem ist gerade, dass wir vorgeworfen bekommen, es solle eine Lex Baden-Württemberg gemacht werden, während das Land selbst nichts für die Wasserkraft tut.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Schmiedel SPD: Nichts!– Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das ist das Problem. Ich wollte das nur sagen.

Es ist so; darüber brauchen wir nicht zu streiten.

Deswegen sind wir immer in Schwierigkeiten, wenn das Land gar nichts tut und wir in Berlin sagen: „Jetzt nehmt aber diesen neuen Tatbestand der Förderung auf!“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Wir haben schlicht eine unterschiedliche Interessenlage in Deutschland. Was der Wind für den Norden, ist das Wasser für den Süden. Ja, einverstanden?

(Abg. Drexler SPD: Sage ich auch! Aber die tun etwas für den Wind, wir tun für Wasser nichts!)

– Ich würde jetzt gerne einmal untersuchen, was das Land Schleswig-Holstein über das EEG hinaus für den Wind tut. Die machen vielleicht Wind – das mag sein –, aber ich weiß nicht, ob sie dafür wirklich Geld ausgeben.

Ziehen wir in dieser Frage an einem Strang!

(Minister Müller)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, verbreitern wir um Gottes willen das Instrumentarium der Energiepolitik und der Klimaschutzpolitik um diese Maßnahmen, und reduzieren wir dieses Thema nicht auf ein paar Teilaspekte der regenerativen Energien! Der Kollege Knapp hat ja auf die richtigen Größenordnungen verwiesen. Schon bei den regenerativen Energien ist es so: Die Große Wasserkraft kann in Baden-Württemberg ungefähr 1 % der Stromerzeugung bringen, Biomasse kann 1,3 % bringen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

alles, was danach kommt – beispielsweise Geothermie –, kann langfristig 2 % bringen. Das ist ungefähr das technisch-wirtschaftliche Potenzial, das man mit mehr oder weniger Geld holen kann – mit mehr Geld schneller, mit weniger Geld langsamer. Und im Wesentlichen findet die Förderung über das EEG statt. Einverstanden? Das sind die Spielräume, die wir tatsächlich haben.

Aber daneben gibt es andere Instrumente, ob das die Forschung ist, ob das die neuen Technologien – sprich Brennstoffzelle – sind, ob das die Kraft-Wärme-Kopplung ist, ob das das Energiesparen ist, ob das die Erhöhung der Effizienz bei vorhandenen Kraftwerken ist,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

die mehr bewegen als diese 2,5 bis 3,5 %, von denen ich gerade gesprochen habe. Das ist das eigentliche Spektrum.

Oder nehmen Sie den Zertifikatehandel – ein Thema, bei dem wir in der politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland bis zum heutigen Tag führend sind. So bin ich übrigens auch bei der Förderung regenerativer Energien für ein Quotenhandelsmodell. Es geht nicht nur um ein paar Windräder, es geht nicht nur um ein paar Euro im Landeshaushalt, sondern es geht um die richtige Ordnungspolitik und um eine ideologiefreie, breit angelegte Verbesserung der Situation.

Lassen Sie mich zum Schluss ganz einfach noch Folgendes sagen: Wie schaut denn die Situation hinsichtlich der regenerativen Energien in Baden-Württemberg aus?

(Zurufe: Gut!)

Wir hatten im Jahr 1998 – das ist das Basisjahr für die Verdopplung – einen Anteil der regenerativen Energien von 5,6 %. Demgemäß beträgt unser Ziel für das Jahr 2010 11 % – Pi mal Daumen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich will das nur schnell zu Ende führen.

Unser Ziel sind 11 %. Im Jahr 2001 hatten wir 8,5 %. Also, ganz so katastrophal ist es nicht.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Weil es ein gutes Wasserjahr war! – Abg. Knapp SPD: 46 % mehr Wasserkraft!)

– Jawohl, völlig richtig, weil es ein gutes Wasserjahr war. Deswegen setzen wir auf die Wasserkraft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei den Grünen)

Das ist völlig richtig. Ja, so ist es. Herr Witzel, dies zeigt den Stellenwert dieser Technologie. Es kann in einem anderen Jahr auch wieder weniger sein. Aber die Vorstellung, dass wir in Baden-Württemberg weit jenseits der Realisierbarkeit dieses Zieles wären, stimmt nicht. Wenn wir im Jahr 2001 schon die Hälfte der Wegstrecke – zugegeben, in einem besonders günstigen Jahr – bewältigt haben, die wir bis zum Jahr 2010 zurückgelegt haben wollen, dann ist das kein irreales Ziel. Aber das zeigt zu gleicher Zeit, wo man ansetzen muss: Das ist bei der Wasserkraft.

Jetzt kommt noch die Frage des Kollegen Schmiedel. Bitte schön.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, ist Ihnen aufgefallen, dass in Ihren energiewirtschaftlichen Szenarien das Thema „effizientere Energienutzung“ überhaupt nicht vorkommt? Sehen Sie es nicht als ein wichtiges Feld der Energiepolitik an, durch effizientere Energienutzung zur Energieeinsparung zu kommen? Und wenn Sie das sehen, wie hoch schätzen Sie denn die Potenziale ein, und vor allem, was tun Sie denn dafür?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Ich stimme Ihnen völlig zu: Das ist ein wichtiger Punkt, der übrigens nicht nur für den Strom, sondern auch für die Wärme und genauso gut für die Bewegung – also sprich Verkehr – gilt: Wo kann ich effektiver etwas machen?

Ich sage Ihnen einfach einmal, was wir in unserem Ministerium getan haben. Unser Programm „Klimaschutz-Plus“ setzt genau daran an. Das verteidigen wir auch finanziell gegen alle Sparmaßnahmen. Wir werden das mit großer Wahrscheinlichkeit auch im nächsten Jahr, in dem wir im Landeshaushalt 1 Milliarde € einsparen, unverändert beibehalten. Größenordnung: 9 Millionen €. Was machen wir? Wir sagen: Wir fördern jede eingesparte Tonne CO₂, ganz egal, wo sie herkommt, und erreichen damit eine um das Mehrfache höhere Effektivität pro Euro im Verhältnis zu eingesparter Tonne CO₂, als es beispielsweise beim 100 000-Dächer-Programm der Fall war. Das ist unsere rationale effektive Energiepolitik.

Jetzt können Sie sagen, 9 Millionen € seien zu wenig. Einverstanden. Ich hätte auch gern mehr. Das ist die einzige Kritik, die ich akzeptieren würde. Die Instrumentarien stimmen. Von diesen Instrumentarien könnte sich Rot-Grün eine Scheibe abschneiden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Präsident Straub)

Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Zusagen der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW – Drucksache 13/2390

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Sommerpause hat ja in Baden-Württemberg ein bemerkenswertes Stück Landespolitik stattgefunden. Gerhard Goll, der ehemalige Vorstandsvorsitzende der EnBW, hat der EdF in einem Zeitungsinterview Wortbruch vorgeworfen. Er beklagte öffentlich, dass die derzeitige unternehmerische Schieflage der Energie Baden-Württemberg AG dadurch zustande gekommen sei, dass die EdF eine versprochene und dringend benötigte Kapitalerhöhung bei der EnBW nicht geleistet habe. Diese Zusage einer Kapitalhilfe sei Teil der Absprache mit der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW gewesen.

Die Kritik von Goll ist deswegen bemerkenswert, weil er ja mit dem Herrn Ministerpräsidenten auf Teufel komm raus gegen starke Widerstände in der CDU- und in der SPD-Fraktion diesen EdF-Deal durchgesetzt hat. Der heutige Vorstandsvorsitzende Claassen hat dagegen bekundet, dass es keine solche Abmachungen, Absprachen und Verhandlungen gegeben habe. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der EnBW, der Landrat des Alb-Donau-Kreises, Schürle, hat die Auffassung von Gerhard Goll bestätigt und damit die Vorwürfe gegen die EdF bekräftigt. Dagegen hat der Ministerpräsident, der eigentlich als Verkäufer auftrat, schließlich behauptet, die EdF habe alle beim Kauf der EnBW-Anteile eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen eingehalten.

(Abg. Schmiedel SPD: Was gilt jetzt? Das passt ja nicht!)

Also irgendetwas stimmt nicht; denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den damaligen Debatten im Landtag – es gab in dieser Hinsicht zwei große Debatten – hat der Ministerpräsident auf Druck des Parlaments und natürlich auch der CDU-Fraktion nicht mehr den Kaufpreis in den Vordergrund gerückt, sondern gesagt, neben dem Kaufpreis seien noch andere Dinge wichtig, die er mit der EdF erreichen werde. So sagte er:

Der neue Partner EdF muss die EnBW bei industriellen Beteiligungen, bei Forschung und Entwicklung und bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder zur Stärkung des Industriestandorts Baden-Württemberg und zur Schaffung möglicher Arbeitsplätze unterstützen.

Dieser Grundsatz wurde vom Landtag auf Antrag der CDU und der FDP/DVP beschlossen und ging dann auch in dieser Art und Weise in den Kaufvertrag ein. Nun frage ich mich: Wenn das im Kaufvertrag steht, warum sagt dann der Herr Ministerpräsident, dass die EdF, die beim Kauf von weiteren Geschäftsanteilen der EnBW keinen müden Euro zusätzlich zugebuttert hat, alles erfüllt habe? Diesen Kaufvertragszusatz hat sie offensichtlich nicht erfüllt.

Zweiter Bereich: die Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Das war ein großes Thema. Herr Oettinger hat damals in der Debatte gesagt, für die CDU komme es gar nicht auf den Kaufpreis an, sondern viel wichtiger sei die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze. Herr Pfister brachte genau das gleiche Argument, indem er gesagt hat: starker EdF-Partner. Damit, nicht nur mit dem Kaufpreis, hat man die Wünsche der CDU-Fraktion in Bezug auf eine baden-württembergisch/bayerische Lösung und der SPD-Fraktion in Bezug auf eine Lösung mit RWE und EnBW praktisch ausgehebelt und ist dann zur EdF gekommen.

Wie sieht die Situation jetzt aus?

Ach ja, ich vergesse noch: Es war, glaube ich, die CDU-Fraktion, die erreicht hat, dass es einen Aufsichtsratssitz für das Land gab. Das ist ein Novum, muss man sagen: Das Land hat keine Anteile mehr, es wurde aber ein Aufsichtsratssitz für das Land geschaffen, den Herr Stratthaus wahrgenommen hat. Warum? Damit er partnerschaftlich natürlich auch die Erfüllung des Kaufvertrags begleitet. Das ist die Ausgangslage.

Im Übrigen will ich auch noch sagen: Die Kaufverträge sind uns in einer Sitzung des Finanzausschusses vorgelegt worden. Es gab keinerlei Möglichkeit, diesen Gesamtkomplex richtig zu prüfen. Deswegen haben wir – die Ausschussmitglieder der Grünen und der SPD – damals die Finanzausschusssitzung verlassen. Unsere nachträgliche Kritik an diesem Geheimverfahren, Herr Ministerpräsident, zeigt, dass dies richtig war. Unser Misstrauen ist bestätigt. Denn die vollmundigen Versprechungen des Ministerpräsidenten sind ja nicht eingehalten worden.

Welche Situation haben wir jetzt? Gestern wurde bekannt, dass 3 700 Arbeitsplätze im Kerngeschäft der EnBW, das sind 30 %, gefährdet sind und, auch durch betriebsbedingte Kündigungen, wohl abgebaut werden. Wo ist da die Sicherung der Arbeitsplätze gewesen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Weshalb? Jetzt kommts: Weil die EdF kein Kapital zugeführt hat.

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was Herr Goll in dem Interview geäußert hat. Er hat gesagt:

Im Klartext: Es gab die Zusage der EdF an uns, finanziell zu unterstützen, wenn es notwendig ist. Das ist auch dokumentiert.

Ich frage mich: Wo ist das Dokument? Der Herr Finanzminister hat offensichtlich keines. Herr Claassen hat auch keines.

Auf die Nachfrage „Was ist passiert?“ sagt Herr Goll:

Nichts. Obwohl uns der damalige Vizepräsident der EdF, Herr Capéran, sagte, dass seinem Unternehmen bis 2004 ein zweistelliger Milliardenbetrag für Zukäufe zur Verfügung stehe. Aus diesem Topf könne auch die EnBW die Gelder bekommen, die sie benötigt. Bis heute hat die EnBW von der EdF keinen Cent erhalten.

(Drexler)

Interviewer:

Es wäre Ihr Job gewesen, die zugesagten Gelder einzufordern.

Goll:

Wir haben uns seit 2000 darum bemüht. Wir sind immer wieder getröstet worden. . . . Wir haben entsprechende Finanzmittel in die mittelfristigen Pläne der EnBW eingestellt, und in Erwartung einer genehmigten Kapitalerhöhung haben wir den Kapitalmarkt davon überzeugen können, dass wir solide finanziert sind. . . .

Interviewer:

Wenn Sie sich nicht durchsetzen konnten, wäre es nur konsequent gewesen, zurückzutreten.

Goll:

Ich werfe mir in der Tat vor, dass ich damals nicht zurückgetreten bin.

So lautet die Aussage von Herrn Goll.

Also, Herr Ministerpräsident: Entweder Sie haben damals dem Parlament etwas erzählt, was nicht stimmt, nämlich dass sich die EdF an weiteren Zukäufen und an der Sicherung beteilige. Dann haben Sie der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt. Oder Sie haben etwas in den Kaufvertrag hineingeschrieben – wenn es so drinsteht –, das die EdF jetzt nicht erfüllt. Dann frage ich mich:

(Abg. Schmiedel SPD: Was macht Stratthaus?)

Warum wird das nicht erfüllt? Sie waren doch der Verkäufer. Und warum versuchte Herr Stratthaus als Aufsichtsratsvorsitzender

(Minister Dr. Christoph Palmer: Ist er doch gar nicht!)

– was ist er?

(Minister Dr. Christoph Palmer: Aufsichtsrat!)

Aufsichtsrat; Entschuldigung, ich habe ihn befördert –, als Aufsichtsrat nicht, die Erfüllung des Kaufvertrags durchzusetzen? Herr Stratthaus, warum haben Sie das nicht gemacht?

(Abg. Schmiedel SPD: Wozu sitzt er da drin? – Abg. Dr. Caroli SPD: Der sitzt doch da drin! Warum macht er nichts?)

Herr Goll war wohl der Einzige, der versucht hat, den Kaufvertrag in diesem Bereich umzusetzen. Und warum hat hier die Regierung nichts gemacht, Herr Ministerpräsident? Jetzt kommts: Auf unsere Frage, aufgrund welcher Sachverhalte der Finanzminister des Landes davon ausgehe, dass es mündliche Zusagen der EdF für finanzielle Leistungen an die EnBW gegeben habe, hat der Herr Finanzminister geantwortet – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen –:

Die Äußerung vom Herrn Finanzminister, er gehe davon aus, es gebe mündliche Zusagen der EdF gegenüber der EnBW, ist eine persönliche Einschätzung der

öffentlichen Aussagen von Herrn Goll. In diesem Zusammenhang hat der Herr Finanzminister ausdrücklich betont, dass dem Land keine derartigen Zusagen bekannt sind.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Jasses! Was macht der im Aufsichtsrat?)

Wenn Sie in drei Jahren nicht dafür gesorgt haben, dass ein Teil des Kaufvertrags, der eine Bedingung dafür war, dass wir an die EdF verkauft haben, um Arbeitsplätze zu sichern und weitere Geschäftsfelder zu kaufen, erfüllt wurde, und wenn es Ihre einzige Aufgabe war, zu sagen: „Herr Goll hat nach meiner Meinung Recht“, ohne dass Sie etwas dafür getan haben, dann sind Sie in diesem Aufsichtsrat falsch gewesen, Herr Stratthaus, dann haben Sie Ihre Aufgabe nicht wahrgenommen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Also, Herr Ministerpräsident, entweder Sie erklären jetzt: „Das war damals alles nicht so gemeint“, dann haben Sie die Mehrheit des Landtags wirklich getäuscht, oder Sie haben etwas in den Vertrag aufgenommen, das Sie nicht durchgesetzt haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Dann muss er zurücktreten!)

Dann müssen Sie das auch erklären.

Im Übrigen: Die kleinen Leute in Baden-Württemberg zahlen jetzt über eine Strompreiserhöhung Ihren verkorksten EdF-Deal.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Caroli SPD: Die zahlen die Zeche! – Widerspruch bei der CDU)

– Natürlich. Die Schieflage ist laut Herrn Goll entstanden, weil nicht nachgeschossen wurde. Sie haben im Grunde genommen im Kaufvertrag eine Nachschusspflicht festgelegt. Deswegen haben Sie auch die Zustimmung des Landtags bekommen. Weil kein Nachschuss von der EdF gekommen ist, ist die Schieflage entstanden. Deswegen hat Herr Goll gesagt, dafür sei die EdF verantwortlich. Die kleinen Leute in Baden-Württemberg zahlen also den verkorksten Deal. Wir fordern Sie auf, jetzt endlich dafür zu sorgen, dass dieser Kaufvertrag auch erfüllt wird.

Oder aber die Auskunft über den Kaufvertrag ist falsch und er ist im Grunde genommen mit anderem Inhalt abgeschlossen worden.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Deswegen fordern wir Sie auf, alle Unterlagen, den Kaufvertrag – Sie lehnen das ja ab – und alle Nebenabsprachen, dem Parlament vorzulegen. Es ist eigentlich üblich, wenn man einen solchen verkorksten Deal gemacht hat, das Parlament zumindest anschließend darüber aufzuklären, was Sie hier angezettelt haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kurz.

Abg. Kurz CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Drexler, jetzt haben Sie aber einen mächtigen Popanz aufgebaut.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wenn Sie dann auch noch behaupten, dass der kleine Strombezieher nun allein aufgrund dieser Fusion einen höheren Preis bezahlen müsse,

(Abg. Drexler SPD: Weil nicht nachgeschossen worden ist!)

dann ist das weit, weit hergeholt. Gehen Sie einmal an eine Universität, an eine Hochschule, und lassen Sie sich belehren, wie sich Preise im Wettbewerb bilden. Der Markt bestimmt den Preis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Nach Ihren Darlegungen muss ich annehmen, dass Sie wirklich nach einem Thema zum Füllen des Sommerlochs gesucht haben.

(Abg. Drexler SPD: Haben Sie den Kaufvertrag gesehen oder nicht?)

– Wir haben den Kaufvertrag im Finanzausschuss gesehen, und Sie hätten den Kaufvertrag ebenfalls einsehen können.

(Abg. Drexler SPD: Ein so dickes Papier! Nebenher!)

– Dann hätten Sie den Minister in der Sitzung bitten müssen, Ihnen den Vertrag noch einmal zur Verfügung zu stellen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat er aber nicht gemacht! – Abg. Drexler SPD: Was gibt es denn zu verbergen? – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Lesen Sie ihn, wenn er vorgelegt wird. Hinterher – –

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie denn zu verbergen?)

– Sie wollen doch nur weiterführen, was Sie jetzt als Popanz aufgebaut haben, und Verunsicherung – –

(Abg. Drexler SPD: 3 700 Arbeitsplätze sind kein Popanz!)

– Ich komme in meinen Darstellungen noch darauf zurück.

Jetzt möchte ich einmal ganz klar festhalten: Der Verkauf der Anteile des Landes an der Energie Baden-Württemberg AG erfolgte zum richtigen Zeitpunkt, und es wurde für das Land Baden-Württemberg der höchstmögliche Nutzen erzielt.

(Abg. Drexler SPD: Ja, 3 700 Arbeitsplätze weniger!)

Zu keinem späteren Zeitpunkt hätte das Land diesen Ertrag bekommen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Der Einstieg der EdF zu Beginn der Liberalisierung des Strommarkts war durchaus sinnvoll. Mit 4 % Marktanteil wäre dieser veränderte und härtere Wettbewerb im europäischen Raum in einem liberalisierten Markt nicht zu bestehen gewesen. Für uns ergibt sich, weil wir die Vertragsinhalte kennen, dass die Vereinbarungen von allen Seiten pünktlich eingehalten wurden.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist denn die Unterstützung? Was kann dann der Herr Goll behaupten? – Abg. Stickelberger SPD: Lügt Herr Goll?)

Jetzt möchte ich einfach noch ein paar positive Dinge anführen. Die EnBW als baden-württembergisches Unternehmen blieb eigenständig und konzernunabhängig. Im Gegensatz zu anderen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland konnte die EnBW durch diese Fusion ihre eigenständige Bedeutung festigen und auch weiter ausbauen.

(Abg. Drexler SPD: Dafür muss die EnBW jetzt 3 700 Leute entlassen! – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Die EnBW ist nicht zur Filiale eines Unternehmens, etwa von RWE oder Ruhrgas, verkümmert. Für die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist die EnBW nach wie vor von elementarer Bedeutung.

Durch die Einbindung der NWS und der GVS konnten die eigenen Interessen und die Energieinteressen des Landes gebündelt und als starke Arme im Wettbewerb ausgebaut werden. In Kooperation mit der EdF war es der EnBW möglich, Partnerschaften in osteuropäischen Staaten und in Spanien einzugehen. Der Stromabsatz an international tätige Unternehmen stieg seit der Fusion deutlich an.

Dies alles sind Pluspunkte, die ohne eine Fusion nicht möglich gewesen wären. Ohne die positiven Wirkungen dieser Fusion hätte sicherlich auch Herr Kollege Maurer – wenn ich ihn zitieren darf – Recht bekommen. Er hat hier als Antwort auf die Regierungserklärung am 25. November 1999 die Vermutung geäußert, dass bei den neuen, offenen Märkten die Musik künftig in München spielen würde. Nun, wir hören gerne Musik aus München, aber wir blasen die erste Fanfare der Energiepolitik auch gerne hier in Baden-Württemberg. Die praktische Politik der CDU-FDP/DVP-Koalition lässt die Energieorchester nach wie vor in Karlsruhe und Stuttgart spielen.

Der Firmensitz mit dem überwiegenden Teil der Wertschöpfung blieb im Lande. Die Erzeugeranlagen und die Kraftwerke blieben produktiv. Jetzt eine wichtige Antwort: Kein einziger Arbeitsplatz ging fusionsbedingt verloren.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD – Abg. Drexler SPD: Dann geht er halt jetzt verloren! Das hat doch niemand behauptet! 30 %! – Abg. Capezzuto SPD: Keine Zeitung gelesen!)

Durch den Konsortialvertrag zwischen OEW und EdF ist die paritätische Beteiligung der beiden Gruppen sichergestellt. Wenn mit dem Vorstand der EdF irgendeine mündliche Vereinbarung getroffen worden wäre, so beträfe diese allenfalls das Innenverhältnis von EdF und EnBW, aber keinesfalls das Land Baden-Württemberg. Auf jeden Fall

(Kurz)

kann eine solche Vermutung nicht Anlass für eine solche Debatte hier im Landtag sein, denn EnBW ist ein privates Unternehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Herr Teufel hat aber nicht vom Innenverhältnis gesprochen!)

Die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme sind in wesentlichem Umfang marktbedingt, wobei allerdings nicht zu leugnen ist, dass das Unternehmen auch durch die Expansion in fremde Felder, in fremde Gebiete einen horrenden Abschreibungsbedarf erwirtschaftet hat. Dies aber ist Geschäftspolitik eines privaten Unternehmens. Der Landtag sollte sich an die Spielregeln halten und sich nicht dort einmischen, wo er nicht zuständig ist und nicht die notwendige Kompetenz aufweist.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind Verkäufer, die den Vertrag machen! – Abg. Schmiedel SPD: Aber Herr Stratthaus war doch im Aufsichtsrat!)

Den künftigen Markterfordernissen – darum geht es jetzt in der Debatte hier – wird das Unternehmen mit einer Eigenkapitalausstattung von 6 % nur schwer gerecht.

(Abg. Drexler SPD: Ja, richtig!)

Es liegt im landespolitischen Interesse, dass das Unternehmen den eigenen Börsenwert so rasch wie möglich steigert und auch das Rating verbessert, um über den Kapitalmarkt Liquidität zu schöpfen.

(Abg. Drexler SPD: Es gab doch eine Zusage, Mittel zu geben!)

Die Frage sei aber erlaubt, ob sich die heutige Diskussion hier als zielgerichtet erweisen wird.

(Abg. Drexler SPD: Da kommt ja nichts!)

Der Vorstandsvorsitzende Utz Claassen sprach in einer Presseerklärung von einem „Ergebnisloch 2003“, das so schnell wie möglich durch eine deutlich verbesserte operative Leistungsfähigkeit auszufüllen sei.

(Abg. Drexler SPD: 1,3 Milliarden € bei 5,8 Milliarden € Umsatz!)

Das ist sicherlich kein leichtes Unterfangen.

(Abg. Drexler SPD: Warum ist das eingetreten? Warum ist es gekommen?)

Er hat die schwierige Phase noch vor sich. Claassen kämpft an mehreren Fronten. Das Unternehmen wird diese schwierige Situation sicherlich meistern. Davon sind wir überzeugt.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch kein Schicksal!)

Wir sollten ihn dabei unterstützen und nicht durch unsachgemäße Debatten auch noch das Unternehmen ins Gerede bringen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch einen Kaufvertrag gemacht, in dem das drinsteht!)

Sie fragen: „Warum ist es so gekommen?“ Warten Sie doch einmal, bis die Landesregierung geantwortet hat. Dann werden Sie sehen, dass all das, was Sie hier aufgebaut haben, wie eine Seifenblase zerplatzen wird.

(Abg. Drexler SPD: Herr Goll hat das ja wohl deutlich gesagt! Sie kennen doch den Herrn Goll! – Abg. Schmiedel SPD: Staatsrat Goll!)

Die wesentlichen Probleme liegen im schwierigen Marktumfeld begründet. Für die hohen Belastungen durch Steuern und die energiepolitischen Rahmenbedingungen trägt die Bundesregierung die volle Verantwortung.

(Widerspruch bei der SPD)

– Ja, natürlich.

(Abg. Drexler SPD: Herr Schröder hat den Kaufvertrag gemacht? Jetzt hören Sie doch auf! Es wird ja immer peinlicher!)

Vorher haben wir es doch in der Debatte gehört: Es geht um die Ökosteuer und um das Gesetz über den Vorrang erneuerbarer Energien.

(Abg. Drexler SPD: Es wird peinlich! Es wird immer peinlicher!)

Hätten Sie vorhin aufgepasst, dann hätten Sie gesehen, dass dort nicht alles so effizient verläuft, wie Sie sich das vorstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es geht um das Gesetz über die Kraft-Wärme-Kopplung und natürlich auch um die Kapazitätsverringerungen durch den Konsens, der ja mehr oder weniger bei der Kernenergie erzwungen wurde.

Aus den Positionen, die ich jetzt aufgezählt habe, resultieren gesetzlich bestimmte Kosten inklusive der Umsatzsteuer mit nahezu 40 % des Strompreises.

(Abg. Drexler SPD: Das sagt Herr Goll nicht!)

Die Stromzahler finanzieren also 40 % der Kosten dieser gesetzlichen Maßnahmen. Da wird man doch die Frage stellen dürfen: Sind diese Einzelmaßnahmen alle effizient?

(Abg. Drexler SPD: Gehen Sie doch mal auf Ihren Kaufvertrag ein!)

Das Marktumfeld ist schwierig. Die Liberalisierung des Strommarkts wird zudem durch die Durchleitungskosten beeinträchtigt. Diese machen immerhin auch 40 % der Gesamtkosten, der Gestehungskosten aus. Das macht es schwierig für neue Stromanbieter wie Yello, aber auch für die EnBW selbst, wenn sie an Kunden in anderen Bundesländern liefern.

Die wesentlichen Ursachen für die Preis- und Marktentwicklung liegen also weder bei der EdF – auch nicht in dem Vertrag – noch bei der EnBW. Hier muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Regelungen über den Transport von Strom und die Regelungen im Wettbewerb stimmen.

(Kurz)

Jetzt komme ich noch zum Problem des Personalabbaus. Das bedrückt uns alle. Die Presse ist ja auch heute voll von diesem Thema. Aber um die Wettbewerbsfähigkeit in einem schwierigen Marktumfeld zu erhalten und um die Konsolidierung des Unternehmens voranzubringen, erwägt nun einmal der Vorstand eine Reduzierung des Personals im Kernbereich. Es handelt sich um 3 700 Stellen, wie ich heute lese.

(Abg. Drexler SPD: 30 %!)

Jeder dritte Arbeitsplatz ist betroffen. Das ist eine sehr schmerzliche und einschneidende Entwicklung, die wir natürlich ebenso bedauern wie Sie. Aber es ist zunächst einmal eine betriebsinterne Entscheidung, und kein Unternehmen kann sich lange gegen die Marktentwicklung stellen;

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

wenn es die eigenen Strukturen nicht anpasst, dann geht das Unternehmen in die Insolvenz. Deshalb muss diese schwierige Situation, in der sich das Unternehmen befindet, gemeistert werden. EnBW muss sich am Markt neu positionieren.

Wie in jedem mitbestimmten Unternehmen müssen aber solche Maßnahmen zunächst zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung besprochen werden. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht gefallen.

(Zuruf des Abg. Gall SPD)

Wir sehen natürlich auch in anderen Bereichen Beispiele. Überall dort, wo es Fusionen gegeben hat, gab es im Zusammenhang mit der Fusion umgehend Einbrüche bei den Arbeitsplätzen. Nehmen Sie einmal die Beteiligung von Vattenfall am Berliner Energieversorgungsunternehmen Bewag.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

4 000 Stellen sind dort abgebaut worden. Beim Zusammengehen von RWE und VEW und nach der Fusion von Veba und Viag zu Eon gab es ähnliche Konsequenzen.

Nun zu Ihrem Antrag: Ihr Antrag enthält ja mit Abschnitt II einen Beschlussteil. Sie begehren,

den mit der EdF geschlossenen Kaufvertrag für die damaligen EnBW-Anteile des Landes einschließlich eventueller Nebenabsprachen und zusätzlicher Vereinbarungen dem Landtag vorzulegen.

Meine Damen und Herren, wir können diesem Ansinnen nicht folgen. Es sprechen vertragliche Vereinbarungen dagegen.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Sie hatten im Finanzausschuss die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren.

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch nicht! Das war nicht umfassend!)

Sie hätten auch nachfragen können. Sie hatten ein Frage-recht.

(Abg. Drexler SPD: Zuerst muss ich wissen, was drinsteht!)

– Also, Herr Drexler, so hilflos sollten Sie sich nicht geben.

(Abg. Drexler SPD: Es geht um Rechte!)

Hier treten Sie doch wirklich als ein sprachgewandter Diskutant auf, und deshalb hätten Sie sicherlich auch im Finanzausschuss so auftreten und sagen können: „Ich weiß nichts; helft mir.“ Dann wäre Ihnen geholfen worden.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Aber Sie wissen auch nichts, und Ihnen wird auch nicht geholfen!)

Aber jetzt ist die Zeit verstrichen. Sie wollen doch nur eine absurde Diskussion fortsetzen, die im Interesse des Unternehmens und auch im Interesse unseres Landes so rasch wie möglich beendet werden muss.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Absurdes Theater! – Abg. Drexler SPD: Zuerst versaubeutelt ihr es, und dann wollt ihr nicht diskutieren!)

– Wir haben gar nichts versaubeutelt. Sie haben nicht aufgepasst.

(Heiterkeit)

Nur daran liegt es. Wenn Sie gewollt hätten, hätten Sie die Informationen bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Fragen Sie die Kollegen! – Weitere Zurufe)

– Der Vorgang gehört nicht in die parlamentarische Beratung.

(Abg. Drexler SPD: Wir wollten die Verträge, haben sie aber nicht bekommen!)

– Bleiben Sie bei Ihrer Auffassung, und warten Sie, bis die Landesregierung antwortet.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Dann werden Sie eines Besseren belehrt sein.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich streite gern mit Ihnen über die Frage, ob es richtig war, vor einigen Jahren den Anteil des Landes an der EnBW zu verkaufen. Darüber kann man streiten. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass – jedenfalls aus ordnungspolitischer Sicht – im Haus große Übereinstimmung darüber bestanden hat, dass man das kann,

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

unabhängig von den Konditionen. Man hat dann darüber gestritten, ob unbedingt an die EdF verkauft werden muss oder die Anteile auch an RWE verkauft werden können, man hat dann darüber gestritten, ob der Erlös aus dem Ver-

(Pfister)

kauf in eine Landesstiftung einfließen soll. Das alles will ich zugeben. Mir geht es nur darum, dass im Grunde bei allen Fraktionen des Hauses die Meinung bestanden hat, es sei aus ordnungspolitischen Gründen in Ordnung, die Anteile des Landes Baden-Württemberg zu verkaufen. Das muss man wissen, wenn man der Frage nachgeht, wie die Geschäftspolitik der EnBW in der Vergangenheit zu bewerten ist.

Wenn man schon Ja dazu sagt, dass die Anteile des Landes verkauft werden, dann muss man natürlich auch die Konsequenz akzeptieren, die lautet: Wir haben keine Anteile mehr an der EnBW, also steht zunächst einmal die Geschäftspolitik der EnBW und nicht der Einfluss des Landes Baden-Württemberg zur Debatte. Auch das muss man zunächst einmal festhalten. Aber darum geht es in dieser Debatte nicht, und darum geht es auch in dem Antrag nicht.

Herr Kollege Drexler, Sie versuchen, mit Ihrem Berichtsantrag und dem Forderungsteil den Eindruck zu erwecken, als habe die Landesregierung in der Vergangenheit gegenüber dem Parlament etwas verheimlicht, etwas vertuscht oder etwas unterlassen.

(Abg. Drexler SPD: Den Kaufvertrag nicht erfüllt!)

Sie folgern dann: Weil man etwas unterlassen habe oder weil man etwas vertuscht habe, sei als Konsequenz bei der EnBW die schwierige Situation entstanden,

(Abg. Drexler SPD: Goll!)

dass Arbeitsplätze wackeln oder dass höhere Strompreise zustande gekommen sind. Das ist natürlich absoluter Unsinn, meine Damen und Herren;

(Abg. Drexler SPD: Goll sagt das!)

das muss man schon einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Der Vorstandsvorsitzende Goll!)

Das ist absoluter Unsinn. Wenn es einen Grund dafür gibt, dass die Strompreise im Augenblick trotz Liberalisierung im Steigen begriffen sind, was ich sehr bedauere, dann hängt das damit zusammen, dass wir im Grunde gar keine Liberalisierung haben. Wir haben deshalb keine Liberalisierung, weil es zum Beispiel bis zur Stunde nicht gelungen ist, die Durchleitungsrechte zu regeln. Nur wenn die Durchleitungsrechte geregelt sind, wird es möglich sein, auf Sicht zu geringeren Strompreisen als heute zu kommen. Das ist der entscheidende Punkt, um den es geht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Jetzt zum Kaufvertrag. Sie sagen, dass der Kaufvertrag vorgelegt werden solle. Da kann ich nur noch einmal deutlich machen, was im Gesellschaftsvertrag der Stiftung steht. Im Gesellschaftsvertrag der Stiftung steht eindeutig, dass der Kaufvertrag vorgelegt werden muss, weil der Finanzausschuss einen entsprechenden Zustimmungsvorbehalt hat. Deshalb war es logisch, dass der Kaufvertrag dem Finanzausschuss vorgelegt worden ist; darauf wurde hingewiesen.

(Abg. Drexler SPD: Legen Sie ihn doch jetzt vor!)

Dem gesamten Landtag konnte er aus einem einzigen Grund nicht vorgelegt werden, nämlich wegen der Verschwiegenheitspflicht und wegen der Vertraulichkeit, die gewahrt werden muss.

(Abg. Drexler SPD: Dann kann man ihn jetzt vorlegen!)

Was damals gegolten hat, gilt selbstverständlich auch heute noch. Wir haben uns klar darauf geeinigt, dass der Finanzausschuss die Papiere bekommen muss, weil er einen Zustimmungsvorbehalt hat. Er hat sie auch bekommen. Aber der Landtag kann sie nicht bekommen. Sie können von der Landesregierung auch heute nicht erwarten, dass sie die Verschwiegenheitspflicht und die Vertraulichkeit des Vertrags verletzt.

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Unter Abschnitt I Ziffer 5 Ihres Antrags wird die Frage gestellt – Herr Drexler, Sie haben das angesprochen –, in welcher Form eine Aussage des Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung zu Unterstützungsmaßnahmen Bestandteil des Kaufvertrags geworden ist.

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Warum stellen Sie diese Frage eigentlich? Sie brauchen sie nicht zu stellen. Ein Blick in die Mitteilung der Landesregierung vom 12. April 2000, Drucksache 12/5128, Ziffer 1 Buchst. d, gibt Ihnen eine klare Antwort. Dort steht eindeutig, dass die Landesregierung, wie Sie gerade gesagt haben, bereit ist, im Bereich der Forschungen, im Bereich der industriellen Beteiligungen und wo auch immer eine entsprechende Unterstützung zu gewähren.

(Abg. Drexler SPD: Ist das gemacht worden?)

Einen Punkt aber haben Sie nicht erwähnt, nämlich den entscheidenden Punkt, dass es den finanziellen Vorbehalt gegeben hat, dass alles nur dann sinnvoll ist, wenn die EnBW in der Lage ist, das finanziell durchzustehen. Das haben Sie natürlich nicht erwähnt. Aber Sie haben es gewusst oder hätten es wissen können. Wenn Sie einen Blick in die Mitteilung der Landesregierung geworfen hätten, hätten Sie sich Ihren ganzen Antrag sparen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Ist jetzt eine Unterstützung erfolgt oder nicht? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Kollege Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kretschmann?

Abg. Pfister FDP/DVP: Bitte schön.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Pfister, SPD und Grüne sind damals aus der Sitzung des Finanzausschusses ausgezogen.

(Abg. Seimetz CDU: Selbst schuld!)

Halten Sie es wirklich ernsthaft für möglich, einen Vertrag, in dem es um 4,5 Milliarden DM geht, beurteilen zu können, wenn Sie während einer Finanzausschusssitzung mal gerade so hineinschnuppern? Halten Sie das ernsthaft für möglich?

(Abg. Drexler SPD: Herr Pfister kann das!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Sie sind ein intelligenter Mensch, Herr Kretschmann. Sie hätten in der Finanzausschusssitzung, als Sie den Vertrag auf dem Tisch hatten, jederzeit die Möglichkeit gehabt, sich vom Vorsitzenden des Finanzausschusses so viel Zeit geben zu lassen, dass Sie in der Lage gewesen wären, den Vertrag zu lesen. Das wäre wohl möglich gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Vorlesen lassen? Hören Sie auf!)

Ich will noch ein drittes Beispiel nennen, weil das der Kollege Drexler auch angesprochen hat.

In dem Kaufvertrag, Herr Kollege Drexler, ist auch ausdrücklich von möglichen Kapitalerhöhungen und von einer stärkeren Börsenverankerung der EnBW die Rede. Jetzt können Sie zu Recht kritisieren, dass es nicht zu dieser Börsenverankerung gekommen ist. Das tut mir ja auch Leid, und das kann man selbstverständlich kritisieren.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber das hat natürlich Gründe. Die Gründe liegen in der Entwicklung des Kapitalmarkts

(Abg. Drexler SPD: Jetzt!)

und darin, dass die Börsenfähigkeit eben nicht so stark war, wie man sich das gewünscht hätte. Das kann man alles kritisieren. Das tut mir genauso Leid wie Ihnen. Denn das hat selbstverständlich auch mit Arbeitsplätzen usw. zu tun. Bei einer Eigenkapitalquote von

(Abg. Drexler SPD: 6 %!)

6 oder 7 % ist dies außerordentlich schwierig.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das beklage ich ja genauso wie Sie. Nur muss man einmal fragen: Was hat das alles mit Geheimniskrämerei zu tun, oder was hat das mit Nebenabsprachen zu tun?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Drexler, das steht doch ausdrücklich in den Verträgen. Sie brauchen doch nur

(Abg. Drexler SPD: Dann machen Sie es doch!)

die von mir genannte Mitteilung der Landesregierung zu lesen. Dann wissen Sie, dass wir ausdrücklich von der Börsenfähigkeit gesprochen haben.

(Abg. Drexler SPD: Dann machen Sie es doch! –
Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ich habe Ihnen die Gründe genannt, weshalb dies in der Vergangenheit noch nicht möglich war.

(Abg. Drexler SPD: Vorstandsvorsitzender Goll bestreitet dies!)

Ich wünsche mir mit Ihnen, dass in Zukunft ein Börsengang möglich ist und dass auch eine höhere Eigenkapitalquote, die notwendig ist, möglich ist.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das wünsche ich mir, aber das war bisher nicht möglich.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Nur: Mit Geheimniskrämerei hat das nichts zu tun.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich hat es etwas damit zu tun!)

Es hat auch nichts mit Nebenabsprachen zu tun. Das steht alles in den Drucksachen.

(Abg. Schmiedel SPD: Kennen Sie Herrn Goll?)

– Was Herrn Goll angeht: Er hat Interviews gegeben,

(Abg. Drexler SPD: Eines!)

und zwar in der Zeit, als er nicht mehr Vorstandsvorsitzender war – vorher nicht, jedenfalls nicht zu diesem Punkt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE und Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie damit sagen?)

– Damit will ich sagen, dass Herr Goll zwar Interviews gegeben hat, aber dass die EnBW weder unter dem Vorsitz von Herrn Goll noch unter dem Vorsitz seines Nachfolgers gegenüber der Landesregierung behauptet hätte, die EdF habe ihre Verpflichtungen nicht erfüllt.

(Abg. Drexler SPD: Woher wissen Sie das?)

– Das weiß ich ganz genau, weil das bekannt ist. Lassen Sie sich das vom Finanzminister bestätigen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmid: Waren Sie im Aufsichtsrat? – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Von der EnBW ist gegenüber der Landesregierung niemals der Vorwurf erhoben worden, dass die EdF ihre Verpflichtungen nicht erfüllt habe.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Nein, meine Damen und Herren, es bleibt dabei: All das, was ich Ihnen jetzt sage, ist bekannt. Das braucht man sich nicht aus den Fingern zu saugen. Das steht alles in den Mitteilungen der Landesregierung.

Sie versuchen hier, etwas ganz anderes zu machen. Sie versuchen hier,

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

aus den Problemen, die sich jetzt bei der EnBW ergeben, und aus einigen Äußerungen von Herrn Goll gewissermaßen landespolitischen Nektar zu saugen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es irgendwelche Versäumnisse des Landes, die für diese Probleme ursächlich wären.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Das ist Unsinn, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

(Pfister)

Sie haben hier eine spekulative Debatte angezettelt, immer nach dem Motto: „Von diesen Vorwürfen

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

wird schon irgendetwas hängen bleiben.“ Ihr Antrag ist heiße Luft, meine Damen und Herren. Außerdem ist Ihr Antrag parlamentarisch unanständig – damit das auch klar ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Ich lese Ihnen vor, was Sie damals in der Debatte gesagt haben! – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Teufel hat hier vor vier Jahren in den allerwärmsten Farben dargestellt, welche Vorteile der Verkauf der Landesanteile an der EnBW an den Energiemonopolisten EdF dem Land bringen wird. Ich darf zitieren:

Wir wollen die Chancen, die der liberalisierte Energiemarkt bietet, offensiv nutzen: zur Stärkung des Standorts Baden-Württemberg, zur Sicherung von Energiestandorten und Arbeitsplätzen, für günstige Strompreise für Wirtschaft und Privathaushalte und im Sinne einer vernünftigen Energiepolitik.

Ich darf weiter zitieren:

Ich habe unsere Zielsetzung genannt: eine europaweit wettbewerbsfähige EnBW, eine europaweit wettbewerbsfähige baden-württembergische Energiewirtschaft, ein strategischer und standortpolitischer Nutzen für unser Land und seine Arbeitsplätze.

Diese Sätze müssen nach dem, was wir in den letzten Monaten über die EnBW erfahren haben, wie reiner Hohn klingen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wissen Sie – es ist nicht so, dass ich jetzt nach vier Jahren beckmesserisch daherkommen wollte –: Das, was ich zu kritisieren habe, dass nämlich das, was Sie versprochen haben, nicht funktionieren wird, das hat bereits mein Vorgänger Kuhn hier klipp und klar gesagt. Die Versprechen, die Sie im Zusammenhang mit dem Verkauf an den Energiemonopolisten in Frankreich gemacht haben, waren nicht einlösbar. Es waren Versprechen, von denen Sie wussten, dass Sie nachher nicht dafür würden geradestehen können. Dafür sind Sie bisher noch nicht geradegestanden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben noch mit keinem einzigen Satz zu all diesen Vorgängen Stellung genommen – wir hoffen, dass Sie dies heute noch tun werden –, obwohl Sie diese Versprechungen entgegen unseren Warnungen gemacht haben.

Was ist die bittere Realität?

Erstens: Europaweite Wettbewerbsfähigkeit der EnBW? Bereits heute hat die EnBW 1 Milliarde € Schulden. Die Eigenkapitalquote ist von 20 % auf 6 % gesunken. Ein solches Unternehmen steht zunächst einmal ganz am Ende aller Energieversorgungsunternehmen und nicht mitten im europäischen Wettbewerb.

Zweitens: Von den versprochenen sicheren Arbeitsplätzen kann keine Rede sein. Es ist schon gesagt worden: Man muss damit rechnen, dass zur Sanierung des Unternehmens in erheblichem Umfang Arbeitsplätze abgebaut werden. Wo bleibt da Ihr Versprechen? Wo wird es eingehalten, Herr Ministerpräsident?

Drittens: Sie haben günstige Strompreise für Wirtschaft und Privathaushalte versprochen. Auch das muss wie Hohn klingen. In zwei Jahren sind die Strompreise dreimal erhöht worden, und zwar insgesamt um 3,5 Cent je Kilowattstunde. Das bedeutet für einen durchschnittlichen Haushalt eine Erhöhung um jährlich 120 € – zehnmal so viel wie die Kosten für die regenerativen Energien. Wo ist da Ihr Versprechen, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei den Grünen)

Viertens: Nutzen für die Sicherung des Energiestandorts Baden-Württemberg? Wie soll dies darstellbar sein bei einem Unternehmen mit einer solch dramatisch schlechten Kapitaldecke, das hoch verschuldet ist und das nach allen in der Branche geltenden Kriterien ganz hinten liegt? Wo wird hier Ihr Versprechen eingelöst, Herr Ministerpräsident? Denn Sie haben dieses Versprechen entgegen unseren Warnungen gegeben.

Die Ursachen für das ganze Debakel sind offenkundig: ein Einkaufs- und Expansionskurs, der in der Branche seinesgleichen sucht, unter dem Vorstandsvorsitzenden Goll. Alles wurde mit Krediten und noch mal mit Krediten finanziert.

(Abg. Walter GRÜNE: Wie unter Herrn Späth!)

Offensichtlich wurde eine mündliche Zusage durch die EdF an Herrn Goll gegeben, die nirgends nachvollziehbar ist. Das behaupten übrigens nicht wir, sondern der neue Vorstandsvorsitzende der EnBW, Utz Claassen. Es ist noch nicht einmal in den Protokollen der Gremiensitzungen irgendwo nachgewiesen, dass es eine solche Zusage gibt. Das heißt, es wurden Milliardeninvestitionen in den Sand gesetzt, ohne dass Geld da war.

Wer ist nun dafür verantwortlich? Natürlich in erster Linie Herr Vorstandsvorsitzender Goll.

(Abg. Drexler SPD: Und der Aufsichtsrat!)

Über seine Aussagen hören wir völlig widersprüchliche Kommentare. Der Aufsichtsratsvorsitzende erklärt ihn zu einem Ehrenmann und sagt, er glaube ihm, aber es sei wohl in internationalen Geschäften nicht mehr üblich, auf mündliche Versprechen zu hören. Utz Claassen sagt, das habe es noch nie gegeben, und der Finanzminister, der im Aufsichtsrat sitzt, schwadroniert nur herum.

(Abg. Drexler SPD: Schwadroniert! – Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Kretschmann)

Er positioniert sich überhaupt nicht, er sagt dazu nichts und nimmt nicht Stellung dazu, ob diese Gerüchte stimmen oder nicht. Dabei ist das ja wohl die gewichtigste Frage überhaupt. Wenn Herr Goll ein Ehrenmann ist – was ich überhaupt nicht bezweifle –, dann hat er offensichtlich im Vertrauen auf diesen Kapitalzuschuss durch die EdF überhaupt erst diese Geschäfte gemacht – und letztlich auch in den Sand gesetzt.

Dafür tragen Sie die Verantwortung mit. Sie haben das so eingefädelt. Sie weigern sich, uns die Karten auf den Tisch zu legen. Und Sie haben Ihre Pflichten im Aufsichtsrat nicht wahrgenommen. Das sind doch alles nur Schwarze, die da hocken.

(Zuruf von der CDU: Ha, ha, ha!)

Das sind schwarze Landräte, schwarze Regierungsmitglieder und ein schwarzer EnBW-Vorsitzender, der da auch hineingesetzt wurde.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Ihr seid dafür verantwortlich, dass die Sachen auf den Tisch kommen. Ihr müsst die Karten auf den Tisch legen und nicht wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Schneider)

Sie haben das zugelassen. Es wird ja kolportiert, dass der Vorstandsvorsitzende dem Aufsichtsratsvorsitzenden die Sprechzettel zustecken muss, damit er den Vorstand richtig kontrolliert. Das ist natürlich so, wie sich die Schwarzen unter sich kontrollieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ein blödes Zeug, ein blödes! Ein dummes Zeug! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Nein, nein. Das ist überhaupt nicht blöd.

(Unruhe)

Es sind vom Ministerpräsidenten klipp und klar Versprechungen gemacht worden. Die Situation ist desolat. Wir lassen es nicht zu, dass ihr euch jetzt aus der Verantwortung stellt. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Besonders schlimm ist, dass bei der Finanzierung dieser ganzen Kaufvorgänge massiv in die Rückstellungen für die Stilllegung von Atomkraftwerken, die ja zum Teil noch steuerfrei sind, eingegriffen wurde, diese windigen Geschäfte also mit Rückstellungen gemacht wurden, die für etwas anderes vorgesehen waren. Da haben Sie nun auf alle Fälle einmal die Pflicht, uns zu sagen, was Sie dazu zu sagen haben. Sie sitzen im Aufsichtsrat. Wie der Name schon sagt, hat das den Sinn, Aufsicht wahrzunehmen und nicht nur allem zuzuschauen.

Ich fasse zusammen: Sie haben damals beim Verkauf der Landesanteile an der EnBW an den Monopolisten EdF Ver-

sprechungen gemacht. Wir haben Sie gewarnt, dass Sie das nicht einhalten können. Sie haben die Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt. Jetzt stehen wir in der Gefahr, dass die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke – bei der desolaten Situation, die wir haben, und bei der Möglichkeit, die sie haben, um ihre EnBW-Anteile noch zu denselben Preisen zu verkaufen – ihre Anteile veräußern. Doch wenn das geschieht, dann ist die EnBW in ein paar Jahren schlichtweg in der Hand der EdF,

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Nichts anderes!)

und dann ist die EnBW nichts anderes als die „EdF-Ost“, die noch Strom verkauft, aber hier keine eigenständige Energiepolitik betreibt. Wir wollen das nicht. Aber damit man das in dieser schwierigen Situation verhindern kann, erwarten wir von Ihnen – und wir erwarten das zu Recht –, dass Sie die Karten heute auf den Tisch legen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Moser SPD: Schwerer Gang!)

Finanzminister Stratthaus: Kein schwerer Gang. – Meine Damen und Herren! Es ist eine unglaubliche Diskussion. Dass Sie keine Ahnung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen haben, Herr Kretschmann,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

das nimmt man noch hin. Dass Sie hier aber eines der wichtigsten Unternehmen Baden-Württembergs schlechtreden, das ist eine ungeheure Unverschämtheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen)

Die EnBW liegt in ihrem Kerngeschäft für das Jahr 2003 um 26 Millionen € über dem Plan.

(Abg. Junginger SPD: Yello-Strom!)

Sie liegt um 26 Millionen € über dem Plan.

Bevor ich nun zu meinen sachlichen Ausführungen komme, müssen einige Unsinnigkeiten und Unverschämtheiten, die Sie gesagt haben, geklärt werden.

Zunächst einmal zu Ihrer Behauptung, im Aufsichtsrat würden lauter Schwarze sitzen.

(Abg. Kübler CDU: Die Hälfte sind Rote!)

Es ist genau so, dass die Roten die Mehrheit haben.

(Abg. Kiefl CDU: Das ist ein Skandal! – Unruhe)

Da sitzen nämlich zur Hälfte Arbeitnehmervertreter, die übrigens absolute Fans davon waren, dass 25 % der EnBW an die EdF gehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es, ja!)

(Minister Stratthaus)

Auch diejenigen, die die Sozialisten aus Frankreich geschickt haben, sind keine Schwarzen.

(Abg. Kübler CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Von Schwarzen kann da also überhaupt nicht die Rede sein.

(Abg. Blenke CDU: Aber gut ist das auch nicht!)

– Gut ist das nicht. Nein.

Ein weiterer Punkt: Ich glaube ja, dass Sie das zum Teil nicht besser wissen. Aber es sind hier zwei Lügen verbreitet worden. Ich muss das Wort „Lügen“ benutzen.

Zunächst einmal ist behauptet worden, die Vertreter der Grünen und der SPD hätten die Finanzausschusssitzung verlassen. Das stimmt nicht. Ich habe hier das Protokoll vorliegen, und hier ist das Abstimmungsverhältnis festgehalten. Die Abstimmung erfolgte mit 12 : 9 Stimmen. Das heißt, alle Mitglieder des Finanzausschusses waren bei der Abstimmung anwesend. Die Behauptung, an der Sitzung hätten nicht alle Abgeordneten teilgenommen, entspricht also nicht der Wahrheit.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die sind rausgegangen! – Abg. Drexler SPD: Die sind reingekommen bei der Abstimmung! – Unruhe)

Und das Nächste, lieber Herr Drexler, ist der Höhepunkt; Sie sind nämlich ein Zitatenfälscher.

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

– Ja, ich lese es Ihnen gleich vor. Moment!

(Unruhe)

Sie haben zitiert:

... von der EnBW neue Geschäftsfelder zur Stärkung des Landes als Industriestandort erschlossen werden; dazu wird die EdF die EnBW ... unterstützen ...

Dann machen Sie mit dem Zitat Schluss.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann kommt der letzte Satz! Finanzierungsvorbehalt!)

Es geht aber weiter:

... soweit die Kerngebiete ... betroffen sind und insofern dies von den finanziellen Möglichkeiten ... gedeckt ist.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Sie haben eine entscheidende Stelle dieses Zitats bewusst und zitatenfälschend weggelassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten – Abg. Pfister FDP/DVP: Schlicht und einfach verfälscht!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Finanzminister, Sie sind ein Zitatenfälscher! Ich habe nämlich nicht aus dem Kaufvertrag zitiert, den ich ja nicht kenne, sondern ich habe aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zitiert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das stimmt!)

Das werden wir nachher im Protokoll nachlesen.

Finanzminister Stratthaus: Nein, nein, nein!

Abg. Drexler SPD: Ich habe zitiert, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung genau diesen Satz gesagt hat.

(Abg. Junginger SPD: Ohne Vorbehalt!)

Ich habe, da ich den Kaufvertrag nicht kenne, überhaupt nicht über den Kaufvertrag gesprochen. Insofern weise ich Ihren Vorwurf, ich sei ein Zitatenfälscher, schärfstens zurück.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Blenke CDU: Herr Präsident, war das eine Zwischenfrage?)

Finanzminister Stratthaus: Nein, nein, nein, nein, nein! Es liegt eine Drucksache vor.

(Lebhafte Unruhe)

Lieber Herr Drexler, es liegt eine Landtagsdrucksache vor –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mitteilung der Landesregierung!)

– ich kann sie mir gleich bringen lassen –, eine Mitteilung der Landesregierung, in der das gesamte Zitat enthalten ist.

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Und ich habe die Regierungserklärung zitiert! Ich habe die Regierungserklärung zitiert!)

Und dies haben Sie unterschlagen.

(Unruhe)

Das ist die Drucksache 12/5128. Daraus haben Sie falsch zitiert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Nein, ich habe aus der Regierungserklärung zitiert!)

Meine Damen und Herren, nun zur sachlichen Auseinandersetzung.

(Unruhe – Abg. Schmiedel SPD: Wer hat jetzt gefälscht? Der Ministerpräsident, oder?)

– Herr Drexler hat unvollständig zitiert.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt nicht! – Abg. Göschel SPD: Wer lügt jetzt eigentlich?)

Herr Drexler hat ganz bewusst eine Drucksache, die er in der Hand hatte,

(Minister Stratthaus)

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

unterschlagen.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Und das nenne ich falsch zitiert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Jetzt geht es weiter mit den Lügen!)

Jetzt einmal zur Sache selbst.

Meine Damen und Herren, warum ist es eigentlich zum Verkauf des 25-prozentigen Anteils durch die Landesstiftung an die EdF gekommen? Wir wissen alle, dass dies mit der Liberalisierung der Energiewirtschaft zusammenhing. Wir alle waren damals der festen Überzeugung, die EnBW müsse wachsen, müsse neue Felder, neue Märkte erschließen, wenn sie in Zukunft noch als einer der größeren Energieversorger in Deutschland mitspielen will. Wir haben uns dann umgeschaut, wer dafür infrage käme. Es gab dabei auch eine ganze Reihe von Unternehmen aus Deutschland, die am Kauf der Anteile der EnBW interessiert waren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir haben einen Partner gesucht, mit dem wir anschließend in Deutschland nicht in Konkurrenz stünden; also sind eine ganze Reihe von Interessenten aus Deutschland als Partner ausgeschieden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch Kartellrechtsgründe!)

Wir haben außerdem einen Partner gesucht, der der EnBW helfen kann, sich im Ausland weiter zu entwickeln – in dem Sinne, wie es im Zitat des Ministerpräsidenten vorkommt.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Keinen Cent hat Herr Goll gesehen!)

– Ich muss Ihnen nachher leider einen kleinen Vortrag halten, damit Sie das kapieren.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Keinen Cent!)

Ich muss noch einmal sagen: Es war notwendig, einen Partner zu finden, der uns im Ausland helfen kann.

Die deutschen Partner – das ist überhaupt keine Frage – hätten sehr schnell Arbeitsplätze in Stuttgart und in Karlsruhe abgebaut. Beim Verkauf der NWS war ganz deutlich, dass es starke Kräfte gab, die die NWS ins Ruhrgebiet bringen wollten. Wenn es so gekommen wäre, wären auch Arbeitsplätze mitgegangen.

Aus diesem Grund wollten die Arbeitnehmer der EnBW – die 50 % der Aufsichtsräte in der EnBW stellen – keinen anderen Partner als die EdF. Sie reden hier gegen die Arbeitnehmer, wenn Sie gegen den Aufsichtsrat polemisieren. Das muss man auch einmal klar machen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir sind für Sie zuständig und nicht für die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat!)

Jetzt geht es weiter: Die EdF hat Zusagen gemacht, die ich jetzt alle einzeln abhandeln will; denn die EdF hat jede Zusage auf Punkt und Komma eingehalten. Damit das ganz eindeutig ist: Sie hat sich verpflichtet, die Eigenständigkeit der EnBW langfristig zu wahren. Es ist wohl klar, dass die Eigenständigkeit gewahrt geblieben ist. Sie hat sich verpflichtet, die Standorte in Karlsruhe und Stuttgart zu erhalten und insbesondere darauf hinzuwirken, dass die künftige Entwicklung der EnBW den Standort Baden-Württemberg in Bezug auf Arbeitsplätze, Produktionsstätten, Wertschöpfung und Investitionen in den bestehenden Gewichungen zwischen den Standorten Karlsruhe, Stuttgart und allen weiteren Standorten beachtet. Das ist auch geschehen. Die Erzeugungsanlagen der EnBW einschließlich ihrer Kraftwerksstandorte und die Wertschöpfung bei der Stromerzeugung sollten im Land bleiben. Es ist doch damals immer behauptet worden, man wolle hier Kraftwerke schließen, um billigen Atomstrom aus Frankreich einzuführen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Das hat alles nicht gestimmt. Die Kraftwerke sind hier geblieben. Die Standorte sind hier geblieben.

(Abg. Hauk CDU: Den Rest erledigt Rot-Grün!)

– Den Rest erledigt Rot-Grün. So ist es. Ja.

Jetzt zu diesem berühmten Zitat, das hier schon einige Male kam:

... von der EnBW neue Geschäftsfelder zur Stärkung des Landes als Industriestandort erschlossen werden; dazu wird die EdF die EnBW insbesondere bei industriellen Beteiligungen und in der Forschung und Entwicklung unterstützen, soweit die Kerngebiete ... betroffen sind.

Es ist ausdrücklich nicht von finanzieller Unterstützung die Rede gewesen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE und Abg. Drexler SPD: Eine moralische Unterstützung!)

– Das will ich Ihnen jetzt gleich erklären. Zum Beispiel wäre die EnBW nicht in der Lage gewesen, die Beteiligung in Spanien zu erwerben, wenn die EdF die Erweiterung von Leitungskapazitäten nicht zugesagt hätte. Sie wäre nicht in der Lage gewesen, Hidrocantábrico zu erwerben, wenn die EdF nicht hinter ihr gestanden hätte.

Weiterhin hat die EnBW in Osteuropa, in Polen Aktivitäten entfaltet. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn die EdF nicht dahinter gestanden hätte.

Wir haben bei der EnBW eine ganze Reihe von großen Kunden dazugewonnen. Diese großen Kunden verlangen, wenn sie weltweite Niederlassungen haben, dass sie auch weltweite Partner haben. Das sind Kunden in Frankreich, in Belgien, sogar in England. Das wäre zum großen Teil nicht möglich gewesen, wenn die EdF nicht dahinter gestanden hätte.

Weiterhin wurde und wird auf dem Gebiet der Forschung zusammengearbeitet. Auch da hat die EdF ihre Versprechen eingehalten.

(Minister Stratthaus)

Nun wird gesagt, der Strom sei teurer geworden. Zunächst: Wir haben hier eine Marktwirtschaft,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und die Strompreise haben in den letzten Jahren wieder angezogen. Aber dass der Strom teurer geworden ist, hat drei Gründe, und zwar einmal die Ökosteuer,

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

dann das EEG und dann das KWKG. Ganz klar, die Ökosteuer, die Sie dreimal auf die Strompreise draufgeschlagen haben, ist doch der Hauptgrund dafür, dass der Strom teurer geworden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Gewiss nicht in der Größenordnung! Das ist doch eine Lachnummer!)

Heute haben Sie mit Begeisterung von den alternativen Energien und von der Einspeisung gesprochen. Das ist ein weiterer Grund dafür, dass der Strom teurer geworden ist. Das hat also nichts mit dem zu tun, was Sie immer unterstellen.

Ich muss noch einmal eindeutig sagen: Die zwei Problemfelder, die sich zurzeit bei der EnBW zeigen, haben mit der EdF überhaupt nichts zu tun. Das erste ist tatsächlich die notwendige Bereinigung in der gesamten Konzernstruktur. Sie haben vorhin gesagt, die EnBW habe 1 Milliarde € Schulden.

(Abg. Drexler SPD: Nein, mehr! Sie hat einen Verlust!)

– Schön wäre es, wenn sie das hätte. Sie hat natürlich um Gottes willen viel mehr. Auch das ist, meine Herren, kein Verlust im klassischen Sinn.

(Abg. Kretschmann GRÜNE und Abg. Drexler SPD: Sondern ein nichtklassischer!)

– Entschuldigung, Sie haben keine Ahnung.

(Unruhe)

Es wird kein einziger Euro an Liquidität abfließen. Man hat lediglich Veränderungen bei der Bewertung vorgenommen. Dass das übrigens die Rating-Agenturen genauso sehen, ergibt sich daraus, dass sie ganz ruhig reagiert haben und nach dieser Bereinigung um 1 Milliarde € überhaupt nichts unternommen haben. Das kann man jetzt machen. Das hätte man genauso gut in einem Jahr oder in zwei Jahren machen können. Ich habe volles Verständnis dafür, dass das ein neuer Mann sofort im ersten Jahr gemacht hat. Das muss ich sagen. Ich habe Verständnis dafür, dass Herr Claassen das gemacht hat. Aber mit einem Abfluss von liquiden Mitteln oder mit einem Verlust, der irgendwo Probleme bringen würde, hat das nichts zu tun.

Übrigens: Wenn Sie sich einmal die Bilanz anschauen, sehen Sie, dass die EnBW in der Halbjahresbilanz immer noch davon ausgeht, dass sie Ertragsteuern zahlt. Daran erkennen Sie doch, dass die vorgenommene Veränderung in

der Bewertung ertragsteuerlich nicht wirksam wird. Wir haben eine ganze Reihe von Unternehmen in Baden-Württemberg, die große Gewinne ausweisen und keine Steuern zahlen.

Man kann hier eindeutig eines sagen – ich muss den Satz vom Anfang meiner Rede wiederholen –: Sie reden hier die EnBW schlechter, als sie ist.

(Abg. Drexler SPD: Überhaupt nicht!)

Die EnBW liegt in ihrem Kerngeschäft in den ersten sieben Monaten dieses Jahres über ihrem Plan.

(Abg. Junginger SPD: Sie braucht Kapitalzufuhr!)

Jetzt kommt laufend diese Geschichte von dem vielen Geld, das die EdF hätte bringen müssen. Ich frage mich, wie Sie sich das eigentlich vorstellen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir stellen uns gar nichts vor! Das hat sich der Herr Goll vorgestellt! – Abg. Drexler SPD: Wir stellen uns gar nichts vor! Herr Goll hat das gesagt! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Ja. Dazu zwei Anmerkungen: Im Kaufvertrag gibt es keinerlei Verpflichtung, dass die EdF oder sonst jemand eine Kapitalerhöhung vornehmen muss.

Jetzt aber noch einmal zum Wort „bringen“. „Bringen“ kann doch nur bedeuten, dass eine Kapitalerhöhung vorgenommen wird

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

und dass die EdF dann entsprechend mehr Kapitalanteile hat.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– Ja, natürlich.

(Abg. Drexler SPD: Die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke wollten doch mitziehen!)

– Ja, Moment! Jetzt sind wir schon beim nächsten Punkt. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass die OEW bei einer Kapitalerhöhung mit – wie Sie vorhin gesagt haben – zweistelligen Milliarden-Euro-Summen mitgezogen wären. Dazu sind die doch überhaupt nicht in der Lage.

(Abg. Drexler SPD: Entschuldigung! Das sagen die aber anders! – Abg. Teßmer SPD: Der hat keine Ahnung davon!)

– Das sagen die nicht anders. Ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen. – Das, was Sie wünschen, hätte zu einer Kapitalerhöhung geführt, die eine mehrheitliche Beherrschung der EnBW durch die EdF zur Folge gehabt hätte.

(Abg. Drexler SPD: Ach! – Abg. Teßmer SPD: Spekulation!)

Das ist genau das, was Sie nicht wollten.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja!)

(Minister Stratthaus)

Es ist sehr viel über Kapitalerhöhungen gesprochen worden. Auch die OEW sind bereit, sich in Maßen und zum richtigen Zeitpunkt an einer Kapitalerhöhung zu beteiligen. Diese Kapitalerhöhung war allerdings so gedacht, dass man das Unternehmen breiter an der Börse verankert.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Es ist immer mit aller Deutlichkeit gesagt worden, der Vorteil von RWE und der Vorteil von Eon bestehe darin, dass sie Publikumsgesellschaften sind, dass sie nicht bloß zwei große Aktionäre haben, sondern Tausende, Zehntausende von Aktionären. Deswegen war von Anfang an daran gedacht, die neuen Aktien an die Börse zu bringen und an ein möglichst breites Publikum zu streuen. Dass sich die Situation an der Börse seit dem Frühjahr des Jahres 2000 bis heute

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schwieriger geworden ist!)

ungeheuer verändert hat und es in dieser Zeit praktisch keine Kapitalerhöhungen gegeben hat, müsste doch auch Ihnen bekannt sein.

(Abg. Drexler SPD: Warum hat man es damals nicht gemacht?)

Übrigens: Weil ich manchmal den Unsinn höre, wir hätten uns über den Tisch ziehen lassen, muss ich sagen: Wir haben ja zum Glück den günstigsten Zeitpunkt zum Verkauf der Aktien erwischt, den man jemals hätte erwischen können.

(Beifall bei der CDU – Minister Dr. Christoph Palmer: So ist es!)

Ein weiterer Punkt: Ich habe mir einmal den Spaß gemacht, nachzuschauen, wie die Aktien der EnBW heute bewertet werden und wie sie vor drei Jahren bewertet wurden und wo die Aktien von Eon und RWE damals standen und wo sie heute stehen. Ich darf Ihnen sagen: Die EnBW-Aktie ist am wenigsten gefallen. Sie hat sich besser entwickelt als die Aktien der anderen Energieversorgungsunternehmen.

(Abg. Teßmer SPD: Die wird doch kaum gehandelt! Wie soll sie sich denn verändern? – Abg. Drexler SPD: Wie hoch ist denn der Handel? – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: 1 %!)

– Es ist eine Tatsache, dass die EnBW-Aktie an der Börse gehandelt wird.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: In welchem Volumen?)

– Das spielt doch keine Rolle.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Keine Ahnung! – Abg. Teßmer SPD: Er hat keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wenn die Nachfrage gering ist, ist auch das Angebot gering. Das Volumen sagt an und für sich relativ wenig aus. Ich kann Ihnen sagen – Sie müssen das als Faktum nehmen, auch wenn es in Ihr Weltbild nicht passt –:

(Abg. Kretschmann GRÜNE: 1 %!)

Es ist in der Tat so, dass diese Aktie im Vergleich zu den Aktien der anderen Energieversorgungsunternehmen am wenigsten gefallen ist.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch nicht falsch! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Meine Damen und Herren, man könnte noch vieles anführen. Ich muss einmal schauen, was Sie noch alles gesagt haben.

Ich muss noch etwas zu der Situation der Arbeitsplätze sagen: Bisher gibt es keinen Beschluss des Vorstands, 3 700 Arbeitsplätze abzubauen. Ich habe mit Herrn Claassen telefoniert. Er hat mich ausdrücklich gebeten, hier festzustellen, dass es keinen derartigen Beschluss gibt. Es gibt allerdings einen Beschluss, 350 Millionen € einzusparen. Da kann man nun entsprechende Hochrechnungen anstellen. Aber es soll ja auch auf andere Art und Weise an Personalkosten gespart werden als durch den Abbau von Köpfen. Sie wissen ja, dass Sonderzuwendungszahlungen und Ähnliches gekündigt worden sind, dass also die Arbeitnehmer einen Beitrag geleistet haben.

Ich verstehe, dass die Arbeitnehmer über den drohenden Arbeitsplatzabbau erregt sind. Das bezieht sich aber auf keinen Beschluss, den der Vorstand gefasst hätte, und auch der Aufsichtsrat hat sich damit noch nicht beschäftigt.

Alles in allem, meine Damen und Herren:

Erstens: Reden Sie die EnBW bitte nicht so schlecht.

Zweitens: Die Probleme, die die EnBW hat – sowohl hinsichtlich der Struktur des Konzerns wie auch hinsichtlich der Kostensenkungen, die sie heute vornehmen muss, um für die Zukunft fit zu sein –, haben nichts mit der EdF zu tun, überhaupt nichts.

Ich möchte deswegen noch einmal festhalten: Es war vernünftig, dass wir die Landesanteile an die EdF verkauft haben, und die EdF hat alle Zusagen auf Komma und Punkt eingehalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Stratthaus, es ist schon eigenartig – über die Zitatenfälscherei reden wir nachher, wenn das Protokoll da ist –, wie Sie sich hier darstellen: Bei der EnBW sei alles in Ordnung. Der Verlust von 1 bis 1,2 Milliarden € in diesem Jahr, den Herr Claassen in einem Aktionärsbrief prognostiziert hat – bei einem Umsatz von 5,8 Milliarden € –, sei überhaupt kein Problem. Dass man jetzt wahrscheinlich 3 700 Arbeitsplätze – das sind immerhin 30 % der Arbeitsplätze im Kerngeschäft – streichen muss – einen Beschluss gibt es noch nicht –, sei einfach gottgegeben. So ähnlich haben Sie hier gerade gesprochen.

Jetzt will ich Ihnen noch einmal sagen: Wir erfinden doch überhaupt nichts. Herr Kurz hat gesprochen, als ob er auf

(Drexler)

einem fremden Stern wäre. Es ist klar, dass Herr Goll ein autorisiertes Interview gegeben hat. Herr Goll war bei den Vertragsverhandlungen dabei. Herr Goll sagt aufgrund dieser Vertragsverhandlungen – im Klartext –:

Es gab die Zusage der EdF, uns finanziell zu stützen, wenn das notwendig ist, und das ist auch dokumentiert.

Wörtlich! Da stellen Sie sich hier hin und sagen, niemand von der EdF habe eine Zusage zur Finanzierung gemacht. Aber wie kommt dann Herr Goll, an dessen Aussagen zu zweifeln wir keinen Grund haben, dazu?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das frage ich mich auch!)

Er war doch lange Jahre einer der renommiertesten Beamten im Staatsministerium.

(Abg. Schmiedel SPD: Staatsrat!)

– Staatsrat. – Er war es, der das erklärt hat. Das ist doch keine Erfindung von uns. Aber Sie stellen sich hier hin und sagen, Sie wüssten nichts. Da frage ich mich: Warum wissen Sie nichts?

(Zuruf von der SPD: Der hat doch keine Ahnung!)

Sie sind doch der Vertreter des Landes im Aufsichtsrat gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das macht stutzig, nachdem Sie lauter Versprechungen gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Das ist wirklich unglaublich. Sie haben in Ihrer Rede am 25. November ebenfalls erzählt, es gehe um Arbeitsplätze. Der Herr Ministerpräsident hat das Blaue vom Himmel versprochen, wenn wir mit der EdF gehen: die Arbeitsplätze würden gesichert, die Standorte würden gesichert, der Strompreis würde geringer. Er hat gesagt, bei neuen Geschäftsfeldern werde unterstützt. Das ist dann mit einem Zusatz – der im Übrigen nicht arg viel verändert – in den Kaufvertrag hineingekommen.

Aber wo ist die Unterstützung? Sie sagen jetzt plötzlich: „Es war niemals daran gedacht, dass dies eine finanzielle Unterstützung ist.“

(Abg. Göschel SPD: Hört, hört!)

Das ist uns völlig neu. In der Landtagsdebatte hat kein Mensch gesagt, dass es sich nicht um eine finanzielle Unterstützung handeln würde. Wir gehen davon aus, dass der Großaktionär, wenn er bei neuen Geschäftsfeldern unterstützt, dies bei der geringen Kapitaldecke natürlich auch finanziell meint. Offensichtlich hat es der damalige Vorstandsvorsitzende, Herr Goll, auch so gesehen, sonst hätte er doch nicht verhandelt. Ich zitiere noch einmal Herrn Goll:

Was ist passiert? Nichts, obwohl uns der damalige Vizepräsident der EdF, Herr Capéran, sagte, dass in seinem Unternehmen bis 2004 ein zweistelliger Milliar-

denbetrag für Zukäufe bereitstehe. Aus diesem Topf könne auch die EnBW Gelder bekommen.

Das ist doch keine Erfindung von Herrn Goll. Jetzt stellen Sie doch Herrn Goll nicht so dar, als hätte er keine Ahnung und wäre nicht dabei gewesen oder würde sogar von uns noch finanziert, um solche falschen Behauptungen aufzustellen! So haben Sie es hingestellt.

Deswegen sagen wir: Wir wollen wissen, was damals passiert ist. Im Übrigen sagen nicht wir, sondern sagt der damalige Vorstandsvorsitzende deutlich, dass die heutige Schieflage daher komme, dass die EdF kein Geld zugesprochen habe. Die heutige Schieflage besteht darin, dass möglicherweise 3 700 Leute entlassen werden müssen und dass wir eine Situation haben, in der auch die Zukunft der EnBW sehr schwierig gesehen wird. Herr Goll sagt, das komme daher, weil kein Kapital geflossen sei. Das ist doch nicht unsere Erfindung; das sagt Herr Goll. Sie können Herrn Goll doch kein Wissen absprechen. Sie können auch nicht sagen, er hätte keine Ahnung. Es kann nicht sein, Herr Stratthaus, dass Sie von alledem nichts gewusst haben.

(Abg. Teßmer SPD: Da hat er geschlafen!)

Ich kann mir bei der Nähe des Herrn Goll zu Ihrer Regierung einfach nicht vorstellen – er ist aus dem Staatsministerium gekommen –, dass er nicht darüber informiert hat, dass es Zusagen gibt. Der Aufsichtsratsvorsitzende bestätigt diese auch. Weiter sagt Herr Goll – das müssen Sie als Aufsichtsrat doch auch zur Kenntnis genommen haben –: Wir haben uns bemüht und entsprechende Finanzmittel, Herr Stratthaus, in die mittelfristigen Pläne der EnBW in Erwartung einer genehmigten Kapitalerhöhung eingestellt. Das heißt, jeder im Aufsichtsrat hat zur Kenntnis genommen: Es kommen Finanzmittel, die sogar eingestellt sind, und nichts passiert. Der Verkäufer, das Land, könnte natürlich auf diesen Punkt des Kaufvertrags hinweisen: „EdF, mach das mal! Es gibt Zusagen.“ Das haben Sie überhaupt nicht gemacht, obwohl Sie in dem Gremium sind.

Herr Kretschmann hat doch Recht: Alle Versprechungen sind nicht eingehalten worden. Wir reden die EnBW nicht schlecht, sondern wir sagen nur: Wenn so etwas passiert, dass uns jemand die Wahrheit sagt, dann ist klar, dass wir im Parlament eine Aussprache führen und den Ministerpräsidenten auffordern, zu seinen Versprechungen Stellung zu nehmen. Sie haben all diese Versprechungen nicht ausgeräumt. Herr Goll sagt etwas völlig anderes. Ich habe auch nicht erfahren, ob Sie in der Zwischenzeit mit Herrn Goll gesprochen haben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es wäre eigentlich logisch gewesen, dass das Aufsichtsratsmitglied mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden über die Fragen redet: Wo sind die Dokumente, die das belegen? Gab es die Zusagen? Was war das für eine Strategie, die ich als Aufsichtsrat überhaupt nicht zur Kenntnis genommen habe?

Herr Stratthaus, so einfach kommen Sie nicht davon. Wir wollen jetzt endlich einmal sehen, was in den Kaufverträgen wirklich steht.

(Drexler)

(Abg. Schmiedel SPD: Ja, und die geheimen Zusätze!)

Wenn jemand nichts zu verbergen hat, dann kann er doch die Kaufverträge herausgeben. Das ist doch überhaupt kein Problem.

(Abg. Schneider CDU: A wa!)

– Was heißt denn „A wa!“? – Wenn Sie glauben, dass man in einer Finanzausschusssitzung in 10 bis 15 Minuten – mehr waren es nicht – solche Kaufverträge prüfen kann, was sind es dann für Verträge?

(Zuruf des Abg. Schneider CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Dann müssen Sie jetzt einen Vertagungsantrag stellen!)

– Ach, hören Sie doch auf! Dann legen Sie sie doch jetzt vor. Das ist doch überhaupt kein Problem.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie wissen doch, dass das nicht geht!)

– Es geht. Sie können auch jetzt im Finanzausschuss die Verträge in nichtöffentlicher Sitzung vorlegen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Im Finanzausschuss, ja! Kein Problem!)

Das können Sie durchaus machen. Das können wir nachher beschließen. Dann werden wir ja sehen, ob Sie diese Verträge vorlegen.

Ich sage noch einmal: Herr Goll hat die Linie zwischen Nichterhöhung des Kapitals und der Schieflage des heutigen Unternehmens festgestellt. Ihm ist vom Aufsichtsratsvorsitzenden nicht widersprochen worden. Von der politischen Seite wird ihm widersprochen. Die Konsequenz aus dieser Schieflage sind möglicherweise 3 700 Entlassungen und eine mögliche Strompreiserhöhung. Das zahlen die kleinen Leute in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Reine Spekulation!)

Herr Schneider, Sie sind dafür verantwortlich. Dass Sie die Verantwortung nicht annehmen wollen, das ist in diesem Land immer klar. Sie schmücken sich mit Erfolgen, für das Schlechte sind andere zuständig, meistens die Bundesregierung. Herr Gerhard Schröder hat also den Kaufvertrag ausgehandelt, das ist mir schon klar. So gläubig, wie Sie gucken, glauben Sie das auch noch.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Ja-wohl!)

– Das glaube ich. Das haben Sie verinnerlicht. – Noch einmal: Wir wollen die Verträge sehen. Wir wollen wissen, wie das war. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir das nicht erfahren, gibt es noch eine andere Möglichkeit, Herrn Goll zu befragen und alles aufzuarbeiten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Noch einen Untersuchungsausschuss!)

Wir lassen uns von Ihnen nicht so abspeisen, wie Sie das gerade tun. Herr Kurz von der CDU-Fraktion hat überhaupt nicht über die Sache gesprochen. Herr Stratthaus hat wie in einer Märchenstunde erzählt, alles sei in Ordnung. Auf der anderen Seite zahlen es die Betriebsangehörigen und die Stromkunden Baden-Württembergs.

Wir wollen einmal sehen, was Herr Goll dem Parlament und dem Ausschuss zu sagen hat, wenn Sie die Unterlagen nicht herausgeben.

Herr Ministerpräsident, genau das ist der Erfolg Ihrer Politik. Das wird Sie auch in der Verwaltungsreform einholen. Sie machen irgendetwas, Sie hören nicht auf gute Ratschläge, setzen sich mit Brachialgewalt durch, und das Ergebnis sind Strompreiserhöhungen und 3 700 Entlassungen. In der Verwaltungsreform wird Sie genau das Gleiche einholen. Sie haben nicht auf uns gehört. Es werden nur Kompromisse geschlossen. Jetzt streitet man schon um das Personal. Die Effizienzrendite ist weit weg, und die Frage, dass die Verwaltung in Baden-Württemberg bürgernäher wird, ist außerhalb jeglicher Debatte. Genauso wie über die EnBW werden wir dann in einem Jahr über die Verwaltungsreform zu diskutieren haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, ich habe mich versprochen und statt „Verluste“ „Schulden“ gesagt. Mir daraus aber den Vorwurf wirtschaftspolitischer Inkompetenz zu machen, das finde ich ein bisschen billig.

Wissen Sie, wir sind nicht im Aufsichtsrat, wir kennen die Kaufverträge nicht, und wir haben die Pflicht, die Regierung zu kontrollieren. Dieses Recht nehmen wir hier wahr und sonst gar nichts.

Ich habe lediglich die Versprechung des Ministerpräsidenten zitiert. Wir haben damals gesagt, dass Sie dafür nie entstehen können – das ist nach dem Verkauf gar nicht möglich –, und Teufel hat sich bisher geduckt. Ich finde, wenn jemand solche Versprechungen gemacht hat, die Punkt für Punkt nicht eingehalten werden, kann die Öffentlichkeit erwarten, dass er hier dazu etwas sagt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Ja! Eindeutig!)

Wir reden auch die EnBW nicht schlecht, sondern lesen einfach die Bilanzen. Wir lesen die von Herrn Claassen gegebenen Interviews, und das können auch Sie. In diesen Bilanzen steht, dass sich das Finanzanlagevermögen im Konzern um 280,3 Millionen € verringert hat, die bilanzielle Eigenkapitalquote im Konzern einschließlich der Fremdan-teile im ersten Halbjahr von 9,9 auf 6,1 % zurückgegangen ist und sich die Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten auf ca. 4,5 Milliarden € und die Anleiheverbindlichkeiten auf ca. 3,7 Milliarden € belaufen. Das sind Informationen, die jeder nachlesen kann. Das haben wir auch gemacht.

(Kretschmann)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie hier darüber Auskunft geben. Sie sitzen im Aufsichtsrat und nicht wir. Das haben Sie aber nicht gemacht.

Wir haben noch einmal darauf hingewiesen – dem sind Sie ausgewichen –, dass – auch das steht im Bericht der EnBW – in die Rückstellungen für die Stilllegung von Atomkraftwerken eingegriffen worden ist, um die Mittel für die Einkäufe zu bekommen. Dazu haben Sie sich nicht geäußert. Ich fordere Sie auf, das zu tun. Das hier zu erläutern, dazu haben Sie eine besondere Pflicht; denn die Mittel werden damit zweckentfremdet.

Ich kann zusammenfassen: Sie sind auf unsere Vorhaltungen nicht eingegangen. Diese haben sich auf das bezogen, was jeder nachlesen kann. Sie haben sich auf die Aussagen von Herrn Goll bezogen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Schürle hat gesagt: Herr Goll ist ein Ehrenmann.

(Zuruf von der CDU: Schüle?)

– Herr Schürle hat das gesagt. – Also gab es offensichtlich Zusagen. Sie bestreiten das. Was stimmt jetzt? Sind die Zusagen gemacht worden oder nicht? Ist Herr Goll ein Ehrenmann oder nicht?

(Abg. Drexler SPD: Protokolliert!)

Schließlich haben Sie ihn zum Vorstandsvorsitzenden dort berufen und nicht wir. Das muss hier auf den Tisch, und wir erwarten, dass Sie dazu Stellung nehmen. Wir fordern Sie auf, das jetzt endlich zu machen. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, Verschiedenes in dieser Debatte ist geradezu unglaublich. Unglaublich ist, dass der Vorsitzende der SPD-Fraktion mich zitiert, mitten im Zitat aufhört und darauf Vorwürfe gründet, als ob es Zusagen von irgendeiner Stelle gegeben hätte,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

von der EdF, von der EnBW, von der Landesregierung, von Vertragspartnern, als ob in Zukunft nie Arbeitsplätze abgebaut würden. Das war vorhin der Hauptvorwurf, gegründet auf einem völlig unzutreffenden Zitat. Ich muss das mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zweitens: Ich halte es für unglaublich, dass hier im Landtag über die Geschäftspolitik eines Privatunternehmens diskutiert wird,

(Beifall des Ministers Dr. Döring – Minister Dr. Döring: Sehr gut!)

an dem das Land früher 25 % der Anteile gehalten hat, die es aber vor vier Jahren verkauft hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: So ist es! Unglaublich!)

Sie, Herr Kretschmann, sagen: Wir sitzen nicht im Aufsichtsrat. Ich sitze auch nicht im Aufsichtsrat. Ich habe über die Geschäftspolitik der EnBW der letzten vier Jahre so wenig Informationen wie Sie.

(Zurufe von der SPD)

– Ich spreche über die Geschäftspolitik. Darüber bin ich nicht informiert, und dazu kann ich auch nicht Rede und Antwort stehen. Ich beteilige mich auch nicht an einer völlig unzulässigen Debatte, die im System einer sozialen Marktwirtschaft, in dem Unternehmen frei sind und nicht staatlicher Kontrolle unterliegen, geradezu grotesk ist. Das muss ich einmal sagen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Die EdF hat angeboten, dass ein Mitglied der Landesregierung für eine Übergangszeit noch im Aufsichtsrat ist. Sie hat die Bestimmung dieses Mitglieds ausdrücklich nicht uns überlassen, sondern hat den Aufsichtsratssitz ausdrücklich Herrn Finanzminister Stratthaus ad personam angeboten. Herr Stratthaus hat das Angebot als Person angenommen; er hat vorher aus seiner Kenntnis das Notwendige gesagt. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass er nicht als Vertreter der Landesregierung im Aufsichtsrat saß und sitzt, dass ich es aber sehr begrüße, dass das Angebot gemacht worden ist, auch wenn wir an der EdF überhaupt nicht mehr beteiligt sind.

Worüber ich Auskunft geben kann, ist also nicht die Geschäftspolitik der EnBW oder der EdF, sondern das ist allein der Kaufvertrag, den wir geschlossen haben. Über ihn kann ich allerdings Auskunft geben.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Kaufvertrag noch nie mit solcher Sorgfalt vorbereitet wie diesen. Wir haben eine erfahrene Investmentbank beauftragt, uns zu beraten. Sie hat eine Ausschreibung an über 120 internationale Energieversorgungsunternehmen gemacht. Sie hat die Angebote, die gekommen sind, gesichtet und bewertet, und sie hat eine Empfehlung abgegeben.

Nach Prüfung durch die Landesregierung hat es nach unserer festen Überzeugung überhaupt keine Alternative zum Verkauf des Anteils an die EdF gegeben.

(Abg. Kübler CDU: So ist es!)

Ich finde aber auch, dass sich die EdF als absolut seriöser Partner gegenüber dem Land Baden-Württemberg erwiesen hat.

Ich möchte zunächst einmal festhalten, dass wir einen Kaufpreis von 4,7 Milliarden DM erzielt haben. Das entsprach einem Kurs von 38,44 € pro Aktie. Der Börsenwert des verkauften Aktienpakets liegt heute um 29,76 % niedriger. Wir hätten also überhaupt keinen günstigeren Zeitpunkt für den Verkauf des Aktienpakets finden können.

(Ministerpräsident Teufel)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir haben dem Land Vermögen erhalten und legen es so an, dass es den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nachhaltig für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung steht. Es handelt sich um eine unglaubliche Summe.

Nicht das Land war Verkaufspartner. Das Land hat seine Anteile vor Jahren an eine Holding verkauft und dafür 800 Millionen DM Schulden aufgenommen; das war damals der Wert. Die Schulden von 800 Millionen DM sind getilgt worden, und die Differenz zwischen 4,7 Milliarden und 800 Millionen DM steht dem Land zur Verfügung. Dieses Parlament hat das Geld für eine dritte Zukunftsoffensive Junge Generation und für die Gründung einer Landesstiftung eingesetzt.

Auf einen Punkt bezüglich der Anlage muss ich noch eingehen – obwohl das schon 10- oder 15-mal in diesem Haus gesagt worden ist –, weil immer wieder das Gegenteil gesagt wird: Die Gemeinnützigkeit ist nicht durch den Verkauf entstanden, sondern die Gemeinnützigkeit war schon gegeben, bevor die Anteile verkauft worden sind. Deswegen gab es auch gar nichts anderes als eine gemeinnützige Anlage.

Nun, meine Damen und Herren, muss ich Ihnen zwei Dinge zur Einhaltung des Kaufvertrags sagen.

Nach meiner Erinnerung hat das Finanzministerium auf meine Bitte hin den Kaufvertrag in den letzten Tagen noch einmal Punkt für Punkt nachgeprüft. Nach der ausdrücklichen Auskunft des Finanzministeriums und des Finanzministers, die er vorhin ja vorgetragen hat, ist jeder einzelne Punkt des Kaufvertrags eingehalten – bis zum heutigen Tag.

Nun haben Sie auf der Strecke mehrfach nachgefragt, ob es Nebenabreden oder irgendwelche Zusatzvereinbarungen zum Vertrag gebe. Die Landesregierung hat gegenüber dem Parlament schriftlich mehrfach erklärt: Es gibt keine Nebenabreden. Es gibt weder mündlich noch schriftlich Nebenabreden, sondern es gibt nur den Kaufvertrag.

Jetzt frage ich Sie einmal, nachdem wir eine solche Auskunft geben: Warum wiederholen Sie und wiederholen Sie und wiederholen Sie in ständigen Anfragen immer wieder die gleiche Frage? Was können wir denn mehr tun als zu sagen: „Es gibt keine Nebenabsprachen“?

Wenn Herr Goll, den ich für einen Ehrenmann halte, sagt, ihm seien irgendwelche Versprechungen gemacht worden, dann wird es wohl so sein. Aber es waren keine Versprechungen vor Vertragsabschluss oder im Rahmen der Vertragsverhandlungen, wobei übrigens nicht Herr Goll verhandelt hat, sondern wir verhandelt haben – unterstützt von einer Investmentbank und einem namhaften Rechtsanwaltsbüro – und die Verträge Punkt für Punkt erarbeitet haben.

Wir sind mit allergrößter Sorgfalt vorgegangen. In diesem Zusammenhang gibt es erstens keine Absprache von der zitierten Art, und zweitens sind alle Absprachen, die getroffen worden sind, schriftlich fixiert und eingehalten.

So etwas könnte man einem doch einmal abnehmen. Mir ist überhaupt nicht klar, warum die gleichen Fragen immer wieder gestellt werden.

Welche Ziele haben wir mit dem Verkauf verfolgt? Wir haben das Ziel der Sicherung der Eigenständigkeit und der Entwicklungsmöglichkeit der EnBW verfolgt. Lesen Sie einmal nach, was vor 14 Tagen in der „Süddeutschen Zeitung“ über den Verkauf der bayerischen Anteile an Eon stand. Alles ist nach Düsseldorf gegangen, und in München ist nichts mehr; die Enttäuschung ist groß.

Wir wollten, dass die EnBW nicht eine Filiale eines anderen Unternehmens wird, sondern dass ihr Sitz hier im Land bleibt, Wertschöpfung stattfindet und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Das war unsere Absicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir wollten auch, dass hier weiter Stromerzeugung stattfindet und die EnBW nicht zu einem Handelsunternehmen wird. Wir wollten einen standortpolitischen Mehrwert für dieses Land erreichen. Das war die Zielsetzung.

Nächster Punkt: Heute wird gesagt – das ist einer Ihrer Hauptvorwürfe, die Sie in den Raum stellen; er trifft natürlich überhaupt nicht uns –, die EdF habe Kapitalerhöhungen versprochen – von ihnen weiß ich nichts – und habe dies nicht eingehalten. Unser Bemühen war – im Auftrag des Landtags – genau gegenteilig ausgerichtet, nämlich dass die EdF nicht einseitig Kapitalerhöhungen vornimmt und in den Besitz der Mehrheit der EnBW kommt.

(Beifall bei der CDU)

Das war doch eine der Hauptforderungen, die an uns ständig gestellt worden ist. Darum haben wir uns bemüht. Hier gebührt das Hauptverdienst den OEW. Es ist unglaublich, wie Sie vorhin in der Debatte mit den OEW umgegangen sind. Ich habe vor den Eigentümern der OEW die größte Hochachtung.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Sie haben eben nicht das Geld gemacht, sondern haben in den letzten Monaten auch im Landesinteresse gehandelt. Sie halten wirklich gleichgewichtig mit der EdF Anteile und haben nicht zugelassen, dass etwa die EdF – sie hat gesagt, sie strebe das nicht an, und das auch nicht angestrebt – zu einer Mehrheit an der EnBW kommt.

Was ist das für eine absurde Situation? Man drängt uns Monate vonseiten der Opposition, aber auch vonseiten des ganzen Parlaments, darauf zu achten, dass die EdF nicht einseitig Kapitalerhöhungen vornehmen kann. Heute wird genau der umgekehrte Vorwurf erhoben, die EdF habe Zusagen auf Kapitalerhöhungen nicht eingehalten. Es ist eine absurde Situation. Sie machen es gerade so, wie es Ihnen passt, und wirklich mit der ausschließlichen Absicht, hier einfach einmal ein paar Vorwürfe in den Raum zu setzen nach dem Motto: Irgendetwas wird immer hängen bleiben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD:
Staatsrat Goll hat das behauptet!)

(Ministerpräsident Teufel)

Was ist im Einzelnen vereinbart worden, und was hat die EdF eingehalten? Es ist vereinbart worden:

Der Käufer

– also die EdF –

wird, soweit aktienrechtlich, nach EU- und deutschem Kartellrecht, insbesondere unter Berücksichtigung der Eigenständigkeit der EnBW, zulässig sowie ohne wirtschaftlichen Nachteil für die EnBW möglich, im Sinne einer dauerhaften Partnerschaft mit der EnBW nach besten Kräften darauf hinwirken, dass

a) die Eigenständigkeit der EnBW langfristig gewahrt bleibt und sie insbesondere in keine unternehmensvertragliche Abhängigkeit zur EdF-Gruppe nach §§ 291 und 292 des Aktiengesetzes gerät.

Antwort: Die EnBW ist weiterhin ein eigenständiges Unternehmen, und es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die EdF die Mehrheit anstrebt. Zielsetzung und Vereinbarung wurden eingehalten.

Es ist suggeriert worden, die EnBW oder die EdF hätte Arbeitsplatzgarantien abgegeben. Ich will Ihnen einmal die Formulierungen zu Buchstabe b aus dem Vertrag wörtlich zitieren:

... die Standorte der EnBW in Karlsruhe und Stuttgart erhalten bleiben, insbesondere dass die künftige Entwicklung innerhalb der EnBW den Standort Baden-Württemberg in Bezug auf Arbeitsplätze, Produktionsstätten, Wertschöpfung und Investitionen in den bestehenden Gewichungen zwischen den Standorten Karlsruhe und Stuttgart und allen weiteren Standorten beachtet und erhält.

Das ist die Vereinbarung zu den Arbeitsplätzen.

Die Bewertung: Die Standorte Karlsruhe und Stuttgart sowie die Gewichtung zwischen allen Standorten blieben in den letzten vier Jahren unverändert erhalten. Bisher hat keine einzige Kommune bei mir irgendeine Forderung erhoben und behauptet, dass die EnBW einen Standort nicht vereinbarungsgemäß berücksichtigt hätte.

Das dritte Ziel ist laut Vereinbarung wörtlich, dass

... die Erzeugungsanlagen der EnBW einschließlich ihrer Kraftwerksstandorte und die Wertschöpfung bei der Stromerzeugung im Land im bisherigen Umfang erhalten bleiben und die bisherigen Arbeitsplätze in der EnBW und die sozialen Belange der Arbeitnehmer gesichert sowie neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Antwort und Bewertung: Bisher wurden weder eine Erzeugungsanlage der EnBW noch ein Kraftwerksstandort aufgegeben. Bis heute ist im Gegensatz zu RWE und Eon – die im Übrigen bei uns keine Angebote abgegeben haben –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

im Energiebereich noch kein Arbeitsplatzabbau erfolgt. Es gibt jetzt eine Ankündigung, aber diese Ankündigung – lesen Sie einmal die Pressemitteilung – hatte schlechterdings

überhaupt nichts mit dem Vertragsabschluss von vor vier Jahren zu tun.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nichts damit zu tun!)

Schauen Sie sich doch einmal die Entwicklung an, die inzwischen erfolgt ist: Jedes der großen Energieversorgungsunternehmen – ich habe die Zahlen dabei, wenn Sie es genau wissen wollen – hat in den letzten Jahren bis zum heutigen Tag Arbeitsplätze in der Größenordnung von mehreren Tausend abgebaut. Die EnBW hat bislang noch keine Arbeitsplätze abgebaut.

(Beifall des Ministers Dr. Christoph Palmer und des Abg. Schneider CDU)

Ich bedaure, wenn sie Arbeitsplätze abbauen müssen; aber ich habe keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik der EnBW.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Alle deutschen Lösungen wären hauptsächlich auf Kosten-synergien und damit auf den Abbau von Arbeitsplätzen hinausgelaufen. Die Arbeitnehmer der EnBW haben dies erkannt und sich deshalb ausdrücklich für einen Verkauf an die EdF ausgesprochen. Ich sage also: Es gab nicht nur größte Sorgfalt bei der Vorbereitung, sondern Zustimmung aller zuständigen Stellen, nicht nur der Aufsichtsratsmehrheit, sondern auch der Betriebsräte, die auf uns zugekommen sind und damals gesagt haben, wir sollten die EdF als Partner nehmen. Das Parlament handelte damals genau so.

Meine Damen und Herren, wenn heute von der EnBW Einsparungen im Personalbereich angekündigt werden, liegt dies nicht in der Verantwortung der EdF, wie der Vorstandsvorsitzende der EnBW in den letzten Tagen ausdrücklich gesagt hat. Vielmehr hängt dies auch mit der mangelnden Umsetzung der Liberalisierung des Strommarkts in Deutschland zusammen.

Nächstes Zitat aus dem Vertrag, Buchstabe d:

... von der EnBW neue Geschäftsfelder zur Stärkung des Landes als Industriestandort erschlossen werden. Dazu wird der Käufer

– also die EdF –

die EnBW insbesondere bei industriellen Beteiligungen und in der Forschung und Entwicklung unterstützen, soweit die Kerngebiete der wirtschaftlichen Betätigung der EnBW betroffen sind und insofern dies von den finanziellen Möglichkeiten der EnBW gedeckt ist.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das ist das ganze Zitat. Meine Damen und Herren, die EnBW hat in der Forschung und Entwicklung eine intensive Zusammenarbeit mit der EdF durchgeführt. Der Vertrag sieht hierzu aber ausdrücklich vor, dass dies im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der EnBW – nicht der EdF – geschieht. Dies ist ausdrücklich schon in Ihrer Pressemitteilung, Herr Drexler, vom 1. September und auch vorher unterschlagen worden. Sie behaupten das einfach munter weiter.

(Abg. Drexler SPD: Ich habe das Protokoll hier!)

(Ministerpräsident Teufel)

Sie wissen auch, dass die EdF 10 Millionen € für die Errichtung eines Forschungsinstituts Energie an der Universität Karlsruhe gegeben hat. Dort ist ein Ausbau auf 50 bis 55 Mitarbeiter vorgesehen. Auch dieses Versprechen ist eingehalten worden.

Im Übrigen verweise ich auf den schriftlichen Geschäftsbericht der EnBW 2002:

Innerhalb der EdF-Gruppe leistet die EnBW als Partner vor allem mit ihren Demonstrationsprojekten

– Brennstoffzelle, Erdwärme, Vergärung von Biomasse und Mikrogastrurbinen –

einen wichtigen Beitrag. Gleichzeitig kommen der EnBW die Ergebnisse umfangreicher Entwicklungen der EdF-Gruppe

– vor allem Blockheizkraftwerke –

zugute.

Meine Damen und Herren, auch dieser Punkt ist eingehalten worden. Ohne den Einstieg der EdF wäre eine weitgehende Bündelung der energiewirtschaftlichen Kräfte im Land unter Einbeziehung der Neckarwerke Stuttgart und der GVS weitaus schwieriger gewesen. Sie wissen, dass das ein ganz schwieriges Unterfangen gewesen ist, an dem wir nicht beteiligt waren, das wir aber für gut befunden haben, weil Teile der EnBW in Richtung RWE gehen wollten. Es kam zu einer Zusammenarbeit mit der EnBW, und die Kräfte im Land sind gebündelt worden. Mit Ihrer Zustimmung haben wir auch unseren 25-%-Anteil an der GVS verkauft, sodass der viertgrößte deutsche Energiekonzern, nämlich die EnBW, im Land wirklich gestärkt worden ist.

Buchstabe e beinhaltet die Verpflichtung, dass

... die EnBW in nationale und internationale Partnerschaften eingebunden wird, die ihre Position im deutschen und europäischen Energiemarkt stärken und ausbauen. Dazu gehören eine enge Zusammenarbeit des Käufers

– EdF –

mit der EnBW und gegebenenfalls mit deren Partnern in Deutschland sowie gegebenenfalls ein konsortiales Auftreten in Europa, soweit es für beide Seiten von Vorteil ist.

Antwort: EdF und EnBW arbeiten international über gemeinsame Unternehmen zusammen. Ausfluss dieser Zusammenarbeit ist das Engagement der EnBW in Osteuropa und in Spanien. Eine Zusammenarbeit steht vertragsgemäß aber unter dem Vorbehalt, dass sie beiden Seiten dient. Die Gewinnung von international vertretenen Großkunden war nur im Zusammenwirken mit der EdF möglich. Diese Großkunden erwarten von den Energieversorgern, dass sie die Verhältnisse jeweils vor Ort bestens kennen. Nur mit der EdF, die in einer Vielzahl von Ländern weltweit vertreten ist, konnte dies gewährleistet werden.

Buchstabe f:

... das Land als Wirtschaftsstandort gestärkt und seine energiepolitischen Interessen berücksichtigt wer-

den. Dazu gehören günstige Marktpreise für Strom für Unternehmen und Haushalte.

Meine Damen und Herren, hier ist beispielsweise – das muss man sich einmal vorstellen – der Landesregierung eine Strompreiserhöhung vorgeschlagen worden. Ich kann mich nicht erinnern, dass zu dem Zeitpunkt, als wir noch Mehrheitseigner des Badenwerks waren oder 25 % Anteil an der EnBW hatten, eine Landtagsdebatte darüber stattgefunden hat, wenn es eine Strompreiserhöhung gegeben hat. Aber jetzt, wo wir an einem Unternehmen überhaupt nicht mehr beteiligt sind, wird im Landtag eine Debatte geführt und werden Vorwürfe an die Landesregierung gerichtet, dass es eine Strompreiserhöhung gegeben habe. Man muss sich eine solche absurde Situation einmal vorstellen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Morgen führen wir Debatten über die Preisgestaltung von Porsche, von Audi oder von Daimler nur deshalb, weil die Firmen ihren Sitz in Baden-Württemberg haben!

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, dabei wird diese Debatte wirklich nur mit einer Teilwahrheit geführt, die dann eben zur Unwahrheit wird. Denn die EnBW hat nicht nur Strompreise erhöht, sondern sie hat in den letzten Jahren auch mehrfach Strompreise gesenkt. Sie wissen auch, dass alle Stromunternehmen in den letzten Monaten die Strompreise wieder erhöht haben. Der Herr Finanzminister hat vorhin gesagt, woran dies liegt: Es liegt an der Gesetzgebung des Bundes. Sagen Sie das den Bürgern, und werfen Sie uns das nicht vor!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Sie kennen die Gesetze. Schlagen Sie das doch einmal selbst nach: Ökosteuer, EEG, KWKG usw.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Als Nächstes kommt Buchstabe g:

... die Bezugsrechte der Aktionäre der EnBW bei Kapitalerhöhungen gegen Geldeinlagen nicht ausgeschlossen werden, es sei denn, dies wäre aus strategischen Gründen im besten Interesse von EnBW und die Interessen der Mitaktionäre werden auch im Übrigen gewahrt.

(Unruhe)

Antwort und Bewertung: Bezugsrechte von Aktionären wurden bisher, da eine Kapitalerhöhung nicht erfolgt ist, nicht ausgeschlossen. Sollte im Zusammenhang mit einer ausschließlich von OEW und EdF getragenen Kapitalerhöhung ein solcher Ausschluss erfolgen, wäre dies durch die dadurch entstehende Verbesserung der Eigenkapitalquote im besten Sinne der EnBW.

Es kommt Buchstabe h:

... im Interesse der EnBW und aller Aktionäre mittelfristig eine stärkere Börsenverankerung der EnBW betrieben wird.

(Ministerpräsident Teufel)

Bewertung: Die bisher nicht erfolgte stärkere Börsenverankerung beruht eindeutig auf der derzeitigen Kapitalmarktsituation und der nicht börsenreifen Situation der EnBW. Von EdF wurde und wird eine stärkere Börsenverankerung nicht verhindert.

Meine Damen und Herren, dann kommt Ziffer 2, die von Bedeutung ist:

Das Land nimmt Kenntnis davon, dass der Käufer EdF und ein regionaler Partner vor dem Stichtag 14. 2. 2001 gemäß diesem Vertrag eine Gesellschaftervereinbarung abschließen werden. Darin wird auf der Basis einer Parität dieser beiden Partner die Mehrheit an der EnBW erreicht. Der Käufer verpflichtet sich, weder selbst noch durch ein verbundenes Unternehmen weitere Aktien an der EnBW als die nach diesem Vertrag erworbenen Aktien – 25,005 % – zu erwerben, es sei denn, dies ist nach der zuvor erwähnten Gesellschaftervereinbarung zulässig.

Antwort: Die Gesellschaftervereinbarung zwischen EdF und den OEW als regionalem Partner wurde im Jahr 2000 unterzeichnet. EdF hat, um Parität mit den OEW zu erreichen – je 34,5 % – mit Zustimmung der OEW von kommunalen Aktionären der EnBW weitere Aktien hinzugekauft.

Ziffer 3:

Der Käufer

– EdF –

verpflichtet sich außerdem, fünf Jahre nach dem Stichtag nicht über die mit diesem Vertrag von der Verkäuferin erworbenen Aktien zu verfügen.

Antwort: EdF hält weiterhin sämtliche von der Landesstiftung erworbenen Aktien.

Viertens:

Das Land hat den Wunsch, dass ein Vertreter des Landes für fünf Jahre nach dem Stichtag dem Aufsichtsrat der EnBW angehört. Er ist in der Ausübung seines Mandats frei. Das Land wird Herrn Finanzminister Gerhard Stratthaus vorschlagen. Der Käufer verpflichtet sich, Herrn Finanzminister Stratthaus ad personam bis zum Ende der Laufzeit seines Aufsichtsratsmandats zu akzeptieren. Nach Ablauf seines Mandats wird der Käufer die Frage einer Verlängerung für Herrn Finanzminister Stratthaus bis zum Ablauf der fünf Jahre nach dem Stichtag wohlwollend prüfen.

Auch das hat die EdF eingehalten.

Ziffer 5:

Der Käufer wird ein Forschungsinstitut zur Energiewirtschaft des 21. Jahrhunderts an der Universität Karlsruhe einrichten und dafür zunächst 20 Millionen DM Startkapital bereitstellen.

Bewertung: Auch diese Zusage wurde eingehalten.

Ziffer 6:

Der Käufer ist berechtigt, nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Landes, die nicht ohne hinreichenden

Grund verweigert werden kann, von den vorgenannten Verpflichtungen abzuweichen.

Antwort: Die EdF hat bisher keinen Antrag an das Land gerichtet, von den eingegangenen Verpflichtungen abweichen zu können. Es ist dem Land auch nicht bekannt, dass ein solcher Antrag gestellt werden soll.

Meine Damen und Herren, das waren die Zusagen. Alle sind eingehalten. Ich muss deshalb fairerweise und redlicherweise auch sagen, dass die EdF ihre Verpflichtungen eingehalten hat und dass alle Vorwürfe, die heute in diesem Parlament gegen ein seriöses Unternehmen unseres Nachbarlandes Frankreich erhoben worden sind, nach meiner Kenntnis unberechtigt sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zur Geschäftspolitik der EnBW nehme ich so wenig Stellung, wie ich im Landtag von Baden-Württemberg zur Geschäftspolitik eines anderen baden-württembergischen Unternehmens Stellung nehme. Zum Vertrag nehme ich jederzeit Stellung. Wir haben nie einen besseren Vertrag abgeschlossen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abg. Drexler, das Wort.

(Abg. Herrmann CDU: Muss nicht sein!)

Abg. Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, nachdem Sie dem Landtag den Kaufvertrag nicht vorlegen wollen, haben Sie jetzt den Kaufvertrag im Detail zitiert und ihn uns vorgelesen. Dann können Sie uns den Rest auch noch vorlegen. Das wäre doch okay.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das steht doch in der Drucksache!)

Von daher gesehen, Herr Ministerpräsident, wäre es gut, Sie könnten uns den gesamten Kaufvertrag vorlegen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teufel?

Abg. Drexler SPD: Ja.

Abg. Teufel CDU: Herr Kollege Drexler, ist Ihnen bekannt, dass auf ausdrücklichen Wunsch des Vertragspartners EdF eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen worden ist, dass wir den Vertrag nicht weitergeben können?

(Zurufe und Unruhe)

– Es tut mir Leid. Ich kann nur sagen, was Sache ist. Wenn uns die EdF davon entbindet, habe ich nicht die mindesten Probleme, den Vertrag in vertraulicher Weise auch dem Parlament zur Verfügung zu stellen. Ich muss aber noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen – das ist Ihnen auch bekannt –, dass der Vertrag in vollem Wortlaut – es gibt

(Teufel)

keine Nebenabsprachen, das habe ich gesagt – dem Finanzausschuss des Landtags vorgelegen hat.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Drexler SPD: Ja, Herr Ministerpräsident, das ist gut. Sie dürfen uns den Vertrag zwar nicht vorlegen, aber Sie dürfen ihn offensichtlich vorlesen. Deshalb hätte ich doch die Bitte, dass Sie den gesamten Vertrag so langsam vorlesen, dass wir auch mitschreiben können.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sie bekommen doch das Protokoll! Dann können Sie es lesen!)

Diesen Unterschied verstehe ich nicht. Vorlesen können Sie den Vertrag, aber vorlegen können Sie ihn nicht. Jetzt lassen Sie mich noch einmal –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Einen Moment! Herr Kollege, es gibt weitere mündliche Anfragen, und zwar des Kollegen Stratthaus und des Kollegen Pfister.

Abg. Drexler SPD: Aber Fragen. Herr Pfister redet nachher sowieso.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Kollege Stratthaus.

Abg. Stratthaus CDU: Herr Drexler, ist Ihnen bekannt, dass der Herr Ministerpräsident nicht aus dem Kaufvertrag vorgetragen hat,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Das wollte ich auch fragen!)

sondern aus der Ihnen vorliegenden Drucksache 12/5128?

(Lachen und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Anhaltende Zurufe von der CDU: Fehler, Fehler!)

Abg. Drexler SPD: Natürlich. Das ist doch klar. Herr Stratthaus, die kennen wir auch. Aber die Drucksache beinhaltet nicht den gesamten Kaufvertrag.

(Lachen bei der CDU)

Das, was wir kennen, brauchen Sie doch nicht vorzulesen. Das ist doch wohl logisch.

(Zurufe und große Unruhe)

– Herr Mappus, beißen Sie nicht in das Mikrofon. Halten Sie sich zurück.

Es geht darum, dass wir die Teile wissen wollen, die Sie uns bisher nicht gegeben haben. Zur Vorlesestunde, die Sie vorhin abgehalten haben, möchte ich sagen: Natürlich haben Sie das irgendwann einmal gemacht.

Jetzt, Herr Teufel, komme ich zu Ihrer Behauptung der falschen Zitate. Herr Stratthaus wird nachher vielleicht auch

ans Rednerpult kommen und sich entschuldigen. Ich habe heute laut Protokoll gesagt:

... es gab in dieser Hinsicht zwei große Debatten – hat der Ministerpräsident auf Druck des Parlaments und natürlich auch der CDU-Fraktion nicht mehr den Kaufpreis in den Vordergrund gerückt, sondern gesagt, neben dem Kaufpreis seien noch andere Dinge wichtig, die er mit der EdF erreichen werde. So sagte er: „Der neue Partner muss die EnBW bei industriellen Beteiligungen, bei Forschung und Entwicklung und bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder zur Stärkung des Industriestandorts Baden-Württemberg und zur Schaffung möglicher Arbeitsplätze unterstützen.“

Das ist aus Ihrer Regierungserklärung entnommen, die Sie in der 75. Sitzung der 12. Wahlperiode am 25. November 1999 gehalten haben, abgedruckt auf Seite 5958 des Protokolls. Dort heißt es nämlich:

(Abg. Pfisterer CDU: Absatz usw.!)

Siebtens: Der neue Partner EdF muss die EnBW bei industriellen Beteiligungen, bei Forschung und Entwicklung und bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder zur Stärkung des Industriestandorts Baden-Württemberg und zur Schaffung möglicher neuer Arbeitsplätze unterstützen.

Punkt, aus, fertig. Sie haben nichts weiter gesagt. Ich habe Sie korrekt zitiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Ungeheuerlich!)

Ich übergebe Ihnen den Wortlaut der Regierungserklärung, die Sie gegeben haben. Sie steht auch im Protokoll. Die Drucksachenummer nenne ich Ihnen auch noch.

(Der Redner übergibt einen Auszug aus dem Protokoll über die erwähnte Regierungserklärung an Ministerpräsident Teufel. – Zurufe von der CDU – Abg. Teßmer SPD: Der weiß doch nicht mehr, was er gesagt hat! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Der zweifelt schon das Protokoll an!)

Ich trage dies vor, damit man einmal sieht, was die Wahrheit und was die Unwahrheit ist.

Es ist ja wirklich eigenartig, dass Sie sich nicht mehr daran erinnern können. Das zeigt mir, wie weit Ihr Gedächtnis reicht.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Es geht doch hier um Wahrheit. Herr Palmer, Sie sind doch vorhin so herumgetobt, haben geklatscht. Jetzt nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis, dass ich nicht die Unwahrheit gesagt habe.

Dieser Grundsatz wurde auch vom Landtag auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP beschlossen und ging dann auch in dieser Art und Weise in

(Drexler)

den Kaufvertrag ein. In der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 12/5128, ist der Beschluss abgedruckt:

... die hierfür notwendigen Verhandlungen nach Maßgabe folgender Zielsetzungen aufzunehmen, zu führen und abzuschließen:

...

d) Unterstützung der EnBW. . .

Da steht genau das Gleiche, was Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist nicht falsch!)

Ich möchte einmal wissen, wer hier Geschichtsfälscher oder Zitatenfälscher ist. Ich bin es auf jeden Fall nicht. Sie haben mich falsch zitiert, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident. Es würde Ihnen gut anstehen, nach vorne zu kommen und sich für diesen Vorwurf zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Oh-Rufe von der CDU – Lachen des Ministers Stratthaus)

– Dass Sie da lachen, zeigt mir, wie Sie mit Wahrheit und Klarheit umgehen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Oh-Rufe von der CDU)

Sie müssten auch von der Regierung, der ein ganz anderer Apparat zur Verfügung steht, verlangen, dass sie hier entweder nicht zitiert oder anschließend den Mut hat zu sagen: „Das war falsch, was ich gesagt habe.“ Bloß damit das klar ist.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das wäre zu viel verlangt! – Abg. Dr. Caroli SPD: Ans Mikrofon, die zwei!)

Jetzt noch ein paar Bemerkungen. Ich sage noch einmal, Herr Ministerpräsident: Wir haben Herrn Goll zitiert. Herr Goll war bis Juni Vorstandsvorsitzender.

(Ministerpräsident Teufel: Sie haben ihn zitiert!)

– Ja, ich habe ihn zitiert. Herr Goll hat eine klare Linie gezogen zwischen der Schieflage des Unternehmens und der Nichterhöhung des Eigenkapitals. Wenn Sie jetzt die These vertreten, die der Herr Finanzminister vertreten hat, dass „unterstützend“ nicht finanziell gemeint war, dann haben Sie also mit dieser Kapitaldecke ausschließlich Milliardenbeträge ausgegeben – allein 6 Milliarden für die NWS –, ohne das mit einzurechnen, was nachgeschossen wird. Diese Geschäftspolitik, die Herr Stratthaus mitzuverantworten hatte, ist ja noch viel schlimmer.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Denn das, was Herr Goll machte, war doch klar. Er sagte: Ich hatte die Zusage. Der Kaufvertrag war doch auch installiert. Jetzt höre ich aber, dass es nicht finanziell begründet war. Er ist davon ausgegangen, dass Geld fließt. Er hat mit der EdF gesprochen. Unter diesem Gesichtspunkt hat er überhaupt die Käufe durchgeführt. Das ist doch logisch. Das ist doch richtig.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt haben sie die Hose voll!
– Weitere Zurufe von der SPD)

Darüber hinaus hat man es in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt. Darüber debattieren wir und nicht über die Geschäftspolitik. Ich sage Ihnen: Damals wurde der Eindruck erweckt –

(Abg. Scheuermann CDU: Das war Geschäftspolitik!)

– Es war keine Geschäftspolitik. Es geht um eine Zusage im Kaufvertrag – „unterstützend“ –, die jetzt nachträglich als nicht finanzielle Unterstützung deklariert wird.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Herr Goll hat das als finanzielle Unterstützung angesehen. Deswegen hat er ja mit der EdF verhandelt. Es war doch keine Erfindung von Herrn Goll. Jetzt reden Sie doch Ihren ersten Beamten nicht nieder, bloß weil es Ihnen nachträglich nicht ins Konzept passt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Ministerpräsident, Sie haben von Anfang an die anderen Varianten nicht verfolgt, die RWE-Geschichte, vor allem aber auch die bayerisch/baden-württembergische Variante.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Die war doch weg, Herr Drexler!)

Erzählen Sie nicht, dass bei jeder Fusion Arbeitsplätze verloren gegangen wären. – Stimmt doch gar nicht. Die bayerisch/baden-württembergische Variante war doch nicht weg. Sie sind doch Mitglied der CDU-Fraktion. Erzählen Sie doch jetzt keinen Stuss! Das war doch bis zum Schluss eine realistische Variante.

(Zurufe von der CDU – Abg. Marianne Wonnay SPD: Herrn Oettinger fragen!)

– Ach, das war keine, was Sie im Parlament vorgebracht haben? Das ist jetzt natürlich interessant. Bisher bin ich davon ausgegangen, dass die bayerisch/baden-württembergische Variante bis zum Schluss eine mögliche Variante war. Wenn Sie jetzt sagen: „Das war alles nicht wahr“, dann wundere ich mich, warum die CDU-Fraktion so argumentiert hat – aber bitte.

Wir reden nicht über Geschäftspolitik, wir sagen: Dieser Kaufvertrag hatte einen bestimmten Passus, den Herr Goll auch ernst genommen hat. Er hat verhandelt; er hatte die Zusagen. Herr Stratthaus hat nichts gewusst, der Herr Ministerpräsident hat nichts gewusst. Die Schieflage kommt – laut Goll – eindeutig aufgrund der nicht zugeführten Kapitalbereiche der EdF. Was daraus noch entstehen mag, möchte ich jetzt gar nicht sagen – ob das auf Standorte Auswirkungen hat. Die Konsequenzen sind auf jeden Fall Strompreiserhöhungen

(Zurufe der Abg. Kübler und Schneider CDU)

und die Gefährdung von 3 700 Arbeitsplätzen.

(Drexler)

(Unruhe bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Öko-steuer!)

Mir ist natürlich klar, dass Sie das nicht hören wollen. Ich beziehe mich auf die Aussage von Herrn Goll; damit müssen Sie sich auseinander setzen. Wir sagen das im Parlament nur. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr schlechtes Gewissen kommt bei dieser Debatte ja zutage. Sie haben nichts beantwortet.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Der Ministerpräsident liest irgendwelche Vorlagen vor. Wir wollen wissen, wie der Gesamtvertrag aussieht, und werden dann auch sehen, was Herr Goll sagt. Was Sie heute geboten haben, wird weder dem gerecht, was die betroffenen 3 700 Arbeitnehmer zu ertragen haben, noch den Stromkunden in Baden-Württemberg.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: So ist es! – Abg. Pfister FDP/DVP: Heiße Luft!)

Ich sage Ihnen, dass wir an dieser Sache dranbleiben. Ich hoffe, dass Sie nachher mit Ja stimmen, Herr Pfister, wenn wir darüber abstimmen, ob der Finanzausschuss diesen Vertrag bekommt. Dann werden wir ja sehen, ob Sie zu Ihrer Aussage stehen, dass es damit kein Problem gibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/2390 ist ein Berichtsantrag, der mit der Aussprache erledigt ist. – Sie stimmen der Erledigterklärung zu.

Abschnitt II ist ein Beschlussantrag. Herr Fraktionsvorsitzender Drexler hat angekündigt, die Formulierung „dem Landtag“ durch „dem Finanzausschuss“ ersetzen zu wollen. – Ist das so richtig?

Abg. Drexler SPD: Ja.

(Abg. Fischer SPD: „Dem Finanzausschuss des Landtags“! – Zuruf von der CDU: Des Esslinger Gemeinderats? – Abg. Blenke CDU: Von Baden-Württemberg! Nicht des Bayerischen Landtags!)

„Dem Finanzausschuss des Landtags“! Nicht dass hinterher behauptet wird . . .!

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Birzele: Dann lasse ich jetzt über Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2390 abstimmen, wobei die letzten vier Worte wie folgt geändert werden: „Verbindungen dem Finanzausschuss des Landtags von Baden-Württemberg vorzulegen“.

Wer für die Annahme dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Oh-Rufe von der SPD)

Gegenprobe! –

(Abg. Drexler SPD: Die FDP/DVP auch!)

Enthaltungen? – Abschnitt II wurde bei einer Enthaltung mit Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:38 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:46 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 13/2282

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Cross-Border-Leasing – Drucksache 13/1885

c) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – US-Cross-Border-Leasing im Lichte der Rechtsprechung des BGH – Drucksache 13/2124

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a bis c fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine kleine Zeitreise mit Ihnen hier im Landtag von Baden-Württemberg durchführen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Jules Verne!)

Denken wir einmal zurück in das Jahr 1904.

(Abg. Blenke CDU: So weit kann ich nicht zurückdenken!)

Ich weiß, es wird Ihnen nicht allzu viel einfallen. Kollege Blenke ist ganz ehrlich. Er sagt gleich, so weit könne er gar nicht zurückdenken. Ich will das aber machen, weil das genau 99 Jahre her ist, wenn man in das Jahr 1904 zurückdenkt.

(Abg. Junginger SPD: Rechnen kann er auch noch! – Abg. Walter GRÜNE: Im Rechnen ist er nicht schlecht!)

(Oelmayer)

Damals gab es keinen Landtag, nicht in Württemberg und nicht in Baden. Es gab keine parlamentarische Demokratie. Der König von Württemberg, Wilhelm II., hat das Land regiert.

(Abg. Pauli CDU: Keine Grünen! – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Goldene Zeiten! – Abg. Walter GRÜNE: Keine CDU!)

In den deutschen Afrikakolonien kommt es zu Aufständen der Hottentotten, und zwischen Deutschland und Russland wird ein zehnjähriger Handelsvertrag geschlossen.

(Abg. Walter GRÜNE: Besser als 99-jährig!)

Warum erzähle ich Ihnen das? Ich will zurückfinden in die Gegenwart, nämlich in das Jahr 2003. Ich erzähle Ihnen das einfach deshalb, weil Verträge im Rahmen von Cross-Border-Leasing-Geschäften auf 99 Jahre abgeschlossen werden. Die Zeitspanne allein, die ich Ihnen anhand eines jetzt vergangenen Jahrhunderts versucht habe darzutun, in ein weiteres Jahrhundert hineinzuprojizieren ist für uns Grund genug, zu sagen: Wir können keinen kommunalen Gebietskörperschaften, keinen wirtschaftlichen Unternehmen, die von kommunalen Gebietskörperschaften getragen werden, diese Verantwortung übertragen bzw. sie diese Verantwortung tragen lassen. Über diese Zeitspanne hinweg können wir den Kommunen die Risiken, die in den Geschäften stecken, auf die ich nachher noch im Einzelnen kommen will, nicht übertragen.

(Beifall bei den Grünen)

Auch noch so intelligente Verträge – darauf wird ja immer abgehoben – von noch so großen Steuerberatungs- und Anwaltskanzleien können politische, wirtschaftliche und vor allem gesellschaftliche Veränderungen über hundert Jahre hinweg nicht vorhersehen.

(Abg. Fischer SPD: Das ist wahr!)

Das Risikopotenzial, das beim Abschluss solcher Cross-Border-Leasing-Geschäfte über 99 Jahre zu tragen ist, führt letztendlich dazu, dass wir heute nicht sagen können, was unsere Nachkommen in 50 Jahren an Risikopotenzial von uns übernehmen müssen, wenn wir solche Geschäfte in den Kommunen abschließen.

Unter anderem aufgrund dieser grundsätzlichen Überlegungen – ich habe jetzt nur eine dargelegt; es gibt ja mehrere Überlegungen, die man anstellen kann – stellt sich ja, wenn der Bundesgesetzgeber jetzt ein Gesetz zur Hebung der Steuermoral einbringt, schon die Frage, ob eine Gesellschaft, die sich durch Bund, Land und Kommunen strukturiert, ob ausgerechnet diese öffentlich-rechtlichen Institutionen dann ihrerseits wiederum sozusagen für sich Steuergeschäfte in der Form abschließen können, dass durch Barwertvorteile Gelder aus anderen Ländern unseren kommunalen Haushalten zufließen. Auch dies ist zumindest ein grundsätzliches Argument, das gegen solche Geschäfte spricht. Wie wollen wir denn von unseren Bürgerinnen und Bürgern glaubwürdig Steuermoral und Steuerehrlichkeit einfordern, wenn wir selbst als Kommunen, als Gebietskörperschaften, als Land und Bund nicht danach verfahren?

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Deshalb haben wir als Fraktion GRÜNE in diesem Haus mit großer Mehrheit einen Gesetzentwurf beschlossen, der dem Landtag hier zur Ersten Beratung vorliegt. Ich räume gleich ein: Wir haben, was die Erarbeitung dieses Gesetzentwurfs und dessen Grundlagen anbelangt, glaube ich, auch deswegen einen guten Stand in diesem Haus, weil ja auch immer auf unser Nachbarbundesland Bayern verwiesen wird, wo nämlich im zuständigen Innenministerium ebenfalls solche Gedanken gehegt werden. Deswegen glaube ich, dass wir gut beraten sind, wenn wir auch in dieser Frage einmal über die Grenze schauen.

Dort haben – das sage ich, weil sich der Kollege sonst noch die Hand verrenkt – gerade Landtagswahlen stattgefunden, die ja, wie Sie wissen, für die Sozialdemokratie in Bayern nicht so übermäßig erfolgreich waren. Deswegen wird, glaube ich, letztendlich schon die jetzige Landesregierung, die sich aber noch konstituieren muss, über diese Frage entscheiden. Nach meiner Kenntnis – das sage ich, um Ihr Handwinken etwas abzudeckeln – und nach meinen Informationen ist es in Bayern mitnichten gegessen, ob nicht eine ähnliche Gesetzesinitiative in den dortigen Landtag eingebracht wird.

Aber unabhängig davon: Wir sind hier in Baden-Württemberg, und wie Sie der Presse entnehmen können, stehen in Stuttgart, in der Landeshauptstadt, Transaktionsgeschäfte mit einem Volumen von 1 Milliarde € an, und zwar nicht nur über irgendwelche Straßenbahnwagen oder irgendwelche Kanalnetze. Nein, es geht schon um eine neue Qualität des Cross-Border-Leasing. Jetzt geht es nämlich um die Vermietung von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, die ich jetzt nicht im Einzelnen aufzählen möchte. Tatsache ist, dass die öffentlichen Einrichtungen, die dem Gemeinwohl der Kommunen in Baden-Württemberg dienen und die zum Teil – und darauf komme ich auch noch zu sprechen – mit nicht unerheblichen Landeszuschüssen finanziert worden sind, jetzt für steuerbegünstigte Geschäfte eingesetzt werden sollen und insbesondere US-amerikanischen Investoren zugute kommen sollen. Es ist ja nicht so, dass die Masse und der große Anteil des Barwertvorteils und des Vorteils solcher Geschäfte überhaupt bei den Kommunen in Baden-Württemberg landen würden. Vielmehr ist es so, dass der große Vorteil natürlich bei den US-amerikanischen Investoren landet, die auch verantwortlich sind für die 1 500 Seiten starken Verträge, bei denen natürlich US-amerikanisches Recht gilt und bei denen New York oder andere Standorte in den USA Gerichtsstand sind.

Das alles, meine Damen und Herren, sind Themen, bei denen wir in diesem Haus doch sagen müssen: Das ist nicht überschaubar, das trägt Risikopotenziale in sich, die wir als Landesgesetzgeber in dieser Form nicht verantworten sollten und, meine ich, auch nicht verantworten können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Ich darf Ihnen, Kollege Rech, gleich sagen: Ich bin in dieser Frage nicht befangen. Es ist also nicht so, dass ich an irgendwelchen Cross-Border-Leasing-Geschäften beteiligt wäre.

(Oelmayer)

(Abg. Rech CDU: Ein Vertrag, und Sie sind saniert!)

– Sie können ganz beruhigt sein.

Ich will aber noch zwei, drei Themen nennen, die meines Erachtens den Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung – um einen solchen handelt es sich ohne Zweifel – rechtfertigen. Natürlich gehört die Finanzhoheit zur kommunalen Selbstverwaltung. Aber in einem Bereich, in dem es nicht um zugewiesene Aufgaben geht wie jetzt zum Beispiel beim Cross-Border-Leasing, können wir als Landesgesetzgeber letztendlich darüber entscheiden, ob wir solche Geschäfte im Rahmen der allgemeinen Finanzhoheit zulassen wollen.

Etwas anderes scheint mir aber viel wichtiger zu sein. Die Landesregierung hat zu mehreren Anträgen, die wir eingebracht haben, immer relativ ausführlich, aber manchmal doch nicht ganz zutreffend Stellung genommen. Es gibt eine vor nicht allzu langer Zeit – ich glaube, im Jahr 2002 – ergangene BGH-Entscheidung, zu der ich der Landesregierung auch Fragen zur Beantwortung vorgelegt habe. Dazu hat das Innenministerium ausgeführt: Bei dieser Materie können die Rechtsaufsichtsbehörden – das wären für Cross-Border-Leasing-Geschäfte die Regierungspräsidien – nicht in Haftung genommen werden.

Ich bin anderer Auffassung. Ich glaube sehr wohl, dass die Rechtsaufsichtsbehörden und somit letztlich das Land in Haftung genommen werden können, wenn es im Zusammenhang mit einem Cross-Border-Leasing-Geschäft zum Worst Case kommt. Stellen Sie sich einmal vor, ein Cross-Border-Leasing-Geschäft mit einem Transaktionsvolumen von 1 Milliarde € geht schief. Dann ist die Stadt Stuttgart nie und nimmer in der Lage, die Schadenersatzproblematik allein zu meistern. Selbstverständlich würde dann das Land in Anspruch genommen werden.

Ein Letztes, was ich bei der Einbringung des Gesetzentwurfs nennen will, ist das Zuwendungsrecht; ich habe es schon angesprochen. Bei der Stellungnahme der Landesregierung kann es nicht bleiben. Sie sagt: Es war nicht vorhersehbar, dass man die Landeszuschüsse, die für Abwasser- oder Kanalnetze, Schulhäuser und andere kommunale Einrichtungen gezahlt worden sind, in die USA verleast; deswegen kann man nichts zurückfordern. Das kann man ja für die Vergangenheit vielleicht so stehen lassen. Aber jetzt wird es sicher darum gehen müssen, dass man für künftige Situationen entsprechende Rückforderungsregelungen in die Zuwendungsbescheide aufnehmen muss, wenn man solche Geschäfte will.

Interessanterweise bekommen wir als Fraktion GRÜNE – das entnehme ich der Presse – Schützenhilfe von der Landesregierung, was mich natürlich sehr freut. Der Finanzminister hat sich am 26. September in den „Stuttgarter Nachrichten“ dahin gehend geäußert, dass solche Geschäfte aufgrund der bestehenden Risiken zumindest für das Land nicht in Betracht kommen.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Ich hoffe, Herr Innenminister, dass Ihr Ministerium zu der gleichen Überzeugung kommt.

Wir werden Gelegenheit haben, die Details des Gesetzentwurfs im Ausschuss, vielleicht auch bei einer gemeinsamen Anhörung, zu diskutieren. Herr Kollege Heinz, vielleicht könnten Sie sich dazu äußern. Aufgrund der Komplexität der Materie halte ich eine Anhörung für unbedingt notwendig. Im Grundsatz steht für uns jedenfalls fest: Geschäfte mit solchen Risiken für kommunale Einrichtungen können wir nicht befürworten. Wir wollen sie mit unserem Gesetzentwurf in Baden-Württemberg verhindern.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem Punkt möchte ich Herrn Kollegen Oelmayer Recht geben: Wir bräuchten wahrscheinlich einmal eine Anhörung, um alle Kollegen über Leasing-, Lease-back-Verfahren und all die damit verbundenen Probleme aufzuklären.

(Abg. Fischer SPD: Die haben wir gemacht!)

Das ist nämlich nicht so ganz einfach; das ist sicher ein schwieriges Rechtsfeld. Trotzdem schenke ich mir Ausführungen dazu, wie ein solches Geschäft funktioniert und wo die Risiken liegen. Sonst müsste ich meine ganze Redezeit nur dafür verwenden.

(Abg. Stickelberger SPD: Das wissen wir! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Ich will nur eines feststellen, lieber Kollege Oelmayer: Das ist nichts Neues. Die Leasing- und Lease-back-Geschäfte gibt es im kommunalen Sektor schon seit Anfang der Neunzigerjahre. Für Flugzeuge und für Immobilien gibt es sie in einer eigentlich weltumspannenden Art und Weise schon viel, viel länger. Ich habe gelesen, dass Deutschland in dieser Hinsicht eigentlich ein Entwicklungsland ist.

Trotzdem, wenn man Bilanz zieht: In Deutschland werden etwa 150 Leasinggeschäfte genannt, und die meisten davon finden sich im rot-grün-regierten Nordrhein-Westfalen. Jetzt könnte man sagen – Sie haben das in Ihrer Initiative ja geschrieben –, eine der Ursachen dafür, dass sich in letzter Zeit gerade Kommunen verstärkt auf diesem Geschäftsfeld engagieren, sind sicherlich die Finanznöte, in denen sich die Kommunen befinden. Die Finanznöte in Nordrhein-Westfalen wiederum sind wahrscheinlich besonders groß. Man kann jetzt darüber rätseln, weshalb das so ist.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Vielleicht beantworten Sie die Frage einmal selbst.

Ich habe mir sagen lassen – das kann man ja im Internet recherchieren –: Es handelt sich um 19 Kommunen, die einen Barwertvorteil – das ist nicht der Umfang des Volumens, das Sie vorhin genannt haben; der Barwertvorteil ist auch ein Kriterium – von allein 345 Millionen € erzielen. Das heißt, es sind allein an Kommunen in Nordrhein-Westfalen gigantische Summen geflossen.

(Heinz)

Man muss sich dann, wenn man so etwas generell verbietet, natürlich schon fragen: Wo kommt das Geld dann her? Sie haben zu Recht die Frage nach dem amerikanischen und dem deutschen Steuerzahler angesprochen. Ich hoffe, Sie wissen, dass der Barwertvorteil auch nach deutschem Recht versteuert werden muss. Da besteht also auch ein gewisser Gewinnanteil des deutschen Fiskus.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Sie haben am Anfang gefragt – auf meinem Zettel steht noch ein Stichwort –: Was war vor 99 Jahren? Jetzt frage ich Sie, ob Sie wissen, was im Jahr 1978 war.

(Abg. Blenke CDU: Da bin ich volljährig geworden! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

– Habe ich fast vermutet. Die Grünen gab es damals, glaube ich, schon. Ich frage das deshalb, weil Sie ja wissen, dass Sie nicht unbedingt 99 Jahre an das Geschäft gebunden sind. Vielmehr können Sie schon nach 25, 26 Jahren wieder aussteigen. Im Jahr 1978 war die Papstwahl – nur damit das auch einmal in die Debatte eingeführt ist. Mir hat Kollege Blenke noch zugerufen, er sei da gerade in die Oberstufe gekommen. Wenn Sie das auch noch interessieren würde –

(Abg. Blenke CDU: Nein, das war 1977! 1978 bin ich volljährig geworden! – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Und er wurde sogar noch volljährig. Sei's drum. Das war eine scherzhafte Arabeske.

Ich will eines feststellen, wobei wir übereinstimmen – Sie haben das auch noch einmal klar gesagt –: Es handelt sich bei Cross-Border-Leasing-Geschäften um Geschäfte der kommunalen Selbstverwaltung. Das müssen wir wohl im Einvernehmen feststellen. Die Kommunalaufsicht prüft natürlich auch. Aber sie prüft nur – das ist ja in der Stellungnahme zu Ihrer Initiative klar gesagt worden – den Kreditgeschäftsanteil, der im Cross-Border-Leasing mit enthalten ist, und die kreditähnlichen Geschäfte oder auch – als Beispiel – Bürgschaften und Garantieerklärungen. Dies wird ja im Prinzip geprüft.

Dann kann es bei der Haftung, die Sie angesprochen haben und die nach dem BGH-Urteil in einem ganz anderen Fall gegeben war, auch nur um eine Haftung für dieses Segment gehen. Die gesamte Verantwortung für Cross-Border-Leasing liegt bei der Gemeinde, in diesem Fall beim höchsten Organ, dem Gemeinderat. Ich glaube, es ist klar, dass die Haftung dann nur für diesen einen Teil gelten kann.

Auch wird geprüft, ob die Kommune leistungsfähig genug ist, um im Fall der Haftung auch die erforderliche Abdeckung erbringen zu können. Ich würde es auch ablehnen, dass der Staat dann einspringen müsste und diese Haftung über irgendwelche Garantieerklärungen, einen Ausgleichsstock oder anderes quasi mit abdecken müsste. Auch dafür würde ich mich nicht aussprechen. Aber dies wird ja geprüft.

Sie müssen auch sehen – das ist die Praxis; das wissen auch Sie –, dass im Prinzip nur große Städte diese Geschäfte machen, in denen das Know-how vorhanden ist, um diese Ge-

schäfte zu prüfen. Mir hat ein Kollege in der Fraktion gesagt: „Das gibt dann ein Stadt-Land-Gefälle.“ Das ist eben so. Manches kann man nicht anders organisieren. Aber ich denke, es ist klar, dass dann in diesen großen Städten auch ein Rückhaltevolumen vorhanden wäre, um ein solches Geschäft nicht nur gut betreuen, sondern auch im Risikofall entsprechend verfahren zu können.

Aber die CDU-Fraktion – um auch das noch einmal klarzustellen – sieht aktuell keinen Anlass, Cross-Border-Leasing-Geschäfte generell zu verbieten. Ich muss Ihnen an ein paar Punkten vielleicht noch einmal ausführen, weshalb ich aber in gewissen Punkten Handlungs- und Regelungsbedarf sehe.

Es geht zum Beispiel um die Frage des Barwertvorteils bei gebührenfinanzierten Einrichtungen. Da sehe ich auch einen Handlungsbedarf. Ich persönlich bin der Auffassung, dass in diesem Bereich der Barwertvorteil für die gebührenfinanzierte Einrichtung verwendet werden muss. Das halte ich eigentlich für sinnvoll. Wir können jetzt noch abwarten, bis ein höchstrichterliches Urteil kommt. Es gibt in Nordrhein-Westfalen schon ein entsprechendes Urteil bezüglich eines Müllverbrennungswerks.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Dann kommt ein höchstrichterliches Urteil, wonach – das ist meine Einschätzung – wir das generell so tun müssen. Auch das Ministerium empfiehlt ja, in den Kommunen so zu verfahren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Heinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmid?

Abg. Heinz CDU: Bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Schmid.

Abg. Schmid SPD: Herr Heinz, weshalb schlagen Sie dann keine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes vor?

Abg. Heinz CDU: Weil ich denke, dass wir erst einmal die höchstrichterliche Rechtsprechung abwarten müssen. Es ist einfach wichtig, das Urteil zu kennen, damit wir uns da auf einem gesicherten Feld bewegen. Wir müssen auch einmal schauen, wie es die anderen Bundesländer machen. Kollege Oelmayer hat ja nur Bayern erwähnt. Der dortige Entwurf ist zwar lobenswert, aber die Bayern haben ihn ja im Moment gestoppt. Und von den anderen Bundesländern verhalten sich nach meiner Kenntnis nur Mecklenburg-Vorpommern reserviert und Schleswig-Holstein ablehnend. Alle anderen Bundesländer verhalten sich eigentlich eher zustimmend, und das Geschäft wird gemacht. Bayern hat seinen Entwurf wieder zurückgezogen. Wir müssen aber gelassen abwarten, was aus Bayern noch kommen wird.

Ich will noch auf einen zweiten Punkt hinweisen, den ich eigentlich geklärt sehe, bei dem wir aber die entsprechenden Richtlinien Stück für Stück ändern müssen. Sie haben die Frage angesprochen: Was geschieht, wenn eine Einrichtung mit einem Landes- oder Bundeszuschuss gebaut worden ist? Das Land hat bereits für den Bereich Schienenfahrzeuge

(Heinz)

geregelt, dass in einem solchen Fall 25 % eines später eintretenden Barwertvorteils wieder dem Land zugute kommen müssen. Insofern ist diese Regelung klar, und ich denke, man wird auch bei anderen Zuschüssen an Kommunen überlegen müssen, ob wir eine solche Bestimmung mit aufnehmen.

Ich habe am Anfang gesagt, dass diese Cross-Border-Leasing-Geschäfte seit mehr als zehn Jahren eigentlich auch bei uns üblich sind, und ich will am Ende sagen: Ich meine, wenn die Rahmenbedingungen eingehalten sind und damit das Risiko minimiert wird, kann man generell auch nichts gegen diese Geschäfte sagen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen, Herrn Hans-Heinrich Ehlen.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Minister Ehlen hält sich auf Einladung seines Amtskollegen, Herrn Stächele, hier zu einem eintägigen Besuch auf.

Herr Minister Ehlen, ich darf Sie hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen einen guten und informativen Aufenthalt in Baden-Württemberg und in Stuttgart wünschen.

Das Wort erhält Herr Abg. Junginger.

Abg. Junginger SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Oelmayer, das Erste in diesem Zusammenhang wäre ja wohl, bei den Grünen einmal eine einheitliche Haltung herbeizuführen. Es waren die nordrhein-westfälischen Grünen, die als erste im November 2002 eine große Informationsveranstaltung durchgeführt und sich mit dem Für und Wider auseinander gesetzt haben. Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass in Kenntnis aller Risiken derartige Geschäfte unter kommunalen Gesichtspunkten gerechtfertigt seien.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das nächste Thema: Auch die Stadt Stuttgart hat mit ihrem zuständigen Bürgermeister und den Mitgliedern der Gemeinderatsfraktion –

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Stuttgart lehnt die Geschäfte ab, Herr Junginger!)

– Langsam. Da kann man dann als Erstes einmal antreten und all das vortragen, was hier war. Das fällt uns schon auf, weil man nicht einerseits auf der örtlichen Ebene sagen kann: „Wir sind dafür und wollen das“, und andererseits auf der überörtlichen Ebene sagen kann: „Das müssen wir generell untersagen.“ Das fällt mir auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben aus der Anhörung der nordrhein-westfälischen Grünen im November 2002 jedenfalls einiges gelernt, weil dort die Risiken sachgerecht dargestellt worden sind und das Für und Wider abgewogen wurde. Auch dort war schon das zentrale Thema: Wie ist es mit der kommunalen Selbstverwaltung?

Ich könnte jetzt 20 Gründe dafür aufzählen, warum die US-Cross-Border-Leasing-Geschäfte unter steuerlichen, juristischen und betriebswirtschaftlichen Aspekten mit Risiken verbunden sind. Wir selbst haben aber am 26. Mai dieses Jahres mit Befürwortern und Gegnern, mit Banken und mit Vertretern des Innenministeriums auch eine umfangreiche Anhörung gemacht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht gerechtfertigt ist, in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen, weil wir ganz unterschiedliche Geschäfte mit unterschiedlichen Risiken haben. Es gibt allerdings grundlegende Spielregeln, die dabei beachtet werden müssen.

Das heißt, wir werden Ihren Gesetzentwurf im Innenausschuss vertieft diskutieren. Ich merke nur an: Auch handwerklich ist dieser Gesetzentwurf unzulänglich, weil an mehreren Stellen unbestimmte Rechtsbegriffe verwendet worden sind, die sich nicht aus sich heraus definieren lassen. Was ist denn etwa ein „normales“ Geschäft? Was ist ein „risikobehaftetes“ Geschäft?

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Da hätten Sie schon sagen müssen, wo die Grenzen sind, weil bei jedem Cross-Border-Leasing-Geschäft die Unterschiede deutlich wahrzunehmen sind, wenn man sich damit einmal auseinander setzt.

Das Nächste ist, dass wir ursprünglich wirklich auch auf die bayerische Regelung gesetzt hatten. Wir haben das hier thematisiert, als dort ein Gesetzentwurf vom Kabinett verabschiedet war, haben dann aber die Argumente des Bayerischen Städtetags nachvollzogen und aufgenommen, was dazu führte, dass dieser Gesetzentwurf nicht ins Parlament eingebracht worden ist, und zwar aus nachvollziehbaren und guten Gründen.

Da wir nur sehr wenig Zeit haben, möchte ich einmal sagen, welche generelle Position wir beziehen.

Es gibt Risiken bei einem solchen Thema, die jeder einzelne Gemeinderat vor Augen haben muss. Das sind die steuerlichen Risiken, die Bonitätsrisiken, die Anlagerisiken

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

und das Risiko, die gesellschaftsrechtliche und operative Flexibilität zu verlieren. Diese Risiken können allerdings dann aufgefangen werden, wenn eine entsprechende Transaktion sorgfältig vorbereitet, verhandelt und abgestimmt worden ist. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass die Kommune auch während der Vertragsanbahnungsphase ohne Zusatzkosten aussteigen kann. Da haben gewisse Gemeinden schon unangenehme Erfahrungen gemacht. Mittlerweile ist in allen Vorgesprächen sicherzustellen, dass bei Abbruch der Verhandlungen keinerlei Kosten für die Kommune entstehen. Das lässt sich erreichen.

(Junginger)

Der finanzielle Ertrag – der Barwertvorteil – muss in einem angemessenen Verhältnis zu den übernommenen Risiken stehen. Dafür ist eine sorgfältige Risikoabwägung erforderlich. Das Geschäft muss den Prinzipien ordnungsgemäßer Haushaltsführung entsprechen. Zu prüfen, ob das Geschäft ordnungsgemäßer Haushaltsführung entspricht, ist auch wieder etwas, was dann in der Verantwortung der Kommunalaufsicht liegt.

Unter Berücksichtigung der langfristigen Bindung ist die Auswahl des Wirtschaftsguts sehr gründlich vorzunehmen. Nicht alles, was im Gemeindebestand ist, eignet sich für ein derartiges Geschäft. Es kommt darauf an, dass es langfristig auch das eigene Bedürfnis gibt, derartige Einrichtungen in Funktion zu erhalten.

Es ist dringend zu empfehlen, einen unabhängigen Berater hinzuzuziehen, der aus der Fachkompetenz heraus auch auf Risiken und Probleme hinweist. Das ist besonders eindeutig, wenn man weiß, dass 1 000-seitige Verträge in englischer Sprache mit einem amerikanischen Gerichtsstand amerikanisches Recht wiedergeben. Da ist natürlich klar, dass eine mittlere oder kleine Gemeinde, die meint, sie könne sich selbst verantwortlich damit auseinander setzen, hoffnungslos aufgeschmissen ist.

Nach unserer Meinung ist vor Abschluss der Transaktion auch die Rechtsaufsichtsbehörde zu beteiligen. In Abstimmung mit ihr sind einzelne Schritte bis zum Abschluss des Vertrags durchzuführen.

Das beinahe Wichtigste ist dann, dass ab dem Abschluss des Vertrags über die gesamte Vertragslaufzeit ein Risikomanagement eingerichtet wird, weil Dinge betroffen sind, bei denen immer wieder aufs Neue nachgedacht werden muss, wie sich das Geschäft entwickelt.

Selbstverständlich ist die Rechtslage bei der Frage der Einbindung des Barwertvorteils in den Gebührenhaushalt unsicher. Da tendieren auch wir zu der Ansicht, dass der Barwertvorteil selbstverständlich wieder in den Gebührenhaushalt eingebracht werden soll, was dann das Interesse an derartigen Geschäften nachhaltig reduzieren könnte. Wir sind auch der Meinung, dass Förderbeträge zumindest zu erheblichen Anteilen zurückverlangt werden müssen und dass das mit Blick auf künftige Geschäfte selbstverständlich auch in die Förderbescheide aufgenommen werden soll.

Im Hinblick auf die derzeit unsichere Rechtslage empfehlen wir, derartige Einnahmen von vornherein auch in den Gebührenhaushalten zu berücksichtigen. Wir werden, Herr Kollege Oelmayer, auch besprechen müssen, dass seit dem 26. August 2003 in Sachsen eine Verwaltungsvorschrift, die vom Innenministerium und vom Finanzministerium gemeinsam erarbeitet worden ist, Vorgaben für die kommunale Rechtsaufsicht gibt und regelt, was bei derartigen Geschäften zu beachten ist. Ich glaube, dass auch im Land Baden-Württemberg über derartige Vorgaben miteinander diskutiert werden müsste.

Ihren Gesetzentwurf können wir in der Form, in der er gegenwärtig auf dem Tisch liegt, nicht unterstützen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Zwischenzeit gibt es mehr als 150 Kommunen und Zweckverbände, die Cross-Border-Leasing-Verträge abgeschlossen haben. In der Stadt Stuttgart betrifft das allein drei Kläranlagen. Auch die gesamte Bodenseewasserversorgung hat einen solchen Vertrag abgeschlossen und konnte ihren Wasserpreis immerhin um 7 % reduzieren. Im Augenblick liegen noch viele Prüfungen vor, ob es für Kommunen sinnvoll ist, so etwas zu machen.

Meine Damen und Herren, wir haben da von unserer Fraktion her wenig Emotionen. Diese Verträge können erhebliche Vorteile für die Kommunen bringen, zumindest solange die amerikanische Steuergesetzgebung so bleibt, wie sie im Augenblick ist.

Es ist ganz selbstverständlich, dass auch Nachteile und Risiken damit verbunden sind. Zunächst einmal – darauf wurde schon hingewiesen –, Herr Oelmayer, sind das Vertragswerke mit 1 000, 1 200 oder noch mehr Seiten.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: In englischer Sprache!)

– Jawohl, die sind in englischer Sprache abgefasst.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das prüft dann die Rechtsaufsicht?)

Die basieren auf amerikanischem Recht. Darüber hinaus besteht sicherlich auch ein Währungsrisiko. Aufgrund der langen Vertragsdauer ist es auch durchaus möglich, dass sich während der Laufzeit die Rahmenbedingungen ändern.

Meine Damen und Herren, ich will es kurz machen. Unsere Fraktion vertritt folgende Position: Haushaltspolitisch sollte man nicht mehr Geld ausgeben, als man zur Verfügung hat. Man sollte das Cross-Border-Leasing nicht nur als Einnahmequelle für das schnelle Geld sehen und damit die Probleme von jetzt auf spätere Zeiten verschieben. Wir sind der Meinung, dass die Gebühren für den Bürger entsprechend gesenkt werden müssen, wenn solche Verträge abgeschlossen werden.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist aber nirgends passiert!)

Für uns ist auch vorstellbar, dass Schuldentilgungen – –

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– So ungewöhnlich ist das nicht.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich sage nur: Sie wurden nicht erhöht!)

– Na, Herr Oelmayer, darüber können wir uns einmal unterhalten.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Es sollten darüber hinaus Schuldentilgungen vorgenommen werden. Selbstverständlich wird auch in künftige Förderbe-

(Dr. Glück)

scheide aufgenommen werden müssen, inwieweit gewisse Rückzahlungen zu erfolgen haben, wenn eine Kommune einen Cross-Border-Leasing-Vertrag abschließt.

Wir lehnen – das wird für Sie nicht überraschend sein – den Gesetzentwurf der Grünen ab.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Doch, das überrascht mich jetzt schon!)

Wir wollen uneingeschränkt, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden können, ob sie einen solchen Vertrag abschließen wollen. Wir wollen nicht dazu beitragen, dass die Kommunen in diesem Punkt zusätzlich gegängelt werden.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Oelmayer, nach der ersten Runde habe ich das Gefühl, dass es für Ihren Gesetzentwurf nicht besonders gut aussieht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit – Abg. Oelmayer GRÜNE: Es sei denn, Sie halten jetzt ein flammendes Plädoyer dafür! Das wäre doch einmal etwas! – Gegenruf des Abg. Junginger SPD: Das dürfte ihm schwer fallen!)

– Ich bin ja bereit, Ihnen fast jeden Gefallen zu tun, aber damit überfordern Sie mich jetzt.

Wie jede Plenardebatte habe ich auch diese Debatte sehr sorgfältig verfolgt. Ich kann an Ihre Adresse gerichtet tröstend feststellen: Vom Inhaltlichen her sind wir uns eigentlich doch in fast allen Punkten einig. Wir sind uns zum Beispiel über die Art einig, wie die Rechtsaufsicht durchgeführt werden muss, auch unter Heranziehung externen Sachverständs. Wir sind uns darüber einig, dass die Barwertvorteile natürlich im Gebührenhaushalt berücksichtigt werden sollten, auch wenn die Rechtsprechung dazu noch nicht abschließend ist. Es gibt dazu aber klare Äußerungen, auch von der Kommunalabteilung im Innenministerium. Wir sind uns darüber einig, dass die Förderpraxis, nachdem man mit dieser Finanzierungsart doch Erfahrungen gewinnen konnte, dies künftig berücksichtigen und dass das in den Förderbescheid aufgenommen werden muss.

Herr Professor von Rotberg, der Leiter der Kommunalabteilung im Innenministerium, hat im Übrigen darauf hingewiesen, dass es als Finanzierungsart mit sehr langfristiger Bindung nicht nur Cross-Border-Leasing-Verträge, sondern auch andere Finanzierungsarten gibt, die in ihrer langfristigen Bindung und damit in ihrer Risikofreudigkeit durchaus mit Cross-Border-Leasing-Verträgen vergleichbar sind.

Kurzum, der springende Punkt ist eigentlich nur der: In der Konsequenz soll Ihr Gesetzentwurf dazu führen, dass der Gesetzgeber solche Finanzierungsarten verbietet. Die Landesregierung ist dazu in Übereinstimmung mit allen Frakti-

onen – mit Ausnahme Ihrer Fraktion und Ihrer Person, Herr Oelmayer – der Auffassung, dass wir diese Finanzierungsart nicht verbieten sollten. Man muss – und dies erfolgt ja – die Kommunen auf das Risiko aufmerksam machen. Bei solch schwierigen und letztlich irgendwo auch risikoträchtigen Geschäften wird man sicherlich die Rechtsaufsicht fördern müssen.

Es besteht überhaupt kein Widerspruch zu der Aussage des Finanzministers, wonach ein solches Instrument für das Land nicht infrage komme. Ich würde mich als Bürgermeister oder Oberbürgermeister vermutlich auch nicht gerne in solche Finanzierungsarten begeben. Aber daraus den Schluss zu ziehen, dass es den Kommunen sozusagen verboten werden müsse, geht uns allen – mit Ausnahme von Ihnen – doch zu weit. Wir sollten bei dem Grundsatz bleiben, gegen den leider von allen Seiten oft verstoßen wird, dass die Kommunen über möglichst viele ihrer eigenen Angelegenheiten selber entscheiden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es sind gewählte Damen und Herren im Gemeinderat, und auch der Bürgermeister ist vom Volk gewählt. Das ist allerdings natürlich auch, abgesehen von der speziellen Aufgabe der Rechtsaufsicht, immer mit der klaren Konsequenz verbunden, dass sie für ihre Entscheidungen dann auch selber die Verantwortung tragen. Wenn wir diesen Grundsatz nicht beherzigen, kommen wir von der deutschen Krankheit, wie ich immer sage, schon überhaupt nicht weg und damit auch nicht zum Abbau von Bürokratie. Deshalb: nicht immer neue Gängelvorschriften an die Adresse anderer ausdenken.

Ich bitte Sie daher um Verständnis. Das wird Sie nicht überraschen. Wir können das Thema auch noch einmal im Innenausschuss diskutieren, aber das wird auch wieder zwecklos sein. In der Sache sind wir uns dankenswerterweise, wie gesagt, weitestgehend einig, aber wir ziehen daraus nicht die Konsequenz, schon wieder belastende Vorschriften an die Adresse von Kommunen zu erlassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung. Vorgeschlagen wird die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/2282 an den Innenausschuss. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Herr Kollege Oelmayer, können wir die Anträge, da es Berichtsanträge sind, für erledigt erklären, oder wünschen Sie hier ebenfalls Überweisung an den Innenausschuss?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Die können für erledigt erklärt werden.

Stellv. Präsident Birzele: Gut. Ich stelle fest, dass die Anträge Drucksachen 13/1885 und 13/2124 einvernehmlich für erledigt erklärt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 13/2283

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung des Gesetzentwurfs durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung hat für die Errichtung von Mobilfunkanlagen folgendes Ziel: Antennen bis zu zehn Metern Höhe einschließlich der Versorgungseinheiten üblicher Größe sollen auch dann ohne Baugenehmigungsverfahren errichtet werden dürfen, wenn sie in, auf oder an einem Gebäude angebracht werden.

Die kommunalen Landesverbände haben diesen Gesetzentwurf als Beitrag zur Entbürokratisierung ausdrücklich begrüßt.

Meine Damen und Herren, der Ausbau des UMTS-Netzes ist für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und dessen Wettbewerbsfähigkeit von sehr großer Bedeutung. Das Wirtschaftsministerium hält es für unverzichtbar, dass die Mobilfunkbetreiber entsprechend ihrer Verpflichtung aus den erworbenen Mobilfunklizenzen eine flächendeckende Mobilfunkversorgung anbieten. Mit diesem Gesetzentwurf sollen deshalb die baurechtlichen Rahmenbedingungen für einen zügigen Ausbau der Mobilfunknetze verbessert werden. Das heißt, in Zukunft soll für eine Vielzahl neu zu installierender Antennenanlagen kein Baugenehmigungsverfahren mehr erforderlich sein. Das bedeutet eine Beschleunigung und eine Vereinfachung des Netzausbaus.

Dabei möchte ich auf eines hinweisen. Schon nach der geltenden Landesbauordnung dürfen Antennenanlagen bis zehn Meter Höhe verfahrensfrei errichtet werden. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat jedoch entschieden, dass dies immer dann nicht gelte, wenn die Anlage auf einem Wohngebäude angebracht werde. Die Mobilfunkanlagen stellen nämlich eine gewerbliche Nutzung dar, die zu einer genehmigungspflichtigen Nutzungsänderung des Gebäudes führe. Als Folge dieser Rechtsprechung muss derzeit für Mobilfunkanlagen, die nicht frei stehend errichtet, sondern an, auf oder in Gebäuden angebracht werden, immer eine Baugenehmigung eingeholt werden. Dies war vom Gesetzgeber so nicht gewollt, und dies soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nunmehr klargestellt werden.

Da gibt es noch einen weiteren Punkt, bei dem in der Vergangenheit Auslegungsschwierigkeiten aufgetreten sind. In der Praxis hat sich oft die Frage gestellt, ob zu den genehmigungsfreien Antennenanlagen auch die notwendigen Versorgungseinheiten wie etwa Funktionsschranke gehören. Um auch hier eine eindeutige Rechtslage zu schaffen, werden Versorgungseinheiten bis zu einer Größe von zehn Kubikmetern Rauminhalt ausdrücklich in die Verfahrensfreiheit für Antennen einbezogen.

Meine Damen und Herren, die vorgesehene Neuregelung beruht auf einer entsprechenden Vorschrift in der Muster-

bauordnung 2002, die sukzessive auch von den anderen Bundesländern übernommen werden wird. Eine solche Angleichung ist nicht nur aus Gründen der bundesweiten Harmonisierung des Bauordnungsrechts sinnvoll, sondern auch zur Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen für den Netzausbau.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf das Thema Gesundheitsschutz und die Besorgnisse und Ängste der Bürgerinnen und Bürger vor den Auswirkungen der elektromagnetischen Strahlung eingehen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder vorgebracht, im Interesse des Gesundheitsschutzes müsse an einer möglichst umfassenden Baugenehmigungspflicht festgehalten werden. Hierzu möchte ich in aller Deutlichkeit festhalten: Die Berücksichtigung der gesundheitlichen Aspekte, das heißt die Einhaltung der Grenzwerte der entsprechenden Verordnung über elektromagnetische Felder, ist nicht davon abhängig, ob ein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt wird oder nicht. Die Mobilfunkbetreiber müssen vielmehr auch bei baurechtlicher Genehmigungsfreiheit für jeden Standort nachweisen, dass die geplante Sendeanlage den notwendigen Sicherheitsabstand einhält. Dazu muss eine so genannte Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post eingeholt und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt vorgelegt werden. Mit dieser Vorlage der Standortbescheinigung wird die Einhaltung der Grenzwerte unabhängig von der Frage der Baugenehmigungspflicht gewährleistet.

Im Übrigen kann auch im Baugenehmigungsverfahren ein Antrag auf Errichtung einer Sendeanlage nicht allein deshalb abgelehnt werden, weil die Anwohner der Sendeanlage Gesundheitsgefährdungen befürchten. Wenn die geforderten Sicherheitsabstände nach der Standortbescheinigung eingehalten sind, muss die Baurechtsbehörde die Genehmigung erteilen. Das Baurecht bietet in dieser Beziehung keine weiter gehende Schutzwirkung. Das ist wichtig festzuhalten.

Ebenso wenig – auch das ist ein wichtiger Punkt, den ich noch kurz ansprechen möchte – kann das Baugenehmigungsverfahren als Steuerungsinstrument zur Standortwahl eingesetzt werden. Eine Prüfung eventuell geeigneter Alternativstandorte scheidet im Genehmigungsverfahren aus rechtlichen Gründen aus. Wesentlich wichtiger ist daher in diesem Zusammenhang die rechtzeitige Information der Gemeinden vor der konkreten Festlegung der Standorte. Zu diesem Zweck haben sich ja die Mobilfunkbetreiber in einer mit den kommunalen Landesverbänden abgeschlossenen Vereinbarung freiwillig verpflichtet, die Gemeinden frühzeitig über ihre Planung zum Netzausbau und eventuelle Standortalternativen zu informieren. Dieses Verfahren bringt die notwendige Transparenz. Daher begrüße ich diese Vereinbarung.

Die Landesregierung sieht Handlungsbedarf für die Beschleunigung und Vereinfachung des UMTS-Netzausbaus. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesem Gesetzentwurf nach der entsprechenden Ausschussberatung zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zurufe von der SPD: Guten Morgen! – Abg. Capezzuto SPD: Aufgewacht?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Staatssekretär hat eigentlich nahezu alles gesagt, was man zu diesem Thema sagen kann.

(Zurufe von der SPD: Also! – Abg. Capezzuto
SPD: Da können wir klatschen!)

Aber wir wollen ja auch eine Bewertung aus Sicht der Fraktionen vornehmen.

Die CDU-Fraktion begrüßt die Änderung der Landesbauordnung in diesem Bereich,

(Abg. Capezzuto SPD: Ha no!)

weil in der Vergangenheit erhebliche Verunsicherung aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg eingetreten ist und wir an der Verfahrensfreiheit bei Antennenanlagen für den Mobilfunkbereich unterhalb der Größe von zehn Metern festhalten wollen. Da wir dies auch für privat genutzte Gebäude in Zukunft so handhaben wollen, wie es bislang schon für gewerblich genutzte Gebäude möglich ist, schließen wir uns dem Gesetzentwurf zur Änderung der Landesbauordnung an. Wir sehen darin auch einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung und Deregulierung in diesem Bereich, auch vor dem Hintergrund, dass mit der Ersteigerung der UMTS-Lizenzen die Betreiber auch verpflichtet sind, eine Netzabdeckung in Baden-Württemberg zu erbringen, die gewährleistet, dass diese Mobilfunkdienste in der Zukunft auch genutzt werden können. Ich denke, das ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Beitrag. Es kann nicht so sein, dass von Bundesseite her zunächst in einem Verfahren, das auch für die Betreiber sehr kostenaufwendig war, eine hohe Lizenzgebühr verlangt wird und dass dann, wenn die Betreiber den neuen Netzstandard einführen wollen, gleichzeitig über bestimmte Wege verhindert wird, dass sie in Baden-Württemberg investieren.

Im Gegenteil: Wir haben ein Interesse daran, dass die Mobilfunkbetreiber trotz der topographisch schwierigen Verhältnisse in Baden-Württemberg rasch den UMTS-Standard ausbauen können. Wenn ich die Beratungen dieses Themas im Wirtschaftsausschuss richtig in Erinnerung habe, dann waren wir uns fraktionenübergreifend nahezu einig. Ich glaube, bei den Grünen gab es Vorbehalte, aber zumindest von der SPD war die Vorlage akzeptiert und begrüßt worden.

Ich sage dies auch deshalb, weil vor Ort irrtümlicherweise immer wieder der Eindruck aufkommt, als ob über die Landesbauordnung und das Baurecht versucht werden könnte, eine Steuerung der Standorte vorzunehmen. Dies trifft natürlich nicht zu. Wir wollen mit der Änderung der Landesbauordnung in diesem Punkt auch Druck von kommunalen Entscheidungen nehmen.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Lassen Sie mich das nochmals kurz ausführen. Entscheidend für die Frage, ob eine Anlage im Hinblick auf die Zulässigkeitsgrenzwerte bei der Abstrahlung bei möglichen Umwelteinwirkungen errichtet werden kann, ist eben das

Bundes-Immissionsschutzgesetz. Wenn die darin enthaltenen Grenzwerte eingehalten werden, dann muss von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post eben auch eine Standortbescheinigung ausgestellt werden.

Damit haben der Bauherr und der Betreiber das Recht erworben, diese Anlage zu installieren, sofern sie – dies ist natürlich immer vorausgesetzt – den Vorgaben des Bauordnungsrechts entspricht. Deshalb gibt es vor Ort auch überhaupt keinen Ermessensspielraum, egal ob verfahrensfrei oder nicht verfahrensfrei entschieden wird. Diese Anlage muss nach dem Baugesetzbuch und der Landesbauordnung dann genehmigt werden. Es besteht für die Bauherren ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Baugenehmigung durch die Genehmigungsbehörde vor Ort.

Zweitens: Ich denke, dass wir in Baden-Württemberg gut daran tun, die Musterbauordnung umzusetzen, um bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen für Investoren zu haben. Baden-Württemberg ist eines der wenigen Länder, die hier eher noch im Verzug sind. Das heißt, wir vollziehen nach, was andere Länder bereits durchgeführt haben, wenn wir unsere Landesbauordnung in dieser Frage an die Musterbauordnung aus dem Jahre 2002 anpassen.

Im Übrigen denke ich auch, dass wir das Thema der Steuerung möglicher Standorte für Mobilfunkanlagen weiterhin in die bewährte Zusammenarbeit zwischen den Betreibern und den Kommunen stellen sollten. In der weit überwiegenen Zahl der Fälle funktioniert das auch. Aber wir richten auch von hier aus nochmals den Appell an die Mobilfunkbetreiber, sich an die mit den kommunalen Landesverbänden abgeschlossenen Vereinbarungen zu halten, die Städte und Gemeinden frühzeitig unter Offenlegung ihrer Planungen zum Netzausbau einzubeziehen und dort, wo es Probleme gibt, auch Standortalternativen zu erwägen, um eine Entscheidung im Konsens herbeizuführen. Dies ist, wie ich denke, auch künftig wichtig.

Allerdings ist auch klar, dass das Baugesetzbuch bzw. die Landesbauordnung nicht das geeignete Instrument sind, um dies zu steuern, weil vorhabenbezogen und standortabhängig geprüft werden muss und alternative Standorte eben nicht in einem Baugenehmigungsverfahren überprüft werden können.

Insofern sind wir seitens der CDU-Fraktion summa summarum damit einverstanden, dass diese Änderung jetzt eingebracht wird. Wir werden sicherlich auch Gelegenheit haben, uns im Wirtschaftsausschuss nochmals intensiv damit auseinander zu setzen. Wir denken allerdings, dass mit dieser Vorlage eine gute Grundlage auf dem Tisch liegt, über die wir rasch entscheiden können, sodass erstens für die Betreiber Investitionssicherheit herrscht und zweitens auch nochmals deutlich gemacht wird, dass wir an dem bisher bewährten Instrument der Verfahrensfreiheit bei Mobilfunkanlagen mit einer Höhe von weniger als zehn Metern festhalten wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Gall.

Abg. Gall SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hat sich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung – so wie man das erwarten darf – intensiv befasst.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

– Frau Fauser, da lachen Sie. Aber bei Ihnen haben wir gelegentlich den Eindruck, dass Sie sich eben nicht in dem erforderlichen Umfang mit den Gesetzentwürfen befassen.

Insbesondere haben wir – das wurde schon angesprochen – einerseits die wirtschaftlichen Interessen, andererseits aber auch die Sorgen und Ängste unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die mit Mobilfunkmasten einhergehen, diskutiert und entsprechend gewichtet.

Lassen Sie mich deshalb ausdrücklich betonen: Wir stehen hinter der wirtschaftlichen Notwendigkeit des flächendeckenden Ausbaus der Mobilfunknetze auch in unserem Bundesland, weil wir unter anderem – das wurde schon gesagt – beim Ausbau der UMTS-Netze nicht ins Hintertreffen geraten dürfen und weil wir an den formulierten Versorgungszielen festhalten wollen. Wir nehmen aber auch Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst, die – ob Handybenutzer oder nicht – zum Teil erhebliche Vorbehalte gegen Mobilfunkmasten zumindest in Wohnortnähe haben. Sie alle kennen doch die Diskussionen bei der Errichtung solcher Anlagen in der Nähe von Schulen, Kindergärten oder gar auf Kirchendächern.

Meine Damen und Herren, diese Sorgen nimmt man nicht, indem man geltendes Recht ändert oder indem man versucht, geltende Rechtsprechung durch geänderte Rechtsgrundlagen zu unterlaufen. Akzeptanz schafft man nicht durch Änderungen der Bauordnung, sondern durch Überzeugung und Darlegung von Sachverhalten. Deshalb will ich Ihnen sagen: Wir teilen die Auffassung zum Beispiel der Weltgesundheitsorganisation und der staatlichen Strahlenschutzkommission bei der Betrachtung und bei der Auswertung der Gesamtheit aller wissenschaftlichen Untersuchungen bezüglich der gesundheitlichen Gefahren, dass durch die Strahlung solcher Antennen eine Gesundheitsgefährdung bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben nicht gegeben ist. Wir meinen aber auch: Hieraus darf man nicht den Schluss ziehen, durch eine Änderung der Bauordnung etwas zu erreichen. Wenn wir Baugenehmigungsverfahren für geringfügige Bauüberschreitungen von Nebenanlagen,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ein Geieere!)

für die Einfriedung von Grundstücken usw. für notwendig erachten – das tun wir, sonst würden wir die Landesbauordnung auch in diesem Sinne ändern –, dann dürfen wir nicht alle Mobilfunkanlagen genehmigungsfrei machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir möchten, dass sich die Genehmigungsbehörden und die zu hörenden Gemeinden auch zukünftig mit der Problematik auseinander setzen und in eventuellen Diskussionen – nebenbei bemerkt ist es beileibe nicht so, dass es allerorten Widerstände gibt – versuchen, Vertrauen zu schaffen und Ängste zu nehmen. Meine Erfahrungen in meiner Kommune zeigen mir, dass dies funktioniert, weil die Widerstände häufig auf Unkenntnis beruhen.

Wir möchten weiterhin, dass sich die Netzbetreiber in ausreichender Weise, Herr Staatssekretär, an die freiwillige Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden halten und einen intensiven Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen sicherstellen. Häufig sind es nämlich nicht lange Genehmigungs- oder Erörterungsverfahren, wie oft behauptet wird, die die Errichtung von Mobilfunkmasten verzögern, sondern es sind auch die Netzbetreiber selbst, die für eine unzureichende Umsetzung ihrer Planungen – so sie vorhanden sind – verantwortlich sind.

Ich darf Ihnen ein Beispiel aus meiner Gemeinde nennen: Im Mai 2000 – das haben wir natürlich erst im Nachhinein erfahren – kam die Anfrage eines Netzbetreibers beim Eigentümer des gewünschten Standorts. Im Dezember 2001 erfolgte der Abschluss eines vorläufigen Mietvertrags – 17 Monate später.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Die erste Kontaktaufnahme mit der Gemeinde per Fax – so viel zur intensiven Beteiligung der Kommunen – war im März 2002, also drei Monate später. Baugesuch eingereicht am 12. November 2002 – acht Monate später. Jetzt passen Sie auf: Baugesuch genehmigt am 23. Januar 2003 – fünf Wochen später. Diese lange Bearbeitungszeit bei unserer Genehmigungsbehörde hängt sicherlich auch mit den Weihnachtsfeiertagen zusammen. Baubeginn war dann im September dieses Jahres, also noch einmal neun Monate später.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das spricht doch für die Verkehrsfreiheit!)

Meine Damen und Herren, da kann man doch weiß Gott nicht ernsthaft behaupten, das Genehmigungsverfahren hänge mit dieser langen Zeit der Umsetzungsphase zusammen.

Zusammengefasst: Wir möchten, dass auch zukünftig diejenigen, die sich vor Ort verantworten müssen, nämlich die örtlichen Behörden und die kommunalen Mandatsträger, an die die Sorgen und Nöte herangetragen werden, ein Mindestmaß an Mitentscheidung und Mitgestaltung haben. Meine Damen und Herren, denen wird es nämlich nicht helfen – das wissen doch viele von Ihnen, zumindest diejenigen, die auch noch kommunale Mandate innehaben –, wenn auf Nichtzuständigkeit verwiesen wird.

Auch wenn wir – ich sagte es eingangs – den flächendeckenden Ausbau der Mobilfunknetze für notwendig erachten, möchten wir dies nicht durch Streichung der bescheidenen Mitwirkungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene erreichen. Denn wir wollen das umsetzen, was die Landesregierung als Stellungnahme zu einer Petition im Zusammenhang mit Mobilfunkmasten erklärt hat und was in Drucksache 13/541 nachzulesen ist: Es wird empfohlen,

... die Exposition der Bevölkerung mit elektromagnetischen Feldern aus Mobilfunkanlagen so weit zu begrenzen, wie dies mit einem vertretbaren Aufwand möglich ist. Insofern

– jetzt wird es interessant –

ist es sinnvoll, auch alternative Standorte auf ihre Eignung zu prüfen und darauf zu achten, dass zum Beispiel Kindergärten und Schulen nicht im Hauptstrahl der Sendeanlage liegen.

(Gall)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, diese Stellungnahme wirklich ernst gemeint haben, dann muss man auch die tatsächliche Möglichkeit haben, dies zu erreichen, und dies geht, soweit mir bekannt ist und nach meiner praktischen Erfahrung, nur durch Baurecht. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung ab.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das ist schauerhaft!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Statisch-konstruktiv – da sind wir uns einig – bräuchte man keine Genehmigung, und eigentlich würde man sofort sagen: Die Vorteile liegen auf der Hand. Warum dann nicht Deregulierung, warum dann nicht Verminderung des Verwaltungsaufwands und weniger Kosten? Warum das alles nicht? Dagegen könnte nur dann etwas sprechen, wenn über die Genehmigung eine Steuerungsmöglichkeit für die Kommune bestehen würde; denn in der Tat ist es auch nach unserer Ansicht so: Die Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren zu schützen, und sei es auch nur, der Besorgnis entgegenzutreten, ist genauso wichtig wie die Mitwirkung an einer Infrastruktur, die Wirtschaft und Bürgern eine störungsfreie Nutzung der Netze gewährleistet.

Beides ist gleich wichtig, aber jeder weiß – Sie können es überall nachlesen –, dass mit der Genehmigungspflicht aber auch nicht die geringste Steuerungspflicht verbunden ist, was gesundheitliche Gefahren anbelangt,

(Beifall der Abg. Hillebrand CDU und Kleinmann FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

weil das bei der Erteilung der Standortbescheinigung geprüft wurde und weil darüber hinaus dann eine Genehmigungspflicht besteht.

(Abg. Hillebrand CDU: Das ist der Punkt!)

Wider besseres Wissen falsche Tatsachen vorzuspiegeln und bei der Bevölkerung einen Irrtum zu bewirken ist ein Teil eines Betrugstatbestandes.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: Jawohl!)

Die Sorgen der Bürger nimmt man nicht wahr, indem man ihnen etwas vormacht und nachher einen besonderen Frust sowie Enttäuschung und Argwohn erntet, wenn man doch genehmigen muss, sondern dadurch, dass man ihnen klipp und klar sagt, wie die Situation ist.

(Abg. Blenke und Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Deshalb sehe ich nicht, dass man den Bürgern da etwas vormachen sollte.

In der Praxis, meine Damen und Herren, ist es übrigens so – ich kenne mich ja da auch einigermaßen aus –: Die Kommunen können den Bürgern ja nicht klar machen, warum eine Genehmigungspflicht keine Steuerungsmöglichkeit bietet. Denn die Bürger sagen: „Wir glauben euch das nicht. Sonst bräuchte es doch keine Genehmigung.“ Da sage ich: Eben. Sie werden doch gesteuert. Warum denn da der Auf-

wand einer Genehmigung? Dies kannst du bei den Bürgern gar nicht wegbekommen. Das verstehe ich auch. Die reagieren ja ganz normal, denke ich, wenn sie fragen: Warum den Aufwand? Da gehen nun die Kommunen dazu über, einfach die Genehmigung abzulehnen und sich lieber über die Gerichte verklagen zu lassen. Dann wird die Genehmigung erteilt, und sie können dem Bürger sagen: „Wir waren es ja nicht.“ Dafür kann ich Ihnen zig Beispiele nennen. Die Kommunen nehmen lieber einen Verwaltungsaufwand und Kosten hin. Das ist nicht der richtige Weg, wie man mit den Sorgen der Bürger umgeht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Können Sie den Nachweis führen, dass es die geringste Steuerungsmöglichkeit gibt? Sie können in einem baurechtlichen Verfahren nicht einmal Alternativstandorte prüfen. Da prüfen Sie nur den vorgelegten Antrag; alles andere ist überhaupt unzulässig.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Wenn Sie mir sagen, was da falsch ist, können wir darüber reden. Aber Sie sollten uns nichts vormachen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Hofer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Hofer FDP/DVP: Gern. Dann würde ich im zweiten Teil darauf zu sprechen kommen, wie man richtigerweise – und das machen viele Kommunen sehr gut – auf die Besorgnisse eingeht und auch wirklich etwas erreicht.

Bitte schön.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege, Sie sagten, bei der Genehmigungspflicht gäbe es nicht die geringste Steuerungsmöglichkeit.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja.

Abg. Alfred Winkler SPD: Stimmen Sie mir zu, dass im unbeplanten Innenbereich sehr wohl eine Steuerungsmöglichkeit über das Baurecht besteht?

Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, ich stimme Ihnen nicht zu, und ich gehe jede Wette ein, dass das, was Sie sagen, nicht richtig ist. In der Frage der gesundheitlichen Beeinträchtigung, die Sie prüfen müssen – unser Recht ist durch materielle Baufreiheit geprägt –, müssen Sie nachweisen, wo es eine Einschränkung gibt. Die gesundheitliche Frage ist durch die Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post so geklärt, dass die Gemeinde nicht den geringsten Einfluss darauf hat. Lesen Sie die letzte Ausgabe der „Gemeindezeitung“ nach! Alle kommunalen Landesverbände – und sie verstehen davon etwas – sagen das klipp und klar.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist die Frage des Einfügens!)

– Die Frage des Einfügens hat mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht das Geringste zu tun; denn die gesundheitliche Frage ist abschließend geprüft. Glauben Sie

(Hofer)

es mir! Sie machen den Bürgern – ich hoffe, nicht wider besseres Wissen, dann wäre es noch schlimmer, aber in Unkenntnis, weil Sie sich nicht hineinversteift haben – etwas vor, und das ist der schlechteste Ratgeber.

Ich hoffe, dass mir diese Antwort nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme nun zum zweiten Teil; die zwei Minuten, die ich noch habe, nütze ich auch.

Stellv. Präsident Birzele: Zwei Minuten.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ja. – Zunächst zu den Mitwirkungsmöglichkeiten. Hier gibt es eine Vereinbarung. Danach können Sie regelmäßige Informationen über alle Ausbaupläne verlangen. Sie können Standortdaten verlangen. Sie können die Beteiligung bis zur einvernehmlichen Festsetzung eines Standorts verlangen, und Sie können bündeln.

Viele Kommunen praktizieren das auch. Balingen hat sogar einen Ratgeber herausgebracht. Dort wurde nicht nach Grenzwerten gefragt. Es ist auch völlig sinnlos, in einer Diskussion mit Bürgern über Grenzwerte zu sprechen. Sie sind besorgt; das verstehe ich auch. Sie können mit ihnen auch nicht über Sinn und Zweck des Mobilfunks diskutieren – das wäre bei 50 Millionen Handys in unserem Land eine lächerliche Diskussion –, sondern es geht ausschließlich um die Akzeptanz von Standorten, und da hat man sich geeinigt.

Ich lese Ihnen abschließend vor, wie man das macht und was der richtige Weg ist. Ich habe mich in der letzten Woche bei der Stadt Rottenburg erkundigt und gebe wieder, was mir dort gesagt worden ist:

Die Zusammenarbeit mit den Mobilfunkbetreibern läuft perfekt. Die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber des Jahres 2001 wird in jeder Hinsicht berücksichtigt. Jeder neue Standort für Mobilfunksender wird mit der Stadt besprochen. Im Einvernehmen mit der Stadt werden die Mobilfunkmasten erstellt. Die Mobilfunkbetreiber selbst achten bereits akribisch darauf, dass Schulen und Kindergärten von Mobilfunkmasten nicht tangiert werden.

Ob das überall in Baden-Württemberg so ist, weiß ich nicht; es ist auf jeden Fall anzustreben. Aber man soll nicht den Leuten irgendetwas vormachen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Wieser CDU: Im Grunde bräuchte nur einer zu sprechen!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf zur Änderung der Landesbauordnung hat schon im Vorfeld bei vielen Menschen im Lande Unruhe verursacht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Eben!)

Es wurden Sorgen um die Risiken des Mobilfunks mobilisiert.

Ich stehe nicht hinter allen Vorwürfen und Bedenken, die dem Mobilfunk gegenüber geäußert werden. Aber wissenschaftliche Institute wie zum Beispiel das ECOLOG-Institut haben klar gesagt: Es gibt zwar noch keine strengen medizinischen Beweise, aber es gibt ernst zu nehmende Hinweise auf gesundheitliche Risiken. Die „Badische Zeitung“ titelte am 16. August 2003: „Krebs durch Handystrahlen ist denkbar“.

(Abg. Hillebrand CDU: Was hat das mit Baurecht zu tun?)

– Lassen Sie mich das weiter ausführen. – Auch die Strahlenschutzkommission verweist auf Studien, die auf eine biologische Wirkung unterhalb der geltenden Grenzwerte hinweisen.

Das heißt, wir haben eine Situation – Herr Hofer sagte das zu Recht –, in der Menschen Sorgen haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Diese Sorgen müssen wir aufnehmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Das ist ein Grundgedanke, in dem ich mit Ihnen klar und deutlich übereinstimme.

Herr Umweltminister Müller sagte im Juli bei der Vorstellung der Ergebnisse des Funkwellenmessprojekts: Weil es bei den Menschen Sorge gibt und wir alle nicht wissen, wie es wirklich ist, ist beim Thema Mobilfunk Transparenz das oberste Gebot. Ich kann ihm da nur voll zustimmen.

Deshalb brauchen wir Verfahren, die transparent sind. Dazu müssen Bürger in die Standortwahl einbezogen werden. Da ist es gut und richtig, dass die Betreiber und die Kommunen eine Vereinbarung geschlossen haben, nach der die Kommunen frühzeitig informiert werden und selbst Vorschläge für Alternativstandorte unterbreiten können. Aber auch nach dieser Vereinbarung entscheiden letztendlich die Betreiber und bleiben die Kommunen außen vor. Das heißt, die Kommunen sitzen am kürzeren Hebel, wenn sie eine andere Vorstellung haben.

Ich will nicht bestreiten, dass es Einigungen gibt und dass es auf kommunaler Ebene Pläne gibt. In Sinzheim zum Beispiel ist so etwas in Arbeit; dort wird ein Konsens gesucht. Dann ist alles okay. Aber wir müssen Regelungen schaffen: Was ist im Konfliktfall, wenn Kommune und Betreiber nicht auf einen Nenner kommen?

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Da ist die Regelung, wie sie die Landesregierung jetzt anstrebt, aus meiner Sicht kontraproduktiv.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn wir nämlich das Genehmigungsverfahren abschaffen, braucht ein Mobilfunkbetreiber nur mit dem Grundstückseigentümer einen Vertrag zu schließen und kann dann anfangen zu bauen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Dr. Witzel)

Wir wollen aber, dass ein Genehmigungsverfahren bleibt. Denn ein Genehmigungsverfahren eröffnet auch die Möglichkeit, über einen bestimmten Standort zu diskutieren, und im Rahmen des Genehmigungsverfahrens können auch andere Standorte diskutiert und in die Debatte gebracht werden.

Im Sinne der Tatsache, dass wir Transparenz haben wollen, dass die Bürger einbezogen werden und

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

gerade bei umstrittenen Standorten auch andere Vorschläge einbringen können und dass die Betreiber nicht einfach sagen können: „Wir wollen den Standort da und da haben“, sind wir dafür, dass die Genehmigungspflicht im bisherigen Umfang bleibt. Daher lehnen wir den vorgelegten Gesetzesentwurf ab.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Dr. Witzel, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Kollegen Hofer?

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Witzel, sind Sie mit mir darin einig, dass die Kommunen dies ohne Bauordnungsrecht machen können? Denn das Bauplanungsrecht ist durch die Landesbauordnung in gar keiner Weise berührt. Jeder Gemeinderat kann dies über das Bauplanungsrecht machen. Dann hat er die Diskussion und die Transparenz, von der Sie sprechen.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist das Bauplanungsrecht. Ich hatte die Gemeinde Sinzheim angesprochen. Sie versucht das auf diesem Weg.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist auch in Merzhausen so!)

– Ja. – Aber in einer Gemeinde, die das nicht macht, kann Folgendes passieren – Sie sprechen Merzhausen an; dort ist es so –: Ich bekomme von einer Nachbarin einen Anruf: „Auf dem Nachbarhaus wird eine Antenne aufgebaut. Ich wusste nichts davon, das Bürgermeisteramt weiß nichts davon.“ Nur weil ein privater Vertrag geschlossen wurde, wird eine Mobilfunkantenne errichtet. Diese Situation wollen wir einfach vermeiden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzesentwurfs Drucksache 13/2283. Es wird vorgeschlagen, den Gesetzesentwurf an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesseilbahngesetzes – Drucksache 13/2296

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat beschlossen, dass der Gesetzesentwurf Drucksache 13/2296 ohne Aussprache an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr überwiesen werden soll. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Erste Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2396

Das Präsidium hat für die Aussprache über den Gesetzesentwurf im Anschluss an die Begründung des Gesetzesentwurfs durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen liegt ein Gesetzesentwurf zur Ersten Beratung vor, in dem die Landesregierung zum ersten Mal von der Möglichkeit Gebrauch macht, die bisher bundesrechtlich geregelten Einmalzahlungen – das so genannte Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld – eigenständig zu regeln.

Die Lage der öffentlichen Haushalte kann – nicht zuletzt auch wegen der Politik der Bundesregierung – nur noch als dramatisch beschrieben werden.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es!)

Dies zwingt auch die Landesregierung, drastische Sparmaßnahmen zu ergreifen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Sie schmunzeln, Herr Minister!)

– Weil Sie das heute schon öfter gehört haben.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Dabei können die Personalausgaben nicht ausgeklammert werden, da sie im Landeshaushalt den größten Ausgabenblock darstellen.

Natürlich sind Kürzungen schmerzhaft für unsere Beamtinnen und Beamten, und für deren Enttäuschung habe ich durchaus Verständnis. Aber bei einer Rekordverschuldung von über 2 Milliarden €, die wir in diesem Jahr haben werden, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als auch von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Solidarbeitrag einzufordern.

Nach dem Ihnen vorliegenden Gesetzesentwurf werden die künftigen Leistungen in ihrer Höhe knapp 30 % hinter den bisherigen Leistungen zurückbleiben. Dadurch können Personalkosten in Höhe von ungefähr 194 Millionen € eingespart werden.

Nach dem Gesetzesentwurf werden an die Stelle der bisherigen jährlichen Sonderzuwendungen und des Urlaubsgeldes künftig so genannte Sonderzahlungen treten.

(Minister Stratthaus)

Lassen Sie mich kurz auf die Kernpunkte des Gesetzentwurfs eingehen.

Die Beamten und Versorgungsempfänger erhalten mit den Dezemberbezügen in diesem Jahr letztmalig die Sonderzahlung wie in den früheren Jahren als Einmalzahlung. Der Bemessungsfaktor für die Sonderzahlung wird im Vergleich zum Vorjahr von 86,31 % auf 57,5 % der Bemessungsgrundlage, die etwa einem Monatsgehalt entspricht, reduziert. Dies bedeutet im Klartext, dass die Sonderzahlung für Dezember 2003 bei Beamten, die weder Ehefrau noch Kinder haben – oder auch bei Beamtinnen, die weder Ehemann noch Kinder haben –, in der Regel nur noch 57,5 % ihres jeweiligen Dezembergehaltes betragen wird. Eine Ausnahme ist für die familienbezogenen Anteile der Sonderzahlung vorgesehen. Soweit Familienzuschläge Bemessungsgrundlage für die Sonderzulage sind, soll es beim bisherigen Bemessungsfaktor von 86,31 % bleiben. Dieser Teil soll also nicht gekürzt werden. Die Festsetzung des Bemessungsfaktors im Jahr 2003 auf 57,5 %, das heißt unter das Niveau der Folgejahre, ist notwendig, damit wir das für das Jahr 2003 gesetzte Einsparziel erreichen.

Ab dem Jahr 2004 soll es das Urlaubsgeld als solches nicht mehr geben. Die Sonderzahlung soll nicht mehr als Einmalzahlung mit den Dezemberbezügen erfolgen, sondern für Beamte monatlich erbracht und zusammen mit den monatlichen Bezügen ausbezahlt werden.

Die Bemessungsfaktoren betragen auf die Monatsbezüge bezogen 5,33 % bzw. hinsichtlich der familienbezogenen Anteile 7,19 %. Wenn man diese Faktoren auf das Jahr umrechnet, ergibt sich ein Bemessungsfaktor von 64 % bzw. rund 86,3 % der familienbezogenen Bestandteile.

Die Sonderzahlungen sind ruhegehaltstauglich. Versorgungsempfänger erhalten daher grundsätzlich ein entsprechend erhöhtes Ruhegehalt.

Meine Damen und Herren, ich bin mir dessen bewusst, dass das Gesetz für die Beamtinnen und Beamten harte Einschnitte bringt. Es sind allerdings Einschnitte, die auch alle anderen Länder und der Bund vornehmen. Baden-Württemberg war eines der ersten Bundesländer, das gesagt hat, dass es dies machen werde. Es ist ja in etwa eine Übernahme dessen, was der Beamtenbund in einem anderen Zusammenhang vorgeschlagen hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Prima Vorschlag!)

In der Zwischenzeit liegen allerdings vom Bund und von den Ländern Vorschläge vor, die in vielen Fällen wesentlich weiter gehen als der vorliegende Gesetzentwurf für Baden-Württemberg. Bayern nimmt seine Beamtinnen und Beamten weniger in Anspruch. Die anderen Länder verfahren entweder in etwa so wie wir oder reduzieren die Sonderzahlungen wesentlich stärker.

Von den Spitzenorganisationen der Berufsverbände und der Gewerkschaften war – das verstehe ich – keine Zustimmung zu erwarten. Aber ich bin überzeugt, dass es keine Alternative gibt. Ich weise immer wieder darauf hin, dass ungefähr 41 % unserer Ausgaben direkte Personalkosten sind. Wenn Sie die indirekten Personalkosten noch dazunehmen, dann machen die Personalkosten mehr als die Hälfte der Ausga-

ben aus. Wenn wir unsere Haushalte konsolidieren wollen, dann ist es klar, dass wir nicht an den Personalkosten vorbeikommen.

Wir glauben, dass wir mit diesen Einsparungen dem Ziel etwas näher kommen werden, den Haushalt zu konsolidieren und vor allen Dingen die verbliebenen Leistungen zukunftsfähig zu machen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir die verbliebenen Leistungen, also die um etwa 30 % gekürzten Leistungen, zwölfteln und auf das Monatsgehalt aufschlagen, sodass sie in Zukunft auch an Gehaltssteigerungen teilnehmen. Das ist ein Unterschied zu dem, was viele andere Länder machen.

Meine Damen und Herren, wir haben eine familienbezogene Komponente eingeführt, weil wir glauben, dass Familien besonders gefördert und geschützt werden sollen. Ansonsten haben wir alle Beamtengruppen gleich behandelt.

Ich möchte Sie bitten, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage der öffentlichen Haushalte ist prekär. Angesichts der Wachstumsschwäche und der Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand ist es angezeigt und notwendig, Einsparungen gerade auch im Personalbereich nicht auszuklammern, sondern einzubeziehen. Gerade wurde schon gesagt: Die Personalkosten im Land Baden-Württemberg betragen ca. 42 %. Wenn man die Personalkostenzuschüsse des Landes an Dritte noch einbezieht, betragen sie sogar ca. 50 %.

Es hatte zunächst einen Vorstoß des Landes Berlin für eine Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung gegeben. Danach kam ein Vorschlag des Beamtenbunds. Darin war eine Senkung der jährlichen Sonderzuwendung, deren Teilung durch zwölf, ihre Integration in die monatlichen Dienstbezüge und damit eine Dynamisierung sowie die Streichung des Urlaubsgelds und eine Verwendung des eingesparten Betrags für leistungsabhängige Besoldungsbestandteile enthalten. Wir von der CDU-Fraktion möchten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich hervorheben, dass diese Landesregierung und ebenso die CDU-Fraktion diesen Vorschlag des Beamtenbunds voll unterstützt haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Sie alle wissen, dass dieser Vorschlag dann nicht umgesetzt werden konnte, da er im Bundesrat keine Mehrheit gefunden hat, und dass es dann zu einer Öffnungsklausel gekommen ist. Dabei gab es aber keine bundeseinheitliche Regelung, wie es vom Beamtenbund gewünscht war, sondern eben die bekannte Öffnungsklausel für die Länder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was beinhaltet die neue Regelung? Sie beinhaltet, dass das Weihnachtsgeld auf 57,5 % der Bemessungsgrundlage für 2003 gesenkt wird und dass es keine Kürzung des familienbezogenen Anteils der Sonderzuwendung im Jahr 2003 gibt.

(Dr. Scheffold)

Für das Jahr 2004 sieht es so aus, dass das Urlaubsgeld gestrichen wird und beim Weihnachtsgeld eine Zwölfteilung der Auszahlungsbeträge erfolgt. Damit erfolgt auch eine Dynamisierung,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

und damit wird auch eine Ruhegehaltspflicht der Sonderzahlung erreicht. Wir haben also ganz wichtige und wesentliche soziale Elemente mit dieser Regelung umfasst.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Insbesondere die Familien sind bei dieser Regelung berücksichtigt. Darauf möchte ich namens der CDU-Fraktion hier nochmals ausdrücklich hinweisen.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist besonders wichtig!)

Diese Regelung hat eine ausgesprochen familienpolitische Komponente. Diese sollte an dieser Stelle auch nochmals hervorgehoben werden.

Ich kann das auch einmal in Zahlen sagen. Wenn man die Familienkomponente und das Grundgehalt zusammenfasst, dann führt das bei einer Familie mit zwei Kindern bei einem Beamten in Besoldungsgruppe A 9 nicht zu einer Rückführung auf 64 %, sondern zu einer Rückführung auf lediglich 66,26 %. Das bedeutet bei diesem Beamten mit zwei Kindern eine Mehrzahlung in Höhe von 60 €. Wenn er drei Kinder hätte, würde es sogar eine Mehrzahlung von 85,20 € bedeuten. Das sind nicht unerhebliche Mehrbeträge.

(Abg. Fischer SPD: Die hat er aber vorher auch gehabt!)

Wir glauben, dass das an dieser Stelle einfach nochmals hervorgehoben werden sollte.

Ein zweiter Punkt ist mir wichtig: Wir haben diese Einschränkungen machen müssen. Wir sehen auch die Belastungen, die die Beamtinnen und Beamten damit hinnehmen müssen. Ich möchte aber doch sagen, dass es eine ganze Vielzahl von Ländern gibt, Herr Kollege Fischer, die weit schwerer wiegende Absenkungen vorgenommen haben. Ich sage Ihnen: Für das Jahr 2004 sind es die Länder Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die allesamt weit tiefer in die Taschen der Beamtinnen und Beamten hineingreifen.

(Abg. Fischer SPD: Ich habe das nur gesagt, weil Sie jetzt die Kinderkomponente berechnet haben! Die haben wir doch vorher auch gehabt!)

Dies betrifft vor allem auch SPD-geführte Bundesländer. Ich habe das ja vorgetragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir von der CDU-Fraktion unterstützen diesen Gesetzentwurf der Landesregierung und werden ihm zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie, Herr Dr. Scheffold, auf die anderen Bundesländer verweisen, dann möchte ich zunächst einmal auf das Land Baden-Württemberg zurückkommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Da sind wir, ja!)

Dabei will ich an das anschließen, was Sie, Herr Finanzminister, zuvor gesagt haben. Sie haben sich wegen der Schnelligkeit, mit der Sie diese Sparmaßnahmen sehr frühzeitig angekündigt haben, ein bisschen selbst gelobt. Es stimmt: Sie haben diese Sparmaßnahmen schon angekündigt, bevor der Bund die Öffnungsklausel formal beschlossen hat. Da waren Sie in der Tat sehr fix. Wir würden uns wünschen, dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen bei anderen Gesetzentwürfen auch so schnell wären, insbesondere beim Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes,

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

den Sie uns schon mehrfach versprochen haben. Kollege Reinhart hat bei der letzten Debatte über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes im Frühjahr vollmundig erklärt, bis Ende Mai würden die Koalitionsfraktionen diesen Gesetzentwurf vorlegen. Wir warten immer noch darauf. Wo bleibt der Gesetzentwurf?

Herr Minister, ich sehe hier folgenden Zusammenhang: Es wäre ein Signal an die Bediensteten in diesem Land, für die das Land Arbeitgeber ist, wenn Sie mit gutem Beispiel vorangingen und diesen Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes endlich einmal auf den Weg bringen würden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Scheffold, nachdem Sie auf die anderen Bundesländer verwiesen haben, möchte ich insoweit zunächst einmal an Baden-Württemberg festhalten. Natürlich sehen auch andere Länder Kürzungen vor. Wenn Sie sich allerdings die bayerische Regelung anschauen, stellen Sie schon wieder eine Ausnahme fest. Dieses Gesetz betrifft ja nicht allein die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes. Sie haben ja eine ganze Menge von Grausamkeiten begangen. Ich denke beispielsweise daran, wie Sie mit den Bediensteten unseres Landes im Zusammenhang mit dem Projekt NSI umgehen. Sie tragen dieses Projekt auf dem Rücken der Bediensteten aus und erwarten, dass sich dieses Projekt durch Stellenabbau mit einer Effizienzrendite finanziert. Letztlich tragen dies die Bediensteten dieses Bundeslandes.

Auch bei der Verwaltungsreform – gleiches Stichwort: Effizienzrendite – geht die Umsetzung der Reformvorschläge zulasten der Bediensteten in diesem Bundesland. Die müssen das letztlich erwirtschaften. Es wird ja auch offen gesagt, dass das ganze Projekt nur bei entsprechendem Personalabbau funktioniert.

Natürlich stellen wir uns nicht einfach hin und lehnen alles ab. Wir haben auch Verständnis dafür, dass überall und bei jedem gespart werden muss. Das ist alles recht und gut.

(Stickelberger)

Wenn Sie sich aber die Stellungnahmen der Verbände anschauen, stellen Sie fest, Herr Finanzminister, dass die durchaus differenziert sind und insbesondere Entlastungen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen vorschlagen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Zu Recht!)

– Zu Recht, wie Sie, Herr Dr. Caroli, sagen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ich habe den Antrag schon eingebracht!)

Daran fehlt es bei Ihrem Gesetzentwurf.

Ich darf einmal Ihren Kollegen Minister Dr. Döring zitieren. Ich zitiere nicht Sie, Herr Finanzminister; das ist mir in Anbetracht der vormittäglichen Diskussion viel zu heiß. Ich darf aber Ihren Kollegen Dr. Döring zitieren. Er hat – nachzulesen in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 26. November – gesagt: „Wer in Stuttgart wohnt, braucht jeden Euro.“ Auch das Weihnachtsgeld sei von vielen fest verplant und keineswegs für den Konsum verfügbar. So der Herr Wirtschaftsminister, dem ich voll zustimme. Er hat dies im Zusammenhang damit gesagt, dass er lieber eine Arbeitszeiterhöhung als eine Reduzierung bei den Besoldungselementen in Kauf nehmen würde.

Ich will das einmal ein bisschen aus der Höhe der großen Politik herunterzonen. Herr Dr. Scheffold, nachdem Sie Zahlen genannt haben, will ich auch eine Zahl nennen. Ein Polizeiobermeister in der zweiten Stufe, ledig, erhält ein Grundgehalt von 1 763 €. Ich sage dies nur, damit man einmal eine Zahl hat, an der man die weitere Diskussion festmachen kann. Bei diesem Grundgehalt sind natürlich ein paar Hundert Euro Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld eine ganze Menge. Das muss man sehen. Der Herr Finanzminister hat ja auch eingeräumt, dass eine Kürzung Härten bringt. Allerdings vermissen wir eine ausreichende soziale Berücksichtigung dieser Tatsache im Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten diese pauschalen Kürzungen mit dem Rasenmäher für nicht verantwortbar, weil sie insbesondere die mittleren und unteren Einkommensgruppen ähnlich belasten, prozentual zum Teil noch stärker.

(Abg. Fleischer CDU: Das stimmt doch gar nicht! –
Abg. Dr. Scheffold CDU: Wer mehr verdient,
kriegt natürlich weniger!)

– Jetzt lassen Sie das einmal.

Wir kritisieren auch die verkappte Rückwirkung dieses Gesetzes. Die Einschnitte sollen ja schon für das Jahr 2003 erfolgen; die Prozentzahlen haben Sie genannt. Mit diesen Einschnitten für das Jahr 2003 holen Sie natürlich das bereits ausgezahlte Urlaubsgeld wieder zurück. Das, meine Damen und Herren, halten wir unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes für die Bediensteten dieses Landes für schlicht unzumutbar.

(Beifall bei der SPD)

Und die Krone setzen Sie dem noch auf, wenn Sie berücksichtigen, dass Sie die gleiche Regelung auch auf Versorgungsempfänger anwenden, die überhaupt kein Urlaubsgeld

bekommen. Auch da legen Sie diesen niedrigeren Prozentsatz für das Jahr 2003 zugrunde. Das ist unseres Erachtens eigentlich Etikettenschwindel. So sollte man mit den Bediensteten dieses Landes nicht umgehen.

(Abg. Fleischer CDU: Macht eine bessere Politik in Berlin! Sie machen es sich einfach!)

– Ach, Herr Fleischer, gehen Sie doch nach Berlin, wenn es Ihnen da so gut gefällt. Immer wenn es brenzlig wird, wenn Sie mit Ihren hausgemachten Schwierigkeiten in diesem Bundesland konfrontiert werden,

(Abg. Fleischer CDU: Sie tauchen weg! Das sind keine hausgemachten Sachen!)

deuten Sie mit dem Zeigefinger nach Berlin. So einfach können Sie sich das nicht machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: So geht es nicht! Sie machen den billigen Jakob!)

Für die zig Millionen, die Sie mit NSI in den Sand setzen, könnten Sie in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen viel Entlastung schaffen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Genau! Sie schmeißen das Geld zum Fenster hinaus! Das weisen wir euch nach!)

Ich komme gleich zum Abschluss und darf unsere Position verdeutlichen. Wir tragen Kürzungen bis zur Besoldungsgruppe A 8 nicht mit. Wir tragen Regelungen für das Jahr 2004 mit und würden eine Verringerung des Prozentsatzes auf 75 % bis Besoldungsgruppe A 11 mitmachen.

(Abg. Fleischer CDU: Wo ist denn bei euch der Ausgleich?)

Wir wollen eine Gleichstellung der Pensionäre, plädieren für ein Urlaubsgeld von mindestens 100 € in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen und schlagen, weil Sie uns ja nach dem Ausgleich fragen,

(Abg. Fleischer CDU: Womit bezahlen Sie es? Mit NSI?)

im Bereich der B-Besoldung, C-Besoldung und R-Besoldung ein Einfrieren des Weihnachtsgeldes auf die Stufe von A 16 vor. Das wäre unser Vorschlag für die weitere Beratung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer und Abg. Herrmann CDU: Leistungsfeindlich! – Abg. Herrmann CDU: Sozialistische Politik!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt jetzt mein besonderer Gruß dem Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul, Herrn Dr. Germano Rigotto.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Gouverneur Dr. Rigotto stattet dem Land Baden-Württemberg heute im Rahmen seiner Europareise einen

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Kurzbesuch ab. In seiner Begleitung befinden sich der Staatssekretär für Landesentwicklung und Internationale Fragen, Abgeordnete des Parlaments von Rio Grande do Sul sowie Herr Generalkonsul Moretzsohn de Andrade und Herr Honorarkonsul Schreiner.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Gouverneur, meine Herren Kollegen, ich darf Sie und Ihre Begleitung hier im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen weiterhin einen angenehmen und informativen Aufenthalt in unserem Land wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stickelberger, manches Mal beneide ich die Opposition. Vor allem wenn man ein Gesetz beschließen muss, das nicht mit Wohltaten einhergeht, sondern wenn man Einschränkungen macht, haben Sie es natürlich leichter und können hier herunterziehen, was Sie an Einschnitten, die die meisten Menschen nicht wollen, alles nicht haben möchten,

(Abg. Zeller SPD: Aber sehr seriös!)

auch wenn Sie dann im Bereich der B-Besoldung so ein ganz kleines bisschen noch den Stift angelegt haben. Aber Sie wissen, dass das in keinem vernünftigen Verhältnis steht. Herr Stickelberger, ich sagte Ihnen gerade: Manches Mal beneide ich die Damen und Herren in der Opposition, aber meistens doch nicht. Sie wissen natürlich, dass Sie letztlich gestalterisch doch nichts machen können.

(Abg. Stickelberger SPD: Das trifft Sie auch wieder!)

– Wir machen diese Erfahrung in Berlin, zugegeben, aber jetzt sind wir in Stuttgart.

(Abg. Birzele SPD: Sie könnten und tun nicht!)

Meine Damen und Herren, die Streichung des Urlaubsgelds und die Absenkung des Weihnachtsgelds auf 64 % sind natürlich ein schwerer Eingriff in die Beamtenbesoldung. Trotzdem hat man sich bei der Umsetzung um Konsens bemüht. Ein wesentlicher Punkt ist das Weihnachtsgeld, das so, wie es nach der jetzigen Regelung kommen soll, im Prinzip den Vorstellungen des Beamtenbundes entspricht, also Zwölftelung des 13. Gehalts, Auszahlung jeweils mit dem monatlichen Gehalt, Ruhegehaltsfähigkeit dieses gezölftelten Weihnachtsgeldes und selbstverständlich auch Einbeziehung in Gehaltssteigerungen.

(Abg. Blenke CDU: Das ist entscheidend!)

Man hat sich auch sehr und, wie ich denke, erfolgreich um Fingerspitzengefühl bemüht. Man hat wirklich nur das getan, was aufgrund dieser katastrophalen Haushaltslage, in der wir uns befinden, unabdingbar ist.

Trotzdem sind wir, meine Damen und Herren, in Baden-Württemberg, relativ gesehen und ausgenommen Bayern,

noch auf einer Insel der Glückseligen. Gott sei Dank muss bei uns die Einschränkung bedeutend geringer ausfallen als in den allermeisten Bundesländern in Deutschland.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

Abg. Oelmayer GRÜNE: Meine Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und Oh-Rufe – Vereinzelt Beifall – Abg. Fischer SPD: „Meine Präsidentin“! – Abg. Drexler SPD: Gibts jetzt schon „meine“ und „deine“?)

– Ja, welche denn sonst? Eure? Ich fahre fort, sonst geht meine Redezeit verloren.

Kollege Glück, eigentlich wollte ich das Zitat weglassen. Aber so viel einmal zur Glaubwürdigkeit der Politik, weil Sie ja gerade darauf abgehoben haben, dass Sie ganz froh seien, ein Vertreter einer Regierungsfraktion zu sein: Ich lese Ihnen einmal vor, was der Vertreter der FDP im Landtag von Schleswig-Holstein – dort sitzt er in der Opposition – zum gleichen Gesetz gesagt hat. Hören Sie einmal genau zu, was er gesagt hat und was ich nachher für meine Fraktion sage! Er hat gesagt:

Beamte zahlen für die Politik dieser maroden Regierung – . . . Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld.

Weiter:

Die Beamtinnen und Beamten müssen nun die Suppe auslöffeln, die diese Landesregierung ihnen eingebrockt hat.

Der Punkt ist: In Schleswig-Holstein regiert Rot-Grün, hier regiert Gelb-Schwarz, und schon haben Sie eine hundertprozentige Umkehrung der Verhältnisse, auch in Ihrem Redebeitrag. Das trägt nicht zur Glaubwürdigkeit von Politik bei, Kollege Glück.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Von der FDP!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Oelmayer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Glück?

Abg. Oelmayer GRÜNE: Wenn ich nachher noch Zeit habe, gerne.

Zum Thema: Wir haben es ja schon verlautbart. Bevor wir diese Debatte geführt haben, haben wir in unserer Fraktion darüber diskutiert, wie wir mit diesem Gesetzentwurf umgehen. Wir sind uns – das macht nun den Unterschied zur FDP aus –, obwohl wir hier keine Regierungsverantwortung tragen, der Verantwortung für das Land bewusst

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr gut!)

und tragen den Gesetzentwurf mit einigen wenigen Abweichungen, die ich noch vortragen werde, prinzipiell mit,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Respekt!)

(Oelmayer)

weil wir der Auffassung sind, dass dies aufgrund der maroden Finanzsituation – 1 Milliarde € ist schon eingespart; nach allem, was uns bekannt ist, wird das nicht reichen; darüber hinaus wird es zu einer Nettoneuverschuldung in der Größenordnung von 1, 1,5, vielleicht 2 Milliarden € kommen; ich mag es jetzt nicht genau prognostizieren; Herr Finanzminister, ich lasse mich da gern eines Besseren belehren – notwendig ist. Wir sind der Auffassung, dass es nicht angehen kann, dass wir uns weiterhin – egal, ob wir Gehälter, Personalkosten oder Investitionen damit bezahlen – auf Pump betätigen. Deswegen sind wir der Auffassung, dass der Gesetzentwurf prinzipiell in die richtige Richtung geht.

Zu den von uns begehrten Abweichungen: Die Landesregierung hat eine Sozialkomponente beim Familienzuschlag eingebaut. Das begrüßen wir. Wir sind aber auch der Auffassung – ich kann das für unsere Fraktion präzisieren –, dass wir die Beamten des einfachen und des mittleren Dienstes – darunter befinden sich sehr viele Polizeibeamte, Strafvollzugs-, Vollstreckungsbeamte etc. pp.; das sind Menschen, die tagtäglich im Land im wahrsten Sinne des Wortes den Kopf hinhalten müssen – von dieser Streichung ausnehmen sollten.

Ich habe mir – obwohl ich kein Ministerium zur Verfügung habe – einmal die Mühe gemacht, in etwa zu berechnen, welche Reduzierung des Sparvolumens sich durch diese Abweichung ergeben würde. Nach den Berechnungen, die ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angestellt habe, komme ich auf eine Reduzierung des Sparvolumens um 10 bis 12 Millionen €. Das heißt, das Sparvolumen würde sich von den von der Landesregierung angepeilten 194 Millionen € auf etwa 180 bis 182 Millionen € reduzieren. Sehen Sie es mir nach, wenn wir es nicht auf Heller und Cent ausrechnen können, aber der Größenordnung nach kommt man auf diesen Betrag.

Ein Zweites, was wir an dem Gesetzentwurf ablehnen – das werden wir in dieser Form einbringen, wenn wir im Ausschuss darüber zu beraten und zu entscheiden haben, letztendlich auch im Parlament –, ist die Zwölfteilung der Sonderzahlung, weil damit, meine Kolleginnen und Kollegen, ja das Sparziel auf Sicht wieder konterkariert wird. Wenn wir jetzt kürzen und wenn wir uns schon den Ärger – ich denke, teilweise zu Recht – einhandeln, dann macht es keinen Sinn, wenn wir diese Kürzung quasi über die Hintertür wieder egalisieren. Insofern werden wir auch gegen diesen Punkt angehen, wenn es zu einer Beratung und zur Entscheidung kommt.

Ein Letztes möchte ich für meine Fraktion noch erwähnen, liebe Kolleginnen und Kollegen – und das sage ich ganz bewusst auch an den Kollegen Stickelberger und die SPD-Fraktion gerichtet –:

(Abg. Döpfer CDU: Sehr richtig!)

Von den Menschen, die 40 Jahre lang in einer Fabrik arbeiten, ist noch niemand auf die Idee gekommen, analog zur 13. Beamtenpension eine 13. Rente zu fordern. Deswegen müssen wir bei der Öffnungsklausel perspektivisch natürlich auch diese 13. Pension, die das Land nach meinen Informationen insgesamt jährlich 147 Millionen € kostet, als mögliches weiteres Sparpotenzial im Auge behalten,

(Widerspruch der Abg. Dr. Caroli und Schmiedel
SPD – Abg. Schmiedel SPD: Was heißt das? – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU: Das ist konstruktiv!
– Abg. Blenke CDU zur SPD: Das ist konstruktive
Oppositionsarbeit! Davon könnt ihr lernen!)

weil das, glaube ich, auch von der sozialen Staffelung her sinnvoll wäre – hören Sie zu, Kollege Schmiedel! –, denn wir wollen die Menschen in den unteren Gehaltskategorien nicht belasten, halten das im Gegenzug dazu aber bei Menschen, die in das Pensionsalter eingetreten sind, für eher zumutbar. Wir haben diesbezüglich aber noch keinen Antrag formuliert.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann:
Aha!)

Es wird darauf ankommen, ob der Finanzminister mit seinen Prognosen Recht behält. – Nicht „Ja, ja!“, Frau Kollegin Haußmann!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: „Aha!“ habe ich gesagt!)

Entscheidend ist, ob der Finanzminister mit seinen Prognosen zur Nettoneuverschuldung Recht behält. Daran werden wir uns dann orientieren.

Ein allerletzter Punkt, den ich noch erwähnen möchte – ich komme zum Ende, Frau Präsidentin –: Eine Problematik bleibt uns natürlich. Das weiß man auch als Bürger, wenn man im Land unterwegs ist: In ein und denselben Amtsstuben gibt es Menschen, die nach A 8 besoldet sind und dort als Beamte schaffen, und andere, die dort als Angestellte ihren Dienst tun und die wir daher jetzt nicht mit Sonderkürzungen belegen können. Ich hätte eigentlich gedacht und erhofft, dass die Landesregierung vielleicht damit beginnt, schon einmal in die Richtung zu agieren, den durch die Einschnitte im Beamtenbereich entstehenden Ungerechtigkeiten, die wir als Fraktion GRÜNE in diesem Haus nicht befürworten können, entgegenzuwirken.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bin gespannt auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Blenke und Zimmermann CDU – Abg. Blenke CDU: Das ist konstruktive Oppositionsarbeit! Dafür kriegt ihr Applaus!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, nach der Ersten Beratung soll der Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/2396, an den Finanzausschuss überwiesen werden. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 beendet.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung – Drucksache 13/2430

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, vorgesehen.

Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Abg. Stickelberger SPD: Schon wieder ein Kernkraftthema!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Maßnahmen der Lehrerfort- und -weiterbildung sind zentrale Instrumente für Unterrichtsentwicklung, Schul- und Personalentwicklung. In dem Maße, in dem wir eine Umsteuerung des Bildungswesens vornehmen, Bildungsstandards einführen und Evaluation praktizieren, wird auch die Möglichkeit der Schule, systematische Fortbildungskonzepte zu entwickeln, wichtiger.

Deshalb legen wir Ihnen heute einen Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Lehrerfortbildungsakademien vor, mit dem wir bestehende Fortbildungsstrukturen weiterentwickeln, um auf neue Situationen der Schule, um auf eine weiterentwickelte Schule Antwort zu geben.

Zu Ihrer Orientierung: Die Leistungsdaten der Lehrerfortbildung in Baden-Württemberg sind schon heute beachtlich. Bei hunderttausend Lehrerinnen und Lehrern, die wir in Baden-Württemberg haben, gibt es jährlich durchschnittlich insgesamt rund 50 000 Teilnahmeplätze an zentralen und regionalen Fortbildungseinrichtungen.

Dabei ist zu beobachten, dass einerseits die Multiplikatorfortbildung bedeutsamer wird angesichts von pädagogischen Innovationen. Ich erinnere an die Einführung der Fremdsprache in der Grundschule, bei der wir mithilfe unserer Akademien und deren Konzepten 11 000 Grundschullehrkräfte in einem relativ kurzen Zeitraum weitergebildet haben. Wir haben 300 Multiplikatoren für didaktische und methodische Fragen. Dazu haben insgesamt 60 Veranstaltungen an den Akademien stattgefunden.

Der zweite Punkt, auf den ich aufmerksam machen möchte: Stand in der Vergangenheit der Weiterbildungskurs im Vordergrund, der außerhalb der Schule von einzelnen Lehrern wahrgenommen wurde, so ist es heute wichtig, immer mehr Fortbildungen für die gesamte Schule oder für Fachkonferenzen anzubieten. Es gibt, wenn man so will, neue Leitlinien mit einer starken Tendenz hin zur Regionalisierung. Das heißt, Ziel dieser Entwicklung, die sich nicht mehr nur an die einzelnen Lehrer und Lehrerinnen richtet, sondern an die Schule als ganze, ist eine systematische Bildungsplanung der Schule durch gemeinsame Bedarfsdefinition, Absprache über arbeitsteiligen Besuch von Fortbildungsveranstaltungen und konsequente Weiterbefassung, also Transformation in das Kollegium und seine Prozesse der Unterrichts- und Schulentwicklung.

In diesem Zusammenhang werden wir auch in Modellprojekten die Möglichkeiten und natürlich zunächst auch Grenzen von Fortbildungsbudgets für Schulen prüfen. Ich glaube, das ist mittel- und langfristig ein notwendiger Schritt, der sich aus dieser Dezentralisierung ergibt.

Schließlich werden Fortbildungen verstärkt nicht nur aus Einzelveranstaltungen bestehen, sondern prozessorientiert

und eben schulintern anzulegen sein. Wir gehen davon aus, dass zu den inneren Schulentwicklungsprozessen auch die Fortbildungspläne der Schulen, an ihrem Bedarf orientiert, gehören.

Diesen Prozess voranzubringen, einerseits den Prozess der Konzeptentwicklung im Blick auf die Weiterbildung von Multiplikatoren für pädagogische Innovationen und andererseits die Unterstützung von innerschulischen Fortbildungsplänen, konzeptionelle Anregung, die Frage von Qualifizierungsstrategien, sind genau die Aufgaben der neuen Landesakademie, die wir mit diesem Gesetz schaffen, die an vier Standorten vertreten ist: in Calw, auf der Comburg, in Donaueschingen und in Esslingen. Diese vier Standorte werden zu einer landesweiten Akademie zusammengefasst, die die landesweit relevanten Fortbildungsaufgaben schulartübergreifend bündelt, die schulartspezifische und -übergreifende Konzeptentwicklung bei landesweiten Fortbildungsprojekten und die Schulung entsprechender Multiplikatoren vornimmt, die schulartspezifische und -übergreifende stetige Qualifikation von Fortbildungs- und Beratungspersonal, das den Schulen auf Abruf zur Verfügung gestellt wird, übernimmt, eine Akademie, die die landesweite Zertifizierung von externen Anbietern zum Beispiel bei Multimedia- oder Sprachschulungen für Grundschullehrkräfte vornimmt und die zugleich Qualifizierungsangebote für das gesamte pädagogische Leitungspersonal in Schule und Schulverwaltung ausgestaltet, also auch Angebote für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben im schulischen System, zum Beispiel im Bereich der Lehrerbildung, und Gewährleistung von Angeboten für kleine Fachgruppen.

Diese zentrale Landesakademie für Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Schulen soll eng mit Hochschulen und Seminaren zusammenarbeiten. Das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein. Den Grundgedanken, dass Hochschule auch den Auftrag der Weiterbildung hat, haben wir eigentlich schon entwickelt, und der ist akzeptiert. Ich glaube, dass das auch in besonderer Weise für unsere Pädagogischen Hochschulen gelten sollte: nicht nur Studienangebote, sondern auch Angebote für die Weiterbildung. Das heißt, Hochschulen, Seminare und diese Akademie werden auch in ein kontinuierliches Gespräch, in ein Netzwerk für Fort- und Weiterbildung eintreten.

Das Gleiche gilt bei einzelnen Maßnahmen für Kammern, für Unternehmen, für die Wirtschaft, mit denen wir schon jetzt gut zusammenarbeiten.

Die Zusammenführung der bisherigen vier Einrichtungen macht es einerseits möglich, dass die für die Aufgabenerfüllung erforderliche schulartübergreifende Abstimmung, die Gewährleistung einheitlicher Qualitätsstandards, bereits auf Akademieebene erfolgen kann. Sie erlaubt darüber hinaus, die verwaltungsmäßigen Querschnittsaufgaben, die bisher in Bezug auf die vier Akademien auf Ministeriumsebene wahrgenommen werden mussten, jetzt auf die Akademieebene zu übertragen und damit auch Kosten einzusparen. Die Wirtschaftlichkeit im Blick auf die Verwaltung wird erhöht.

Die neue Einrichtung wird selbstständig über die Kursplanung, Kursausschreibung und Kursbelegung über alle vier Standorte hinweg entscheiden und damit insbesondere bei

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

stark nachgefragten Kursen rasch im Sinne der Schule reagieren können, im Sinne der Ausnutzung der gesamten Belegungskapazität. Natürlich werden auch Synergieeffekte möglich, und – wichtig für die vier Standorte – wir werden nach wie vor jeden Standort im Sinne eines spezifischen Kompetenzprofils weiterentwickeln, also die Comburger Akademie zu einer pädagogischen Führungsakademie, den Akademiestandort in Esslingen mit dem Schwerpunkt der beruflichen Bildung sowie Calw und Donaueschingen mit dem Schwerpunkt allgemein bildende Schulen.

Meine Damen und Herren, die Rechtsform der Landesakademie gewährleistet eigenständiges, rasches und am Bedarf der Schule orientiertes Handeln in der Weiterentwicklung der Fortbildungsangebote und der Weiterentwicklung der Kultur der schulischen Fortbildung. Die Rechtsform der Landesakademie macht sie zu einem gleichberechtigten Partner in der Kooperation mit Partnereinrichtungen. Sie ermöglicht Selbstständigkeit und Flexibilität, und zwar auch im unternehmerischen Sinne, das heißt, die Landesakademie kann Geschäfte mit Dritten tätigen und die Einnahmen für die Weiterentwicklung der Lehrerfortbildung nutzen.

Gleichzeitig bleibt die Durchlässigkeit im Sinne einer Personalentwicklung zum schulischen System gewährleistet. An diese Akademie können auch Lehrkräfte abgeordnet oder teilabgeordnet werden, sodass jeweils projektbezogen und mit spezifischem Sachverstand sichergestellt wird, dass die hochdifferenzierten Aufgaben wahrgenommen werden. Ich halte das für einen wichtigen Punkt. Das gilt übrigens auch für unsere Seminare und die Hochschulen: Es ist nicht schlecht, hin und wieder einmal von der Theorie in die Praxis und von der Praxis in die Theorie zu wechseln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reichardt CDU: Sehr gut!)

Ich glaube, dass wir auf Dauer auch dazu kommen sollten.

Abschließend, meine Damen und Herren: Mit der Neustrukturierung der Akademien, die ich Ihnen heute mit diesem Gesetzentwurf vorlege, wird ein weiterer Schritt zu größerer Eigenständigkeit der Schule getan. Wir streben die operativ selbstständige Schule an. Operativ selbstständige Schule bekommt man aber nur, wenn man ein entsprechendes Unterstützungssystem hat. Diese neue Landesakademie wird ein wichtiges Element in diesem Unterstützungssystem sein.

(Abg. Reichardt CDU: Ein Durchbruch wird das!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm.

Abg. Röhm CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erfreulicherweise geht es in der heutigen Plenardebatte nicht um die Bestandsaufnahme potenzieller bildungspolitischer Defizite und Versäumnisse,

(Abg. Herrmann CDU: Da gibt es ja auch keine!)

sondern um die erste Diskussion und erste Aussprache über schon recht konkret formulierte Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung an unseren Schulen.

(Abg. Reichardt CDU: Also eine Verbesserung!)

Diese Maßnahmen dienen einem Ziel, das über jeglichen Parteienstreit erhaben sein sollte und meines Erachtens auch erhaben ist, nämlich der optimierten Fortbildung unserer Lehrkräfte.

Meine Damen und Herren, was PISA unter anderem ganz klar gezeigt hat, ist die Wichtigkeit der laufenden Fort- und Weiterbildung derjenigen, deren Händen wir die Pflege und Entwicklung unserer, wie wir immer betonen, kostbarsten und wichtigsten Ressource anvertrauen, nämlich die Bildung unserer Kinder.

Der Schritt hinaus über die insgesamt vier bereits bestehenden und bislang eher lose kooperierenden Akademien für Lehrerfortbildung hin zu einer schlagkräftig organisierten und natürlich auch nach modernen Management- und Rechnungsmethoden geführten Landesakademie ist für die CDU-Fraktion ein weiterer und konsequenter Schritt hin zu einem Ziel der verbesserten Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte.

(Beifall bei der CDU)

Diese Fort- und Weiterbildung, meine Damen und Herren, liegt ja in unser aller Interesse und ist doch – oder sollte ich mich etwa täuschen? –

(Abg. Reichardt CDU: Nein!)

in diesem Gremium konsensfähig.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an eine Feststellung des nationalen Koordinators von PISA, Professor Baumert. In seinen Empfehlungen für die notwendige Bildungsreform weist er neben der eben genannten Eigenverantwortlichkeit der Schulen und der Verpflichtung zur Rechenschaftslegung und Kontrolle auf ein drittes Element hin. Er meint damit die Professionalisierung der Lehrerschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Gerade die zentrale Aufgabenstellung der zu gründenden Landesakademie zielt ja genau auf die Professionalisierung der Lehrerschaft ab.

Als Schulleiter bin ich mit den Stärken und Schwächen der derzeitigen Lehrerfort- und -weiterbildung vertraut und stehe deshalb voll und ganz hinter der Idee der Landesakademie. Ich meine, dass eine Ressourcenoptimierung, wie sie mit einer federführenden Landesakademie mit weitgehenden Kompetenzen möglich ist, höchst erstrebenswert ist.

(Beifall bei der CDU)

Meines Erachtens bietet eine Zentralstelle jedoch noch weitere Vorteile. Sie führt als zentraler Ansprechpartner der Institutionen, denen sie primär dienen soll, zu größerer Effizienz bei der Planung und Bündelung der doch recht diversifizierten Angebote in den Bereichen der allgemein bildenden Schulen und natürlich auch der Schulen mit spezifischem Bildungsauftrag.

(Röhm)

Eine Landesakademie ermöglicht meines Erachtens auch die Zusammenführung und Optimierung des Know-hows und der speziellen Kompetenzen der Mitarbeiter, die an den bereits bestehenden Lehrerakademien beschäftigt sind.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Gestatten Sie mir noch einige kurze Bemerkungen zur Konstellation Landesakademie, Schulen und Lehrerfortbildung – Letztere natürlich auch ein in der Öffentlichkeit recht kontrovers diskutiertes Thema.

In der öffentlichen Diskussion ist das Thema Lehrerfortbildung häufig mit dem Thema Unterrichtsausfall verbunden, und die Forderung, die Fortbildung primär in die Ferienzeit zu verlegen, damit weniger Unterricht ausfällt, ist recht populär.

Aus meiner Sicht als Schulleiter bietet eine federführende Landesakademie in Zusammenarbeit mit den an den Schulen noch zu benennenden Fortbildungsbeauftragten große Chancen. Die Fortbildungsbeauftragten signalisieren der Landesakademie den Bedarf an Fortbildungsveranstaltungen. Die Landesakademie ihrerseits zeichnet für das Konzept und die Durchführung der Maßnahmen – natürlich in Übereinstimmung mit den Bildungsstandards – verantwortlich und sorgt für den reibungslosen Ablauf der Kursangebote.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wünschenswert aus der Sicht der CDU-Fraktion wäre eine multilaterale Funktion der Fortbildungsbeauftragten an den Schulen.

(Abg. Stickelberger SPD: Aha!)

So sollte die Landesakademie die Fortbildungsbeauftragten in die Planung und natürlich auch in die Gestaltung ihres Angebotes einbeziehen. Die Fortbildungsbeauftragten ihrerseits sorgen dann in den Schulen für eine Multiplikatorenwirkung der Kurse.

Ich bin sicher: Eine gut geplante und gut durchstrukturierte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Landesakademie schlägt auch auf die Qualität der einzelnen Fortbildungsmaßnahmen durch.

In aller Kürze: Gute Fort- und Weiterbildungskurse können an den Schulen stark motivierte Lehrerinnen und Lehrer zeitigen. Für einen so erzeugten Motivationsschub wäre ich als Schulleiter gern bereit, den durch Fortbildungsmaßnahmen teilweise verursachten Unterrichtsausfall in Kauf zu nehmen. Und noch etwas: Durch Fortbildungsmaßnahmen zusätzlich motivierte Lehrerinnen und Lehrer würden meines Erachtens auch für ein rasches Ende der öffentlichen Diskussion über Fortbildung und Unterrichtsausfall sorgen.

Fazit unserer Fraktion: Die Neustrukturierung der Akademie für Lehrkräftefortbildung ist für die CDU-Fraktion ein weiterer wichtiger Baustein im bildungspolitischen Reformprozess unseres Landes. Wir unterstützen den vorgelegten Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, auf der Zuhörertribüne hat inzwischen der neue Generalkonsul von Frankreich mit Sitz in Stuttgart, Herr Dr. Henri Reynaud, Platz genommen. Herr Dr. Reynaud hat am 1. September 2003 die Nachfolge von Generalkonsul Francis Etienne angetreten.

Herr Generalkonsul Dr. Reynaud, ich heiße Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Amtszeit in Stuttgart.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Abg. Dr. Caroli SPD: Unter anderem, Herr Scheuermann. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! PISA lässt wieder einmal grüßen.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Mindestens so weit reicht unser Konsens mit der CDU-Fraktion.

(Abg. Röhm CDU: Immerhin! – Abg. Reichardt CDU: Ist ein Einstieg!)

Ein Paradigmenwechsel von einer bisher inputorientierten Bildungsplanung unseres Schulwesens hin zu einer stärkeren Betonung von überprüfbaren Ergebnissen der schulischen Bildungsarbeit ist überfällig, wenn wir im internationalen Vergleich nicht noch weiter zurückfallen wollen.

Hierfür brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer, die nicht nur Wissen angehäuft haben, sondern im Besonderen über methodische, soziale, kommunikative und personale Kompetenzen verfügen, die für die Erziehungs- und Bildungsarbeit in der modernen Gesellschaft unerlässlich sind.

(Abg. Röhm CDU: Richtig!)

Dieser Reformansatz erfordert eine Reform der Lehrerbildung auf der einen Seite,

(Abg. Reichardt CDU: Und der SPD!)

damit einhergehend auf der anderen Seite aber auch eine breite, langfristig angelegte qualifizierte Lehrerfortbildung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Röhm CDU: Auch richtig!)

Diese Lehrerfortbildung sollte nach unseren Vorstellungen insbesondere in den ersten Jahren der Lehrertätigkeit, also in der Berufseinstiegsphase, verstärkt werden.

Der ebenfalls erforderliche breite Kompetenzzuwachs für die gesamte Lehrerschaft bedingt ein neues Konzept der Lehrerfortbildung, das Praxis und Forschungsergebnisse miteinander verbindet und schulnahe Fortbildung mit den jeweiligen Schulentwicklungen verzahnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zentrale Angebote müssen dabei zur Unterstützung abgerufen werden können. Das ist eine der Aufgaben der neuen Landesakademie.

(Dr. Caroli)

Meine Damen und Herren, es fehlt nach wie vor das Angebot, das alle Lehrkräfte gleichermaßen erfasst. Dabei sind nach unserer Erkenntnis viele Lehrerinnen und Lehrer bereit, sich auch außerhalb des Deputats fortzubilden. Es überrascht uns nun, dass die Landesregierung mit ihrem Gesetz zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung dem Landtag einen isolierten Baustein eines solchen Fortbildungskonzepts serviert, es aber versäumt, die damit verbundene neue Ausbildungskonzeption darzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin Schavan, wir kritisieren deshalb, dass es im Vorfeld der Einbringung dieses Gesetzentwurfs keine Diskussion über die Funktion der neuen Landesakademie für Lehrkräftefortbildung als rechtsfähiger Anstalt des öffentlichen Rechts gegeben hat. Wir kritisieren, dass die Institution, die den Schulen bei ihrem Streben nach Autonomie helfen soll, selbst in geradezu sklavischer Abhängigkeit vom Kultusministerium gehalten werden soll und Kunden bzw. Abnehmer in dem vorgesehenen Gremium kaum vertreten sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Wir kritisieren, dass wegen der vorgesehenen Kostenneutralität die finanziellen und personellen Ressourcen für einen Fortbildungsschub schon jetzt erkennbar nicht vorhanden sind. Und wir kritisieren, dass die Verknüpfung mit der Lehrerbildung und den Hochschulen nicht einmal thematisiert wird. Sie haben dies vorhin einfach angefügt; in dem gesamten Text findet sich kein einziger Hinweis auf die Verknüpfung mit der Lehrerbildung an den Hochschulen. Dabei ist es dringend erforderlich, dass die zersplitterte und in die verschiedenen Einheiten Hochschule, Seminar und Schule getrennte Lehrerbildung endlich einmal zugunsten eines integrierten Ansatzes überwunden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wie wenig gerade dieser Gedanke anfänglich berücksichtigt wurde, beweist die später hinzugekommene Korrektur des Gesetzentwurfs. Erst auf Anregung des Landesschulbeirats ist die Liste von Einrichtungen, mit denen die Landesakademie in Kooperation treten kann, um die Staatlichen Seminare für Didaktik und Lehrerbildung ergänzt worden.

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion steht der Neugründung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung positiv gegenüber.

(Beifall des Abg. Röhm CDU – Abg. Röhm CDU: Schön!)

Die geschilderten Begleiterscheinungen lassen allerdings Zweifel am innovativen Charakter dieses Vorhabens aufkommen. Der Einsparungswunsch war wohl der Vater des Gedankens.

Aus dem Schnellschuss unter Spardiktat kann aber noch etwas werden. Wir fordern statt Stückwerk die Einbettung in ein neues Gesamtkonzept der Lehrerbildung. Wir fordern zweitens die Ausstattung mit den erforderlichen sächlichen und personellen Ressourcen, und wir fordern drittens mehr

Unabhängigkeit von einem zu starken kultusministeriellen Zugriff, um dem Geist des Obrigkeitsdenkens zu wehren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Röhm CDU: Ha no, ha no, aber jetzt!)

Entsprechende Änderungsvorschläge werden wir während des Gesetzgebungsverfahrens vorlegen.

Abschließend gesagt, meine Damen und Herren: Für uns steht und fällt der Fortschritt in der Bildungsreform

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

mit einer effektiven Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gute Rede, Herr Kollege!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist alter Brauch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass dann, wenn die Regierung einen Gesetzentwurf einbringt, hier eine erste Lesung stattfindet, bevor der Entwurf an den zuständigen Ausschuss überwiesen wird. Dort, Herr Dr. Caroli, werden dann die einzelnen Anregungen eingebracht.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind, was die einzelnen Vorschläge angeht, sehr großzügig: Wenn jemand etwas Neues, etwas Sinnvolles und Innovatives hinzufügen kann, dann sind wir gerne bereit, das dort nicht nur zu diskutieren,

(Abg. Drexler SPD: Seit wann denn das?)

sondern es unter Umständen auch in den Gesetzentwurf zu übernehmen. Bekanntlich gibt es dann eine zweite und dritte Lesung. Der umgekehrte Weg, nämlich dass man einen Gesetzentwurf einbringt, den man zuvor schon diskutiert hat, ist parlamentarisch Nonsens.

Meine Damen und Herren, die von uns Liberalen seit Jahrzehnten verfochtene Idee, der einzelnen Schule mehr Eigenständigkeit und mehr Gestaltungsspielraum zu geben, hat nun endlich begonnen, sich durchzusetzen, und zwar mit genau diesem Gesetz. Gestaltungs- und Selbstbestimmungsspielraum der einzelnen Schulen – das ist angesprochen worden – in pädagogischer Hinsicht ebenso wie im methodisch-didaktischen und im organisatorischen Bereich sowie im Bereich der Personalgewinnung und -entwicklung ist die zentrale Voraussetzung für die Sicherung und für die Verbesserung der Qualität und der Leistungsfähigkeit unserer Schulen.

Notwendigerweise gehört hierzu unter anderem die Möglichkeit, die Fort- und Weiterbildung der in den jeweiligen Schulen tätigen Lehrerinnen und Lehrer entsprechend dem Profil der Schule, entsprechend den besonderen Gegebenheiten und Anforderungen sowie entsprechend den Qualitätsentwicklungszielen der einzelnen Schulen gestalten zu können. Es wäre ein Unfug – nicht zuletzt übrigens auch unter dem Gesichtspunkt des sinnvollen Einsatzes von Ressourcen –, die bezogen auf die einzelne Schule passgenaue

(Kleinmann)

Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Personals, Herr Kollege, dadurch bewerkstelligen zu wollen, dass die Entwicklung der entsprechenden Konzepte sowie der darauf bezogenen Qualifizierungen des Weiterbildungspersonals ebenfalls der einzelnen Schule überantwortet würde.

Wir brauchen eine gemeinsame Lösung. Die Lösung kann daher nur heißen: Für die Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer müssen wir weiterhin landesweite Angebote machen. Diese Angebote müssen aber stärker als bisher auf spezifische, den Fortbildungsplanungen der einzelnen Schule und ihren Profilen entsprechende Anforderungen reagieren können. Die künftigen Fort- und Weiterbildungsangebote müssen also vor allem flexibler sein. Allein dies heißt übrigens auch, dass die Anforderungen an die zur Durchführung der Fort- und Weiterbildung eingesetzten Kräfte steigen werden. Ich sage das ganz betont.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung trägt den skizzierten künftigen Anforderungen an die Lehrerentwicklung und -fortbildung und übrigens auch an ihren gestiegenen Stellenwert Rechnung, indem er zum einen die vorhandenen vier Einrichtungen der landesweiten Lehrkräftefortbildung zu einer Landesakademie zusammenführt. Dadurch werden Ressourcen gebündelt und Synergieeffekte freigesetzt. Die so erzielten Effizienzgewinne können dann wiederum zur Steigerung der Qualität und zur Steigerung der Flexibilität eingesetzt werden. Wir wollen da gerade eben nicht sparen.

Die Zusammenführung ermöglicht zum anderen auch, übergreifende operative Planungsaufgaben, die bislang als Querschnittsaufgaben im Kultusministerium wahrgenommen werden, nach unten zu delegieren, also auf die Ebene der künftig einen Landesakademie zu übertragen.

Schließlich sollen die mit dem Modellprojekt der Akademie für Lehrerfortbildung GmbH Calw gewonnenen positiven Erfahrungen – das ist uns ganz wichtig; das möchte ich hier besonders betonen – auf die künftige Landesakademie übertragen werden. Das betrifft die stärkere Eigenverantwortlichkeit und damit die größere Flexibilität hinsichtlich des Kerngeschäfts der Akademie, also hinsichtlich ihrer Angebote zur Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Es bezieht sich aber auch – darauf legen wir besonderen Wert – auf die Anreize zu einer verbesserten Kostentransparenz sowie auf die Möglichkeit, die an den einzelnen Akademiestandorten vorhandenen personellen und räumlichen Ressourcen auf dem Wege ihrer Nutzung durch Dritte effektiver und damit kostengünstiger einsetzen zu können und hierdurch doch auch ein Stück weit die Kosten senken zu können.

Meine Damen und Herren, im Anhörungsverfahren – das wissen Sie – ist der vorliegende Gesetzentwurf insgesamt positiv aufgenommen worden und in seinem Ziel, die weitere Qualitätsentwicklung unserer Schulen zu fördern, ausdrücklich von allen bestätigt und unterstützt worden. Einzelne Anregungen – jetzt greife ich das auf, was Sie gesagt haben, Herr Kollege – zum Beispiel des Landeselternbeirats und des Landesschulbeirats sowie der Kirchen – die muss man hier auch erwähnen – wurden bereits in die uns heute vorliegende Entwurfsfassung aufgenommen. Der weiteren Beratung im Ausschuss können wir somit positiv entgegensehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die jetzt anstehenden Reformen im Bildungsbereich – ich nenne als Stichworte: Bildungsplanreform, Kerncurriculum, Einführung von Bildungsstandards, schulbezogene Lehrpläne, Kontingentsstudentenafeln, interne Evaluation an den Schulen – bedeuten eine gewaltige Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes. Mit den traditionellen Lehrplänen wurde an den Schulen vor allem Stoff vermittelt. Jetzt steht im Mittelpunkt, was Schülerinnen und Schüler am Ende eines Bildungsgangs oder eines bestimmten Jahresabschnitts können müssen.

(Abg. Seimetz CDU: Sollen!)

Es ist klar, dass die Lehrer und Lehrerinnen mehr als je zuvor qualitativ gute Unterstützungssysteme und Fortbildungsangebote für diesen Paradigmenwechsel brauchen. Fortbildung wird künftig nicht mehr eine individuelle Entscheidung eines Lehrers oder einer Lehrerin sein. Es muss mehr schulbezogene Fortbildung geben, und vor allem muss es mehr Fortbildungsveranstaltungen für das Team, für die gesamte Lehrerschaft einer Schule, geben.

Wir fordern deshalb auch, meine Damen und Herren, bei der jetzt anstehenden Neubewertung der Lehrerarbeitszeit Fortbildungsanteile an der Lehrerarbeitszeit verbindlich in neue Arbeitszeitmodelle einzurechnen.

Das heute vorgestellte Konzept der Einrichtung einer Landesakademie für Lehrkräftefortbildung ist Teil – so sagt Frau Kultusministerin Schavan – eines Gesamtkonzepts zur Qualitätssicherung an den Schulen. Dazu gehören zum Beispiel die neue Ausrichtung des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht, die Weiterentwicklung der Lehrerseminare zu didaktischen Zentren und die Einrichtung eines Unterstützungssystems für die Schule durch die Schulverwaltung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Wir wissen, dass Sie, Frau Schavan, und Ihr Ministerium monatelang an der Reform der Schulverwaltung im Sinne eines Beratungs- und Unterstützungssystems gearbeitet haben.

(Abg. Stickelberger SPD: Dank Erwin!)

Aber nach der Zerschlagung der Schulverwaltung – anders kann ich es nicht formulieren –

(Abg. Scheuermann CDU: „Zerschlagung“ ist Quatsch!)

durch Ministerpräsident Teufel ist jetzt nur ein Torso Ihres Qualitätssicherungssystems übrig geblieben. Es hat den Anschein, dass Sie, Frau Schavan,

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

die Schulverwaltung als Teil der Qualitätssicherung abgeschrieben haben. Ich halte es für dringend notwendig, dass

(Renate Rastätter)

Sie endlich erklären, welche Aufgabe die Schulverwaltung künftig im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung übernehmen und ob sie den Schulen überhaupt noch als Unterstützungssystem zur Verfügung stehen soll.

Wir Grünen haben bereits in der letzten Legislaturperiode gefordert, die Akademien auf den Prüfstand zu stellen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben!)

Ihre heutige Gesetzesinitiative zeigt, dass es hierzu Handlungsbedarf gibt. Denn Sie sprechen ja ganz klar von Effizienzreserven, von Synergieeffekten und von der Notwendigkeit der Vernetzung der Angebote.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, macht es Sinn, die vier Akademien zu einer Landesakademie zusammenzufassen. Aber Ihre Initiative greift zu kurz. Wir fordern, die Akademien endlich hinsichtlich der Qualität ihrer Angebote und hinsichtlich der Notwendigkeit, dieses Ausmaß an Fortbildung zentral auf Landesebene stattfinden zu lassen, zu evaluieren.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Es müsste evaluiert werden, welche Fortbildungsanteile stärker in die regionale Fortbildung übertragen und in die Schule integriert werden können.

Sie wissen nämlich genau, dass die Kurse an den Akademien teuer sind – allein durch die Aufenthalte und die hohen Reisekosten – und deshalb Mittel gebunden werden, die dann nicht für die Fortbildungsveranstaltungen selbst zur Verfügung stehen. Wir wissen auch, dass die Landesmittel begrenzt sind. Wir müssen aus den Mitteln für die Fortbildung so viel Effizienz wie möglich herausholen. Deshalb wollen wir, dass an den Schulen und in der Region mehr dezentrale Fortbildungsmaßnahmen stattfinden.

Die frei werdenden Mittel sollen für eigene Fortbildungs-etats der Schulen eingesetzt werden. Kollege Caroli hat schon angesprochen, dass die Schulen ohne Einflussnahme fest an die Landesakademie angebunden werden sollen. Wir fordern, dass die Schulen eigene Fortbildungsbudgets bekommen und dann selbst entscheiden können, inwieweit sie staatliche Fortbildungsmaßnahmen oder Angebote freier qualitativ guter Bildungsträger einkaufen wollen. Das würde zu einer Verbesserung der Qualität der staatlichen Fortbildungsangebote führen. Denn Konkurrenz – das wissen wir aus Erfahrung – belebt das Geschäft, auch in der Lehrerfortbildung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Wir sind damit am Ende der Aussprache.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung –, Drucksache 13/2430, zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Es ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen damit zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1260

Dazu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2270, vor.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Antrag schon ein Jahr alt, und die Probleme am Ausbildungsmarkt haben sich verschärft. In den Antworten auf die Fragen in unserem Antrag sind manche Probleme skizziert worden; getan hat sich nichts. Im August haben in Baden-Württemberg ungefähr 15 000 Ausbildungsplätze gefehlt. 7 500 Stellen waren offen. Das mag sich jetzt noch etwas verbessert haben, was wir hoffen. Ich denke, die Verantwortlichen sind zum Handeln gezwungen. Wir brauchen die Fachkräfte. Baden-Württemberg kann sich nicht erlauben, auf so viel Jugend zu verzichten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich denke auch, dass es ein Skandal ist, dass 50 % der ausbildungsberechtigten Betriebe nicht ausbilden. Es ist ja schön, wenn Minister Döring sagt: „Wir sind es den Jugendlichen schuldig, ihnen ein Angebot zu machen.“ Das kommt in der Öffentlichkeit gut an. Das unterstütze ich auch. Aber konkrete Maßnahmen des Ministers fehlen, wie auch wieder – ich bemängle es ja oft – der Minister fehlt, wenn es um die Ausbildung geht. Ausbildung ist ja Chefsache, aber wo ist denn hier der Chef?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Es wäre ja schon einmal ein gutes Zeichen, wenn das Land

(Abg. Hillebrand CDU: Er ist vor Ort!)

– ach, hören Sie einmal zu, wenn Sie eh nichts verstehen –

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Das hat gegessen!)

die Zahl seiner Ausbildungsplätze erhöhte. Es wäre schön, wenn das Land die Zahl seiner Ausbildungsplätze wieder auf den Stand von 1997, Herr Landrat, bringen würde. Wenn es das jetzt im Jahr 2003 machen würde, hätte es die Zahl seiner Ausbildungsplätze um 20 % erhöht. Wenn Sie nachher einen Antrag formulieren, diese Zahl um 20 % zu erhöhen, sind wir an Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten Jahren haben Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen rechnerisch übereingestimmt. Aber wir – besonders der Wirtschaftsminister – haben dann versäumt, eine eigentlich ganz kritische Entwicklung genau zu betrachten. Das ist das, was ich vorhin gemeint habe, als ich

(Ruth Weckenmann)

sagte: Hören Sie erst einmal zu. Von 1992 bis 1998 ist die Zahl der Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg von 138 000 auf 75 000 zurückgegangen.

(Abg. Hillebrand CDU: Warum wohl?)

– Darauf können Sie nachher die Antwort geben. – Das ist ein dramatischer Rückgang, wobei bislang nichts unternommen wurde, diesen zu stoppen. Wir sind froh, dass der Rückgang jetzt nicht mehr so stark weitergeht.

Was aber mindestens so schlimm ist, ist die Tatsache, dass wir eine wachsende Zahl Jugendlicher haben – die Frau Kultusministerin ist auch nicht mehr da –, die in Kursen des Arbeitsamts oder im BVJ untergebracht sind.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber der Herr Staatssekretär ist da! – Weitere Zurufe)

– Der Herr Staatssekretär. Wunderbar. Also, Herr Staatssekretär: Im Jahr 2002, als wir rechnerisch einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt hatten, haben sich 20 000 Jugendliche entweder im BVJ oder in Maßnahmen des Arbeitsamts befunden. Sie und ich wissen: Manchmal hilft das BVJ, manchmal helfen auch Maßnahmen des Arbeitsamts, aber ganz oft drehen die Jugendlichen schlicht und einfach eine Ehrenrunde und kommen ein Jahr später wieder auf den Arbeitsmarkt. Wir wissen eigentlich auch, warum das so ist. Seit PISA wissen wir das. 20 % eines Altersjahrgangs haben Schwierigkeiten.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Seit 1992 ist das der Meisterbrief. Eine solche Aussage ist doch an Blödsinn nicht zu überbieten.

Der Wirtschaftsminister sagt, es sei Aufgabe des Landes, sich um den Erhalt und die Verbesserung der Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Ausbildung zu kümmern. Das ist also Aufgabe des Landes. Dazu gehört – da werden Sie sicherlich mit mir übereinstimmen – die Sicherung der Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen. Hier sehe ich eigentlich ein Versagen der Kultusministerin, des Sozialministers und des Wirtschaftsministers.

(Oh-Rufe von der CDU)

Sie streichen alles zusammen, was die Ausbildungsfähigkeit erhöht. Was machen Sie mit den Schulsozialarbeitern an den Hauptschulen? Sie kürzen die Mittel um 1 Million €, obwohl Sie wissen, dass die Hauptschüler die meisten Probleme auf dem Ausbildungsmarkt haben. Was machen Sie im Bereich Jugendberufshelfer? Herr Rau wird noch etwas dazu sagen. Die Mittel für den Bereich Jugendberufshelfer werden zurückgenommen.

Was machen Sie bei der sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen in Landesfachklassen? Sie streichen die sozialpädagogische Betreuung. Wenn die Jugendlichen es dann nicht mehr schaffen, ist das wohl offensichtlich nicht Ihr Problem. Sie sagen, die Betriebe sollten das übernehmen.

Wenn der Baden-Württembergische Handwerkstag und der Wirtschaftsminister sagen: „Wir können die Ausbildungsplätze beim Land nicht besetzen und müssen sie zurückfahren, weil die Bewerber ungeeignet sind“, dann müsste man

doch erwarten, dass sich diese Landesregierung irgendetwas überlegt, damit die Jugendlichen wieder zu Bewerbern werden, die wir in Ausbildung bringen können.

Ich bin gespannt, was Sie uns jetzt bieten wollen, um diese 20 % eines Altersjahrgangs – nahezu 20 000 Jugendliche, die wir mit diesen Problemen ins Berufsleben entlassen – wieder ausbildungsfähig zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schuhmacher.

(Abg. Hillebrand CDU: Endlich einer, der was versteht!)

Abg. Schuhmacher CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist sicher ein wichtiges Thema, über das wir heute reden. Ich bin auch mit Ihnen einig, Frau Weckenmann, wenn Sie über die Zahlen und über den derzeitigen Stand reden. Ich bin nur nicht mit dem einverstanden, was Sie als Folgerungen daraus ableiten. Sie nennen viel zu viele Zahlen, anstatt nach den Ursachen zu fragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Sehr gut!)

Man kann nicht immer nur auf der einen Seite fragen: „Was streicht das Land?“, wenn wir auf der anderen Seite doch gemeinsam einsparen wollen.

Wenn die Situation nicht nur bei uns schlecht ist, sondern auch in den anderen Bundesländern, darf ich Ihnen doch wenigstens aus meinem IHK-Bereich ein positives Ergebnis mitteilen: Wir haben ein Plus an zusätzlichen Lehrstellen von 1 %. Dies ist wirklich die Aufgabe der Tarifpartner, aber auch die Aufgabe der Politik. Natürlich haben bei uns auch eine ganze Reihe von Betrieben zugemacht. Aber es sind neue Betriebe dazugekommen. Dies ist eine gute Sache.

Was führen die Experten als Grund für die schlechte Ausbildungslage an? Ich zitiere Herrn Dr. Hundt.

(Zurufe von der SPD: Wer ist das?)

Er sagt:

Für mehr Ausbildung ist eine Perspektive der Unternehmen entscheidend, die jungen Menschen anschließend auch beschäftigen zu können.

(Abg. Schneider CDU: So ist es!)

Für mehr Wachstum und Beschäftigung sind dringend Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen, ein flexibleres Arbeitsrecht sowie eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

(Abg. Kübler CDU: Jawohl!)

Ich kann dem nur zustimmen, und zwar aus eigener Erfahrung. Die sich zurzeit in der Diskussion befindende Ausbildungsabgabe ist sicher nicht der richtige Weg, um mehr Lehrstellen zu schaffen.

(Schuhmacher)

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Sondern?
Wie machen Sie es denn, Herr Schuhmacher? –
Abg. Alfred Winkler SPD: 60 % der Betriebe bilden nicht aus! 60 %!)

Wir sind uns einig, dass die Versorgung junger Menschen wirklich ein zentrales Thema ist. Es tut mir in der Tat weh, wenn wir jungen Menschen keine Perspektive geben können.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt sagen Sie einmal, wie Sie es machen!)

– Ich sage nachher noch ein paar Dinge dazu. Ich lasse mich jetzt auch nicht mehr von Ihnen stören, sondern ich rede jetzt halt einfach weiter.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Schuhmacher, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller?

Abg. Schuhmacher CDU: Ja, meinetwegen, Herr Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Schuhmacher, teilen Sie die Auffassung einiger Unternehmer, unter anderem auch die von Herrn Hundt, dass es einen eindeutigen Trend gibt, von der dualen Ausbildung stärker in die schulische Ausbildung und damit in die öffentliche Ausbildung zu gehen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer sagt das? Hundt?)

Abg. Schuhmacher CDU: Es gibt eine ganze Reihe von Ansätzen. Es kommt auch auf die Größe der Betriebe an. Natürlich brauchen wir eine starke schulische Ausbildung.

(Abg. Zeller SPD: Nein! Es geht um etwas anderes! Es geht darum, dass sozusagen nicht mehr die Unternehmen ausbilden, sondern künftig die öffentliche Hand! Das ist ein Trend! – Abg. Pfister FDP/DVP: Also Abschaffung des dualen Systems!)

– Nein, der Meinung bin ich nicht. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Wie wollen Sie dem begegnen, ohne dass Sie eine Ausbildungsplatzabgabe einführen?)

– Ich nenne Ihnen nachher ein paar Ansätze, die wir in der Praxis auch ausprobiert haben und die auch funktionieren.

Ich möchte mich noch bei unserem Wirtschaftsminister bedanken. Denn es ist nicht so, dass er nichts tun würde, wie Sie gesagt haben, Frau Weckenmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Der ist aber gar nicht da!)

Er ist einer der Ersten gewesen, als er schon im Frühjahr dieses Jahres die Wirtschaft zusammengerufen hat und dort wirklich Appelle an unsere Wirtschaft gerichtet hat. Ich kann dies nur unterstreichen. Er hat auch zugesagt, in diesem Herbst noch ein weiteres Gespräch zu führen. Ich meine, dass jede Unterstützung hilfreich ist.

Welche Punkte machen uns Probleme? Auch Sie, Frau Weckenmann, haben den Mangel an geeigneten Bewerbern angesprochen. Dies ist sicher ein großes Thema; darüber kann

ich reden. Unsere Betriebe urteilen derzeit nicht nur nach den Noten, sondern auch nach den Kopfnoten, beispielsweise Verhalten und Mitarbeit oder auch nach sprachlicher Ausdrucksfähigkeit. Entscheidend ist auch, ob überhaupt eine abgeschlossene Schulbildung vorliegt.

Ein Zweites, was sicher Probleme macht, sind erhöhte Anforderungen. Ich betrachte mit Sorge, dass beispielsweise Mechatroniker, die ausgebildet werden wollen, mit einer Hauptschulbildung nicht mehr zurande kommen, sondern eine höhere Schulbildung brauchen. Bei Industriemechanikern und Zerspanungsmechanikern reicht es noch. Es gibt eine ganze Reihe von Themen. Wir haben hier ja eine Anfrage dazu initiiert, für welche Berufe ein Hauptschulabschluss noch ausreicht.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Was ist nun zu tun? Grundsätzlich sage ich: Wir brauchen wieder mehr Jugendliche in technischen Berufen.

(Abg. Zeller SPD: Aber das setzt voraus, dass wir Ausbildungsplätze haben!)

Das sage ich nicht an uns, sondern vor allem an die Eltern und an die jungen Menschen gerichtet. Wir brauchen wieder mehr junge Leute in den technischen Berufen. Ich weiß, dass Eltern ihre Kinder lieber dorthin schicken wollen, wo man mit der Krawatte zur Arbeit gehen kann und nicht eventuell schmutzige Hände bekommt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sind Sie deshalb im Landtag, Herr Kollege?)

– Um eine Krawatte zu tragen?

Ein Weiteres: Es gibt eine Karlsruher Studie, die mir sehr viel Sorge macht und in der die Tendenz festgestellt wird, dass Schüler die Wirtschaft kalt lässt. Deshalb ist die Frage: Machen wir hier alles richtig? Tun wir alles, was wir können? Ich meine jetzt nicht nur die schulische Ausbildung; auch dazu gibt es eine Bankenstudie.

Von wem erwarten junge Menschen eigentlich Informationen zu ihrer Berufsausbildung? Von wem bekommen sie Hinweise? In erster Linie werden die Medien und in zweiter Linie die Schulen genannt. Die Eltern werden von den jungen Menschen nicht mehr genannt. Dies macht mir große Sorgen. Wir müssen die Eltern wieder stärker in Bildung und Ausbildung einbeziehen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Wie wollt ihr das machen?)

Ich habe gerade in den letzten Tagen bei uns an der Hauptschule an einer Veranstaltung zum Thema „Berufe live“ teilgenommen, wo 18 Firmen ihre Ausbildungsberufe vorgestellt haben. Es sind Schüler gekommen, aber fast keine Eltern. Wenn ich mit Schulleitern rede, berichten sie, dass es Elternabende gibt, die von zwei oder drei Eltern besucht werden. Dies kann nicht unser Weg in die Zukunft sein. Deswegen dürfen wir nicht alles auf den Staat verlagern, sondern müssen in der Tat einiges wieder dorthin zurückgeben, wohin es eigentlich gehört: in die Familie und zu den Eltern.

(Schuhmacher)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie wollen Sie das machen? – Abg. Alfred Winkler SPD: Wollen Sie das Rad zurückdrehen?)

Ich sage ein Weiteres: Wir müssen beispielsweise auch die schulischen Werkstätten besser nutzen, auch Werkstätten in den Betrieben, damit eine wechselseitige Nutzung möglich ist. Dies ist möglich, wenn man miteinander redet. Dann können auch schichtweise Kurse veranstaltet werden.

Ein letztes Beispiel möchte ich Ihnen zum Stichwort Sozialhilfeempfänger nennen: Bei uns im Kreis Tuttlingen haben wir in einer Untersuchung festgestellt, dass es bei uns 450 jugendliche Sozialhilfeempfänger gibt. Dies hat uns große Sorgen gemacht, und wir haben deswegen auch untersucht, wie viele von ihnen in Ausbildung oder Beruf stehen. Wir haben festgestellt, dass 160 dieser Jugendlichen keinen Beruf haben.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und deshalb haben Sie die Beschäftigungsprogramme im Land gekürzt! Das passt doch nicht zusammen!)

Wir haben dann tatsächlich das „JUMP plus“-Programm der Bundesregierung mit verwendet, um diese jungen Menschen in unsere Betriebe hineinzubekommen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ja, meine Sprechzeit ist zu Ende. – Die Koordinationshelfer auf unserem Landratsamt gehen in die Betriebe und versuchen, diese jungen Menschen dort unterzubringen. Dies ist zu großen Teilen schon gelungen.

Was möchte ich abschließend sagen? Ich zitiere Peter Hahne, der gesagt hat, wir müssten von der „Ich-AG“ wieder zu einer GmbH kommen. GmbH deutet er als eine „Gesellschaft mit begründeter Hoffnung“.

(Heiterkeit des Abg. Fleischer CDU)

Ich denke, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, dann haben wir auch für unsere Jugend eine gute Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Leider haben wir auch in Baden-Württemberg einen Rückgang bei den Ausbildungsplätzen zu beklagen. Die Ursache dafür, dass es auch bei uns inzwischen zu wenig Lehrstellen gibt, liegt allerdings nicht in mangelnder Aktivität der Landesregierung.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt Achtung! „Sondern in Berlin“ kommt jetzt!)

Es wurde ja schon angesprochen, dass sich gerade der Wirtschaftsminister, seit er im Amt ist, bei diesem Thema intensiv und auch erfolgreich einsetzt.

Der Lehrstellenmangel ist auch nicht in einer Böswilligkeit der Wirtschaft begründet. Deshalb ginge auch eine Ausbildungsabgabe als Abstrafungsaktion wirklich völlig daneben. Sie würde die Falschen treffen. Ich würde es auch nicht einsehen, wenn die dabei eingesammelten Gelder dann auch noch deshalb in andere Bundesländer fließen, weil die Situation dort noch schlechter ist.

Baden-Württemberg hatte – das muss man doch bedenken – in den letzten Jahren stets zusammen mit Bayern immer noch die beste Angebot-Nachfrage-Relation, was Lehrstellen und Bewerber betrifft. Das Problem ist allerdings, dass zwar das Gesamtangebot sogar stärker als die Nachfrage gestiegen ist, dass es aber strukturell starke Unterschiede gibt. In einem relativ saturierten Land, wie es Baden-Württemberg immer noch ist, sind zu wenige bereit, von ihrem Wunschberuf abzugehen und eventuell zunächst einmal auch etwas zu lernen, was nicht direkt ihrem Wunsch entspricht, aber vielleicht auch eine solide Basis für ein Berufsleben wäre.

Deutlich wird auch – das wurde schon angesprochen –: So mancher vorhandene Ausbildungsplatz kann wegen unzureichender Eignung der Bewerber oder wegen eines Mangels an geeigneten Bewerbern nicht besetzt werden.

Aber, Frau Weckenmann, jetzt muss ich schon sagen: In all unseren Lehrplänen steht, dass die Schüler Lesen, Rechnen und Schreiben lernen sollen. Liegt es denn dann an der Landesregierung, wenn diese Fähigkeiten nicht vermittelt werden?

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Wer hat denn die Kultushoheit, Frau Berroth? Sie oder wir?)

Vielleicht müssen Sie auch einmal mit der GEW reden oder auch einmal überlegen, ob das nicht ein Versagen von Politikern ist, die ständig nur eine Anspruchshaltung pflegen

(Lachen bei der SPD)

und die Selbstverantwortung und Eigeninitiative damit massiv niedrig halten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der von der SPD angeführte Grund, dass zu viele ohne Schulabschluss seien, stimmt einfach nicht. Das kommt in der Drucksache deutlich zum Ausdruck.

(Abg. Wichmann SPD: Sie sollten das Volk auflösen und sich ein neues wählen!)

Im Gegenteil: Das Land gibt viel Geld aus für Ehrenrunden wie berufspraktisches Jahr, BVJ, Berufskolleg und andere Vollzeitangebote. Herr Kollege Zeller, ich bin überhaupt nicht dafür, dass diese ausgeweitet werden. Erstens sind sie teuer und zweitens nicht so gut wie das duale System, das nach wie vor unsere volle Unterstützung genießt.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Da sind wir uns einig!)

Deswegen sage ich Ihnen für unsere Fraktion deutlich: Wir sind für das duale System.

(Heiderose Berroth)

(Abg. Alfred Winkler SPD: Was reden Sie denn vom Dualen System? Das funktioniert doch nicht!)

Wir hatten dazu im Mai einen Kongress, der gute Ergebnisse erbrachte. Aber diese müssen halt auch von verantwortungsbewussten Politikern der hiesigen Opposition wahrgenommen und umgesetzt werden.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Denn es fehlt nicht nur an fachlichen Kompetenzen, sondern es fehlt auch an sozialen Kompetenzen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ein Schwachsinn!)

Wenn am 26. September in der „Stuttgarter Zeitung“ in der Überschrift eines Artikels über Lehrstellenmangel „unpünktlich, unkonzentriert, unfreundlich“ steht, dann ist es keine Regierungsaufgabe, sondern Aufgabe der gesamten Gesellschaft, dass wir unsere junge Generation wieder dazu erziehen, dass das die Ausnahme bleibt.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Und das hilft jetzt, was Sie da sagen?)

Die SPD fordert in ihrem Antrag, dass das Land mehr Ausbildungsstellen zur Verfügung stellt. Ich halte das für problematisch in Berufen, in denen gerade in Landesdiensten sehr häufig nur gezielt auf eine bestimmte Laufbahn hin ausgebildet wird. Das ist dann der direkte Weg in die Arbeitslosigkeit, wenn man weiß, dass in dieser Laufbahn künftig keine Stellen vorhanden sind.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ausbildungsplätze haben Sie doch nicht in Laufbahnen, Frau Berroth!)

– Moment! Wir haben im Land sehr wohl Ausbildungsplätze, die nur für eine bestimmte Position ausbilden. Schauen Sie einmal genau nach.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Was meinen Sie denn? Beispiele!)

– Meine Redezeit geht zu Ende. Das können wir nachher separat erörtern.

Auch in der freien Wirtschaft kann ich von einem Betrieb, der in wirtschaftlichen Problemen steckt oder gerade in einer schwierigen Marktsituation ist, nicht verlangen, dass er sich dann auch noch mit Ausbildung abgibt. Dieser Betrieb muss dann zunächst einmal schauen, dass er die bei ihm bestehenden Arbeitsplätze rettet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Bei dem Thema sind allerdings auch die Tarifpartner gefragt. Hinderlich für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze sind nämlich genauso die leider seit Jahren in vielen Tarifverträgen festgeschriebene Übernahmepflicht sowie die stetig angewachsenen Ausbildungsvergütungen. Da ist politisch nichts zu tun, sondern da müssen sich die Tarifpartner bewegen. In unserem Antrag haben wir erneut zu solidarischer Anstrengung aufgefordert. Dazu gehört aber auch eine Umorientierung hin zu einer Investition der Gesellschaft in Werteeerziehung.

Wir brauchen auf Bundesebene dringend wirksame Maßnahmen für einen wirtschaftlichen Aufschwung; dann kommen die Ausbildungsplätze nämlich von selber, und dann brauchen wir nicht so halbherzige und kontraproduktive Aktionen der Bundesregierung wie gerade bei der Meisterprüfung.

Frau Weckenmann, Sie haben Recht: Die Verantwortlichen sind zum Handeln gezwungen. Mich würde einmal interessieren, wie viele Ausbildungsplätze im Moment deshalb nicht angeboten werden, weil die Betriebe massiv verunsichert sind, zum Beispiel durch die jahrelange Diskussion über die Ausbildungsabgabe. Eines ist klar: Ausbildungsplätze werden nicht durch politische Sommerreisen geschaffen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aber das hat doch Ihr Wirtschaftsminister gemacht!)

– Nein, das hat Ihr Wirtschaftsminister gemacht. Herr Clement ist mit großem Tamtam durch die neuen Länder gewandert.

Unser Dank gilt ausdrücklich den vielen, die sich aktiv für mehr Ausbildungsplätze eingesetzt haben, zum Beispiel bei den Kammern. Die Kammern haben auf Gebühren verzichtet und sind sehr unbürokratisch vorgegangen, damit auch da, wo nicht alle Voraussetzungen gegeben waren, neue Ausbildungsplätze entstehen konnten. Dafür sagen wir danke.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Frau Kollegin Berroth, bitte kommen Sie zum Ende. Ihre Redezeit ist überschritten.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das mache ich gleich.

Ich bin froh über die heutige Presseinformation der IHK Stuttgart und des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags. Diese Presseinformation beginnt mit dem Satz:

Die vielfach prophezeite Lehrstellenkatastrophe ist in Baden-Württemberg nicht eingetroffen.

Ich sage: Gott sei Dank. Hoffentlich bewegt sich bald etwas beim Wirtschaftsklima, damit es wieder aufwärts geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 15 730 junge Bewerber ohne Ausbildungsplatz Ende August – das heißt, dass jeder Einzelne dieser 15 730 Bewerber zwei oder mehr Versuche machen muss, einen Ausbildungsplatz zu finden, dass er abgewiesen wird und dass er keinen Einstieg ins Berufsleben findet, was auch für seine berufliche Zukunft massive Konsequenzen hat. Sie wissen, ohne Ausbildung wird es immer schwieriger, sich auf diesem Arbeitsmarkt zu behaupten. Ich finde, dass dies auf jeden Fall Anlass ist aufzuhören, das Problem mit Appellen regeln zu wollen. Das geht weder mit Appellen an die Eltern noch mit Appellen wie dem im vorliegenden Antrag der Regierungsfractionen.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lediglich die Unternehmen aufzufordern, die Bemühungen fortzusetzen, finde ich in Anbetracht der Situation und in Anbetracht der Aufgabe des Landes, nämlich seiner Zuständigkeit für alle schulpflichtigen Jugendlichen bis zu einem Alter von 18 Jahren, wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Ausbildungsplätze werden weniger, die Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, werden sehr viel mehr. Zum Beispiel ist die neue Präsidentin des Landesarbeitsamts in Interviews immer wieder gefragt worden, ob es denn nicht toll sei, jetzt in Baden-Württemberg zu sein, in einem Land mit einer so geringen Arbeitslosenquote. Sie hat das immer verneint, weil es nämlich zwei gravierende Schwächen gebe: dass erstens die Langzeitarbeitslosigkeit und zweitens die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren massiv zugenommen habe.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Frau Berroth, was bringt denn das?)

Also, hier in Baden-Württemberg müssen wir mehr tun, als Appelle an Eltern, an Unternehmen, an Betriebe zu richten.

Das, was wir tun müssen, liegt ganz eindeutig im Bildungsbereich. Wenn Sie einmal den neuen Geschäftsbericht des Baden-Württembergischen Handwerkstags zur Hand nehmen und dort die Antwort auf die Frage suchen, warum es denn so wenig Ausbildungsplätze gibt, warum das Angebot sinkt, dann sehen Sie, dass auch hier ganz klar steht, dass einfach die Schulbildung, die Ausbildungsreife der Jugendlichen mangelhaft ist. Wir haben das Problem, dass die Ausbildungsreife nach dem Schulabschluss nicht vorliegt, nicht nur bei den allgemein bildenden Schulen, sondern selbst noch nach dem BVJ.

Jetzt macht auch unser Wirtschaftsminister hier im Land, Frau Kollegin Berroth, Sommerreisen und schöne Pressepiegel mit Bildern auf der Schaukel.

(Abg. Fischer SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Er macht auch viele Reformvorschläge im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit.

(Abg. Alfred Winkler SPD: „Schauinsland-Politik“!)

Aber all diese Vorschläge sind erstens weder neu noch originell, und zweitens liegen sie alle nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was wir tun können, ist alles gemacht!)

Sie liegen alle in der Zuständigkeit des Bundes, obwohl es hier im Land wahrlich genug zu tun gäbe.

Ich möchte Sie noch an Ihre Koalitionsvereinbarung erinnern, falls Sie sie vergessen haben. In ihr steht nämlich, dass die Landesregierung mit einer guten Bildung und Aus-

bildung dazu beiträgt, dass junge Menschen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, und dass sie darüber hinaus die flankierenden Maßnahmen zur Integration jugendlicher Arbeitsloser mit Ausbildungsdefiziten oder sozialen Problemen fortsetzt. An diesem Programm müssen Sie sich messen lassen.

Es gibt aber eine ganze Menge Bereiche, wo Sie sich aus der Verantwortung zurückgezogen haben. Ich nenne hier die überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks, gerade wenn die Ausbildungslücke bei kleinen Betrieben größer wird. Beim letzten Haushalt gab es ja ein Hin und Her: Wird jetzt gekürzt oder nicht?

Ein Hauptproblem ist immer noch die Beteiligung an den Investitionskosten. Es gibt einen Bundeszuschuss von 50 %. Er kann aber nicht abgerufen werden, weil der Landeszuschuss fehlt.

Es gab Kürzungen beim Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“, und es gab neuere Kürzungen bei der Jugendsozialarbeit an Schulen. In den letzten zwölf Monaten wurden 266 Anträge gestellt; 180 sind abgelehnt worden, und diejenigen, die eine Förderung erhalten, bekommen ganze 50 %.

Das BVJ steht vor dem Kollaps. Es gibt Wartelisten, damit die Schülerinnen und Schüler überhaupt aufgenommen werden. Wir haben schon im Juni den Antrag gestellt, dass man die Deckelung aufhebt und dass man die Berufskollegs, die beruflichen Gymnasien und das BVJ öffnet. Öffnen heißt aber auch, für die Qualität zu sorgen und die beruflichen Schulen mit Personal und Fortbildung auszustatten, damit sie tatsächlich zur Ausbildungsreife führen.

Es gibt hier im Land also genug zu tun.

(Abg. Fischer SPD: Packen wir es an!)

Mit Appellen und Verschiebebahnhöfen – „Jetzt soll der Bund einmal etwas tun“ – kommen wir wirklich nicht weiter.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Machen Sie hier vor Ort das, was in Ihrer Verantwortung liegt!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fischer SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Richtig ist, dass Ende August den 15 700 in Baden-Württemberg noch nicht vermittelten Bewerbern insgesamt rund 7 600 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüberstanden. Richtig ist auch, dass von den noch nicht vermittelten Bewerbern vermutlich ein Großteil eine berufliche Schule besuchen oder in andere Maßnahmen des Arbeitsamts einmünden werden. Richtig ist aber auch, dass auch in diesem Jahr wieder eine vierstellige Zahl von Stellen unbesetzt bleiben wird.

Die neueste Zahl der eingetragenen Verhältnisse – sie ist sehr wichtig – zeigt, dass wir bei den IHKs Ende September – das ist die aktuellste Zahl – ein Minus von

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

3,5 % und beim Handwerk sogar noch etwas weniger haben. Das heißt, die großen Befürchtungen haben sich erfreulicherweise nicht bestätigt. Aber es bleibt natürlich dabei, dass das Ergebnis nicht befriedigend ist. Deshalb wird die Landesregierung alles daransetzen, dass jeder Jugendliche, der noch auf Lehrstellensuche ist und die notwendigen Voraussetzungen mitbringt, auch eine Lehrstelle erhält.

Bevor ich zu den Maßnahmen des Landes komme, möchte ich vor der Klammer einmal gesagt haben: Meine Damen und Herren, die Schaffung von Ausbildungsplätzen hängt natürlich auch mit der wirtschaftlichen Situation zusammen, mit der Nachfrage, mit den Rahmenbedingungen. Sie hängt auch damit zusammen, dass in den vielen Jahren leider gerade mittelständische Unternehmen aufgegeben haben, insolvent geworden sind. Und wenn sie insolvent geworden sind, dann sind auch die entsprechenden Ausbildungsplätze weg. Das muss man einfach einmal sehen.

Das heißt doch, die Hauptforderung muss sein: Wir brauchen wieder wirtschaftliches Wachstum.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn wirtschaftliches Wachstum schafft Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das stand vor der Klammer, weil sich das durchzieht.

Natürlich tut auch der Wirtschaftsminister sehr viel. Frau Weckenmann, das scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Deswegen werde ich das Ganze, was das Wirtschaftsministerium betrifft, noch einmal stichwortartig zusammentragen. Das, was den Schulbereich betrifft, wird nachher der Kollege Rau darstellen.

Appelle sind notwendig. Sie sind notwendig!

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Deswegen hat der Wirtschaftsminister zusammen mit allen IHK-Präsidenten und allen Handwerkskammerpräsidenten hier im Land auf die Ausbildungsverantwortung der Betriebe hingewiesen. Sie bilden auch im eigenen Interesse aus – Stichwort „künftiger Fachkräftemangel“. Natürlich ist auch an die Jugendlichen zu appellieren – das ist die andere Seite –, räumlich und beim Berufswunsch flexibler zu sein.

Was die Maßnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik angeht, nenne ich durchaus die Spitzengespräche, weil sie einmalig sind. Ich kenne kein anderes Bundesland, das solche Spitzengespräche in dieser Konzentration mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Ministerien und dem Landesarbeitsamt führt. Wir haben bei allen Beteiligten angefragt, ob wir in diesem Herbst noch ein weiteres Spitzengespräch durchführen sollen. Wir erwarten die Antworten in den nächsten Tagen.

Nun zu den Förderprogrammen: Zur Förderung der überbetrieblichen Ausbildung, sowohl der Lehrgänge als auch

der Investitionen, möchte ich ausdrücklich festhalten: Hier hat es im Haushalt 2003 trotz der dramatischen Haushaltslage keine Kürzungen gegeben.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth und Theurer FDP/DVP)

Dass dies ein eindeutiges Bekenntnis zur Bedeutung der beruflichen Ausbildung ist, das kann wohl niemand bestreiten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Auch im Haushalt 2004 wollen wir hier keine Kürzungen vornehmen. Im Gegenteil, wir wollen noch zusätzlich Kompetenzzentren bei den beruflichen Bildungsstätten bauen, um gerade der beruflichen Bildung noch einen besonderen Schub zu geben.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Förderung der Verbundausbildung bleibt. Die Übernahme von Lehrlingen aus Konkursbetrieben – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Einen Moment, Herr Staatssekretär. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Gespräche draußen im Foyer fortzusetzen. – Danke.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Genau, beide. Sie waren alle gemeinsam angesprochen.

Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich habe auch noch auf etwas Neues hinzuweisen, nachdem es heißt, es gebe gar nichts Neues: Ganz neu in diesem Jahr ist die Förderung des Einsatzes von Lehrstellenwerbern bei Kammern, Innungen und Kreisverbänden. Sie werden mit 50 % der Personalkosten gefördert. Ihre Förderung erfolgt aus dem ESF, Ziel 3 – das wissen Sie –, und ist zunächst auf zwei Jahre ausgelegt. Aber sie fängt schon an. Denn die Bewilligungen liegen vor für die IHK Bodensee-Oberschwaben und die Kreishandwerkerschaften Mannheim und Tübingen. Wir haben die Sache also gestartet.

Es gibt auch noch eine Reihe von Einzelprojekten:

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zehn Jahre zu spät!)

„Sprungbrett“-Vorkurse für Leistungsschwächere im Raum Freiburg, dann das Projekt PIA der Sozialpartner IG Metall und Südwestmetall,

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

die Förderung – auch ganz neu in diesem Jahr – der Informations- und Imagekampagne zur Sicherung des Nachwuchses im baden-württembergischen Handwerk. Das ist auch angelaufen.

Seit ein paar Tagen – das ist ganz neu – gibt es eine Dokumentation über alle im Land existierenden wesentlichen

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Ansätze und Fördermöglichkeiten zur beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen. Sie können sagen: Was hilft eine Dokumentation? Das war ein Wunsch der Teilnehmer des Spitzengesprächs, weil es eine solche Übersicht noch nicht gibt. Sie ist hilfreich. Man hat sie nun und kann sehen, was der andere macht, und braucht nicht das Rad wieder neu zu erfinden.

Zur Ausbildungsleistung des Landes: Sie wird im bisherigen Umfang aufrechterhalten, und das ist doch auch wichtig angesichts der schwierigen Haushaltssituation des Landes. Auch das Programm „JAZ“ des Sozialministeriums mit dem berufspraktischen Jahr bleibt künftig erhalten.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, zur Ausbildungsabgabe. Ich will hier ganz offen die Position der Landesregierung sagen: Wir sehen, dass die aktuellen Probleme

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt hier aktuell?)

im Lehrstellenbereich – die kann ja niemand wegdiskutieren – nur mit der Wirtschaft und nicht gegen sie zu lösen sind. Und abgesehen von der – so, wie ich es sehe – ablehnenden Haltung des Bundeswirtschaftsministers Clement gegenüber einer Ausbildungsabgabe möchte ich einmal sagen: Eine Ausbildungsabgabe wird von den Betrieben zu Recht als Strafsteuer verstanden. Sie wird die Lohnnebenkosten erhöhen und einen enormen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Schauen Sie sich doch den alten Entwurf der SPD-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 1997 an: Das ist Bürokratie hoch zwei. Sie wird Unternehmen benachteiligen, die noch nicht –

(Abg. Zeller SPD: Die Bauwirtschaft macht das ja in Eigenverantwortung! So etwas wäre denkbar, um den bürokratischen Aufwand in Grenzen zu halten! Dort wird es praktiziert, und zwar sehr erfolgreich!)

– Das muss aber woanders nicht unbedingt auch so klappen. Da kommen ja noch andere Gründe hinzu.

(Abg. Zeller SPD: Warum schließen Sie das von vornherein aus?)

– Ich werde es mir anschauen.

Eine Ausbildungsplatzabgabe würde doch die Unternehmen benachteiligen, die aufgrund fehlender oder für eine Ausbildung nicht geeigneter Berufe nicht ausbilden können oder die auch mangels geeigneter Bewerber die Ausbildungsplätze nicht besetzen können. Und letztlich – das will ich auch offen sagen – gibt eine solche Abgabe natürlich finanzstarken Betrieben auch die Möglichkeit, sich freizukaufen. Auch das ist sicherlich nicht im Sinne des Erfinders.

Aus der Sicht des Wirtschaftsministeriums möchte ich festhalten: Alle Maßnahmen, die ich Ihnen genannt habe, tun das Ihrige dazu, dass alle diejenigen, die bei uns eine Ausbildungsstelle wollen, diese auch bekommen werden. Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Wir sind auch noch nicht am Ende des Jahres angelangt. Alle Kundigen weisen auf die Maßnahmen bis Ende des Jahres hin.

Die Industrie- und Handelskammer und die Kammern haben gezielte Maßnahmen versprochen. Diese Maßnahmen werden laufen. Ich kann es zwar nicht verbindlich sagen, aber ich hoffe sehr, dass wir hier zu einem Ausgleich kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rau.

(Abg. Schmiedel SPD: Ist das hier die Stunde der Staatssekretäre, oder was?)

Staatssekretär Rau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nur auf ein paar Dinge eingehen, die von Frau Weckenmann und Frau Sitzmann in die Debatte eingebracht worden sind und die so einfach nicht stehen bleiben dürfen.

Frau Weckenmann und Frau Sitzmann haben gesagt, die Ausbildungsfähigkeit werde systematisch unterhöhlt durch die Art und Weise, wie die Schülerinnen und Schüler bei uns im Land ausgebildet werden. Das ist eine geradezu böse Unterstellung

(Abg. Wintruff SPD: Das sagt die Wirtschaft!)

bezogen auf das, was die jungen Leute heute in den Schulen leisten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist und bleibt eine Unterstellung gegenüber den Schulen. Ich will Ihnen dazu ein paar Argumente nennen.

Das Erste: Die Hauptschülerinnen und Hauptschüler dieses Landes durchlaufen Schulen, die heute in der Lage sind, mit dem Programm „Impulse Hauptschule“ so unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen, dass sie auf die Bedingungen des Ortes und auf die Voraussetzungen der Schülerschaft, auf die Möglichkeiten, die ein Kollegium und die eine Schule hat, eingehen können, indem sie spezielle Angebote unterbreiten. Schauen Sie einmal, welche Schulprogramme Hauptschulen in Baden-Württemberg erstellt haben – Sie finden diese Programme im Internet –: Da sind hervorragende Bildungsangebote entstanden. Natürlich gibt es nicht an allen Schulen gleich hervorragende Angebote; es gibt Schulen, die sich schon weiter als andere auf den Weg gemacht haben. Aber alle haben die Möglichkeit, diese Wege zu beschreiten. Die Hauptschule ist heute eine höchst innovative Schulart, eine Schulart, die in Baden-Württemberg die volle Unterstützung der Kultusbürokratie und der Bildungspolitik hat. Anders als in anderen Ländern erklären wir die Hauptschule nicht zur Restschule,

(Abg. Zeller SPD: Wer macht denn das? Sagen Sie doch einmal, wer Hauptschulen als Restschulen bezeichnet! – Weitere Zurufe von der SPD)

sondern zu einem eigenständigen Bildungsgang mit voller Unterstützung durch das Land.

(Lebhafte Unruhe)

(Staatssekretär Rau)

Sie sehen auch an der Tatsache, dass 45 % der Hauptschüler auf weiterführenden Wegen die mittlere Reife erwerben, dass diese Schülerinnen und Schüler sich sehr wohl in einem Bildungsgang mit Zukunftschancen befinden und dass sie an den Hauptschulen eine adäquate Förderung erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir haben für diejenigen Hauptschüler und Hauptschülerinnen, die erkennbar Probleme haben, Kooperationsklassen eingerichtet. Wir werden diese im nächsten Schuljahr für alle Schulstandorte im Land anbieten. Im Moment gibt es 65 solcher Kooperationsklassen. In den Kooperationsklassen kooperieren Hauptschule und BVJ in einer zweijährigen gemeinsamen Bildungsphase – mit dem Ergebnis, dass sehr viele Hauptschülerinnen und Hauptschüler, die sonst Probleme hätten, den Abschluss zu schaffen, mit dieser Unterstützung doch den Abschluss schaffen. Das ist eine Innovation, die von unserem Land ausgegangen ist und die inzwischen in vielen anderen Ländern kopiert wird.

Frau Weckenmann, Sie haben dann gesagt, am Ende landeten alle im BVJ. Das ist natürlich eine krasse Fehleinschätzung. Es geht um die Schülerinnen und Schüler, die bei uns keinen dualen Ausbildungsplatz erhalten. Die Ursachen dafür liegen nun bei Gott in der Wirtschaftspolitik und in der Steuerpolitik des Bundes und nicht hier im Land. Das ist doch ganz eindeutig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Jetzt haben wir es wieder! – Abg. Alfred Winkler SPD: Lächerlich! Sie haben keine Ahnung von Wirtschaft, wenn Sie das sagen! – Unruhe)

Wie soll denn die Wirtschaft Ausbildungsplätze schaffen, wenn sie von Ihnen und von Ihren Kameraden in Berlin daran gehindert wird, sich vernünftig zu entwickeln?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Abg. Seimetz CDU: Helmut, zeig es ihnen! – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Es ist doch ein Unsinn, das den Schulen im Lande in die Schuhe zu schieben. Da fällt einem ja wirklich nichts mehr ein.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage –

Staatssekretär Rau: Wir haben den Schülerinnen und Schülern nach den allgemein bildenden Schulen unterschiedliche vollzeitschulische Angebote unterbreitet,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Der soll einmal zu Unternehmen gehen und fragen, warum sie nicht ausbilden! Warum bauen Betriebe ab, die Geld verdienen? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Führen Sie Selbstgespräche? Wer hat da keine Ahnung? – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD)

und wir haben gerade in diesem Jahr als Reaktion auf den Einbruch, der bundesweit festzustellen ist und der keine ba-

den-württembergische Besonderheit ist, sondern einen bundesweiten Trend darstellt –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Staatssekretär!

Staatssekretär Rau: Nein, jetzt nicht.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wintruff SPD: Feigling!)

Wir haben 120 neue Klassen eingerichtet. Wir haben in diesem Haus vor wenigen Monaten dargelegt, dass 370 zusätzliche Stellen in den Berufsschulen dieses Landes dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler bei uns ein Bildungsangebot an den Berufsschulen erhalten, das ihren Fähigkeiten entspricht. 120 zusätzliche Klassen!

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Seimetz CDU: Davon hat der Wintruff nur noch nichts gehört! Der stellt sich jetzt gerade wieder dumm!)

Ich sage Ihnen: Besonders pikant ist ja, dass Frau Weckenmann darauf hinweist, dass die Förderung der Jugendberufshelfer zurückgefahren wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Staatssekretär, darf ich Sie noch einmal stören. Herr Wintruff möchte dringendst eine Zwischenfrage stellen.

Staatssekretär Rau: Ich will jetzt dringend erst einmal das darlegen, was ich hier zu sagen habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Ausgezeichnet! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Sie hat gesagt, wir würden aus der Förderung der Jugendberufshelfer aussteigen. Die Jugendberufshelfer sind in diesem Land erfunden worden. Sie schreiben eine Erfolgsgeschichte.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Sie haben bisher drei Partner gehabt. Ein Partner ist ausgestiegen: Das Landesarbeitsamt hat erklärt: Ab sofort null Beteiligung bei den Jugendberufshelfern.

(Abg. Seimetz CDU: Pfui!)

Wo hängt das Landesarbeitsamt? Am Bundesarbeitsamt! Also, ich bitte schön.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Und wer ist da vorn dran? Einer von der SPD! – Unruhe)

Das ist Weisung des Bundesarbeitsamts.

(Abg. Zeller SPD: Sie wissen aber, dass dies eine Äußerung des Bundesrechnungshofs war, wonach der Bund dazu verpflichtet war! Sie sollten die ganze Wahrheit sagen, Herr Rau, und nicht Märchen aufhängen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

(Staatssekretär Rau)

Sorgen Sie doch bei Ihrem Genossen Gerster einmal dafür, dass er solche ausbildungsfeindlichen Maßnahmen endlich sein lässt!

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg. Zeller SPD: Wir können gern diskutieren, aber es muss seriös sein! Was Sie tun, ist nicht seriös, weil es mit den Fakten nichts zu tun hat! – Unruhe)

Es ist doch eindeutig klar, dass das Landesarbeitsamt ausgestiegen ist. Das ist der Fakt. Das Landesarbeitsamt ist ausgestiegen.

(Abg. Zeller SPD: Die mussten rausgehen! – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Sie wissen aber, dass es rausmusste! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, lassen Sie den Herrn Staatssekretär bitte seine Ausführungen zu Ende führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Zeller SPD: Wenn er Blödsinn redet, muss man etwas dagegen sagen! – Abg. Seimetz CDU: Der Zeller hat doch keine Ahnung! Zeller hat null Ahnung! – Lebhaftige Unruhe)

Staatssekretär Rau: Wenn der Bund den politischen Willen hätte, diese jungen Menschen so zu unterstützen, dann könnte er dafür einen Weg finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Zeller hat keine Ahnung! Der hat die Zellulitis! – Abg. Zeller SPD: Inhaltlich, sachlich falsch!)

Er will es nicht. Da brauchen Sie nicht den Bundesrechnungshof vorzuschieben. Sie wollen es nicht. Ihre Vertreter in Berlin wollen es nicht.

(Zurufe von der SPD)

In Ableitung davon: Das Bundesarbeitsamt will es nicht. Deswegen muss das Landesarbeitsamt so handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir stehen zu dem Programm. Ich sage Ihnen:

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie lenken mit falschen Aussagen von Ihrem eigenen Versagen ab!)

Auf der nächsten Kultusministerkonferenz wird auf Betreiben des Landes Baden-Württemberg ein Zehnpunkteprogramm zur beruflichen Bildung vorgelegt. Dabei werden wir dann sehen, wie sich die A-Länder positionieren.

(Abg. Zeller SPD: Es geht um unser Land! Immer diese Ablenkungsmechanismen! Unmöglich!)

Dort werden von uns noch einmal Kernforderungen der Ausbildungspolitik auf der schulischen Seite dargebracht. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich diese zehn Punkte jetzt hier nicht im Einzelnen vortragen kann, weil sie erst im Zusammenhang mit der KMK veröffentlicht werden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Konkret! Nicht zehn Punkte! Konkretes Handeln!)

In den nächsten 14 Tagen ist eine Initiative des Landes dazu zu erwarten. An den Beschlüssen der KMK werden Sie ablesen können, wie stark die Unterstützung vonseiten der A-Länder her sein wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Zurufe von der SPD: Feigling!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Weckenmann.

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Staatssekretär Rau, Sie sind ja nicht nur ein Verdrängungskünstler – das könnte man ja noch verstehen –, sondern Sie sind ja auch der größte Verdreher aller Zeiten.

(Widerspruch bei der CDU – Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Der hat eine sehr gute Rede gehalten!)

Man muss sich das einmal überlegen! Sie wissen genau, dass das Landesarbeitsamt nicht mehr fördern darf, weil bei den Jugendberufshelfern eine Projektförderung stattfindet, weil das rausmuss und keine Dauerförderung erfolgen darf. Sie wissen, dass der Bundesrechnungshof das moniert hat.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Dann haben Sie hier eigentlich, wenn man es genau nimmt, gelogen, schlicht und einfach gelogen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Dann kann man sich doch nicht so hinstellen und falsche Angaben machen! So ist es! Genau das ist der Punkt! – Lebhaftige Unruhe)

Sie sollten einmal etwas dazu sagen, dass Sie überhaupt keine Maßnahmen für die größere Zahl von BVJ-Klassen ergriffen haben, um für sie den Anteil an Jugendberufshelfern zu erhöhen. Sie legen lieber den Mantel des Schweigens darüber, aber jeder, der draußen arbeitet, weiß das.

(Unruhe)

Noch einmal kurz zum Bund und zum Arbeitsamt: in Baden-Württemberg 58 Millionen € für benachteiligte Jugendliche, 60 Millionen € vom Jugend-Sonderprogramm, 320 Millionen € für Jugendliche in Fördermaßnahmen und 6,3 Millionen € für das „JuSo-Plus-Programm“. Und jetzt zählen Sie einmal die paar Kröten zusammen, die Sie im Land für junge Leute ausgeben! Das ist nur noch lächerlich!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Alfred Winkler SPD: Eisiges Schweigen!)

Herr Rau, wenn ich Sie das Lied der Hauptschule singen höre, Sie aber nicht dafür sorgen, dass wir in der Hauptschule Jugendsozialarbeiter haben, die die jungen Leute stabilisieren können,

(Unruhe)

dann wird das doch nur noch unglaublich.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Lebhaftige Unruhe)

(Ruth Weckenmann)

Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass ein junger Hauptschüler schlechtere Chancen hat, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, als ein Realschüler. Lügen Sie sich doch mit dem, was Sie erzählen, nicht in die Tasche!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wintruff
SPD – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU)

So viel Unsinn! Wenn wir wissen, dass wir 20 % – –

(Lebhafte Unruhe – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

– Mensch, dann gehen Sie hinaus in einen Betrieb, dann wissen Sie es wieder!

(Abg. Zeller SPD: Hermann ist schon in Rente!)

Wenn Sie wissen, dass 20 % unserer Jugendlichen Probleme haben, wenn unser Wirtschaftsminister sagt, es würden im Land Ausbildungsstellen nicht besetzt – wie es auch der Baden-Württembergische Handwerkstag geäußert hat –, weil die Bewerber unzureichend geeignet seien, dann muss sich doch hier der Vertreter der Schule einmal fragen lassen: Was macht die Schule, damit die Bewerber geeigneter werden? Oder sind Sie dafür überhaupt nicht mehr zuständig?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Göschel
SPD: Was ist jetzt, Herr Rau?)

Jetzt komme ich zu ein paar weiteren Punkten.

Herr Mehrländer, Sie haben wieder die Story erzählt, was unser Wirtschaftsminister alles leiste.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ja!)

Sie haben aber keine einzige Auskunft dazu gegeben, warum wir seit 1992 in Baden-Württemberg fast die Hälfte der Ausbildungsplätze verloren haben.

(Lebhafte Unruhe)

Zwischen 1992 und 1998 haben wir fast die Hälfte der Ausbildungsplätze verloren. Wieso gibt es nicht einmal den Versuch, dafür eine Erklärung zu geben?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Was sagt der Wirtschaftsminister dazu? – Lebhaft Unruhe)

Frau Berroth, über das, was Sie erzählt haben, legt man lieber den Mantel des Schweigens. Das hat doch überhaupt nichts mit dem zu tun, was jetzt ist.

(Anhaltende lebhaft Unruhe)

Sie haben gesagt, Döring würde etwas tun. Ich kann mich noch daran erinnern, als er die jungen Frauen aus Hamburg wegen eines Ausbildungsplatzes nach Baden-Württemberg eingeladen hat. Aber ich weiß auch, was Clement gemacht hat. Diese Mittel sind eingestellt: Für 100 000 Jugendliche unter 25 Jahren gibt es ein Angebot, das der Bund finanziert.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Das sind die JuSo-Sonderprogrammmittel.

(Zuruf von der CDU: Juso?)

Hier im Land gibt es aber nichts.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Juso-Fortbildung! Da schicken wir den Zeller hin! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Rentner Seimetz, Ruhe! – Abg. Fleischer CDU: Ohne Rückfahrkarte! – Lebhaft Unruhe)

– Für Sie sage ich es auch gerne ausführlich – Abkürzungen sind schwierig –: JuSo bedeutet Jugend-Sonderprogramm. Sie verstehen das auch noch.

Frau Berroth, am meisten hat mich Ihre Aussage erstaunt, Ausbildungsplätze kämen von selbst. Wer die Entwicklung des Ausbildungsstellenmarkts anschaut, kann doch bei dieser Aussage nur noch den Kopf schütteln.

(Zurufe, u. a. der Abg. Heiderose Berroth FDP/
DVP)

– War es Herr Mehrländer? Ja. Dann nehme ich es zurück. Dann ist es noch schlimmer.

Zur Ausbildungsplatzabgabe kann man noch eines sagen. Man muss sich Folgendes genau überlegen: Es gibt niemanden, der eine Ausbildungsplatzabgabe will. Jeder weiß, dass es am besten ist, wenn die Unternehmen stattdessen ausbilden. Aber es muss doch auch Ihnen zu denken geben, dass 60 % der Betriebe, die ausbilden, in der Zwischenzeit eine Ausbildungsplatzabgabe fordern.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die wollen sich freikaufen!)

– Betriebe, die ausbilden, wollen sich nicht freikaufen. Die haben bislang ihre Verantwortung wahrgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass wir die Betriebe im Land durch das unterstützen, was wir machen können, nämlich durch Stärkung der Jugendlichen in den Schulen, und nicht durch ein Abtauchen oder Verdrehen durch einen Staatssekretär und einen Wirtschaftsminister, der den Kampf mit der Kultusministerin nicht einmal wagt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall der
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Seimetz
CDU: Sehr giftige Rede! – Unruhe – Glocke der
Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/1260. Auf Wunsch der Antragsteller soll der Antrag an den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden, ebenso der Entschließungsantrag Drucksache 13/2270. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 2. Oktober, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:52 Uhr